

1900

Die ersten  
**50 Jahre**  
des  
braunschweigischen  
Landes-Lehrervereins

Eine Jubiläumsgabe

bearbeitet im Auftrage des Vereins von den Lehrern  
Fr. Heege in Braunschweig und  
H. Sebenroth in Warle

Braunschweig  
Druck von E. Appelhans & Comp.  
1900



ag von E. Appelhans & Comp.  
Braunschweig.

**Bosse, G.,** Biblische Geschichten des alten und neuen Testaments. (132 S.) 15. Auflage. gebb. Mt. —,75.

**Fricke A., und Lohmann A.,** Schreiblesefibel. 24. Auflage. 8. (80 S.) gebb. Mt. —,50.

**Heinemann, L.,** Deutsches Lesebuch für Volksschulen

I. Teil (252 S. m. 24 Abbild.) 14. Aufl. gebb. Mt. 1,15.

II. „ (517 S. m. 46 Abbild.) 11. Aufl. gebb. Mt. 1,90.

**Kiefling-Pfalz,** Wiederholungsbuch der Naturgeschichte, Naturkörper der Heimat innerhalb natürlicher Gruppen vorgeführt. Nebst einem Tagebuche für Beobachtungen. In 6 Kursen für gegliederte Volks- und höhere Mädchenschulen.

Erstes Heft (Kursus 1 bis 3. 3. bis 5. Schuljahr. 5. Auflage. 8. (113 S. mit zahlreichen Holzschnitten.) Mt. —,60.

Zweites Heft (Kursus 4 und 5<sup>1</sup> [Sommerhalbjahr] 6. und 7. Schuljahr). 3. Auflage. 8. (108 S. mit zahlreichen Holzschnitten.) Mt. —,60.

Drittes Heft (Kursus 5<sup>2</sup> und 6 [Winterhalbjahr] 7. und 8. Schuljahr). 8. 50 S. mit zahlreichen Holzschnitten.) Auch unter dem Titel: Gesundheitslehre im Anschluß an Bau und Leben des menschlichen Körpers. Mt. —,40.

**Töpke, S., und Oppermann, Ed.,** Rechenbuch für Land-  
schulen. 3 Hefte. 8. Mt. 1,—.

Erstes Heft Unterstufe. 2. Aufl. (48 S.) Mt. —,25.

Zweites Heft Mittelstufe. 2. Aufl. (52 S.) Mt. —,30.

Drittes Heft Oberstufe. 2. Aufl. (100 S.) Mt. —,45.

— — Ausübungen zu Heft 2 und 3 vom Lehrer R. Walbmann. 8. (32 S.) Mt. —,60.

**Zimmermann, Heinrich,** Handbuch für den Anschauungs-  
unterricht und die Heimatskunde. Mit Berücksichtigung der  
Windelmannschen, Leutemannschen und Pfeifferschen Bilder-  
werke, methodisch bearbeitet und mit vielen Erzählungen, Mär-  
chen, Fabeln, und Rätseln versehen. 3. Auflage. 8. (480 S.)  
brosch. Mt. 3,60, gebb. Mt. 4,50.

Alt

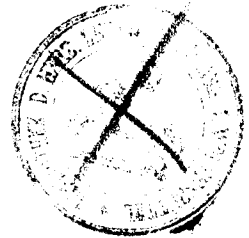
Die  
ersten 50 Jahre  
des  
Braunschweigischen Landes-Lehrervereins.



Eine Jubiläumsgabe,

bearbeitet im Auftrage des Vereins von den Lehrern

Fr. Heege in Braunschweig und  
H. Geßenroth in Warle.



Braunschweig.

Druck von E. Appelhans & Comp.

1900.

043





## Vorwort.

---

Bereits im Jahre 1897 wurde auf Antrag des unterzeichneten Vorstandes von der Delegiertenversammlung zu Schöningen folgender Beschluß gefaßt: „Die Versammlung hält für die Feier des 50jährigen Bestehens des Braunschweigischen Landes-Lehrervereins im Jahre 1900 eine Bearbeitung der Geschichte des Vereins für erforderlich und beauftragt damit die Herren Waisenhauslehrer a. D. Behrens, Waisenhauslehrer Heege und Seminarlehrer Boffe, sämtlich in Braunschweig, sowie Herrn Lehrer Bebenroth in Warle. Die Arbeit derselben ist nach Prüfung seitens des Vorstandes auf Vereinskosten zu drucken und den Mitgliedern gegen Bezahlung abzugeben.“

Bald darauf trat die Kommission zusammen und wählte zu ihrem Vorsitzenden den Kollegen Behrens. Da aber sowohl dieser, als auch Kollege Boffe durch Kränklichkeit verhindert wurden, sich der Sache zu widmen, so blieb die ganze Last auf den Schultern der Kollegen Heege und Bebenroth liegen, welche die Aufgabe in der Weise unter sich teilten, daß Kollege Heege die Bearbeitung der älteren Geschichte bis 1887, Kollege Bebenroth aber den Bericht über die Zeit von 1887 bis zur Gegenwart übernahm.

Während nun für die neuere Zeit die Quellen reichlich flossen, da Schulblatt, Jahresberichte und Akten vollständig über diesen Abschnitt Auskunft geben, mußte für die früheren Jahre das meiste erst mit vieler Mühe zusammenge sucht werden. So kam es, daß die Arbeit, welche eigentlich schon zu Ostern d. J. fertiggestellt sein sollte, um von dem Vorstande einer gründlichen Durchsicht unterzogen zu werden, erst vor einigen Wochen beendet wurde. Es war daher dem Vorstande nicht möglich, irgend welche Abänderungen zu machen oder dahin zu wirken, daß die beiden Arbeiten zu einer einheitlichen verschmolzen wurden.

Trotzdem bietet das vorliegende Werk ein deutliches Bild des Ringens und Strebens, des Kämpfens und Siegens der braunschweigischen Volksschullehrerschaft innerhalb eines halben Jahrhunderts, das für die Entwicklung und Ausgestaltung unserer Volksschule und für die Hebung des Lehrerstandes von großer Bedeutung gewesen ist.

Wir sprechen daher den beiden Herren Verfassern namens des Vereins hiermit den herzlichsten Dank für ihre Opferwilligkeit und treue Hingabe an die Lösung der ihnen gestellten Aufgabe aus und danken zugleich verbindlichst der Verlagsbuchhandlung von Appelhans & Comp. in Braunschweig, welche das Buch unentgeltlich gedruckt und seiner Bestimmung entsprechend ausgestattet hat.

Wir sind durch das Entgegenkommen der genannten Firma in die angenehme Lage versetzt, das Werk, welches nach den ersten Festsetzungen den Mitgliedern unseres Vereins gegen den Selbstkostenpreis abgegeben werden sollte, vollständig frei als Jubiläumsgeschenk darbieten zu können.

Möge denn das Büchlein das Interesse für die hohen Aufgaben unseres Vereins immer mehr wecken und dazu beitragen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Glieder unseres Standes auch in Zukunft unter uns zu pflegen! Denn Einigkeit giebt Macht! In diesem Zeichen allein winkt uns der Erfolg!

Braunschweig, Holzminen und Vesse, den 15. September 1900.

**A. Fricke. C. Litzmann. A. Horn.**

---

# Erster Teil.

---

## Die Zeit der Gründung und ersten Gestaltung.

Von 1850 bis 1887.

---

### Erster Abschnitt:

#### Vorgeschichte und Gründung bis 1850.

Den ersten Grund zur allgemeinen Volksschule legte allerdings die Reformation, erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurde auf diesen Anfängen weitergebaut. Eine wirklich allgemeine Volksschule ist aber erst im letzt verflossenen Jahrhundert nach und nach durchgeführt, und damit erst bildete sich ein Stand der Volksschullehrer. In und nach den großen Umwälzungen um die Wende des vorigen Jahrhunderts war „der dritte Stand“ in Frankreich alles geworden, und er erhob in Deutschland den Anspruch, „etwas zu sein“. Zu diesem Stande, „zum Volke“, gehörten die Bürger der Städte und die freigewordenen Bauern des offenen Landes. Beide strebten nach Wohlstand, Recht und Macht. Die besten Waffen, solche Dinge zu erkämpfen, sind Wissen und Bildung. Die große Mehrzahl der Schriftsteller, Denker und Dichter, die führenden Geister des Volkes, gehörten dem dritten Stande an. Die Volksschule sollte den Führern die nötigen zahlreichen Unterstüzungsstruppen liefern, welche die höheren Schulen nicht in genügender Zahl ausbilden konnten. Die Volksschule hob sich, wurde wichtiger, zunächst die „Bürgerchule“, dann auch die „Landeschule“. Damit war eine allgemeine Bildungsstätte für die Menge des Volkes geschaffen, die in aller ihrer Beschränkung doch einen großen Einfluß auf das gesamte Volksleben hatte. Dem entsprechend hob sich auch der Stand der Volksschullehrer zu umfassenderer Wirksamkeit und größerer Bedeutung.

Doch folgte dieser Aufschwung der Volksschule und der Lehrer nicht unmittelbar auf die unruhigen Zeiten zu Anfang des 19. Jahrhunderts. Deutschland war damals nicht reich; die fremden Eroberer hatten es noch mehr ausgezogen; in den mannigfachen Kriegen jener Zeit war vieles zerstört und verloren gegangen, und in den Freiheitskriegen wurde die letzte Kraft des Volkes aufgeboten und Gut und

Blut eingesetzt. Es folgte naturgemäß in ganz Deutschland eine Ermattung und Erschlaffung, in unserem Herzogtume aber nach dem Verluste zweier Fürsten eine ganz besonders gedrückte Zeit. Dazu kamen 1816 und 1817 schlechte Ernten, so daß sich der Wohlstand nur langsam hob. Im Volke herrschte aus verschiedenen Gründen Verdrossenheit und Verstimmung, da die auch in Deutschland durch die gewaltige Aufregung und vielfachen Veränderungen rege gemachten Wünsche und Hoffnungen des Volkes von den Herrschern nicht gebührend berücksichtigt waren. Ja, das Volk beklagte sich, die in den schlimmen Zeiten von den Regierenden gemachten Versprechungen seien nicht erfüllt. Kurz die Zeit nach den Befreiungskriegen war im allgemeinen keine Zeit des Fortschrittes und frischen Aufstrebens, auch für die Schule und den Lehrerstand namentlich in unserem Lande nicht.

Bis über das erste Viertel des 19. Jahrhunderts hinaus war die Vorbildung der Lehrer eine sehr kargliche. An die Lehrer in den Stadtschulen stellte man wohl etwas höhere Anforderungen; aber die meisten Landschullehrer hatten, bevor sie Lehrer wurden, schon ein Handwerk betrieben, wie im vorigen Jahrhundert, und waren dann in einigen Monaten oder Vierteljahren notdürftig vorbereitet. Doch wurde bald ein dreijähriger Vorbereitungskursus eingeführt. Die Lehrer blieben gewöhnlich auf ihren Anfangsstellen haften und wuchsen mit ihrer Gemeinde. Ihr Standpunkt war von dem ihrer bäuerlichen Gemeindemitglieder nicht sehr verschieden, und das Maß ihrer Bildung erhob sich nicht viel über dieselben. Doch war ihre einfache Wirksamkeit nicht ohne Segen, und sie standen meist in nicht geringem Ansehen in ihren Gemeinden.

Diese inneren, sowie manche äußeren Gründe, z. B. die Unständlichkeit, Beschwerlichkeit und Kostspieligkeit des Reisens und der Verbindungen zu jener Zeit, in der es noch keine Eisenbahnen gab, hinderten die gering besoldeten Lehrer daran, sich in kleineren und größeren Vereinen näher zusammenzuschließen. An einem gewissen Standesgefühl fehlte es nicht ganz; aber von einem Standesbewußtsein, von Vereinigungen zu gegenseitiger Hilfe, Förderung und Weiterbildung im Berufe, von einer kräftigen Vertretung der gemeinsamen Standesinteressen zeigten sich im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts kaum die ersten Spuren in der braunschweigischen Lehrerschaft. In der Stadt Braunschweig wurde freilich schon am 29. Dezember 1819 ein Lehrerverein gegründet, wenn auch wesentlich nur in Form einer Lesegesellschaft. (Neues Braunschw. Schulblatt Nr. 3 von 1900. S. 63) 1825 schlägt ein ungenannter Lehrer oder Schulfreund im „Braunschw. Magazin“ (S. 150 bis 168) als „ein wichtiges Bedürfnis zur Verbesserung des Unterrichtes besonders in den Landschulen“ freie Vereinigungen der Lehrer jeder Inspektion vor. Er meint, die Schulen leisteten noch nicht, was sie könnten. Die Lehrer verfielen, trotzdem man mehr für ihre Vorbildung sorge,

ohne wissenschaftliche Fortbildung oft in toten Mechanismus und Erschlaffung. Dazu kämen häufig Nahrungsorgen. Bücher zum Studium könne sich der Lehrer nicht viel anschaffen, Ermahnung und Ermunterung der Vorgesetzten thue auch nicht alles. Darum: Vereine und Zusammenkünfte der Lehrer, im Winter drei, im Sommer zwei bei den Kollegen der Reihe nach. Auf diesen Versammlungen könne man Gedanken über Erziehung und Unterricht austauschen, Vorschläge zur Verbesserung machen, über selbstgefertigte pädagogische Abhandlungen sprechen, sowie über Bücher, von denen die besten anzuschaffen seien. Zum Schluß dürfe ein frugales Mahl folgen. Es müsse in den Versammlungen der Geist brüderlicher Liebe, Geduld, Sanftmut und Bescheidenheit herrschen; niemand dürfe über den Zustand der Schule oder Familie eines Kollegen anderen Mitteilungen machen. Sonst aber müsse volle, freie Meinungsäußerung gestattet sein. Auch sei es gut, wenn Prediger wenigstens zuweilen daran teilnahmen. Verfasser verspricht sich günstige Wirkungen für Schule und Lehrer von solchen Vereinigungen.

Es fehlt an Nachrichten aus jener Zeit, ob und wie weit solche Anregungen von Erfolg waren; doch scheint es, als ob sich nach und nach einige Lehrervereine im Lande gebildet haben. 1841 fordert die Redaktion des damaligen Schulblattes die Lehrer im Lande auf, nach dem Vorgange in den Nachbarländern zu Vereinen zusammenzutreten „und Gesangfeste zu feiern“, damit „der Sinn für Musik und Gesang“ geweckt, das Nationalgefühl gehoben und berehelt werde, vorzüglich aber, „daß die an dem schönen Werke der Jugendbildung gemeinschaftlich wirkenden Männer sich näher kennen und achten lernen, daß manche fruchtbaren Ideen ausgetauscht und verwirklicht, daß eine größere Berufsfreudigkeit erweckt und eine größere Einheit des Wirkens gefördert werde“. Ansichten und Vorschläge zur Bildung solcher Vereine möchten in dem Blatte mitgeteilt werden.

Die Aufforderung blieb nicht ohne Erfolg. Es wird von der Bildung mancher solcher Gesangvereine berichtet, z. B. von einem „Beselder Lehrergesangverein“ aus den Inspektionen Wendeburg, Zimmerlah und Thiede, von dem „Asselburger Lehrergesangverein (22. Dezember 1841) usw. Immer regsamer wird es unter den Lehrern. In einem Aufsatz von Rückelhahn in Duttonstedt heißt es, „Vorwärts“ sei die Losung! und dann wird von der Stiftung mehrerer Gesangvereine, Lehrervereine und Lehrerkonferenzen berichtet. Ein geplanter Zusammenschluß aller Gesangvereine des Landes kam allerdings nicht zu stande, ja manche dieser Vereine bestanden nicht lange; aber an die Gesangvereine schlossen sich manche andere Lehrervereinigungen, oder sie entstanden in jener Zeit selbständig. So tot es im Schulwesen und unter den Lehrern bis gegen das Jahr 1830 hin gewesen war, so lebendig und frisch zeigte sich das Leben unter ihnen in den dreißiger und vierziger Jahren des Jahrhunderts. Aus den Gesangvereinen entwickelten sich

Lehrervereine, z. B. aus dem Bechelder. In anderen Inspektionen versuchte man durch Lesevereine, in denen Bücher umhergeschickt wurden, den Lehrern Anregung und Förderung zu geben. Hieran beteiligten sich vielfach Geistliche, z. B. 1835 in der Generalinspektion Helmstedt der Generalsuperintendent Hille, 1838 in der Inspektion Wendeburg, 11. August 1841 in Blankenburg auf Anregen des Stadtpredigers Fröling und des geistvollen Schulinspektors Chr. Meyer, 1844 in der Inspektion Bückum, usw. Die 1819 gestiftete Lese-gesellschaft unter den Lehrern der Stadt Braunschweig, die lange Jahre bestand und deren Bücher den Grundstock der Bibliothek des Lehrervereins der Stadt Braunschweig bildeten, ist schon oben erwähnt.

Auch eigentliche Lehrervereine entstanden, so Michaelis 1839 der „Lehrerfortbildungsverein“ in der Inspektion Belpke mit acht Mitgliedern, in dem recht wacker gearbeitet wurde. In Schöningen bestand außer den Konferenzen, welche der Schuldirekt Pastor Appel mit den Lehrern hielt, 1840 noch ein Lehrerverein, und in Schöppenstedt und Umgegend wurde 1842 ein solcher gegründet. Auf der Asse fanden 1842 und in den folgenden Jahren Lehrerverzusammenkünfte statt, an denen Lehrer aus weiter Umgegend teilnahmen, z. B. Schmidt aus Luckum, von dem noch zwei bedeutende Reden aus diesen Zusammenkünften erhalten sind. (Ein Blick in die Vergangenheit, in die Gegenwart und in die Zukunft, und: Hinauf zu den Höhen). In diesen Vereinen wurde vorwiegend über die Methode der einzelnen Unterrichtszweige verhandelt, namentlich wurde der erste Leseunterricht besprochen, da man in jener Zeit von der alten Buchstabiermethode zur Methode des Lautierens und Schreiblebens überging. Auf dem Reitlinge im Elm fand am 24. Juli 1841 eine Lehrerverammlung statt, von der ein Teilnehmer, Querner in Helmstedt, sagt: „Die Versammlung hatte einen höheren Pulschlag des Lehrherzens bewirkt, — hatte schöne Gefühle in der Lehrerb Brust geweckt, — hatte alle Interessen des Lehrerstandes zur Sprache gebracht“. Am 21. Mai 1845 wurde vom Kantor Schmidt in Luckum, einem hervorragenden Lehrer und Lehrerführer der damaligen Zeit, und von den umwohnenden Kollegen ein Verein gegründet, der sich „Pestalozzi-Lehrerverein“ nannte und damit andeuten wollte, Pestalozzi sei das leuchtende Vorbild jedes Lehrers, und die Ideen Pestalozzis seien immer mehr in die Schulen einzuführen. In Luckum wurde auch am 12. Januar 1846 eine eigenartige Pestalozzifeier veranstaltet. An mehreren anderen Orten des Landes gleichfalls.

Es regten sich gegen Ende der vierziger Jahre wie damals in ganz Deutschland auch unter den braunschweigischen Lehrern mancherlei neue Gedanken, namentlich durch die religiöse Bewegung der „Deutsch-Katholiken und Lichtfreunde“ veranlaßt. Die Lehrer der älteren Generation, welche nur kurze Zeit das Seminar besucht hatten, wurden durch jüngere, die in einem längeren Kursus besser vorbereitet und ausgebildet waren, nach und nach ersetzt. Die Dienst-

instruktion für Lehrer vom Jahre 1767 war 1836 durch eine neue ersetzt, und so machten sich manche Anzeichen einer bevorstehenden weiteren Veränderung bemerkbar, doch blieb zunächst äußerlich noch alles beim alten.

Vom Jahre 1848 kann man sagen: „Es fuhr ein reger Geist in alles Volk!“ auch in die Lehrer. Hatte es sich schon vorher unter ihnen geregt, so wurde es im Frühjahr 1848 noch viel lebendiger. Sie wollten bei der allgemeinen Bewegung nicht dahinten bleiben, um für sich, besonders aber für die Schule die Stellung zu erringen, die sie im neu sich ordnenden Staatswesen glaubten mit Recht beanspruchen zu dürfen. Die Schule wünschte ihre Angelegenheiten ihrem inneren Zweck und ihrer Aufgabe gemäß, natürlich unter Oberhoheit des Staates, selbst ordnen und besorgen zu dürfen, und nicht mehr von anderen Mächten außer ihr Richtung und Weisung empfangen zu müssen. Das Volk war geneigt, ihr eine selbständigere und freiere Stellung zuzugestehen, stellte aber auch größere Anforderungen an ihre Leistungen. Ungelegliche Ausschreitungen kamen unter den braunschweigischen Lehrern nicht vor, wenn auch in der damaligen Aufregung einige der Rede mächtige Lehrer in kleineren Versammlungen ein freies, offenes Wort laut werden ließen. Behrens in Börßum mußte deswegen in der Zeit der beginnenden Reaktion „eine Verwarnung“ vom Amtsgerichte hinnehmen. Aber Kantor Schmidt in Luckum erhielt die Mehrzahl der Stimmen der ländlichen Wähler seines Wahlbezirks und wurde von ihnen in den Landtag geschickt, wo er als gewandter Redner keine unbedeutende Rolle spielte.

Ueber jene Zeit berichtet ein wahrscheinlich nicht gedruckter Aufsatz Schmidts (Luckum) mit der Ueberschrift: Die Reformbewegung unter den braunschweigischen Lehrern: „Durch einen anonymen Aufruf in den Anzeigen wurden die sämtlichen Lehrer des Herzogtums auf den 12. April 1848 zu einer Versammlung nach Braunschweig eingeladen. Gleich darauf erschien ein öffentliches Schreiben des Inspektors Meyer in Blankenburg, in welchem dieser wegen der wichtigen Bedeutung der Angelegenheit, Versammlungen durch das ganze Land hin empfahl, ein Programm zu denselben gab und eine durch Deputierte zu beschickende Generalversammlung auf den 26. April in Braunschweig vorschlug. Man ging in den meisten Landesteilen auf diesen Vorschlag ein, und auch die in Braunschweig am 12. April von etwa 80 Lehrern abgehaltene Besprechung nahm den Charakter einer Vorversammlung an.“ — Wirklich fanden im ganzen Lande Besprechungen von Lehrern statt. Man wählte Deputierte. Ein auf der Vorversammlung in Braunschweig gewählter Ausschuß (Morich = Gr. Dahlum, Schmidt = Luckum, Steinhoff = Helmstedt, Böhme, cand. theol., Samtleben, Behrens = Börßum, Wiegand = Gr. Belthelm und Günther = Cremlingen) stellte die aus den Debatten sich ergebenden Wünsche zusammen. Ähnliches geschah an mehreren anderen Orten. „Am 26. April wurde die General-

versammlung abgehalten. Neben den Deputierten aus verschiedenen Kreisen hatten sich auch sonst noch eine große Anzahl von Lehrern eingefunden.“ Die Verhandlungen dauerten etwa fünf Stunden. Das Protokoll dieser Versammlung ist noch vorhanden. Es ist charakteristisch, darum möge es hier folgen:

Geschehen den 26. April 1848 in Braunschweig.

Präsident: Inspektor Meyer.

Vicepräsident: Kantor Schmidt.

Secretaire: Morich, Wigand und Günther.

Präsident: Einleitende Rede.

Trappe: Jetzt oder nie; ich empfehle aber Mäßigung, Besonnenheit und Einheit.

Wunderlich: Ich fordere Legitimation der Deputierten.

Erschershausen: Schaper. Helmstedt: Steinhoff, Stange, Ziegenmeier. Schöppenstedt: Dege, Frauenstein. Greene, Sandersheim und Seesen: Rektor Buchheister, Grumbach und Wunderlich. Blankenburg: Meyer, Wierstorf und Blume. Bevern: Winkler aus Bevern. Stadtholtdorf: Schaper. Ottenstein: Günther.

Was fordert die Volksschule?

1. In Bezug auf Inspektion;
2. in Bezug auf die Seminare;
3. in Bezug auf die Gehaltsverhältnisse;
4. Pensionierung;
5. Witwen- und Waisenversorgung.

Berlesen der zusammengestellten Protokolle aus den Vorversammlungen.

Rektor Buchheister fügt aus dem betreff. Protokolle noch hinzu: Wir müssen Staatsdiener werden.

Nachdem das Programm einstimmig angenommen war, wurde die Frage der Inspektion in Angriff genommen.

Kantor Blume: Die Beaufsichtigung der Lehrer durch die Prediger muß aufhören! Die Prediger mögen in Bezug auf den Religionsunterricht und Opferei unsere Vorgesetzten bleiben. Aber Inspektion durch Inspektoren aus dem Schulstande.

Kantor Wunderlich: Für die Blumeschen Ansichten. Die jetzige Beaufsichtigung ist unwürdig, für die Zukunft in einem constitutionellen Staate unmöglich, und die Kräfte des Lehrers hemmend.

Schmidt: Man fasse sich kurz.

Candidat Böhme: Die Schule gehört der Gemeinde an; der Staat kontrolliert die Gesetze und besoldet die Lehrer, die Kirche ist ihr Bundesgenosse. Die praktische Einheit der Schule und Kirche schließt eine wesentliche Differenz nicht aus. Die Schule ist schon von der Kirche emancipiert, die Person des Lehrers muß von der des Predigers emancipiert werden.

Behrens bezieht sich auf einen selbständigen Antrag des Candidaten Böhme.

Rektor Buchheister: Die Leitung des Schulwesens muß in die Hand der Lehrer gelegt werden.

Dr. Büdeseid (Helmstedt): der Befähigste, ob Prediger, ob Lehrer, sei Schulinspektor.

Präsident: Formuliert.

Buchheister: Die Schule übernimmt die Leitung selbst. Schulinspektionen, welche die Inspektoren aus Konferenzen wählt. (?) Generalconferenzen. Schulrat aus der Wahl sämtlicher Kreisconferenzen und der Regierung.

Antrag: Wir wünschen, daß die Leitung der Volksschule einzig aus der Volksschule hervorgehe. (Von der Major. angenommen.)



Gehaltsverhältnisse. Antrag: Die Volksschullehrer im Herzogtum wünschen eine gründliche Gehaltsverbesserung. (Angenommen). Wir wünschen, daß in Zukunft das Schulgeld, die Stolgebühren und Naturalleistungen wegfallen. (Angenommen.)

Wir bitten, daß die Pensionierung in derselben Weise wie bei den Staatsdienern stattfinde. (Angenommen).

Wir bitten, daß sofort eine Volksschullehrer-Witwen- und Waisenverorgungsanstalt in der Art, wie in den übrigen Branchen des Staatsdienstes eingeführt werde, jedoch mit der Berücksichtigung der jetzt schon bestehenden Schullehrer-Witwenkasse. (Angenommen.)

Wir beantragen die Trennung der niederen Opfereigengeschäfte von den Lehrerstellen. (Angenommen.)

Wir wünschen, daß dem Herzoge eine Adresse überreicht werde. (Angenommen.) Dieselbe Adresse an das deutsche Parlament, — an die künftige Ständeverammlung — an das Herzogl. Consistorium.

Wahl einer Commission. Die Herren: Kantor Trappe, Inspektor Meyer, Rektor Buchheister, Candidat Böhme, Cantor Schmidt, Lehrer Steinhoff, Lehrer Wunderlich.

Bildung von Lehrerconferenzen im ganzen Lande (Anlage A).

Die notwendigen Kosten sollen den Mitgliedern der Siebener-Commission von dem gesammten Lehrerstande vergütet werden. (Angenommen.)

Wir wünschen eine Reform der Seminare. (Angenommen.)

B. g. u. u.

Chr. Meyer. J. Ch. S. Schmidt.

A. Günther, Th. Wiegand  
als Secretaire.

So regte sich in jener Zeit, als eine gewaltige Bewegung das ganze deutsche Volk ergriffen hatte, auch unter Braunschweigs Lehrern neues frisches Leben; aber keine weltstürzenden Ideen und Pläne waren es, die hier in gutem Vertrauen auf die Lehrerschaft selbst, auf Volk, Fürst und Behörden zu Tage traten. Fast dieselben Ansichten und Wünsche haben die Lehrer bis jetzt bewegt seit jener Zeit. Ein großer Teil davon ist erfüllt, andere werden noch erfüllt werden, soweit sie berechtigt sind.

Als erste Frucht der Versammlung ist wohl folgender Aufruf, wahrscheinlich jene Anlage A, anzusehen, der am 14. Mai 1848 in der „Zeitung für das deutsche Volk“ veröffentlicht wurde:

Die Generalversammlung der Volksschullehrer zu Braunschweig erläßt durch einen VII. Ausschuß an die Lehrer des Landes diesen Aufruf:

- Innigst überzeugt von der dringendsten Notwendigkeit einer gänzlichen Umgestaltung der inneren und äußeren Verhältnisse des gesammten Lehrerstandes unseres Landes, aufs tiefste ergriffen von der Sympathie, welche das Volk für seinen Lehrerstand laut hat ausgesprochen und der Aufgabe, welche Deutschlands Wiedergeburt auch der Volksschule zu lösen gestellt hat, klar sich bewußt: hegt die Generalversammlung die feste Hoffnung und Erwartung, daß der kräftige Aufschwung des Lehrergeistes in unsern jüngsten Tagen ungetrübt und ungeschwächt fortdauert und
- deshalb jeder Volkslehrer ohne Ausnahme als thätiges Mitglied der Conferenzordnung sich einreihen werde, welche von einem beaufsichtigenden Ausschusse entworfen, den Zweck hat, collegialischen Sinn, geistige Regsamkeit unter Braunschweigs Lehrern zu mehren und das ganze Volksschulwesen unseres Landes neu zu gestalten.

Einen vollen Erfolg scheint dieser Aufruf nicht gehabt zu haben. Doch fand auf Anregung des Kandidaten Böhme in Wolfenbüttel eine Zusammenkunft mehrerer erwählter Kreis-Deputirter zur Beratung einer Konferenzordnung zunächst für jenen Kreis statt. Dort schlug man vor, an allen Konferenzen sollten die Lehrer eifrig teilnehmen. Auf den Kreis- und Landeskonferenzen sollten aber nur die Deputirten Stimmrecht haben. Die Thätigkeit der Konferenzen sollte sich zunächst darauf beschränken, zu untersuchen, welche Aufgaben die Volksschule zu lösen, wie sie sich zu organisieren und welche Stellung man ihr deshalb in dem neu sich bildenden Staatsleben anzuweisen habe. Es bestanden damals schon Konferenzen in Bücksum (Vorstand Behrens und Wohlt) und Salder (Vorstand Superintendent Wolf und Lehrer Fischer). Bald bildeten sich noch mehrere z. B. in Schöppenstedt, Ahlum, Lucklum usw. In diesen Konferenzen scheint man eifrig und tüchtig gearbeitet zu haben, wie ein von der ersten Sitzung zu Lucklum erhaltenes Protokoll beweist. Ob aber in anderen Kreisen des Landes gleiche Erfolge erreicht wurden, und wie lange das neue Leben dauerte, darüber fehlen leider Nachrichten. Allzuviel scheint man darüber nicht annehmen zu können; blieben doch selbst die Beschlüsse der ersten Generalversammlung nicht unangefochten. Der oben erwähnte Aussatz von Schmidt sagt darüber: „Als die genannte Kommission am 18. Juni in Braunschweig zusammentrat, um die beschlossenen Anträge festzusetzen, mußte sie leider erkennen, daß sie ihrem Auftrage nicht genügen dürfe, weil Proteste aus verschiedenen Gegenden die Beschlüsse der Generalversammlung als nicht aus der wahren Majorität hervorgegangen bezeichneten. Und so war es in der That. Durch einen parlamentarischen Mißgriff veranlaßt, hatten außer den Deputirten auch die übrigen Mitglieder der Generalversammlung ihre Stimmen abgegeben. Die Kommission mußte sich also notwendig auflösen.“ Ein übles Zeichen für den ersten Anfang! Nach einem längeren Briefe von Steinhoff-Helmstedt, einem Mitgliede der VII. Kommission, der über die Stimmung der Lehrer im Lande gewöhnlich gut unterrichtet war, waren viele Lehrer nicht einverstanden mit dem ersten Beschlusse der Majorität jener Generalversammlung (Trennung der Schule von der Kirche), wenn dieser besagen sollte, daß die Theologen ganz ausgeschlossen werden müßten von der Leitung der Schulen. Es sollten nach ihrer Meinung nur „die geheimen Konduitenlisten aufhören und die Dienstinstruktion vom 29. Oktober 1836 abgeändert werden, den Lehrern aber das Recht zuerkannt werden, an der Leitung der Schule Anteil zu nehmen, wenn sie dazu befähigt seien.“ Auch mit der Ablösung der Naturaleinnahmen, namentlich der Korngefälle, waren viele Lehrer nicht einverstanden, da manche ohne diese gar nicht bestehen könnten.

Eine große Anzahl unter den Lehrern war sich selbst noch nicht klar über die neuen für die Schule und die Lehrer zu stellenden An-

forderungen, und die anfänglich so groß scheinende Einigkeit war gestört. Auch die übrigen Beschlüsse der Generalversammlung wurden schwerlich ausgeführt, und wenn auch Entwürfe zu den beschlossenen Adressen sich vorfinden, so sind dieselben doch schwerlich an ihre Bestimmung gelangt. Es heißt darin unter anderem, „daß wahre Volksbildung nur dann erfreulich geraten kann, wenn die Bildner einer würdigen und sorgenfreien Stellung genießen!“ — „Doch die Hoffnung erhebt uns immer aufs neue. Es ist noch kein Dezennium vergangen, als die hohe Landesregierung das Minimum der Lehrergehälter auf 80 Thaler stellte, und nun verheißt Hochdieselbe schon, die niedrigste Lehrerbefoldung solle in Zukunft nicht unter 100 Thaler betragen. Das sind Progressionen, bei denen selbst das kälteste Lehrerherz vor Dank und Freude höher schlagen muß.“

Schmidt in Lucklum, dem die braunschweigische Lehrerschaft so viel zu verdanken hat, unternahm es, den in derselben entstandenen Riß zu schließen, und es scheint ihm auch das gelungen zu sein. Am 26. August 1848 veröffentlichte er in den „Anzeigen“ einen Aufruf, in dem er die Lehrer beschwört, „alle Parteibestrebungen aufzugeben und durch einheitliches Wirken für die heilige Sache der Schulreform zu thun, was die Gegenwart und Zukunft mit Recht von ihnen fordern kann.“ Er schlägt dann vor, in jeder Spezialinspektion eine Vorberatung zu halten, die Wünsche, über welche man sich geeinigt, „zu Protokoll zu nehmen“, und diese Schriften ihm einzusenden. Er würde daraus eine genaue Zusammenstellung machen als zweckmäßiges Programm für eine neue, „am 4. Oktober in Wolfenbüttel zusammentretende Generalversammlung, zu der jede Inspektion zwei „gehörig instruierte Deputierte“ senden solle, die allein Stimmrecht beanspruchen dürften, während zur Debatte jeder Lehrer und Schulfreund willkommen sei“. Auf diesen Vorschlag gingen die Lehrer ein, wenigstens sind die Protokolle von 19 vorberatenden Versammlungen noch vorhanden, sogar eins aus dem fernen Thedinghausen, ebenso die Beglaubigungen der gewählten Deputierten, die aus 26 Inspektionen in Wolfenbüttel erschienen. Schmidt erfüllte sein Versprechen, die Wünsche der Lehrer zusammenzustellen als Programm für die Versammlung. Dasselbe ist charakteristisch als Spiegelbild der Ansichten und Wünsche der Lehrer damaliger Zeit; darum möge es hier folgen:

### Programm

der am 4. Oktober 1848 in Wolfenbüttel abzuhaltenden Generalversammlung  
braunschweigischer Volksschullehrer.

#### A. Von der Schule.

##### 1. Stellung der Schule zum Staate.

- a) Die Schule wird im umfassendsten Sinne Staatsanstalt.
- b) Gesetzgebung und Verwaltung in Beziehung auf die Schule sind getrennt.

Erste Ansicht: An der Spitze des Schulwesens steht ein Schulcollegium, besetzt durch wissenschaftlich gebildete Schulleute. Bezirks- und Generalconferenzen, geleitet von Bezirks-Schul-Inspektoren, welche die Lehrer frei wählen.

Zweite Ansicht: a) Verwaltung: Unterrichtsminister, Schulcollegium, Kreisinspektoren, Ortsschulcollegium, bestehend aus Prediger, Lehrer und Gemeindegliedern. (Künftiges Orts-Presbyterium zugleich Ortsschulcollegium. Schöningen). b) Gesetzgebung: Deputierte aus den Ortsschulcollegien bilden die Kreissynode. Diese bespricht die Landessynode, welche sich zur Regierung verhält, wie der Landtag. (Salzdahlum).

- c) Die Lehrer werden allein vom Staate angestellt. Das Patronat hört auf.
- d) Der Staat läßt eine tüchtige Gliederung der Bildungsinstitute eintreten. Kinderbewahranstalten, — Fortbildungsschulen.
- e) Die Lehrfreiheit in Privatschulen ist an Gesetze geknüpft.
- f) Die Lehrerbefordungen erfolgen aus der Staatskasse.
  - aa) Das Schulgeld hört auf. Der Unterricht ist frei.
  - bb) Stolgebühren und Naturalleistungen hören auf. (Korn und alle bedeutenden Naturalleistungen bleiben. (Wolsdorf).
  - cc) Die ganze Befoldung wird fixiert.
  - dd) Acker, Gärten, Holz und Wiesen bleiben. — Land, um eine Kuh zu ernähren (Schüppenstedt). — Land, um zwei Kühe zu unterhalten (Wendeburg).
- g) Der Lehrerstand muß beim künftigen Landtage ausnahmsweise vertreten werden (Börzum).
- h) Vacanzen müssen durch die „Anzeigen“ bekannt gemacht werden.
- i) Das Schulgesetz vom 23. April 1840 muß zeitgemäße Umgestaltung oder gänzliche Aufhebung erfahren.

## 2. Stellung der Schule zur Kirche.

- a) Die Schule hört auf ConfeSSIONsschule zu sein. Der confessionelle Religionsunterricht beginnt erst nach vollendeten Schuljahren.
- b) Der Lehrer wird von den Opfereigenschaften (niederer Opfereigenschaften, namentlich aufgeführt durch Wendeburg) befreit, kann aber Vorsänger (Kantor) und Organist bleiben.
- c) Der Lehrer hat Sitz und Stimme im künftigen Presbyterium.

## 3. Stellung der Schule zur Gemeinde.

- a) Die Gemeinde beteiligt sich bei der Lehrerwahl. Die höchste Schulbehörde schlägt der Gemeinde drei Individuen vor (Salzdahlum).
- b) Der Lehrer muß an den Gemeindeberatungen Teil nehmen.
- c) Die Gemeinden müssen ferner für Reinigung und Heizung der Schulstube sorgen, so wie auch für die nötigen Schulentensilien.
- d) Die armen Kinder müssen besser als bisher mit Büchern, Schreibmaterial u. s. w. versorgt werden.
- e) Bei Separationen vertritt der Lehrer selbst die Interessen seiner Stelle.

## B. Von den Lehrern.

### 1. Vor- und Weiterbildung der Lehrer.

- a) Gymnasialbildung, mit Ausschluß des Griechischen und Hebräischen. — Dreijähriger Kursus in einem mit einer Musterschule verbundenen Seminar. — Einjähriger Kursus in einer guten Volksschule als Gehülfenlehrer auf eigene Kosten. (Ein Minimum von Kenntnissen — eine fremde Sprache — vor dem Eintritt in das gänzlich zu reformierende Seminar. Salzdahlum).
- b) Festangestellte, tüchtige Seminarlehrer. Die Kandidaten aus dem Predigerseminare sind nicht mehr als Lehrer zuzulassen.

- c) Prüfung der Schulaufscheidanten vor einer Kommission.
- d) Gegliedertes Konferenzwesen. Colloquium bei Besetzungen und Verbesserungen.
- e) Bildung eines pädagogischen Landesvereins.
- 2. Stellung der Lehrer.
  - a) Der Normalgehalt ist auf 200 Thlr. zu erhöhen.
  - b) Erhöhung der Gehalte nach gerechten Bestimmungen. 200 Thlr. — 300 Thlr. — 400 Thlr. In Städten jede Gehaltsklasse 50 Thlr. höher.
  - c) Verbesserung an die Person geknüpft nach Tüchtigkeit und Anciennität.
  - d) Pensionierung nach gesetzlichen Bestimmungen. (Abzug eines Viertels der Dienstentnahme.
  - e) Die Adjunkte sind den Lehrern mit Normalgehalt gleich zu stellen.
  - f) Versorgung der Witwen mit Holz, Korn und Wohnung.
  - g) Den Lehrern sind die Revisionslisten vorzulegen. Die geheimen Conduitenlisten hören auf.
  - h) Die Dienstinstruktion vom 29. Oktober 1836 wird aufgehoben.
  - i) Der Lehrer kann nicht auf administrativem Wege vom Amte entfernt werden.
  - k) Veröffentlichung über die Verwendung des Wäterlingschen Legatenfonds in den „Braunschw. Anzeigen“.

Die Versammlung fand statt, wie bestimmt war. Sie war wohl recht zahlreich besucht von Lehrern und auch von „Schulfreunden“, z. B. vom Gymnasiallehrer Büdefeld aus Helmstedt, Rektor Buchheister aus Gandersheim und Kandidat Böhm e. Es wurde auch lebhaft debattiert, wie aus der noch vorhandenen Rednerliste zu ersehen ist. Aber leider läßt sich über die Beschlüsse dieser wichtigen Versammlung nichts mitteilen, denn Protokolle oder Berichte sind nicht aufzufinden gewesen. Doch ist anzunehmen, daß die hauptsächlichsten Grundsätze, welche sich nach dem Programm als Ansichten der Mehrzahl der Lehrer in den vorberatenden Versammlungen herausgestellt hatten, auch auf der Versammlung angenommen wurden.

Hier ist wohl zu erwähnen, daß es fast schon damals zur Stifftung eines „allgemeinen braunschweigischen Lehrervereins“, der nicht bloß die Lehrer an den Volksschulen, sondern auch die an den höheren Schulen umschließen sollte, gekommen wäre. An jene Versammlung wurde nämlich von dem Lehrervereine der Stadt Helmstedt folgendes Schreiben gerichtet:

Geehrte Herren und liebe Amtsgenossen!

In Folge eines von Dresden datierten Aufrufes an die sämtlichen Lehrer Deutschlands zur Gründung eines allgemeinen deutschen Lehrervereins sind wir, die unterzeichneten Lehrer der hiesigen Schulen, zu einem Ortsvereine zusammengetreten und haben darauf durch Deputierte die Versammlung beauftragt, welche Sonntag, den 24. September, namentlich auch zum Behuf der Gründung eines allgemeinen braunschweigischen Landeslehrervereins in Braunschweig ist abgehalten worden.

Dort in Braunschweig ist nun die Gründung eines allgemeinen braunschweigischen Landeslehrervereins beschlossen und so weit ausgeführt worden, als das bei der geringen Beteiligung der Landschullehrer möglich

gewesen ist. Dieser ins Leben getretene braunschweigische Verein soll nun aber seinem Wesen nach ein allgemeiner, d. h. ein solcher sein, der einerseits alle Lehrer von der Elementarschule bis zur Selecta des Gymnasiums in sich aufnimmt, und andererseits, neben der Besprechung auch des Vertikalen und des diese unsere Zeit Bewegenden, vorzugsweise auf die allgemeinen Grund- und Kernfragen der Schule und der Erziehung und auf die daraus resultirenden nothwendigen Reformen sein Augenmerk richten wird.

Es will uns nun bedünken, geehrte Herren und liebe Amtsgenossen, als wenn es auch in Bezug auf die Umgestaltungen, welche vorzugsweise die Volksschule verwirklicht sehen will, nur erspriesslich sein könnte, wenn sich die Volksschule an die allgemeinen nationalen Erziehungsbestrebungen anschliesse und in Gemeinschaft mit diesen ihre Sonderzwecke zu erreichen suchte. Wie im deutschen Gesamt Vaterlande nur dadurch die Sache der Einheit, Freiheit und Macht wahrhaft gefördert wird, dass sich das Einzelne stets seiner Zusammengehörigkeit mit dem Ganzen auf das Lebhafteste bewusst bleibt und seine Einzelkraft in den Dienst der Gesamtheit stellt, so müssen auch wir Lehrer bei Berathung und Umgestaltung der Lebenssphäre, die unserer Sorge und unserer Förderung anvertraut ist, — wollen wir anders wahren Segen stiften, — aus der Zersplitterung und der daraus folgenden Selbstschwächung heraus und an das Allgemeine uns anschließen. Nur dadurch wird die allgemeine deutsche Erziehungssache, der es hier gilt, und damit zugleich auch des theuren Vaterlandes Macht und Glück gefördert; und dadurch allein wird ferner dem Stande wahrhaft und nachhaltig aufgeholfen, dem wir anzugehören die Ehre haben.

Und so ergeht denn an Sie, geehrte Herren und liebe Amtsgenossen, die Sie heute zur Berathung Ihrer speciellen Wünsche beisammen sind, von uns Unterzeichneten die ebenso ergebene wie dringende Aufforderung, am heutigen Tage Ihren Anschluß an den braunschw. Landeslehrerverein zu erklären und somit Ihre besonderen Angelegenheiten voll Hoffnung und guter Zuversicht in die Hand des allgemeinen Braunschw. Vereins zu legen. Falls Sie dieser unserer herzlichsten Bitte Folge leisteten, würde es gerathen sein, wenn Sie Ihren desfalligen Beschluß durch unsere Landesblätter veröffentlichen, zugleich aber auch den Herrn Professor Krüger in Braunschweig, als dem zeitigen Mittelpunkt des allgemeinen Landesvereins, davon in Kenntniß setzen und diesen ersuchten, mit aller Energie Wege anzubahnen, um zunächst mittels freier Association unsere braunschw. Schulangelegenheiten im Ueberblick und im Zusammenhange zu berathen und so den endlichen Maßnahmen unserer Schulbehörde durch Beschaffung geeigneten und probenhaltigen Materials vorzuarbeiten.

Mit vollkommenster Hochachtung und amtsbrüderlichem Grusse  
Helmstedt, d. 2. Oktober 1848.

Lehrerverein der Stadt Helmstedt:

D. Büdefeld,

D. Eggeling, D. Feh, H. Gemann, Chr. Bosse, D. H. Birnbaum, D. Elster,  
A. Elster, Dr. Schütte, C. Krebs, C. Steinhoff, F. v. Heinemann, F.  
C. Brandis, W. Boges, C. Stöbesand.

Ueber den Erfolg dieses Schreibens ist nichts bekannt geworden. Es wird der allgemeine braunschweigische Lehrerverein wohl gar nicht ins Leben getreten sein, wie ja auch der allgemeine deutsche Lehrerverein nach kurzer Zeit und nach Abhaltung zweier Versammlungen verboten wurde und sich auflöste, obgleich es in dem Aufrufe zur Bildung desselben ähnlich wie in obigem Schreiben heisst: Und darum ergeht an Euch deutsche Lehrer und Jugenderzieher

nun von uns der Aufruf zur Gründung eines allgemeinen deutschen Lehrervereins; an Euch alle, die Ihr an der Bildung der deutschen Jugend arbeitet; ob Ihr den Kindlein in der Bewahranstalt die ersten Laute seiner Muttersprache lehrt, oder ob Ihr mit Euren gereiften Böglingen den Homer und Cicero lest; ob Ihr den Knaben das A. B. C. aufschreibt oder ob Ihr die Jünglinge in die heiligen Hallen der Wissenschaft einführt; ob Ihr Gelehrte oder Berufsmänner bildet; ob Ihr einer strenggläubigen oder freien Gemeinde angehört. Wir treiben ein Werk, laßt es uns in Einheit treiben, damit es gelinge! Laßt uns zusammentreten zu dem allgemeinen deutschen Lehrervereine! Sein Zweck ist die Verwirklichung der einigen deutschen Volksschule in ihrem Gesamtorganismus."

Im Jahre 1849 legten sich nach und nach die Stürme, die das Vaterland durchbraust hatten. Das „deutsche Parlament“ zu Frankfurt war resultatlos verlaufen, die „deutschen Grundrechte“ freilich erklärt, aber nicht durchgeführt. Die Reaktion setzte erst leise, dann aber mit großer Macht ein.

Größere Lehrerversammlungen wurden in Braunschweig nicht gehalten. Verstimmung und Niedergeschlagenheit begannen sich der Lehrer zu bemächtigen. Von dem Vielen, was man 1848 auch für Schule und Lehrer hoffte, hatte sich gar wenig erfüllt. Schmidt hatte im Landtage nicht viel ausgerichtet, nicht viel ausrichten können; manche Kollegen beurteilten ihn dieserhalb recht scharf. Aber doch war noch nicht alle Hoffnung verloren. Angeregt von Schmidt, der wegen der gegen ihn herrschenden Mißstimmung nicht hervortreten wollte, erließ Be h r e n s in Börzum im Sommer 1850 einen Aufruf an die Lehrer des Landes, worin er erinnerte, daß fast 2 Jahre verflossen, seit die Lehrer hoffnungsvoll mit warmem Eifer sich vereinigt hätten, ihre Wünsche und Ansichten kund zu geben, und damit ein Schärfelein beizusteuern zur Um- und Neugestaltung der Volksschule. Die Verzögerung der damals als nahe gehofften Reformen habe bei vielen solche Hoffnung und den Eifer dafür zu wirken erkalten lassen. Der an Prüfungen gewöhnte Volksschullehrer verliere aber Mut und Hoffnung nicht. Diese Erfahrung hätten die am 7. August 1850 auf der Asse versammelten Lehrer auch gemacht. Sie seien einig, das Wort: „Hilf Dir selbst, so hilfst Dir Gott“ müsse ihr Wahlspruch werden, und vereinte Kräfte müßten sie ihrem Ziele näher bringen. Darum habe sich Elm- und Asseverein verbunden und beschloffen, zum 2. Oktober eine Versammlung von Deputierten der Lehrer des ganzen Landes in Wolfenbüttel zu veranlassen und dies bekannt zu machen. „Es geschieht dieser Schritt mit der festen Zuversicht, daß unter den Volksschullehrern unseres Herzogtums keiner ist, der nicht durchdrungen wäre von der Wichtigkeit der Maßnahmen der Herzogl. Regierung und unserer Landesvertretung in betreff des neuen Schulgesetzes, und mit dem Vertrauen, daß jeder Lehrer es sich zur heiligen Pflicht anrechnen werde, nichts zu unterlassen, wodurch

der Sache der Jugenderziehung genützt werden könne, wie auch mit der Ueberzeugung, daß eine allgemeine Rundgebung unserer Ansichten und Wünsche am sichersten vor Verdächtigungen bewahren werde, wie sie leider nur zu oft irrtümlicher und unverdienterweise über unser Streben ausgestreut worden sind. Vor allen Dingen würden wir unsere Landesregierung, die wiederholt uns ihre gnädige Fürsorge, ihr warmes Interesse für die Sache der Volksschulen hat verschaffen lassen und durch mancherlei Maßnahmen diese auf unzweideutige Weise an den Tag gelegt hat, und den bald über die Schule beratenden Landtag, von dessen Mitgliedern wir annehmen dürfen, daß das Gedeihen der Volksschule ihnen am Herzen liegt, in der Meinung befestigen, daß das Bedürfnis nach einer Reform der Volksschule dem ganzen Lehrerstande gemeinsam ist, und daß unser aller Ringen dahin geht, nur Mittel und Wege anbahnen zu helfen, dem Staate immer tüchtigere und bessere Bürger zu erziehen."

In diesem Aufruf wird hingewiesen auf „Verdächtigungen“ und auf Mißtrauen gegen die Lehrer, das man zu beseitigen suchen müsse. Das Wort „Trennung der Schule von der Kirche“ hatte dazu Veranlassung gegeben. Im „Braunschweigischen Magazin“ hatte am 26. Januar 1850 Pastor Dedekind einen längeren Aufsatz gegen solche Trennung veröffentlicht und darin den Lehrern manche Vorwürfe gemacht. Kantor Wunderlich in Gittelde wies diese im Namen des Lehrervereins zurück. Auf der Versammlung, zu der jener Aufruf aufgefördert hatte, war noch mehr die Rede davon.

Schmidt-Rudlum hatte sich an den entlassenen Seminardirektor Diesterweg in Berlin mit der Bitte gewendet, da die „Allgemeine deutsche Lehrerversammlung für 1850 abgesagt sei, an dieser Braunschweigischen Lehrerversammlung teilzunehmen“. Am 25. September konnte Schmidt voller Freuden in den „Anzeigen“ veröffentlichen: „Nach einem heute empfangenen Briefe von Diesterweg steht es fest, daß der Altmeister im Gebiete der Pädagogik uns durch seine Gegenwart am 2. Oktober erfreuen wird. Gewiß werden die Lehrer nun um so freudiger dem von Börßum aus ergangenen Aufruf folgen. Ein solcher Tag kommt für uns nicht zum zweiten Male.“

Diesterweg hielt Wort, er kam. Ein alter Lehrer, der als blutjunger Mensch dieser Versammlung beizwohnte, sagt: „Wäre ich ein Maler, so könnte ich noch jetzt nach 50 Jahren den Diesterweg getreu darstellen, so deutlich sehe ich den nicht großen Mann mit den starken Augenbrauen im charakteristischen Gesichte im braunen Jackett-anzuge vor mir, wie er dort hinter dem Tische saß und achtsam zuhörte, auch in die Verhandlungen eingriff. Da erschien an der Spitze einer Deputation noch ein anderer kleiner Herr im schwarzen Frack und weißer Halsbinde, der Schulinspektor Tunka aus Braunschweig an der Spitze einer Deputation, um im Namen des Volksschullehrervereins der Stadt Braunschweig Diesterweg zu begrüßen.“ Bisher hatten sich die Lehrer der Stadt Braunschweig wenig oder gar nicht



an den Versammlungen der übrigen Lehrer beteiligt. Letztere freuten sich daher sehr, die Braunschweiger Kollegen unter sich zu sehen, und rasch entschlossen wußte Schmidt sie sofort festzuhalten. Tunka selbst hat über die ganze Versammlung „für das schulfreundliche Publikum nach den geführten Protokollen“ Bericht erstattet. (Magazin zu den Braunschw. Anzeigen Nr. 47 vom 23. Nov. 1850.)

Nach einer Einleitung heißt es: „Es war in Braunschweig bekannt geworden, daß der Seminardirektor Dr. Diesterweg in dieser Versammlung erscheinen werde. Dies gab den Lehrern der Bürger- und Volksschulen unserer Stadt eine besondere Veranlassung, die Versammlung zu besuchen. Sie hielten sich für verpflichtet, Diesterweg einen Beweis ihrer Achtung zu geben, da sie durch die Schriften dieses berühmten Pädagogen so manchemal belehrt und erfrischt waren.“

„Die Deputation wurde von der Versammlung mit großer Herzlichkeit aufgenommen. Der ihr zu teil gewordene Empfang und die zur Beratung vorgelegten Gegenstände berechtigten sowohl die Deputation, als auch mehrere andere Lehrer aus Braunschweig, welche sich derselben angeschlossen hatten, der Versammlung bis zum Schlusse beizuwohnen. Es waren über 100 Lehrer gegenwärtig, und manche aus ziemlich weiter Ferne gekommen.“

„Zuvörderst wurde der Kantor Schmidt aus Luckum zum Präsidenten gewählt, und nach dessen Vorschlage wurden folgende Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt:

1. Verhältnis der Schule zur Kirche.
2. Das Konferenzwesen im Herzogtume Braunschweig.
3. Die Herausgabe eines Schulblattes.

1. Der Präsident las aus dem „Kirchenblatte für das Herzogtum Braunschweig Nr. 34 eine Petition vor, welche die Prediger der General-Inspektion Wolfenbüttel an das Herzogl. Konsistorium gerichtet hatten, „die Rechte der Volksschule als kirchliche Anstalt zu schützen.“ — Darin war die Ansicht ausgesprochen, daß die Schule mit der Kirche gar keine Gemeinschaft mehr haben wolle, kirchenfeindliche Tendenz verfolge und nur von Neuerungssucht ergriffen sei. Mehrere Redner sagten, das seien irrige Meinungen, die auch in einem großen Teile des Publikums herrschten, aus dem nicht glücklich gewählten Ausdruck: „Trennung der Schule von der Kirche“ entstanden. Diese zu berichtigen und namentlich die obersten Landesbehörden aufzuklären wurden Behrens, Dege und Meyer beauftragt, eine Gegenpetition zu entwerfen, darin die bescheidenen Wünsche des Lehrerstandes vorzutragen, auch die Bitte auszusprechen, an den Beratungen der ständischen Kommission für Kirchen- und Schulangelegenheiten eine Kommission der Lehrer teilnehmen zu lassen, die aus freier Wahl der Lehrer in den sechs Kreisen des Landes hervorgegangen sei. Man versprach sich günstigen Erfolg, da schon der um das Wohl des Landes sorgende Herzog Karl Wilhelm Ferdinand eine

oberste Schulbehörde, nur aus Pädagogen bestehend, beabsichtigt habe und nur die unglücklichen Zeitläufte (?) ihn an der Ausführung hinderten. Ferner wurde gesagt, der Kirche als Mutter der Schule müsse alles willkommen sein, was der Tochter förderlich wäre, wodurch die Schule, wie man hoffe, gehoben werden könne; der mündigen Tochter möge sie die Selbständigkeit zugestehen, wonach diese trachte, diese werde das gebrachte Opfer durch innige Liebe vergelten; Kirche und Schule hätten einen Zweck, strebten nach einem Ziele, möchten sie in Friede und Eintracht dahin wandeln. — „Obgleich die Debatte über den Gegenstand sehr lebhaft war, so bewegte sie sich doch in den Schranken der Mäßigung, und das, was man für erreichbar hielt, reduzierte sich am Ende auf den Wunsch, die Schule von der Leitung und Beaufsichtigung durch Geistliche als solche befreit zu sehen. Hierbei wurde noch besonders geltend gemacht, daß in keinem Berufskreise die Prüfung und Beaufsichtigung durch Personen verrichtet werde, welche demselben nicht angehören.“

2. Der Vorschlag zur Errichtung von besonderen und allgemeinen Konferenzen wurde mit ungeteiltem Beifalle aufgenommen und die sofortige Beratung desselben beschlossen. Dr. Diesterweg empfahl die Stiftung eines Lehrervereins für das ganze Land aufs angelegentlichste, sowie den Anschluß desselben an den allgemeinen deutschen Lehrerverein, und schilderte die wohlthätigen Wirkungen davon in eindringlichen Worten. Das Wort dieses erfahrenen und hochgeachteten Mannes zündete. Es entspann sich eine lebhafte aber wohlgeordnete Debatte, und auf der Stelle erboten sich aus der Mitte der Versammlung mehrere strebsame Männer, in ihrem Kreise die Neigung für regelmäßige Konferenzen zu wecken und diese nach Kräften zu fördern: Eilers in der Inspektion Querum, Wiegand-Salzdahlum, Dents-Thiede, Bohrmann-Zimmerlah, Behrens-Börkum, Dege-Schöppenstedt, Kühne-Königsutter, Meyer-Blankenburg, Wagenführ-Belpke, Höncke-Galvörde, Köhler-Holzminde und Bevern, der Unterzeichnete in der Stadt Braunschweig usw.

3. Es wurde über ein zu gründendes Schulblatt gesprochen als Organ der Lehrer zur Beförderung des Konferenzwesens. Dies mache Schwierigkeiten, es müßten die Aufsätze ohne Anspruch auf Honorar geliefert werden und alle Lehrer das Blatt halten. Diesterweg billigte den Plan und gab Ratschläge zu seiner Ausführung. Aber die Mittel reichten noch nicht hin; der Lehrerverein müsse erst ins Leben treten.

Die eigentliche Tagesordnung war erschöpft. Meyer wies noch auf die Jahrbücher hin, die Diesterweg herausgeben wollte. Behrens sammelte den Umständen nach reiche Gaben für eine Lehrerfamilie von sieben Personen, die durch die Cholera kürzlich den Ernährer verloren. Meyer erinnerte an das hundertjährige Bestehen des Wolfenbüttler Seminars, aus dem fast alle Anwesenden hervorgegangen seien. Nur die in Wolfenbüttel sehr stark aufgetretene Cho-

lera habe den Gedanken an eine Feier nicht aufkommen lassen. (?) „Er schildert die segensreichen Wirkungen des Seminars mit beredten Worten, gedachte des Herzogs Carl als des Stifters, sowie der Männer, welche im Laufe eines Jahrhunderts dasselbe geleitet haben, besonders des Direktors Bischof. „Sie sind größtenteils schon heimgegangen, aber sie haben der Anstalt den Geist echter Humanität eingehaucht, und von diesem Geiste sind wir selbst angeweht, das erkennen wir mit dankbarem Herzen. Gott erhalte ihr diesen Geist.“ Diese Erinnerungen versetzten die Anwesenden zurück in eine längst vergangene Zeit. Um sich dieselbe noch einmal lebhaft zu vergegenwärtigen, begaben sie sich auf die Einladung von Schmidt nach dem Seminar-Gebäude (Waisenhaus). Mit ernstern, selbst wehmütigen Empfindungen durchwanderten sie die alten Räume, in welchen sie, zum Teil vor einem Menschenalter ihre pädagogische Laufbahn begonnen hatten. Sie ergingen sich in Betrachtungen über Sonst und Jetzt und über die wechselvollen Schicksale, welche sie seit ihrem Austritte aus dem Seminar erlebt hatten.“<sup>1)</sup>

Die Wolfenbüttler Bibliothek wurde besucht, in Gemeinschaft mit Diesterweg ein frugales Mahl im „Erbsprinz“ eingenommen, das durch Gesänge, ernste und heitere Trinksprüche gewürzt war, und am Nachmittage bis zum späten Abend verweilten die meisten im „Kaffeehause,“ wo sie durch manches geistreiche und anregende Wort aus dem Munde Diesterwegs, dieses thatkräftigen und doch so liebenswürdigen Mannes, erfreut wurden. So verfloß der Tag in Eintracht und Liebe, fruchtbar für Geist und Herz. Nicht der geringste Mißlaut störte oder unterbrach die schöne Harmonie.“

„Und wahrlich! solch ein Tag inniger Vereinigung mit Amtsgenossen erquickt und erhebt die Seele. Er ist ein Festtag für jeden, dem sein Beruf am Herzen liegt. Wollt Ihr, treue Lehrer des Braunschweigischen Landes, öfter solche Tage feiern, so gebt dem an diesem Tage gefaßten Beschlusse eine Folge und tretet zusammen in kleinere oder größere Vereine!“

Es wird nun über die Einrichtung des Vereinswesens berichtet: Die Lehrer eines Bezirkes, einer Inspektion bilden einen Bezirksverein, mehrere derselben, etwa die einer General-Inspektion, eines Kreises bilden einen Kreisverein und sämtliche Kreisvereine den Landesverein. Die Bezirksvereine halten monatlich eine Konferenz, die Kreisvereine vierteljährlich und der Landesverein alljährlich eine. Der Vorstand eines jeden Vereins besteht aus einem Obmann mit einem, zwei oder drei Beiräten. Die Konferenzen der

<sup>1)</sup> Diese Feier war eine verfrühte, aber trotzdem für alle Teilnehmer eine erhebende und unvergessliche. Das Wolfenbüttler Seminar trat nach längeren Vorbereitungen erst 1753 wirklich ins Leben. Die hundertjährige Feier der Stiftung wurde am 4. Oktober 1853 in würdiger und ausgedehnter Weise unter Beteiligung der Behörden, Lehrer, der früheren und damaligen Schüler begangen.

Kreisvereine werden durch Deputierte der Kreisvereine beschiedt. Doch sind in allen Versammlungen auch Nichtdeputierte zulässig.

„Da sich in der Versammlung Lehrer aus den meisten Vandes- teilen befanden, also nur wenige nicht vertreten waren, so hielt sie sich für berechtigt, den Vorstand des Landesvereins zu bestellen. Sie wählte mich zum provisorischen Obmann, zu meiner höchsten Ueber- raschung; denn ich glaubte nur wenigen in der Versammlung be- kannt zu sein.<sup>1)</sup> Ich erkannte die Schwierigkeiten, welche mit diesem Amte verbunden sind, und da ich mir bei meinen vorgerückten Jahren nicht zutraute, sie überwinden zu können, so lehnte ich dasselbe ab. Allein ich war überwältigt, und endlich fügte ich mich dem allgemein und lebhaft ausgesprochenen Wunsche. Ich fügte mich, weil ich in der Versammlung eine große Menge tüchtiger Schulmänner kennen gelernt hatte, welche, reich an Kenntnissen und Erfahrung, und doch strebsam, mir ihre thätige Unterstützung bei der Stiftung und Fort- führung des Vereins zusagten. Ich fügte mich, weil ich gern meine Kräfte einem Werke widme, das einen schönen gemeinnützigen Zweck hat. — Da ich aber mit dem Konferenzwesen außerhalb der Stadt Braunschweig durchaus unbekannt bin, so wählte ich zu Beiräten die Herren Schmidt, Behrens und Eilers, Männer, welche des Konferenzwesens kundig sind, und welche bei ihren Amtsgenossen einer verdienten Achtung genießen. — Mit ihrer Hilfe will ich nun, dem Beschlusse jener Versammlung eine Folge gebend, versuchen, den pro- jectierten Landesverein und dessen Abstufungen ins Leben zu rufen.“ — Im Tunikaschen Berichte folgen noch Vorschläge, wie dies aus- geführt werden könne, und warmherzige Mahnungen des neuen Ob- mannes zum treuen Zusammenhalten „im rechten Geiste anständigen Freimutes, milder Nachsicht, lebendiger Strebsamkeit und prüfender Besonnenheit“ als gute Kollegen untereinander und zu eifrigem Wirken in den Vereinen. Hieran und hierin sollten sich die Lehrer durch allerlei Schwierigkeiten und Hindernisse nicht abhalten lassen, ihre Konferenzen aber, besonders die Bezirksvereine, die zunächst die Hauptsache seien, nach den Umständen und eigenem Ermessen einrichten, dem Vorstande des Gesamtvereins aber Mitteilung davon machen. Dann schließt der Bericht:

„Die gegenwärtige Zeit fordert gebieterisch, daß der Mensch nicht vereinzelt bleibe, daß er sich vielmehr Gleichgesinnten enge an- schließe. Dieser Forderung der Zeit darf sich der Lehrerstand nicht entziehen; er muß ihr Folge leisten. Und er soll ihr willig Folge leisten; denn es gilt einem heiligen Zwecke, der Hebung der Volksschule in unserm geliebten Vaterlande. — Blickt um Euch! dann werdet Ihr die Ueberzeugung gewinnen, daß die Zerrissenheit schlimme Folgen hat, daß nur durch Vereinigung Vieler Großes geleistet wird.“

<sup>1)</sup> Es geschah dies auf Vorschlag von Schmidt, der die Gelegenheit ergriff, dem neugegründeten Verein durch Erwählung eines allgemein geehrten Obmanns sofort einen gedeihlichen Fortgang zu sichern.

„Das Jahr 1848 sah einen Versuch zur Stiftung eines allgemeinen Lehrervereins für das Herzogtum Braunschweig; er scheiterte. Soll das Jahr 1850 unsern Landsleuten abermals einen solchen niedererschlagenden Anblick darbieten? — Nimmermehr! — Wir können, glaube ich, die erste Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, an deren Grenze wir stehen, nicht besser beschließen, als wenn wir einen Verein gründen, dessen Wirkungen, so Gott will, in die ferne Zukunft reichen werden. Der Same, den wir als Lehrer ausstreuen, trägt oft erst später Früchte. Der Himmel gebe seinen Segen dazu! Wir aber wollen das Unsrige thun, um dadurch dieses Segens würdig zu werden.“

Auch Diesterweg giebt einen Bericht über die Versammlung unter der Ueberschrift „Ein Tag in Wolfenbüttel“ (Mancherlei: Rheinische Blätter 1851 1. Heft). Er erzählt, wie es ihm beim Ausfall der 3. Versammlung des allgemeinen deutschen Lehrervereins in Kassel „willkommen gewesen sei,“ auf eine Einladung von Schmidt in Eudlum der Versammlung der braunschweigischen Lehrer am 2. October 1850 habe beizuhohnen zu können. „Ich erzähle einiges von diesem Tage, es war ein Freudentag.“ Nachdem etwas über einen Besuch in Burg mitgeteilt ist, heißt es: Die braunschweigischen Lehrer strömten von allen Seiten herbei. Deren Gesamtzahl mag etwa 400 betragen, von welchen etwa  $\frac{1}{3}$  anwesend war, Lehrer an Bürger- und Volksschulen, keine Gelehrte, die überall etwas Apartes haben. Gegen 10 Uhr begannen die Verhandlungen, geleitet von Schmidt.“ Dann werden die Beschlüsse kurz mitgeteilt. „Der Vorsitzende leitete den Gang der Verhandlungen, stellte die Anträge und die Abstimmungen in der musterhaftesten Weise. Die einzelnen Lehrer machten ihre Bemerkungen kurz und bündig, ohne alles Phrasenwerk und fern von jeder Art Wichtigthuerei. (Mancher Verein konnte hier etwas lernen). Ein Ernst, wie er Lehrern geziemt, beherrschte alle, und doch war nichts von Pedanterie sichtbar, kurz das Ganze, Inhalt wie Form, machte den wohlthuendsten Eindruck. — Ich mußte an andere Lehrervereine, an die vor 30 und 40 Jahren denken. Wer konnte damals reden? Keiner. Wer dachte damals an Einwirkungen der Lehrer auf Regierung und Landstände? Keiner. Wem fiel eine Organisation der Lehrer eines Landes und der Gedanke an einen Allg. Deutschen Lehrerverein ein? Keinem. — Angesichts solcher Thatfachen kann man doch „trotz alledem“ den Fortschritt im großen und ganzen nicht leugnen. Und wer sich an der Entwicklung des deutschen Schulwesens beteiligt hat, den wird bei solchen unleugbaren, handgreiflichen Thatfachen ein Gefühl der Freude beschleichen.“

Dann wird über die verfrühte Seminarfeier berichtet und dabei auch gesagt: „Einige der jetzigen Schüler der Anstalt waren anwesend. Dieselben hatten schon vorher ein Schreiben an den Verein gerichtet, in dem sie baten, daß derselbe sie nicht ausschließen möchte. Der Wunsch wurde freundlich aufgenommen und gewährt.“

Diesterweg schließt seinen Bericht folgendermaßen: „Eine große

Zahl Vereinsmitglieder blieb zu einem frugalen Mittagbrot zusammen. Heiterkeit und Frohsinn herrschten überall durch, ernste und humoristische Worte wechselten mit einander ab, und Gesänge würzten das Mahl. — Ein Teil der Zurückbleibenden begab sich nachher nach dem vor der Stadt gelegenen Belvedere (Kaffeehaus). Hier nahm die Unterhaltung eine freiere Form an. Aber sie zersplitterte sich nicht, sondern blieb eine allgemeine, und ich vernahm manche beherzigens- und behaltenswerte Worte, teils Produkte des Augenblicks, teils Resultate lang anhaltenden Nachdenkens. — Es ist, wie ich glaube, meine Gewohnheit nicht, andern, besonders Lehrern zu schmeicheln. Sagen aber muß ich, daß ich unter Lehrern niemals einer belehrenden freien Unterhaltung beigewohnt habe. Nehmt euch ein Exempel daran, hier und da, da und dort, dort und hier! — Der Tag war verstrichen; es war ein ernster, ein belehrender, ein heiterer und hoffentlich auch ein zukunftsreicher Tag. Meinem Gedächtnis wird er so wenig entschwinden wie andere seltene Tage, die gleich hohen Warten in das Leben weit hineinscheinen, und auf welche sich der Blick noch oft zurückwendet. — Für die dort persönlich mir erwiesene Freundlichkeit genügen mir Worte nicht."

So war der Braunschweigische Landes-Lehrerverein gegründet, nicht im überquellenden Rausche und unklaren Enthusiasmus des Jahres 1848, sondern im Beginne der Reaktionszeit, aber doch im Sinne und Geiste des entschiedenen Fortschritts und Aufwärtstrebens, und dieser Geist ist ihm geblieben. Einer der bedeutendsten Pädagogen Deutschlands ist Pate bei unserm Verein gewesen und einer der vorzüglichsten braunschweigischen Lehrer sein erster Obmann. Viele der besten und treuesten unter den braunschweigischen Lehrern beteiligten sich thätig bei seiner Gründung, und zu Vorstandsmitgliedern wurden die tüchtigsten Männer ausersehen. Von seinen Gründern sind die meisten schon heimgegangen. Wir ehren dankbar ihr Andenken. Von den Mitgliedern des ersten Vorstandes aber weilt noch einer unter uns, Behrens, damals in Börßum, dem wir alle gewiß am Tage der Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Vereins den Zoll herzlicher Liebe und Dankbarkeit darbringen werden, denn wir wissen wohl, was er nicht bloß damals, sondern in einem langen, reichen Leben dem Vereine und den braunschweigischen Lehrern gewesen ist.

### Zweiter Abschnitt.

#### Der Verein unter Tunikas Leitung. 1850—1856.

Die erste Jugend des Vereins war seinem Gedeihen nicht gerade förderlich. Die dumpfen Wolken der Reaktion ballten sich dichter und dichter, und fürs erste erfüllte sich wenig von dem, was man hoffte. Der Verein nahm äußerlich nicht zu; aber zähle

Ausdauer der Getreuesten half ihm doch über die bösen funfziger Jahre des Jahrhunderts hinweg. Wahrscheinlich hat man außer den auf der ersten Versammlung gefaßten Beschlüssen für den Verein bestimmte Statuten gar nicht entworfen und angenommen. Es hing seine Wirksamkeit hauptsächlich von dem Vorstande, besonders von dem Obmann ab. Fast nur die Versammlungen des Vereins boten Gelegenheit, auf die Mitglieder einzuwirken und das Leben und Streben unter den Lehrern frisch und kräftig zu erhalten. Der Obmann hatte aber auch schon von Anfang an auf die Bezirksvereine als besonders wichtig hingewiesen. Sie sollten sich nach eigenem Ermessen einrichten und entwickeln, und in jeder der nächsten allgemeinen Versammlungen wurde darüber geredet und dazu ermuntert. Trotzdem nahmen sie in jener trüben Zeit mehr ab als zu. Auch das Schulblatt konnte immer noch nicht ins Leben treten. Da entschloß sich Schmidt in Cuxlum 1852 zur Herausgabe des „Braunschweigischen Schulboten“. Der Herausgeber gehörte mit zu dem Vorstande des Landes-Lehrervereins; dieser benutzte den Schulboten, und in Nr. 3 berichtet der Obmann des Vereins, Schulinspektor Tunka in Braunschweig, „über die beiden vorjährigen Versammlungen braunschweigischer Volksschullehrer.“

Zunächst berichtigt er die so irrige wie nachtheilige Meinung und Behauptung, die über die Versammlungen der Lehrer ins Publikum gekommen sei, als wollten die Lehrervereine nur die äußere Lage der Volksschullehrer zu verbessern streben. Der Gegenstand sei in den vorjährigen Versammlungen und in der vom 2. Oktober 1850 gar nicht zur Sprache gekommen. Nicht das materielle Interesse führe die Lehrer unseres Landes zusammen, sondern vielmehr das Streben nach Fortbildung und der Wunsch, aus der Verbindung mit Amtsbrüdern Aufmunterung und Trost zu schöpfen. „Was ihre äußere Lage betrifft, so legen die Lehrer die Verbesserung derselben vertrauensvoll in die Hände der Behörde, und wenn diese die folgenreiche Wirksamkeit des Lehrers nur halbwegs würdige, so müsse sie dem in sie gesetzten Vertrauen entsprechen.“ Die Versammlungen fanden in Wolfenbüttel am 23. April und 8. Oktober 1851 statt, und jede war von 50 bis 60 Lehrern besucht. „Nach der Versicherung mehrerer Anwesenden würde eine größere Zahl erschienen sein, wenn nicht die einen durch unaufschiebbare Feld- und Gartenarbeiten zurückgehalten wären, oder andere mit karglicher Einnahme die Reise- und Beehrungskosten gescheut hätten. Unter den Versammelten befanden sich übrigens einzelne aus den entlegensten Theilen des Landes.“ Von einer Vertretung durch Deputierte, wie in den ersten Versammlungen, hatte man gänzlich Abstand genommen, da die Einzelvereine nur in geringer Anzahl vorhanden waren. Diese freie Einrichtung der Versammlungen, auf denen allgemeine Gegenstände verhandelt wurden, blieb eine lange Reihe von Jahren bestehen. Zur Besorgung besonderer Angelegenheiten wählte man bestimmte Kommissionen.

Das Programm der Ofterversammlung zeigt: 1. Bericht über die Ausführung der in der Versammlung vom 2. Oktober 1850 gefaßten Beschlüsse. 2. Gerechte Anforderungen an die Volksschule in geistiger und sittlicher Beziehung. 3. Errichtung von Fortbildungsanstalten für die der Schule entwachsene Jugend. 4. Anschluß an den norddeutschen oder den allgemeinen deutschen Lehrerverein. In jenem Berichte wird bemerkt, daß der Obmann auf Anregung des Volksschullehrervereins in der Stadt Braunschweig den Männern, „welchen zunächst die Entwerfung und Prüfung eines Schulgesetzes obliegt, die offenkundigen Wünsche der Landschullehrer vorgetragen habe“, und nach der wohlwollenden Aufnahme sei zu hoffen, das neue Gesetz werde befriedigen. Auf die Frage nach der Petition, mit deren Abfassung am 2. Oktober 1850 eine Kommission beauftragt war, berichtet ein Mitglied derselben, „diese sei entworfen, aber noch nicht abgesandt“ und verspricht auf Wunsch und Bitte der Versammlung, es solle bald geschehen. Bei dieser Gelegenheit erklärt der so ruhige und vorsichtige Lunika: „Es ist eine mittelalterliche, den Ideen der Jetztzeit widersprechende Einrichtung, die Schule der Kirche, oder richtiger gesagt, dem Ortspfarrer unterzuordnen, abgesehen davon, daß das Mittelalter das Institut der Volksschule gar nicht kannte.“ In mehreren deutschen Staaten habe man dem Lehrer eines Ortes Sitz und Stimme in der Ortsschulkommission gegeben, auch in der Bezirks- und Kreisschulkommission, und er müsse den Schulvisitationen beiwohnen, Mängel rügen und gute Ratschläge geben. Der Sachverständige sei nicht leicht zu täuschen. Weiter wird beklagt, das Konferenzwesen im Herzogtum habe nach einem Aufrufe in den „Anzeigen“ nicht den gehofften Fortgang gehabt. Besprechungen, wie es zu heben, sollen auf die Tagesordnung aller folgenden Versammlungen gesetzt werden. Auch sei die Herausgabe eines Schulblattes noch nicht möglich. Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung kamen wegen abgelaufener Zeit nicht mehr zur Besprechung. Damit erfahren wir auch nicht, welchem der größeren Lehrerverbände sich unser Verein anschließen wollte. Für die nächste Zeit wurde diese Frage nicht wieder aufgeworfen.

Für die Versammlung am 8. Oktober 1851 stand auf der Tagesordnung: 1. Gerechte Anforderungen an die Volksschule in geistiger und sittlicher Beziehung. 2. Schuldisziplin und Disziplinar-mittel. 3. Die in der Schule am häufigsten vorkommenden Fehler der Kinder. 4. Wahl eines neuen Vorstandes. Der Obmann leitete die Versammlung mit einer warmen Empfehlung des Konferenzwesens ein, die er auf allgemeinen Wunsch der Versammlung der Öffentlichkeit übergab, und die auch wohl in mancher Hinsicht jetzt noch nicht überflüssig sein möchte. Er hieß die willkommen, „die durch ihr Erscheinen bewiesen, daß ihr Blick sich nicht beschränkt auf die enge Grenze ihrer Feldmark, daß sie ein lebendiges Interesse befeelt für ihren Beruf und ihre Berufsgenossen. Und wie könnte es bei einem



strebjamen Lehrer anders sein!" Die Konferenzen geben heilsame Anregung zu wissenschaftlicher Beschäftigung, bewahren „vor dem aus Selbstgenügsamkeit entspringenden verderblichen Stillstande in der Kunst des Erziehens und Unterrichtens, in der keiner, selbst ein Meister nicht auslernt“. Wenn auch die Summe des Wissens, welche der Volksschullehrer zur treuen Erfüllung seines Berufes unmittelbar bedarf, nicht so übergroß ist, so darf er sich doch mit dem, was er aus der Vorbereitungsanstalt mitgebracht, nicht abschließen. Seine Ideen würden sonst verknochern und es denselben an Saft und Kraft mangeln. „Einem solchen Lehrer fehlt der frische, schöpferische Lebensodem. Lehrer, die in ihrer wissenschaftlichen Ausbildung nicht fortschreitend, immer wieder vortragen, was und wie sie es einmal vorgetragen haben, gleichen den Drehorgelmännern. Ein solcher ist wahrlich kein Musiker, höchstens ein Musikant, ein Feiermann.“ Der Lehrer bedarf bei der großen Einförmigkeit der Schularbeit einer geistigen Anregung, einer Auffrischung. Die Konferenzen bringen in den Gedanken eine wohlthätige Gärung hervor. „Es scheidet sich Geist und Phlegma.“ Eine gute Lehrmethode ist wichtig. Es giebt freilich keine Universalmethode, und Methodenjagd ist nur schädlich; aber jeder Lehrer muß verschiedene Methoden anderer kennen lernen, um die für seine Person passende gut auswählen zu können. So erhöhen wohl eingerichtete Konferenzen die Berufstüchtigkeit des Lehrers. In der Stadt Braunschweig besteht ein lebendiges Konferenzwesen mit segensreichen Folgen. „Das Feuer glüht, Licht und Wärme verbreitend. Der Geist des einen entzündet sich an dem des andern. Einer trägt die Fackel vor, und die sprühenden Funken zünden in anderen ein Licht an, dessen Strahlen sich immer weiter verbreiten und wohlthätig wirken in immer größeren Kreisen.“ Die Konferenzen bringen den Lehrer in nähere Verbindung mit seinen Amtsbrüdern, die ihm nicht gleichgültig sein können. „Sie sind seine liebsten Gefährten auf der Lebensbahn, und einsam und verlassen fühlt er sich, wenn keine derselben sich ihm anschließen; gemeinsam mit ihnen strebt er dem Ziele zu und fühlt sich glücklich in diesem gemeinsamen Streben“. Es kann einer wohl ein guter Lehrer sein, obgleich er dem Konferenzwesen abhold ist; er würde aber ein besserer Lehrer und Amtsbruder sein, wenn er an den Konferenzen teilnähme. — Dem Berichte nach bestanden Konferenzen in Bückum, Zimmerlah, Welpke und Braunschweig, sowie der Elmverein. Es kamen hinzu die in Schöppenstedt, in Steterburg und im Kreise Holzminden gegründeten. Aber über die nicht Vereinten soll nicht der Stab gebrochen werden, bei alle den Schwierigkeiten, die sich einem Vereine entgegenstellen. „Lassen sie uns vielmehr rühmend anerkennen, daß es unter den Volksschullehrern strebjsame Männer giebt, die sich durch Schwierigkeiten nicht abschrecken lassen, einen Verein ins Leben zu rufen und dadurch ein Werk zu fördern, das uns allen seiner Wichtigkeit wegen am Herzen liegt.“ Der Obmann will nicht klagen gegenüber denen, die

durch ihr Erscheinen den thatsächlichen Beweis geben, daß sie an dem Konferenzwesen lebhaftes Interesse haben; das sei eben so unwirksam, als wenn von der Kanzel herab Klagen ertönen über Unkirchlichkeit und Irreligiosität vor Personen, welche erschienen sind. Ein zweimaliger Aufruf hat keine große Wirkung gehabt. Der Obmann weiß kein anderes Mittel, als persönliche Anregung durch das lebendige Wort.

Weiteres wird über den Verlauf der Versammlung nicht berichtet. Die nächste Versammlung war auf den 14. April 1852 nach Schöppenstedt gelegt. Es erschien dazu „Ein Aufruf an die Braunschweiger Volksschullehrer.“ Die Tagesordnung wurde mitgeteilt. 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Berechtigte Anforderungen an die Volksschule. (Allgemein menschliche Ausbildung. Vermeidung der Einseitigkeit. Die notwendigsten Kenntnisse. Erweckung der Selbstthätigkeit der Schüler. Belebung des sittlichen Gefühls. Eigenschaften eines guten Lehrers). 3. Schuldisziplin. 4. Die in der Schule am häufigsten vorkommenden Fehler der Kinder. Es lehren dieselben Themata als unerledigt mehrmals wieder. Wenn solches auch nicht in allen Fällen empfehlenswert sein möchte, so geht doch daraus hervor, mit welchen Schwierigkeiten man im Anfange des Vereinslebens zu kämpfen hatte, und daß man sich die Zeit nahm, einen wichtig scheinenden Gegenstand eingehend zu behandeln und es nicht für notwendig ansah, alle auf die Tagesordnung gesetzten in der Hast zu erledigen. Außerdem wurde für diese Versammlung bestimmt, daß auch Vorträge über andere Themen zulässig seien, wenn diese 14 Tage vorher dem Vorstande angemeldet würden und nicht über eine Viertelstunde dauerten. Die Besprechungen, das innere Wesen der Schule betreffend, könnten keinem Lehrer gleichgiltig sein. Es wird darum auf zahlreichen Besuch gerechnet. Der Vorstand war damals aus Tunika und Chamloth in Braunschweig, Eilers in Gliesmarode und Schmidt zusammengesetzt.

„Der Bote“ (Schmidt) beschreibt, wie er mit schwerem Herzen zur Versammlung nach Schöppenstedt gefahren sei. Anfangs sei dort auf dem Bahnhofe noch alles öde gewesen; gegen 11 Uhr aber hätten sich an 100 Personen eingefunden, darunter ein Prediger. Doch müßten Prediger und Lehrer zur Entwicklung eines edlen Volkscharakters zusammen arbeiten. Diese Vereinigung zu befördern sei der Lehrerverein ein ausgezeichnetes Mittel. Aber es sei schwer, mit einer Vergangenheit zu brechen, in der eine Kluft zwischen diesen beiden Persönlichkeiten bestanden habe. Die Prediger hätten nicht die richtige Ansicht von dem allgemeinen Lehrervereine, wenn sie in demselben eine Koalition gegen sich erblickten. Desto mehr erbaut ist aber „der Bote“ von der Versammlung selbst. Er wünscht alle, die im Regiment sitzen, in den Saal. Sie würden sich an den begeisterten Augen erquicken haben, in denen man las: Ich bin ein Lehrer.

Die Verhandlungen wurden eröffnet mit einem Vortrage des Obmanns Tunika. Er sprach vom Segen des Berufes des Lehrers,

den er mit einem Säemann und mit einer strahlenden Sonne verglich, den Geist der Schüler erleuchtend und ihr Herz erwärmend, dem es aber auch Pflicht sei, an seiner Fortbildung unausgesetzt zu arbeiten: Deswegen Konferenzen. Es sei ein Vorurtheil, daß die Stiftung eines Vereins das Mißfallen der Vorgesetzten erzeuge, wie aus der freundlichen Ansprache des Konsistorialrats Bießerfeld zu ersehen sei. Die Menschheit sei nur durch Zusammenleben zur Höhe geistiger Bildung emporgestiegen. Die Lehrer müßten Doppelsternen gleichen, sich gegenseitig erleuchten und in Bewegung setzen und erhalten. Damals bestanden Vereine zu Braunschweig, Helmstedt, Königs-Lutter, Schöppenstedt, Börßum, Thiede, Gliesmarode, Belpke, am Elm, der Eichverein in der Inspektion Zimmerlah und vier kleine Vereine im Kreise Holzminden. Es wurde wieder über das Konferenzwesen gesprochen. Es meinte A., die Vorgesetzten möchten zur Stiftung von Vereinen auffordern, wenigstens den Wunsch danach äußern, sie würden sich dann vermehren und in Verbindung treten. B. zweifelt, ob solche Aufforderungen dem inneren Leben sehr dienlich seien. C. betrachtet die Konferenzen als eine religiöse Pflicht nach dem Spruche: Ihr sollt vollkommen sein usw. D. Viele Lehrer müssen der Kosten wegen sich von den Konferenzen zurückhalten. E. Man könne die paar Groschen wohl an die Erfüllung dieser Berufspflicht wenden. F. will deshalb die Konferenzen nicht im Gastzimmer, sondern in der Schulstube abhalten. G. Es fehlt oft an zweckmäßigem Stoff. Der Vorstand des Landes-Lehrervereins solle Aufgaben stellen. C. erklärt sich gegen jeden Zwang. Konferenzen werden bei unbeschränkter Freiheit besser gedeihen als bei Bevormundung. H. ist für gründliche, allseitige Erörterung des Nutzens der Konferenzen, aber gegen Erteilung von Aufgaben, da die Verhältnisse verschieden sind. F. Schriftliche Empfehlung blieb ohne befriedigende Wirkung, persönliche Einwirkung auf die Freunde wird mehr helfen. G. Der Vorstand möge wenigstens einige Gegenstände zur Beratung empfehlen. Dies wird angenommen. T. Die einzelnen Vereine mögen halbjährig dem Vorstande Bericht erstatten; dieser giebt in der Hauptversammlung ein Resümé davon. Angenommen.

Aus dieser Besprechung sieht man klar die großen inneren und äußeren Schwierigkeiten, mit denen damals die einzelnen Vereinigungen der Lehrer und der Lehrerverein zu kämpfen hatten. Die Meinung, der Lehrer mache sich durch Gründung und Besuch von Konferenzen nach oben mißliebig, ist wohl trotz entgegenstehenden Aeußerungen noch nicht bei allen überwunden. Das zeigt sich auch darin, daß in diesem Bericht die Redner nur durch Buchstaben bezeichnet, ihre Namen aber nicht ausgeschrieben sind. Um so mehr müssen wir es den Männern Dank wissen, die, von großer Begeisterung getragen, nicht nachließen in ihrem Eifer für die gute Sache der Lehrervereinigung, nicht müde wurden, sondern zähe festhielten an dem einmal als gut Erkannten, bis endlich die braunschweigischen Lehrer

zu dem blühenden Konferenzwesen der heutigen Zeit gekommen sind. Man sieht aber auch, daß die Gedanken, welche uns jetzt noch bewegen, im Keim schon damals in den Besten unseres Standes lebten, so daß wir die jetzige Vereinigung der Lehrer als eine gesunde Ausgestaltung der Gedanken der alten Zeit betrachten müssen.

Der Behandlung des folgenden Gegenstandes der Tagesordnung — „Gerechte Anforderungen an die Volksschule“ — lag kein längerer Vortrag zu Grunde; man erledigte ihn in freier Besprechung und hob besonders hervor, die Schule solle sorgen für „allgemeine Menschenbildung und sich vor Einseitigkeiten hüten“. Es war damals viel von „Konzentration“ oder „Zentralisation“ des Unterrichts die Rede. Diese, meinte man, ließe sich am leichtesten durch ein gutes Lesebuch erreichen. Es wurde daher der Antrag angenommen, daß Behrens (Börsum) nun seinen angemeldeten Vortrag über „Das Lesebuch und der Unterricht in der Volksschule“ halte. Er ist es wohl wert, daß wir uns seine Hauptgedanken auch jetzt noch gegenwärtigen.

„Das Lesebuch ist das pädagogische Glaubensbekenntnis unserer Schule, das Thermometer, an dem man die Lebenswärme in ihr messen kann.“ Als die Schule nur eine Vorbereitungsanstalt für die Kirche bildete, waren Bibel und Gesangbuch die Lesebücher. Als das bürgerliche Leben sich mehr Geltung verschaffte, führte man andere Lesebücher nach dem Muster von Wilmsens Kinderfreund ein, um für die Moral zu wirken, und die gemeinnützigen Kenntnisse dem Gedächtnis einzuprägen. Auch diese sind jetzt in die Kumpelkammer geworfen. Das rechte Lesebuch muß den Schülern ein Lebensbuch werden; dazu muß es deutsch national sein. Was ist deutsche Nationalität? „Sie ist kein Blümlein zart, sondern eine ganze Flora von dauernden Lenzeskindern voll lieblicher Farbe und Duft. Sie ist kein Sternlein bloß, sondern ein Himmel voller Sterne prächtig und glänzend. Sie ist kein einzelner Edelstein, vielmehr ein breiter, tiefer Schacht voll edlen Gesteins. Denn das ist deutsche Nationalität, daß der Deutsche voll ist von dem regen Streben, sich alles Gute, Herrliche, Große zu eigen zu machen durch Vertiefung des ganzen Seins in sein Objekt.“ Der Deutsche wählt sich das Beste anderer Nationen zur Benutzung. Die deutsche Nation hat einen unversessenen Zug. Das himmlische Wort vom See Genezareth hat nirgends solchen Wiederhall gefunden, als im Gemüt der Deutschen. Die deutsche Nation ist wesentlich religiös, war es schon vor Annahme des Christentums. „Das Lesebuch lege sich mit seinem Inhalt hehend und läuternd an die Eigentümlichkeiten des deutschen Charakters, so daß sie erstarken zum Lebensbaum voller Früchte; es führe die echte volle Wesenheit des deutschen Seins jedem Einzelnen zum Bewußtsein und wecke das Streben, sie zu heben und zu vollenden; es suche gleich der Sonne jeden Fruchtkeim zu wecken, jedes Frühlings zum heiligen Feuer zu schüren, jedes Leben zu steigern; es suche die Geistesaugen zu öffnen für die große unendliche Körperwelt, aber noch mehr führe es zum Schauen des Geistigen im Körperlichen; es fasse die Taupfropfen an allen Orten zusammen und leite sie in Seele und Gemüt hinein also, daß sie werden zu Gottes Brunnlein.“ Es sei keine Magd, die Spatz- und Ammen- geschichten erzählt, die Kinder in Schlaf zu lullen; es sei kein Sclav, der müde Bausteine für ein totes Gedächtniswerk zusammenträgt, ein dürres Skelett von Daten aus verschiedenen Lehrfächern feil zu bieten um einen Spottpreis. „Es sei geeignet, in jedweder Wort durch Einsicht und Empfindung den Willen zu bestimmen zu dem, was löblich ist, und strebe

nach dem Ruhme, treue Dienerin wahrhafter Menschenbildung zu sein.“ In drei Stufen trete das Lesebuch auf, als Bilderfibel, Lesebibel und Lesebuch, von denen jede weiter führe, aber auch nichts biete, was nicht im vorigen begründet wurde. „Was ein gebildeter Erwachsener nicht mit Genuß lesen mag, gehört in kein Lesebuch, auch nicht in die Bilderfibel.“ Das Lesebuch biete abgeschlossene Bilder, die doch ein Ganzes bilden, und die ganze Umgebung des Menschen den Kindern vorführen, „indem es anreizt und anleitet, die Natur zu verstehen als Offenbarung des Ewigen, Fingergelbe giebt auf das unendliche Walten Gottes überall, auf den Menschen selbst die Augen lenkt, und auf sein Wesen als Ebenbild des Unendlichen“. Das Lesebuch sammle alles Wissenswerte aus den anderen Unterrichtszweigen, aber nicht in unnatürlicher Trennung und in der Weise beliebter Zeitfäden. Es gebe Anleitung zur Erforschung der Umgebung des Kindes. Es liege als Mittelpunkt einem einheitlichen Unterricht zu Grunde. „Unterricht in den gemeinnützigen Dingen, der nicht religiös wirkt, ist ebenso verderblich als Religionsunterricht, der nicht gemeinnützig, wahrhafte Bildung fördernd wirkt.“ „Hat unser Unterricht das Kind dahin geführt, daß ihm der Staub unter den Füßen heilig ist, — das muß er, — und mündet er natürlich beim Menschen, dann haben wir den Boden gewonnen, in dem göttlicher Same wurzeln kann, dann haben wir auf das Lesen eines davidischen Psalmes, einer paulinischen Rede die Herzen vorbereitet.“ Wir haben in den Kindern die rechte Stimmung erzeugt. Was der Schüler aufgefakt, das soll er mündlich oder schriftlich darstellen. Nicht das Anhören, nur das Zuhörteileihen macht den Stoff zum Eigentum des Kindes. — „Lächelt's mich doch an, wie ein heiliger Ostermorgen, wenn ich denke, wir Lehrer und alle, denen Menschenbildung heilig ist, wir vermöchten durch redliches Zusammenwirken und rastloses Vorwärtsstreben es dahin zu bringen, daß unsere Schulen Pflanzstätten wahrer Menschenbildung würden. Was ist ein Mensch? Was sind Kinder? Blüten, Lautropfen, Perlen! O, möchten wir fähig werden, die Herrlichkeit derselben immer mehr zu entfalten, damit wir unter den Steinwüsten von allen Seiten nicht selbst keuzen müssen: Wehe mir, diese Seelen habe ich gärgert! Möchte es in uns reden dürfen: Ich habe der Keines verloren. Das walte Gott!

Dieser geistvolle Vortrag machte auf die Versammlung einen so mächtigen Eindruck, daß keiner den Mut hatte, näher darauf einzugehen. Die nachfolgende Besprechung der „Anforderungen“ förderten nichts Bedeutendes mehr zu Tage.

Ein Lehrer rechnete zu den notwendigen Kenntnissen und Fertigkeiten: Religion, biblische Geschichte, Lesen und Schreiben, Rechnen und deutsche Sprache. Andere verlangten noch Kenntnisse von der Natur, der Welt, besonders vom Vaterlande. Für den Unterricht verlangte man Anschaulichkeit und Klarheit. Unklar aber ist man über „das Nützlichkeitsprinzip“ als Antrieb für Lehrer und Schüler. Einige verworfen es ganz. Sittliche Bildung erschien wichtig, doch verwahrt man sich gegen „das Moralpredigen“. Der ganze Unterricht sei bildend und wirke dann auch sittlich, wie das deutsche Volk sittlicher sei als andere wegen seiner besseren Schulen. Das Beispiel des Lehrers thue viel. Es wurde noch von den Eigenschaften eines guten Lehrers gesprochen.

So war diese Versammlung eine ungemein anregende und fördernde, und „Der Schulbote“ schreibt darüber: „Erfreuen muß es jedes pädagogisch klopfende Herz, daß die braunschweigischen Volksschullehrer mitten im Strome der Bewegung sich befinden. Nunquam retrorsum.“

Die Herbstversammlung der Lehrer wurde den 5. Oktober 1852 zu Braunschweig gehalten und war von 100 Lehrern besucht. Tunika sprach wieder über den Segen des Konferenzwesens und berichtet über den Stand desselben. Nach kurzer Besprechung wird folgende Erklärung angenommen: Die allgemeine braunschweigische Lehrerversammlung erkennt in einem tüchtig gegliederten Konferenzwesen ein ganz vorzügliches Mittel zur Förderung des Schulwesens und erklärt wiederholt, daß sie es nur bedauern kann, wenn noch vielen Lehrern die Geneigntheit fehlt, Vereine zu bilden, oder schon bestehenden sich anzuschließen. Darauf wurde über Schuldisziplin verhandelt. Der Begriff derselben wurde enger oder weiter aufgefaßt, darum herrschte keine volle Klarheit; aber ein Redner schildert in begeisterten Worten, wie die Schulzucht den ganzen Menschen umfassen und zu einem Bilde des ewigen Gottes verklären müsse. Es wurde beschlossen: 1. Auf den künftigen Versammlungen soll für jeden Gegenstand ein Referent bestellt werden. 2. In Zukunft sollen die Versammlungen in Braunschweig abgehalten werden. 3. Die Osterversammlung soll sich auf zwei Tage erstrecken. 4. Das Herzogliche Konsistorium soll ersucht werden, mit der Aachen-Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft einen Vertrag in Beziehung auf die Lehrer zu schließen, wie ein solcher z. B. in Hannover schon besteht. Bei der Beamtenwahl wehrte sich Tunika, aber er mußte doch auf einstimmigen Zuruf sein Amt als Obmann behalten; ebenso die übrigen Mitglieder des Vorstandes.

Mit der Ankündigung der Osterversammlung auf den 30. und 31. März 1853 zu Braunschweig war die dringende Aufforderung zum Besuche derselben, namentlich zur Absendung von Deputierten für jeden der bestehenden kleineren Vereine, verbunden, sowie das Anerbieten, für auswärtige Besucher der zweitägigen Versammlung Nachtlogis zu besorgen. An jedem der beiden Tage fanden sich ca. 80 Besucher ein. Tunika begrüßte und mahnte die Lehrer, berichtet über Einrichtung neuer Konferenzen in Duerum, Bevern und Schöningen, und von verschiedenen Seiten wird über Thätigkeit der bestehenden Konferenzen berichtet. Es wird besprochen, ob es besser sei, eine Aufforderung der neu ernannten Schulinspektoren abzuwarten, oder aus freiem Entschlusse zu einem Vereine zusammenzutreten. Tunkas Antrag, an einen Lehrer in jeder Inspektion ein Schreiben mit der Aufforderung zu richten, die Gründung eines Vereins zu versuchen, wird angenommen, das vorgelegte Schreiben genehmigt und die Veröffentlichung im Schulblatt beschlossen. Dann hält Chamloth-Braunschweig einen Vortrag: „Welche Mittel besitzt die Schule, um in dem Volke den Sinn für wahre Geseßlichkeit zu erzeugen und zu erhalten?“

Der Vortrag nennt drei Mittel; den Unterricht, der die Denkkraft übe und unmittelbar die Veranlassung biete, die Folgen gesetlichen und ungesetlichen Verhaltens darzuthun, die Schuleinrichtungen und Schulzucht,

für die er Konsequenz, wenn nötig selbst mit Anwendung strenger Mittel fordert, und das eigene Beispiel des Lehrers.

Lambrecht hielt dann einen längeren Vortrag: „Charakterisierung des Ich“; danach wurde beschlossen, inskünftige nur die vor der Versammlung angemeldeten Vorträge auf die Tagesordnung zu setzen. Am folgenden Tage war die Versammlung ebenso besetzt. Von den durch den Vorstand vorgeschlagenen Beratungsgegenständen werden einige ausgewählt: Kindergarten und Fortbildungsanstalten auf dem Lande. (Behrens). Gesangunterricht. Die Frage, ob es erwünscht sei, daß zu den Schulvisitationen einige benachbarte Lehrer zugezogen werden, wird einstimmig bejaht. Lunika fordert auf, zum Besten der Schleswig-Holsteiner Lehrer und der Familie Gräfe zu sammeln, wie im Lande schon begonnen sei. Ueber den nun folgenden Vortrag von Lunika „über Schulversäumnisse“ wird nicht gesprochen, da man damit vollkommen einverstanden sei. Er soll im Schulblatt gedruckt werden. Eilers-Gliesmarode spricht über: „Die Realien in der Volksschule“, glaubt diese auf Geographie, Geschichte, Naturgeschichte und Naturlehre beschränken zu müssen. Für den Umfang sei das Lesebuch maßgebend. Einige Lehrer wünschten noch etwas Himmelskunde. Ueber Umfang und Methode konnte man sich nicht einigen. Rörting-Kemnade hatte dringend beantragt, die nächste Versammlung nach dem Weserkreise oder nach Blankenburg zu verlegen. Die Versammlung entschied sich dagegen wieder für Braunschweig. Der Obmann berichtet noch: „Unsere Osterversammlung bot in der That einen erfreulichen Anblick dar und zeugte von der Strebsamkeit der Anwesenden, von denen mehrere aus meilenweiter Ferne gekommen waren. Aber nicht minder zeugte sie von dem schönen amtsbrüderlichen Verhältnis, das zwischen ihnen herrschte; denn auch bei der lebhaftesten Debatte und bei der größten Verschiedenheit der Meinungen ward dieses auch nicht einen Augenblick aus den Augen gesetzt.“ Der Herausgeber des Schulboten meint auch: „Es bildet sich unter dem braunschweigischen Lehrerstande ein immer tieferes Bewußtsein, daß der einzelne Lehrer nur eine Bedeutung hat, wenn er sich als ein wirklich dienendes Glied dem Ganzen anschließt. Deshalb zeigen sich denn auch überall die erfreulichsten Ausichten, daß vielleicht in diesem Jahre das freie Konferenzwesen, auf welches unsere oberste Schulbehörde mit Wohlwollen hinblickt, über das ganze Land verbreitet werde. Möchte diese That der schönste Kranz sein, welcher auf dem Altare des hundertjährigen Seminarjubiläums niedergelegt wurde.“

Unterm 1. Mai 1853 erließ der Vorstand des Landes-Lehrervereins an bestimmte einzeln genannte Kollegen den beschlossenen Aufruf mit der „amtsbrüderlichen Bitte“, sich der Gründung eines Vereins in der betreffenden Inspektion zu unterziehen. Darin heißt es: „Die Schule ist uns über alles teuer. Uns und alle, die daran arbeiten, immer tüchtiger zu machen, das ist der einzige Zweck, den

wir bei unserer Vereinigung im Auge haben. Schließen Sie und Ihre nächst wohnenden Kollegen sich nicht aus." Das Beispiel anderer Länder wird zur Ermunterung angeführt. „Die Versammlung setzt in Sie das Vertrauen, daß Sie die Kraft und den Willen besitzen, das Konferenzwesen in Ihrem Kreise zu fördern.“ Der nächsten Landesversammlung konnte berichtet werden, daß zu den acht vorhandenen Konferenzen sich zehn neue gebildet hatten.

Die Michaelisversammlung wurde 30. September 1853 in Braunschweig gehalten. Außer den Vereinsangelegenheiten standen auf der Tagesordnung: Ueber Gesang und rhythmischen Choral. Die Realien in der Volksschule (Fortsetzung). Wie ist der Unterricht nachhaltig zu machen (Tunika). Die Stellung des Lehrers zu den Fortbildungsanstalten für das Volk (Behrens). Der Vorstand bemerkt schon bei der Einladung, daß nach den Nachrichten aus dem Lande der Erfolg der Vereinsbestrebungen ein durchaus befriedigender sei und ladet deshalb zu reger Beteiligung die Lehrer und auch die Herren Schulinspektoren und Prediger ein. Auf der Versammlung hielt Chamloch einen mit vielem Fleiß ausgearbeiteten Vortrag „über die Realien“. Es wurde allerdings auch die Meinung ausgesprochen, es sei besser, aus der Landschule, wie sie jetzt sei, die Realien zu entfernen, indem Notwendiges darüber veräußert werde. Dem wurde entgegnet, sie ständen auf dem vorgeschriebenen Lektionsplane und müßten behandelt werden, die Frage sei nur wie. Darüber gingen die Meinungen sehr auseinander. Endlich wurden die Thesen von Tunika angenommen.

1. Der Unterricht in den Realien gehört zur allgemein menschlichen Bildung und darf in keiner Volksschule ganz fehlen. 2. Sie treten in der Ordnung auf: Geographie, Geschichte, Naturkunde. In der einklassigen Schule sind sie an die Geographie zu knüpfen. 3. Der Kursus ist einjährig. 4. Es ist darin vorzugsweise das zu behandeln, was dem Raume und der Zeit nach nahe ist. —

Der Vortrag über rhythmischen Choralgesang gab eine geschichtliche Einleitung, einen Vergleich zwischen jenem und dem jetzigen, führte in Praxis einige rhythmische Choräle vor und entschied sich dagegen. Die Versammlung stimmte dem zu. Mancher meine, mit der Gesangsweise aus Luthers Zeit werde die damals herrschende kirchliche Begeisterung wieder erweckt werden; allein diese Begeisterung habe in ganz anderem ihren Grund als in jenen Melodien. Durch die Rückkehr zu den alten Melodien werde die alte Kirchlichkeit nimmermehr wieder herbeigeführt werden. Es sei im Gegenteil zu beforgen, daß die Kirchen eher leerer als voller werden würden. Auch Konrektor Molke aus Peine, ein bedeutender Musiker, erklärte sich dagegen, die Versammlung fast einstimmig. Die Zahl der Anwesenden betrug 70—80, auch waren fünf Prediger und mehrere Nichtbraunschweiger darunter.

Die nächste Versammlung fand nach den Bestimmungen



der vorigen am 19. April 1854 in Braunschweig statt und war von 90—100 Lehrern besucht. In seinen herzlichen Begrüßungsworten stellte Tunika „den Frühling dar als Bild der dem Lehrer anvertrauten Jugend“ und leitete daraus die Pflicht ab, in das jugendliche Gemüt den Samen der Weisheit und Tugend zu streuen in der süßen Hoffnung, daß dieser Same reiche Früchte im Herbst des Lebens tragen werde.“ Es hatte sich nur ein neuer Zweigverein gebildet. Eintigermassen im Gegensatz gegen früher erklärte sich die Versammlung gegen Anwendung besonderer Mittel zur schnellen Ausbreitung des Konferenzwesens; das geräuschlose aber segensreiche Wirken der Konferenzen werde denselben Freunde gewinnen und es mehr fördern, als die eindringlichsten Empfehlungen und Aufmunterungen. — Ueber „Nachhaltigkeit des Unterrichts“ sprach Tunika, knüpfte an das Gleichnis vom viererlei Acker und verglich den Lehrer mit dem Säemann, einem guten Landwirt.

Er forderte: 1. der Lehrer suche das Kind empfänglich zu machen für den Unterricht. 2. Der Unterricht sei klar, gründlich, anschaulich; 3. nicht einseitig, sondern harmonische Bildung fördernd; 4. nicht zu ausgedehnt nach Zeit und Gegenstand; 5. er richte sich nach der Individualität der Kinder. 6. Der Lehrer halte gute Disziplin. 7. Der Unterricht schreite mit Ruhe und Stetigkeit fort. 8. Der Lehrer habe Geduld. 9. Er arbeite an der eigenen Fortbildung. 10. Er sei aufmerksam auf den Erfolg des Unterrichts. Durch eine eingehende Debatte stellten sich noch folgende Punkte heraus: 1. Die Versammlung erklärt jeden Lehrer für verpflichtet, dem Unterricht möglichste Anschaulichkeit zu geben. 2. Sie verwirft einseitige Gedächtnisübungen. 3. Der Lehrgang sei der Kindesnatur angemessen. 4. Er sei nicht zu ausgedehnt auf Kosten der Klarheit und Gründlichkeit. 5. Der Lehrer erwecke mit allen Mitteln die geistige Selbständigkeit der Kinder. 6. Er berücksichtige die örtlichen Verhältnisse und 7. die Individualität der Kinder. 8. Die Disziplin sei der Sittlichkeit förderlich, nicht bloß äußerliche Zucht. 9. Der Lehrer unterrichte nicht nach einem Buche oder Hefte, sondern frei. —

Behrens sprach über Fortbildungsschulen.

Diese sind notwendig; denn 1. der junge Mensch verläßt die Schule zu einer Zeit, in der sein Geist sich kräftiger entfaltet. 2. Das bürgerliche Leben fordert mehr als die Schule bieten kann. 3. Fortbildungsschulen wehren dem Müßiggang und den Lastern. 4. Sie machen den jungen Menschen empfänglich für geistige Freuden. Nach der Debatte einigte man sich auf folgende Punkte: 1. Fortbildungsschulen sind besonders für die männliche Jugend zweckmäßig und notwendig. 2. Der Unterricht darin muß sich richten sowohl auf allgemein menschliche Bildung als auch auf Berufserkenntnisse. 3. Die zweckmäßige Lehrweise ist die dialogische. 4. Auch für die weibliche Jugend sind solche Schulen wünschenswert. —

Die übrigen Vorträge und Besprechungen wurden auf die nächste Versammlung verschoben.

Diese, am 4. Oktober 1854 in Braunschweig gehaltene Versammlung behandelte wie gewöhnlich zunächst das Konferenzwesen. Es schien nicht zum besten damit bestellt zu sein; denn außer

von dem Verein der Stadt Braunschweig wird nur noch von drei anderen, dem Elbvereine, dem im Eichamt und dem in Thiede-Engelnstedt als in Thätigkeit berichtet. Die übrigen sollen zum Bericht aufgefordert werden. Ueber die Verteilung der von der A.-M. Feuerversicherungs-Gesellschaft gezahlten Gelder an die Wittven und Waisen namentlich aber über den Schmidtschen Hilfsverein wird längere Zeit verhandelt. Es wurde noch über den Unterricht in den Realien nach einem Vortrage von Schmidt und über den Gesangunterricht in der Volksschule gesprochen. Erstere sollen an das Vesebuch geknüpft werden. Zuletzt hielt Chamloth-Braunschweig einen längeren Vortrag über den verdienten braunschweigischen Schuldirektor Junker. Zum Obmann wurde Lunika wiedergewählt und zu „Beiräten“ Chamloth, Behrens und Denks-Steterburg. Auf die Frage, ob nächste Ostern abermals eine Versammlung stattfinden solle, wird dieselbe nach Braunschweig bestimmt.

Die Einwirkung der von vielen Seiten begünstigten Rückschrittbewegung, die auf dem Gebiete der Schule mit dem Erlaß der Stiehlschen Regulative, Oktober 1854, in Preußen ihren Höhepunkt erreichte, machte sich auch in unserem Lande mehr und mehr geltend. Zur Versammlung am 11. April 1855 waren „wegen anhaltenden Regens“ nur etwa 50 Personen erschienen. Der geringe Fortgang, ja der Rückschritt des Konferenzwesens wird beklagt. Die beantragte Erlaubnis zur Abhaltung der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung in Braunschweig war durch ein Konfistorialreskript versagt. Wie gewöhnlich wird über Verteilung der Gelder an Wittven berichtet; aber über den auf voriger Versammlung besprochenen Hilfsverein weiß der Obmann nichts zu sagen. Ein Abgeordneter von Fräulein Ebbbecke, Herr Hildebrandt, hält einen Vortrag über „Seidenbau“ und zeigt die Praxis desselben; es werden auch Bücher darüber ausgeteilt. Dem Fräulein, das sich sehr für diesen Zweig interessiert und den Lehrern sonst freundlich gesinnt ist, wird der Dank der Versammlung ausgesprochen. Schließlich fand nach einem Vortrage von Behrens eine lebhafte Debatte über den geographischen Unterricht in der Volksschule statt. Nach Meinung einiger sei die „mathematische Geographie“ ganz wegzulassen, weil sie für Kinder zu schwierig sei; doch entschied sich die Mehrzahl für eine Auswahl der darin zu behandelnden Gegenstände nach dem Fassungsvermögen der Kinder. Derselbe Grundsatz gelte in betreff der „physikalischen Erdbeschreibung“. Vom Vaterlande sei auszugehen.

Ähnliche Klagen wie auf der vorigen hören wir auf der Versammlung am 3. Oktober 1855 zu Braunschweig. Nur 50 bis 60 Lehrer waren gekommen und darunter nur der dritte Teil von auswärtig. „Es scheint, als ob die auswärtigen Lehrer das Interesse für die halbjährlichen Versammlungen verloren haben,“ äußerte der Obmann; aber: „Aufgehoben darf der Landesverein nicht

werden, weil die Aachen-Münchener Feuerversicherungsgesellschaft mit ihm den bekannten Vertrag abgeschlossen hat, welchem zufolge der Verein für Lehrerr Wittwen einen Anteil von dem Gewinn der Gesellschaft ausbezahlt erhält." Eine längere Begründung dieses Entschlusses gipfelte in den Worten: „Aufwärts und Vorwärts“. Ueber „Beförderungsmittel der Aufmerksamkeit“ wurde nach einem Vortrage von Chamloth länger gesprochen:

Als Thesen des Referenten wurden angenommen: Der ganze Unterrichter wecke die Aufmerksamkeit, er sei soviel wie möglich auf unmittelbare Anschauung gegründet. Die katechetische Lehrform sei vorherrschend. Der Lehrer zeige lebhaftes Interesse. Dann fügte man noch hinzu: Der Lehrer suche den Wettstreit der Schüler zu erregen, stelle Wiederholungen an, erinnere die Kinder an die Freude der Eltern über ihre Fortschritte, die größeren an den Nutzen des Wissens und Könnens.

Auch der neue Schul- und Seminardirektor Hirsche zu Braunschweig beteiligte sich an der Versammlung und an der Debatte. Tunika wurde als Obmann, Behrens, Chamloth und Denks als Beiräte wieder gewählt.

Zum letzten Male war Tunika damit zum Vertrauensmann der Lehrer berufen. Die nächste Ofterversammlung konnte der treue, trotz seines Alters unermüdete Führer „wegen langwieriger Krankheit“ nicht mehr leiten. Diese fand am 26. März 1856 statt und war von mehr als 70 Lehrern besucht. Sie wurde von Chamloth in gewohnter Weise eröffnet, geleitet und geschlossen. Man sprach über das Konferenz- und Rechnungswesen und auch über Seidenbau. Behrens hielt einen Vortrag über den „Geschichtsunterricht in der Volksschule.“ Die Thesen wurden nach kurzer Besprechung angenommen:

Die Volksschule, welche den Geschichtsunterricht ausschließt, entspricht nicht den Anforderungen der Gegenwart. Dieser Unterricht entspricht nicht der gerechten Anforderung, wenn er nicht in den ursächlichen Zusammenhang der Ereignisse und die Eigentümlichkeiten der wichtigsten Momente der Entwicklungsgeschichte der Menschheit einführt, ohne durch Erzählung von zu vielen Begebenheiten sich zu sehr in die Breite auszudehnen. Der Schüler muß im Geschichtsunterricht einen Spiegel seiner eigenen Entwicklung finden, ohne daß er in Moralphredigten ausartet. Der Unterricht ist rein objektiv zu halten.

Man erkennt in dieser Besprechung und Annahme einen nicht unbedeutenden Fortschritt gegenüber der Zeit wenige Jahre vorher, da man über Berechtigung der „sogenannten Realien“ in der Volksschule noch verschiedener Meinung war. — Ferner redete Greiffenhagen-Uefingen über die Mittel, „die Wahrheitsliebe bei den Kindern zu befördern“. Er hatte das Referat erst nachträglich übernommen. Chamloth lieferte ein Korreferat.

Die angenommenen Thesen sind ziemlich ausführlich. Besonders besprochen wurde die Strafe für die Lüge; endlich aber die These von Hirsche angenommen: Für die Lüge darf ebensowenig wie für jedes andere

Vergehen eine das Ehrgefühl erstickende Strafe erteilt werden, jedoch darf für die böshafte, hartnäckige Lüge die körperliche Züchtigung nicht gescheut werden.

Tunika war am 19. April 1856 gestorben. In der Michaelisversammlung desselben Jahres hob Behrens in einer begeisterten Ansprache die großen Verdienste des verstorbenen ersten Leiters des braunschweigischen Landes-Lehrervereins hervor, wonach „die Versammlung dem edlen Verbliebenen ihre Hochachtung bewies, indem sie sich wie ein Mann mit lautloser Stille und wehmütigen Empfindungen von den Sitzen erhob.“ Von der Stiftung des Vereins an hatte er an seiner Spitze gestanden, ihn geführt auf ruhiger, stetiger Bahn in den ersten Jahren, als noch in erregter Zeit die Wogen der Begeisterung hoch gingen, und ihn nicht verlassen, als nach dem verfliegenen Rausche Ermattung und Entmutigung eintrat. Tunika hatte in einer immerhin geachteten Stellung in der Hauptstadt sich in den Dienst der Lehrer des ganzen Landes gestellt und war nicht davon gewichen, als in den Zeiten des Rückschritts viele aus Zaghaftigkeit und Furcht sich abwendeten vom Vereine und vom ganzen Vereinsleben. Unermüdlich hatte er gesucht mit mahnenden und lockenden Worten die Lehrer alle heranzuziehen und hatte selbst in den letzten Jahren den Mut nicht verloren, als viele Mitglieder, der vergeblich scheinenden Mühe überdrüssig, sich zurückzogen. Ein treuer deutscher Mann, ein milder und doch starker Charakter, ein uneigennütziger, ehrenfester Obmann, nur von der Liebe zur Jugend und zum Volke, zur Schule und zu seinen Standesgenossen getrieben, hat er unserem Vereine den größten Dienst erwiesen. Ehre seinem Andenken, auch jetzt noch und immerdar! Wir aber müssen das Glück preisen, daß dem Vereine in seiner ersten schweren Zeit aus seinen eigenen Reihen ein solcher Leiter und Führer erstanden war.

Werfen wir hier einen Rückblick auf die erste Zeit unseres Landes-Lehrervereins. Der Zusammenbruch des alten preussischen Staates und die Demütigung des deutschen Volkes zu Anfang des 19. Jahrhunderts hatte vaterlandsliebende, einsichtsvolle Staatslenker auf die Wichtigkeit Pestalozzischer Erziehungsideen hingewiesen, und in der Neugestaltung unseres Vaterlandes spielten diese Grundsätze namentlich in Errichtung und Einrichtung der Volksschulen keine unwichtige Rolle. Schulen und Lehrer wurden bedeutungsvoller. Freilich machte zunächst die Erschöpfung Deutschlands die Herrschaft des Metternichschen Systems möglich; aber allmählich erstarb doch der Volksgeist wieder; es regten sich neue Kräfte auch in der Volksschule, die rückläufige Bewegung kam zum Stehen, und es ging wieder vorwärts. In den Volksschulen starb die Generation der Lehrer, die vor Uebernahme eines Lehramtes Handwerker, Bediente oder dergleichen gewesen waren, aus. An deren Stelle traten Lehrer, die

aus verbesserten, neu eingerichteten Seminaren mit erhöhter allgemeiner und pädagogischer Bildung hervorgingen. In ihnen wurde das Standesbewußtsein lebendiger. Sie schlossen sich aneinander und bildeten nun erst einen Stand. Es sproßten unter ihnen die ersten Vereinigungen auf; die ersten Lehrervereine bildeten sich auch in unserem Lande. Das Jahr 1848, in welchem eine so mächtige Erregung der Geister zu Tage trat, ging auch an den Lehrern nicht spurlos vorüber. Aber trotz alles Sturmes und Dranges gelang es in unserem Lande den mancherlei Anläufen nicht, eine dauernde Vereinigung der Volksschullehrer zu schaffen. Erst nachdem die hochgehenden Wogen in ein ruhigeres Bett zurückgekehrt waren, wurde es durch Zusammentreffen günstiger Umstände möglich, unter den Augen eines von den Lehrern hochgeschätzten Pädagogen einen Landes-Lehrerverein zu gründen und für denselben den rechten treuen Führer zu finden. Es kam bald die Zeit eines neuen Rückschritts. Einige der Persönlichkeiten, die bei Stiftung des Vereins im Vordergrunde standen, namentlich Schmidt in Lucklum, traten mit der Zeit etwas zurück; aber es fand sich doch eine Anzahl der besten Lehrer, die auch unter allen Schwierigkeiten in schlimmer Zeit unerschütterlich ausharrten und die Hand nicht vom Pfluge ließen. Der Schwierigkeiten aber waren in der Anfangszeit des Vereins wahrlich nicht wenige und nicht geringe. Statt zur Frühjahr- oder Herbstversammlung desselben zu reisen, mußte mancher Lehrer mit eigener Hand den Acker bestellen, es fehlte sonst an Brot für die Familie. Der Familienvater mußte wohl überlegen, ob die zwei oder drei Thaler, welche die Reise kostete, in dem Jahre bei der karglichen Einnahme nicht ein zu großes Loch in den Haushaltungsplan rissen. Den mehrstündigen Marsch zum Versammlungsorte oder zur nächsten Eisenbahnstation scheute man nicht, dergleichen war man gewohnt. Wäre nicht ein starker Zug zum Weiterstreben, ein mächtiger Trieb zum Aneinanderschließen in der Mehrzahl der Lehrer lebendig gewesen, der aufsprossende Baum des Konferenzwesens wäre gänzlich verdorrt, und der Landes-Lehrerverein wäre schon der äußeren Verhältnisse wegen wieder eingeschlafen. Manche Lehrer hatten ja bei der Beschränktheit ihres Gesichtskreises von vornherein an den neuen Vereinsbestrebungen keinen Anteil genommen. Manche, die anfangs sich hatten mit fortreißen lassen, blieben bald zurück, als nicht sofort greifbare Früchte der Vereinsthätigkeit ihnen zufließen. Andere, die es ernstlicher gemeint, wurden mutlos, als sich Hindernisse von oben und unten den Bestrebungen der Lehrer entgegenstellten, auch sie blieben zurück. So kann man wohl verstehen, daß, obgleich in jeder Versammlung von den Konferenzen die Rede war, obgleich der getreue Obmann unablässig lockte und mahnte, und man allerlei Förderungsmittel versuchte, bei der Ungunst der Zeit, bei dem Niedergange des geistigen Lebens im ganzen Volke, bei der Herrschaft der Reaktion namentlich in Preußen, aber auch in ganz Deutschland, es auch in

unserem Landesvereine nicht recht vorwärts ging. Immer stehen ja die Einzelbildungen mehr oder weniger unter der Herrschaft des ganzen Zeitgeistes, und so ist ja wohl erklärlich, daß das Leben in unserm Vereine nicht mehr die rechte Frische zeigte, daß die Zahl der Besucher in unseren Landesversammlungen geringer wurde und am kleinsten war, als der rückwärtsschreitende Geist in Preußen in den Stiehlischen Regulativen seine größte Höhe erreicht hatte. Eine so krasse Reaktion wie diese trat in unserm Lande freilich nicht ein; aber die Dränger und Treiber unter den Lehrern waren oben nicht beliebt, ja die Ansicht, die Behörden sähen die Vereinsbestrebungen der Lehrer nicht mit wohlgeneigten Augen an, war so verbreitet und fest, daß sie den meisten Lehrern trotz wiederholter Versicherung des Gegenteils nicht ganz genommen werden konnte. Ja, darum hielten manche Paue und Meigstliche sich zurück; aber trotz alledem hat sich im Grunde der Geist, der in der Braunschweiger Lehrerschaft lebte, nicht wesentlich geändert, der Geist des ruhigen, stetigen Fortschritts, der sich auf seiner Bahn weder zu unüberlegten Handlungen fortreißen, noch durch Hindernisse und scheinbares Ausbleiben des Erfolges zurückhalten läßt, ist ihr stets geblieben. Wenn auch die allgemeine deutsche Lehrerversammlung in Braunschweig verboten wurde, wenn auch der Obmann in jener Zeit in jeder Versammlung verkünden mußte: „Ich teile der Versammlung mit, daß wir hier mit Erlaubnis der Herzoglichen Kreisdirektion tagen, wenn das Häuflein der Besucher sehr zusammengeschmolzen war, so wurden die Versammlungen doch regelmäßig gehalten und auf mancher herrschte reges Leben. Das Leben des Landes-Lehrervereins äußerte sich fast nur in diesen Versammlungen. Sie wurden geleitet von einem Obmann, dem drei Beiräte zur Seite standen; dieser Vorstand wurde alle Jahr auf der Osterversammlung gewählt. Die Vereinigung unter den Lehrern war damals also eine sehr lockere und lose. Bestimmte Vereins-Satzungen, eine Geschäftsordnung und dergleichen sind nie bekannt gegeben, wahrscheinlich waren diese garnicht vorhanden. Die Formen wurden mehrfach geändert. Die Versammlung entschied eben von Fall zu Fall oder überließ die Entscheidung ausdrücklich dem Vorstande. Die geringen Geschäfte wurden durch Sorgsamkeit des Vorstandes immer pünktlich erledigt. Zu den ersten Versammlungen hatte man Deputierte aus den kleineren Vereinen geschickt, später fiel diese Einrichtung hinweg. Auch bestimmte Beiträge wurden nicht erhoben. Später zahlte jeder Besucher beim Eintritt in die Versammlung einige Groschen, und wenn dies Eintrittsgeld zu der Saalmiete, dem Porto oder sonstigen kleinen Ausgaben nicht hinreichte, so legte der Obmann aus seiner Tasche das Fehlende zu. Rechnung wurde nicht weiter darüber geführt. Außerlich traten die Versammlungen nicht weiter hervor; still kamen und gingen die Lehrer ohne Aufsehen und Festlichkeiten. Nur fand nach Schluß der Versammlung gewöhnlich ein gemeinsames Mahl statt,

an dem aber nicht alle teilnahmen. Schon in der Versammlung hatten sich alte Seminargenossen und Freunde begrüßt, bei Tisch öffneten sich die Herzen noch weiter zu Mitteilungen über Freud und Leid während der Zeit, daß man sich nicht gesehen, und in vielen stiegen die alten Zeiten des Seminars wieder empor, da die meisten Lehrer aus demselben Seminar hervorgegangen waren. Ueberhaupt bildeten die persönlichen Beziehungen und Berührungen bei den Versammlungen ein wichtiges Moment, da die Mehrzahl der Lehrer untereinander bekannt, oft befreundet war.

In den ersten Versammlungen hatte man über die ganze Organisation der Schule und über ihre Stellung zur Kirche und zum Staat verhandelt. Dabei traten die Reime mancher Gedanken zu Tage, die uns noch heute bewegen und zum größten Teil noch immer der Verwirklichung harren. Später wurden mehr unfängliche Gegenstände der Erziehung, des Schulbetriebes und des Unterrichts besprochen. Der Grund ist wohl verständlich. Besonders über den Unterricht in den sogenannten Realien wurde mehrfach verhandelt, ja über ihre Berechtigung in der Schule überhaupt oder doch als gesonderter Unterrichtszweig gestritten, über dessen Methode man sich nicht einigen konnte. Das Kapitel der Fortbildungsschule, das uns jetzt noch beschäftigt, wurde damals schon angechnitten. Konferenzwesen und Witwenunterstützungen waren stehende Gegenstände auf jeder Versammlung.

Wichtig für das Gedeihen des Landesvereins waren die kleineren Vereine. Eine bestimmte Gliederung des großen Vereins in kleinere wie jetzt, hat früher nicht bestanden. Letztere waren vielmehr ganz für sich bestehend. Ueber die Thätigkeit einiger wurde in den Hauptversammlungen berichtet; aber in einem weiteren Zusammenhange standen sie weder untereinander noch mit dem Landesvereine. Unter den damaligen Schwierigkeiten und bei der ganzen Lage der Schule und der Lehrer bestanden trotz allen Bemühungen nicht in allen Teilen des Landes Bezirksvereine. Im „Schulboten“ wird darüber mehrfach geklagt, „daß man ökonomische, häusliche oder finanzielle Gründe“ als Entschuldigung für „die Rauheit“ der Lehrer anführe, aber diese Gründe seien doch nicht stichhaltig, und bei gutem Willen und einiger Thatkraft ließen sich Bezirksvereine recht wohl einrichten und lebendig erhalten. Einige kleinere Vereine bestanden ja schon früher als der Landesverein, und wo unter den Lehrern eine Persönlichkeit sich fand, die Interesse für das Vereinsleben und Fähigkeit hatte, die näheren Kollegen zusammenzuführen und zu halten, da bestand ein blühender Verein, wie z. B. am Elm, dessen Seele Schmidt in Luckum war. Dort lag das Hauptgewicht auf den Unterrichtsproben, die bei den Zusammenkünften der Reihe nach von den Kollegen gegeben und dann besprochen wurden. Doch wurden

auch Vorträge gehalten und längere Verhandlungen geführt. Ein einfaches Mahl und gemütliches Beisammensein beschloß die Konferenz. Von den nach dem Gesetze von 1851 neu eingeführten geistlichen Schulinspektoren versprach man sich eine Belebung auch der freien Vereine der Lehrer, da es im Gesetze heißt: „Auch steht ihm (dem Schulinspektor) das Recht zu, die Lehrer und Geistlichen seines Bezirks zu gemeinschaftlichen Besprechungen von Schulanangelegenheiten zusammen zu berufen“; aber diese Hoffnungen erfüllten sich nicht. Die Inspektion Duerum scheint damals die einzige gewesen zu sein, in der durch den lehrerfreundlichen, selbst pädagogisch gebildeten Superintendent Pfeifer die amtlichen Konferenzen ähnlich gestaltet wurden wie jene freien am Elm bestehenden. Selbst in den Städten haperte es noch mit dem Vereinswesen außer der Stadt Braunschweig, wo im Januar 1851 ein Verein gegründet war, der im Herbst 1854 41 Mitglieder zählte; das waren sämtliche Volksschullehrer der Stadt. Darin wurden Vorträge gehalten und besprochen, auch Unterstützungen für die Schleswig-Holsteiner Lehrer gesammelt, zu denen sämtliche Lehrer einen monatlichen Beitrag zahlten. Es mußte noch viel Wasser die Oker hinabfließen, bis wir zu dem jetzigen festen, geordneten Vereinswesen kamen.

Zu einem regsamem Leben unter den Lehrern eines Landes gehört gewiß „ihr Schulblatt“. Ein rechtes Schulblatt wird entstehen und bestehen, wenn strebsame tüchtige Lehrer mit lebendigem Standesgefühl sich gern mit freundlichen, klugen Worten an die Kollegen wenden, und wenn solche Worte wiederum in empfänglichen Herzen eine gute Statt finden, so daß eine gedeihliche Wechselwirkung unter der Lehrerschaft hervorgerufen wird. Schon länger als der Landes-Lehrerverein besteht, hatten die braunschweigischen Lehrer ein Schulblatt; aber dieses war doch etwas besonderer Art.

Als im Anfang der vierziger Jahre neue Ideen unter den Lehrern, die eine bessere Vorbildung als ihre Vorgänger erhalten hatten, sich zu regen begannen, entschloß sich der Schul- und Seminardirektor Ludwig in Wolfenbüttel, ein lebhafter Geist aber ein nicht gar zu tiefer nationalistischer Theologe, wie er sagt, „auf Anregung von mehreren Seiten“ zur Herausgabe eines „Schulblattes für die Lehrer an Bürger- und Landschulen im Herzogthume Braunschweig“. Es erschien in ganz kleinem Format auf grauem Papier von 1841 bis 1846. Als Hauptzweck des Unternehmens bezeichnet der Herausgeber die Gründung eines Fonds zur Errichtung einer privaten Witwenkasse für Lehrer. Daneben soll gefördert werden: Einheit des Volksschulwesens in Bezug auf Organisation, Disciplin, Methode, Lehrmittel usw., Bekanntschaft der für die vaterländischen Schulen wirkenden Personen, Einigkeit zwischen Schulaufssehern und Lehrern, richtige Würdigung der Verhältnisse der Kirchendiener und Vermehrung und Bereicherung an Kenntnissen. Es war ein Blatt mehr für die Lehrer als von Lehrern geschrieben. Eine besondere Ansicht vertrat das Blatt nicht; es wollte ja im allgemeinen „dem Fortschritt“ dienen, vermied es aber, auf Streitfragen, welche doch auch die Zeit und die Lehrer schon damals



bewegten, einzugehen. Anfangs scheint die Beteiligung daran recht groß und regsam gewesen zu sein; doch bald begann der Herausgeber zu klagen. Es hielt sich noch eine Zeitlang, ging dann aber wegen zu geringer Zahl von Lesern und Schreibern ein.

Anders das zweite braunschweigische Schulblatt. Schon auf der Versammlung, in welcher der Landes-Lehrerverein gegründet wurde, hatte man auch die Herausgabe eines Schulblattes für den Verein beschlossen; aber in den darauf folgenden Versammlungen erklärte der Obmann, daß die Herausgabe eines Schulblattes sich „noch immer nicht ermöglichen lasse“. Da entschloß sich Kantor Schmidt in Ueckum auf eigene Faust zur Herausgabe des „Braunschweigischen Schulboten“ und führte das Unternehmen 7 Jahr (1852 bis 1858) größtenteils mit eigener Kraft durch. Schmidt war ein gewandter Redner und Schriftsteller, arbeitete sehr rasch und das meiste, was er schrieb, war geistreich und bedeutend in seiner Art. Aber er war nicht frei von einer gewissen künstelnden Manier, der man bald überdrüssig wurde. Namentlich aber fanden seine religiösen und kirchlichen Ansichten nicht den Beifall der Mehrzahl der Lehrer des Landes. Schmidt hatte viel Anregendes, Bedenkendes. Als phantastievoller, ja phantastischer Mensch und Lehrer war es ihm möglich, manches in sich zu vereinigen, — politischen und sonstigen Freisinn und stark orthodoxes Kirchentum, — was nüchternen Naturen als sich widersprechend erscheint. Wer ihn, — wie wohl vorgekommen ist, — als einen bewußt unwahren Charakter ansieht, thut ihm bitter unrecht.

Anfangs trat in seinem Blatte die orthodox-religiöse Richtung nicht sehr stark hervor oder wurde in einer Weise ausgesprochen, daß man dagegen nicht sofort Widerspruch erhob. Die strengsten seiner Glaubensgenossen machten dem Herausgeber sogar Vorwürfe über: „Die Religionsstunde beim Hohnigtopfe“ usw. Er folge immer noch „dem alten Menschen“, sein Unterricht sei „nicht positiv“. Der Bote gewann anfangs an Lesern und an Einfluß. Als aber jene Seite immer stärker hervortrat, wandte sich die Mehrzahl der braunschweigischen Lehrer von ihm ab. In Nummer 6, Jahrgang 1854, erklärt der Herausgeber in einem Aufsatz „Christentum und Kirchentum“, daß er stets wisse und gewußt habe, in wessen Dienst er stehe; aber anfangs habe er die Sache „mit Glimpf angefaßt“, es damit allerdings nach beiden Seiten verborben. Von nun an werde der Herausgeber nicht mehr schwanken. Infolge dieses Aufsatzes richtete der Volksschullehrer-Verein zu Braunschweig (Stadt) einen offenen Brief an den Herausgeber, in dem er ihm vorwarf, daß die Hoffnung, die man anfangs auf sein Blatt gesetzt, nicht erfüllt sei, da „der Bote“ statt pädagogischen Zwecken zu dienen, mehr religiöse und kirchliche Ansichten brächte, ja sich zum Gewissensrichter der Lehrer aufwerfe. Die Briefschreiber verteidigten das Recht der Vernunft auch in der Religion, glauben deshalb doch rechte Christen zu sein und der lutherischen Kirche anzugehören und bitten schließlich, der Bote möge eine andere Tonart anschlagen. Dieser verteidigt sich nicht ungeschickt, aber der Riß wurde nur ärger. Der Herausgeber kehrt die kirchliche Seite nur noch stärker hervor und meint, die Schule könne nur innerhalb der Kirche ihre rechte Stelle finden, die ihr auch werden müsse. Die zu Tage tretende Erfolglosigkeit der Arbeit der Schule müsse diese erst recht in die Kirche hinein treiben, auch die Seminarbildung

müsse einen mehr kirchlichen Charakter annehmen. Die „preussischen Regulative“ von Stiehl werden als gesunde Pädagogik gepriesen. — Immer mehr setzte sich damit der Vöte in einen scharfen Gegensatz zur braunschweigischen Lehrerschaft, in der nur wenige solche Ansichten teilten, und diese wendet sich fast gänzlich von dem Blatte ab. Desto mehr wurde es von denen gehalten, die mit ihm gleicher Ansicht waren; aber als „Schulblatt“ ist es nicht mehr anzuerkennen.

Wenn das Blatt auch anfangs der Schule, den Lehrern und ihren Vereinsbestrebungen förderlich war, so war doch auch dieses zweite kein wirkliches, rechtes, Schulblatt.

Die Sorge für ihre Angehörigen war den Lehrern von je her ein wichtiger Punkt bei allen ihren Verbindungen. Diese Sorge hatte die Lehrer zusammengeführt und hielt sie zusammen, sie haben aber auch manches durch ihre Vereinigung erreicht. Schon vor Gründung des Landes-Lehrervereins hatten die Lehrer Sterbekassen unter sich eingerichtet; denn die Lage der Hinterbliebenen beim Tode eines Familienvaters war oft eine recht traurige, und in amtsbrüderlicher Liebe reichten sich die Kollegen zur Hilfe die Hand. Am frühesten, schon am 20. Mai 1823, trat die Sterbekasse unter den Lehrern des Kreises Helmstedt ins Leben. Dann folgte am 12. Juli 1837 die Kasse der Lehrer des Kreises Blankenburg, am 16. Juli 1842 die in Gandersheim unter Fürsorge des Abts Forke, am 23. Januar 1847 eine größere Kasse für die Lehrer der Kreise Braunschweig und Wolfenbüttel, der später auch Gandersheim beitrug, am 25. Mai 1848 eine Kasse für den Kreis Holzminden und endlich am 6. Mai 1869 die Kasse der Lehrer der Stadt Braunschweig.

Sterbekassen helfen nur für den Augenblick, da aber die Lehrer vor 1848 nicht Mitglieder der staatlichen Beamten-Witwen- und Waisenkasse waren, so waren die Hinterbliebenen eines Lehrers oft lange Jahre in kümmerlicher Lage, ja oft der herbsten Not ausgesetzt. Mancher gute Familienvater dachte mit Schrecken hieran, und in ihren Zusammenkünften sprachen die Kollegen oft davon. Endlich geschah durch Herausgabe des Ludewigschen Schulblattes der erste kleine Schritt zur Abhilfe. Freilich erfüllte sich die Hoffnung, in nicht langer Zeit einen guten Fond zur Errichtung einer „Kasse für die Witwen und Waisen vaterländischer Bürger- und Volksschullehrer“ durch das Blatt zu sammeln, nur in sehr geringem Maße, und der Plan, durch Herausgabe von Schreibvorschriften und Schulbüchern der Kasse Geld zuzuführen, ist damals nicht zur Ausführung gekommen. Doch kann der Herausgeber des Schulblattes Ende 1845 voller Freude verkünden: „Wir haben eine Schullehrerwitwenkasse, und uns ist das Versprechen gegeben, daß die höchsten Behörden sich des jugendlichen Instituts kräftig annehmen wollen.“ Nach mehreren Verhandlungen hatte nämlich der Direktor Ludwig und der Kantor Morich in Groß-Dahlum den Auftrag erhalten,

Statuten einer solchen Kasse zu entwerfen, was sie nach dem Muster der Halberstädter Lehrer-Witwenkasse ausführten, und sie dem Konjistorium einreichten. Auf Grund jenes Entwurfes trat im Jahre 1845 eine Lehrer-Witwenkasse ins Leben mit einem Vorstande von fünf Mitgliedern (Inspektor Meyer-Blankenburg, Vorsitzender, und Kantor Morich, Rechnungsführer) und 154 Lehrern als Mitgliedern. Statuten und Mitgliederverzeichnis sind im Schulblatt veröffentlicht. Die Einkünfte bestanden der Hauptsache nach aus festen Beiträgen, 3 Thaler jährlich. Die Zahlungen an die Witwen, 30 Thaler jährlich waren so hoch, daß man sie recht bald herabsetzen mußte. Inspektor Meyer trat bald von seinem Amte zurück, und überhaupt gewann die Kasse nie rechte Lebensfähigkeit. Bei alledem war die Einrichtung doch ein schönes Zeichen von dem in der Lehrerschaft herrschenden Geiste der Thatkraft und Einigkeit. Die Kasse versiel gänzlich und die Beiträge wurden nicht mehr gezahlt, als durch Gesetz vom 9. September 1848 die Lehrer in die staatliche Beamten-Witwen- und Waisenkasse aufgenommen wurden, wobei die Regierung sogar die Eintrittsgelder für die Lehrer aus der Kloster-Reinertragskasse bezahlte. Die Lehrer nahmen dies so hoch auf, daß sie der Regierung und besonders dem Herzoge in einer Adresse den Dank aussprechen wollten.\*)

In den Versammlungen war mehrfach von einem Schmidtschen Hilfsverein die Rede, über den keine volle Klarheit herrschte. Infolge eines Aufrufs von Schmidt im Jahre 1846 waren 75 Thaler für Lehrerwitwen zusammengekommen. Der Bürgerverein zu Braunschweig hatte dazu 25 Thaler gegeben, der Humanitätsverein 5, ein Gutsbesitzer 20, ein Kaufmann 10 Thaler und 79 Lehrer hatten dazu gezahlt. Nach 1848 gerieten auch diese Zahlungen ins Stocken. 1855 waren über 184 Thaler zusammengekommen. Es wurden lange Debatten darüber geführt. Schmidt und andere suchten mehrfach den Verein neu zu beleben. Das gelang nicht und endlich wurden die angesammelten Gelder dem Pestalozzi-Verein übergeben.

---

\*) Die Witwenpension betrug zunächst 16 Prozent der Jahreseinnahme der letzten Dienststelle mit Hinzurechnung von 25 Thlr. Mietswert. Außerdem aber erhielten Witwen und minderjährige Kinder „bei einem unbescholtenen Wandel“ noch Unterstützungen. Im Jahre 1859 z. B. waren von 409 Landschulstellen 92 Lehrerwitwen, von denen 80 aus dem Wäterlingschen Fond 830 Thlr. erhielten. Durch die Herzöglichen Kreisdirektionen erhielten noch 67 Witwen 882 Thlr., 90 Walter Brennholz, 72 Schoß Wasen und 140 Himpen Brotkorn. —

Von der Morichschen Kasse hörte man eine Zeitlang nicht viel, munkelte aber allerlei über den Rechnungsführer. Auf der Lehrerversammlung in Schöppenstedt, 14. April 1852, wurde auf Vorschlag des damaligen Rechnungsführers Trappe-Abhum bestimmt: „Die allgemeine Lehrerversammlung hält dafür, daß die Verhältnisse der privatim gestifteten Lehrerwitwenkasse am besten zum Abschluß gebracht werden möchten, wenn das angesammelte Kapital an die jetzt vorhandenen Witwen gegeben würde.“ Es kam indes doch nicht dazu.

Infolge der Bitte, welche die Lehrer nach Beschluß der Versammlung, 4. Oktober 1852, dem Herzoglichen Konsistorium ausgesprochen hatten, für sie mit der Aachen-Münchener Feuerversicherungsgesellschaft einen ähnlichen Vertrag, wie die Hannoverschen Lehrer abgeschlossen hatten, zu Stande zu bringen, wurde der Vertrag vom 27. Oktober 1852 zwischen dem Vorstande des Landes-Lehrervereins und jener Gesellschaft abgeschlossen. Danach wurden den Lehrern ermäßigte Prämien in Rechnung gebracht und dem Vorstande des Lehrervereins ein Teil des Gewinnes, der von den Lehrern versicherten Summe entsprechend, zur Unterstützung der Witwen jener Lehrer, die ihre Mobilien versichert hatten, ausgezahlt, für das Jahr 1853 36 Thlr. 12 Sgr. Das Geld wurde gleichmäßig verteilt.

In einer der ersten Versammlungen des Landes-Lehrervereins (30. April 1851) fühlte der Obmann Tunka sich gedrungen, der irrigen Meinung entgegenzutreten, als strebten die Lehrer in ihren Vereinigungen nur nach einer Verbesserung ihrer äußeren Lage. Allerdings zwang die dringende Not die Lehrer, ihre Lage nicht ganz außer acht zu lassen, doch wurde dieser Gegenstand auf den Versammlungen nicht lang und breit besprochen, sondern das in dieser Hinsicht Notwendige wurde durch besonders gewählte Kommissionen besorgt. Nötig war es aber, daß die Lehrer sich rührten. Im Anfange des Jahrhunderts gab es ja noch Schulstellen, die jährlich 10–15 Thlr., ja wie Thüne bei Braunschweig 7 Thlr. und Eschhof 7 Thlr. 29 Mariengroschen eintrugen. Nach dem Restrikt vom 15. Februar 1834 sollte das Dienst Einkommen jedes braunschweigischen Landschullehrers 80 Thlr. betragen. Diese Summe wurde 1840 auf 100 Thlr. erhöht. 1848 forderten die Lehrer eine gründliche Verbesserung ihrer Gehalte, und im Programm zur Versammlung am 4. Oktober 1848 verstieg man sich sogar zu einer Forderung von 200 Thlr. mit einer Steigerung auf 300 und 400 Thlr. für das Land und noch 50 Thlr. mehr für die Städte. Als 1851 ein neues Schulgesetz erlassen wurde, hatte der getreue Obmann Tunka den betreffenden Herren „die offenkundigen Wünsche der Landlehrer“ vorgetragen. In diesem Gesetze vom 8. Dezember 1851 wurde auch das Mindestgehalt einer Schulstelle in Gemeinden von 250 Seelen auf 120 Thlr., in größeren Gemeinden auf 150 Thlr. ausschließlich der Wohnung oder Mietsentschädigung festgesetzt. Infolge davon wurde eine neue Abschätzung der Schulstellen vorgenommen. Der größte Teil des Einkommens der Landschulstellen bestand immer noch im Ertrage der Grundstücke durch Selbstbewirtschaftung oder Verpachtung. Nach den stattgehabten Abschätzungen war ein Zuschuß von 6344 Thlr. erforderlich, von denen der Klosterfond 3522 Thlr., die Schulgemeinden 2822 Thlr. zu tragen hatten. Außerdem übernahm der Klosterfond für verschiedenes noch 1415 Thlr. Es sind

das wahrlich noch keine große Summen, die man für die Lehrer aufwandte. Nach der Abschätzung gab es: 86 Schulstellen mit einem Einkommen von 120—149 Thlr.; 140 mit 150—200; 93 mit 200—250; 39 mit 250—300; 24 mit 300—350; 5 mit 350—400 und 6 mit einem Einkommen über 400 Thlr. Doch sind Stellen, welche nach dem Anschlage von 1843 über 200 Thlr. einbrachten, nicht neu veranschlagt; sie würden sich sonst höher gestellt haben. 1000 Thlr. waren jährlich zu besonderen Unterstützungen an Lehrer ausgeworfen und auch aus dem Wäterlingschen Legate, meist für Lehrerwitwen bestimmt, erhielten Lehrer in Ausnahmefällen eine Unterstützung. In der Versammlung der Landstände wurde 1852 ein Antrag des Generalsuperintendenten Stöter-Helmstedt, das Schulgeld teilweise zu erhöhen, da es für das Kind des reichen Bauern nicht mehr betrage als für das des armen Tagelöhners, abgewiesen, und ebenso der des Ackermanns Rosenthal-Wagum, die Erhöhungen der Lehrergehälter vollständig auf den Klosterfond zu übernehmen, damit dem Lehrer keine Unannehmlichkeiten in der Gemeinde erwüchsen. Wirklich fielen die Verbesserungen nicht zu aller Zufriedenheit aus; doch ist nicht zu leugnen, daß für manche Landschulstellen in dieser Zeit durch Erhöhung der Preise der ländlichen Produkte oder der Ackerpacht eine Verbesserung eintrat.

### Dritter Abschnitt.

#### Der Verein unter Chamloths Leitung. 1856—1865.

Unter fast noch mislicheren Verhältnissen als der vorige begann der folgende Abschnitt des braunschweigischen Landes-Lehrervereins. Es war die Zeit der tiefsten Reaktion, und die Lehrerschaft hatte ihren bewährten Führer verloren. Doch kam der Verein auch über diese böse Zeit hinweg. Trotz manchen Abbröckelns blieb ein alter guter Stamm getreuer, eifriger Mitglieder. Der neue Obmann ließ es nicht an gutem Willen fehlen. Er war unermülich, äußerst thätig und lebendig und opferte dem Vereine Zeit und Kraft. Der Schul- und Seminardirektor Hirsche hatte sich sofort nach seinem Amtsantritt in Braunschweig thätig am Vereinsleben der Lehrer beteiligt und förderte es damit schon ganz wesentlich, in der Folge aber noch mehr. Nicht allein seine Stellung, sondern auch seine Persönlichkeit verschafften ihm bald ein großes Gewicht in der braunschweigischen Lehrerschaft, und diese hat ihm viel zu verdanken, namentlich auch in seinem späterem Amte als Konsistorialrat. Im ganzen verfolgte der Verein ruhig seine Bahn weiter.

Die Herbstversammlung des Jahres 1856 fand „mit Genehmigung der Herzoglichen Kreisdirektion Wolfenbüttel“ am 1. Ok-

tober in Harzburg statt. Nachdem Behrens dem verstorbenen Tunka den oben erwähnten Nachruf gehalten, und über Seidenbau und Witwenunterstützung berichtet war, wurden dieses Mal die Wahlen durch verschlossene Stimmzettel vorgenommen. Sie ergaben als zukünftigen Obmann Lehrer Chamloth aus Braunschweig und zu Beiräten Behrens, Denks und Direktor Hirsche. Verhandelt wurde nach einem Vortrage von Chamloth über den „naturgeschichtlichen Unterricht in der Volksschule“.

Als Zweck desselben gab man an: Allseitige Bildung des menschlichen Geistes. Insbesondere aber solle er dienen, dem Aberglauben zu steuern, für das praktische Leben vorzubereiten, Sinn und Gemüt für die Natur als Quelle reiner Freude empfänglich zu machen und der rohen Zerstörungslust zu wehren. Den Stoff nehme dieser Unterricht aus allen drei Reichen der Natur, bevorzuge das Nahe, Einheimische, die zur Anschauung zu bringenden, charakteristischen, nützlichen und schädlichen Gegenstände. Für die Methode gilt als Grundsatz: Unmittelbare Anschauung in individuellen Naturbildern zur Einführung in ein einfaches System. Der Unterricht vollziehe sich in fragend entwickelnder Form zum Anschauen, Anregen und Vergleichen.

Man hatte diese Versammlung nach einem anderen Orte als Braunschweig verlegt, um den Lehrern der Umgegend den Besuch zu erleichtern; aber dieser war doch nur schwach. Es kamen 45 Lehrer, davon 19 aus Braunschweig. Aus der Inspektion Harzburg fehlte allerdings keiner. Nach der Versammlung vereinigte man sich zu einem Mahle und unternahm dann einen gemeinsamen Spaziergang ins Kadauthal.

Am 15. April fanden sich 90 bis 100 Lehrer in Braunschweig zur Frühjahrsversammlung zusammen. Der Obmann Chamloth sprach herzliche Worte der Begrüßung und berichtet, was seit Gründung des Landesvereins geschehen, um das Konferenzwesen im Herzogthume anzubahnen und zu fördern. Es sah damals ziemlich trübe damit aus. Von den Vereinen Lhiede-Engelstedt und Braunschweig-Stadt wurde Bericht erstattet. Außerdem sollten noch fünf andere Bezirksvereine bestehen. Lüdike-Braunschweig forderte zu reger Beteiligung und lebhafterem Interesse auf. Direktor Hirsche meint, Maßregeln und Anreizungen von außen würden nicht helfen, wenn nicht die Lehrer warmes Interesse für ihren Beruf beseelte und ihnen die Konferenzen zum dringenden Bedürfnis machten. Nach den üblichen Berichten über Rechnungswesen und Seidenbau hielt der bejahrte Kantor Denks-Steterburg einen Vortrag: Welche Mittel hat die Schule, die Kinder zur Ordnung und Pünktlichkeit zu gewöhnen.

Er nannte: Das eigene Beispiel des Lehrers, eine festgeregelte Schulordnung, Verbindung der Schule mit dem Elternhause und geeignete Anwendung von Strafen. In betreff des Nachsiegens meinte man, wenn es auch darüber keine gesetzlichen Bestimmungen gäbe, so habe langjähriger Gebrauch diese Strafe sanktioniert. Führung eines Sittenbuches wurde empfohlen.

Ein Bericht über den zweiten Gegenstand der Tagesordnung: „Allgemeine Unterrichtsgrundsätze für die Volksschule“ vom Schul- und Seminardirektor Hirsche ist leider nicht aufzufinden.

Ebenso ist über die Versammlung am 30. September 1857 in Schöppenstedt im „Schulboten“ nur ganz kurz berichtet. Außer den gewöhnlichen Berichterstattungen wurde nach einem Vortrage und zwölf Thesen vom Schuldirektor Hirsche über den orthographischen Unterricht lange verhandelt. In den Thesen war aus verschiedenen Unterrichtsweisen das am geeignetsten Erscheinende zusammengefaßt, namentlich aber das „Kopfbuchstabieren“ empfohlen. Die Versammlung war von 70 Teilnehmern besucht, unter denen sich auch die Geistlichen der Stadt befanden.

Von der Versammlung am 8. April 1858 zu Braunschweig ist nur die Tagesordnung, aber kein Bericht mitgeteilt. Ueber die Vereinsfachen wollte der Obmann Chamloth sprechen, und Vorschläge für eine methodische Bearbeitung des Rechenbuches von Tunika mit Berücksichtigung der neuen Münzen und Gewichte wollte Baake-Braunschweig machen. Zuletzt sollte noch über Erziehung der Kinder in der Volksschule durch Arbeit zur Arbeit gesprochen werden. Dieser Gegenstand kam aber erst zur Verhandlung auf der Versammlung in Wolfenbüttel, 30. September 1858. Man kam im wesentlichen zu denselben Resultaten, wie die neunte allgemeine deutsche Lehrerversammlung in Frankfurt. Doch scheint der Gegenstand wichtig, da die Schule in Gefahr sei, vorzugsweise den Unterricht, das Lehren zu bevorzugen. Am Schluß zeigt Wunderlich-Schöningen selbstgefertigte Modelle eines Globus, einer Lokomotive und eines Morse'schen Schreibtelegraphen. Sowohl in der Versammlung wie auch später auf dem Kaffeehaue war der neu ernannte Konsistorialrat Hirsche unter den Lehrern und beteiligte sich an der Debatte und den Gesprächen, wobei man bedauerte, daß trotz Verbesserungen materielle Bedrängnisse dem Lehrer oft die Freudeigkeit unterdrücke, da die Besoldung immer noch nicht im Verhältnis stehe zu seiner Wirksamkeit und zu der der übrigen Beamten im Staate. (Berichte von 1859 und Frühjahr 1860 nicht aufzufinden.)

Ueber die Versammlung des Landes-Lehrervereins am 5. Okt. 1860 zu Schöningen berichtet der mit anwesende Konsistorialrat Hirsche selbst in dem von ihm seit 1861 herausgegebenen Schulblatt. Vom Kantor Kamke herzlich begrüßt und nach gemeinschaftlichem Gesange ging es rasch an die Vorträge und in die Debatten. Erst kamen noch kurze Mitteilungen über das neue Schulblatt, dann sprach der dirigierende Lehrer Baake-Braunschweig über die Frage: Was kann die Volksschule thun, um die Vaterlandsliebe in den Schülern zu wecken und zu nähren.

Die zunächst instinktive Vaterlandsliebe soll zur moralischen, bewußten erhoben werden, zur vernünftigen Anerkennung der Vorzüge des

Vaterlandes, zum Wohlwollen gegen alle Mitbürger und zum Streben für das Wohl des Vaterlandes zu wirken. Pflicht der Schule ist, in jedem deutschen Kinde für Belebung solcher Vaterlandsliebe, gleich fern von partikularistischer Engherzigkeit wie von abstrakter, dem Volksgeiste widerstrebender Centralisation zu wirken, in der Unterklasse durch einen inhaltsreichen, gemüth- und phantasievollen Anschauungsunterricht, in den Oberklassen durch patriotische Lieder, Benutzung zweckmäßiger vaterländischer Stoffe im Lesebuche, auch Einprägung vaterländischer Gebichte, Betonung passender Gegenstände im geographischen und geschichtlichen Unterricht usw. Wichtig ist die Feier vaterländischer Gedenktage; denn die Pflege der Vaterlandsliebe muß nicht bloß Gegenstand des Unterrichts, sondern auch der Schulerziehung sein, namentlich indem die Schule in den Schülern den rechten Gemeinsinn pflegt und bildet. — In der Debatte wurde noch auf zwei Punkte hingewiesen: Durch die derzeitigen Verkoppelungen würde mancher Gegend ein gut Stück Poesie genommen, die das Gemüth des Kindes an seine Heimat fesselte, aber man bestrebe sich auch, Bäume und Vögel auf die einsörmigen sang- und klanglosen Fluren zurückzuführen. Dann wurde noch auf die Pflege des deutschen Sprichwortes hingewiesen.

Darauf wurde noch verhandelt wegen Einigung über die deutsche Rechtschreibung, angeregt durch den Vortrag des Dr. Klauwig auf der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung zu Coburg, nach einem längeren Vortrage des Schulinspektors Brancalio. — Die Beteiligung an der Versammlung war größer als sonst, etwa 100 „Lehrer und Geistliche“ waren da, und der Berichtserstatter erklärt dies für „ein ehrendes Zeichen der in dem Lehrerstande verbreiteten Freude an vereinter Thätigkeit für die Zwecke des Berufes“. Besonders wird dem Obmann, Lehrer Chamloth-Braunschweig, Dank und Anerkennung ausgesprochen. — Es ist die günstige, vertrauenerweckende Einwirkung der dauernden, regamen Beteiligung, des höchsten Vorgesetzten der Lehrer nicht zu verkennen. Die schlimmste Zeit für den Verein schien damit überwunden.

Auch über die von gegen 100 Lehrern besuchte Osterversammlung am 3. April 1861 in Braunschweig berichtet der Herausgeber des Schulblattes. Außer den Vereinsfachen wurde über den Nutzen des Turnens im allgemeinen und ins besondere für die Kinder der Volksschulen nach einem reichhaltigen Vortrage des Lehrers Henze I. in Braunschweig in vierstündiger Debatte verhandelt.

In den sieben aufgestellten Thesen wurden ungefähr folgende Gedanken ausgesprochen: Bei den höheren Anforderungen an die geistige Entwicklung der Jugend, den großen Gebrechen des socialen Lebens und den gesteigerten Ansprüchen des Staates ist es nach gesunden pädagogischen, humanitären, patriotischen und christlichen Grundsätzen eine Pflicht auch der Volksschule für die Pflege und Bildung des Körpers zu sorgen durch Einführung geordneter Turnübungen, die darauf von großem Einfluß sind. In der Debatte wurde gesagt: Die Vernachlässigung leiblicher Übungen sei nicht allein Schuld an den Mängeln körperlicher Kraft, Gewandtheit und Gesundheit unseres Volkes und das Turnen hiergegen kein Universalmittel; es seien neben dem Turnen und anderen äußeren Kräften und Mitteln vor allem die sittlichen Kräfte des Evangeliums, der Zucht und Liebe anzuwenden, um bessere Zustände herbeizuführen; es sei zu kämpfen gegen



Böllerei und Unzucht, gegen Vieblosigkeit und Eigennuß, die das leibliche und geistige Wohl der Kinder schon in den ersten Jahren zerrütten, viele Arme und Unglückliche in den Gemeinde- und Armenhäusern verkommen lassen. Doch sei auch das Turnen ein wichtiges, direkt und energisch wirkendes Mittel zur normalen Entwicklung und Kräftigung des Körpers. Systematisches Turnen müsse daher ein obligatorischer Unterrichtsgegenstand für beide Geschlechter sein, und wo möglich in jeder Klasse der Volksschule täglich eine angemessene kürzere Zeit auf Turnübungen verwendet werden. Der eigentliche Turnunterricht könne vorzugsweise in Freiübungen bestehen, doch dürfe in den obersten Knabenklassen das Geräteturnen nicht fehlen, wegen seines praktischen Nutzens und sittlichen Einflusses, da es besonders das Gefühl des Mutes und der Entschlossenheit bilde.

Zu der 23. Versammlung des Landes-Lehrervereins am 3. Oktober 1861 eilten die Lehrer trotz des starken Nebels, welcher über den Fluven schwebte, zu Fuß, zu Wagen und mit der Eisenbahn selbst aus den fernen Gegenden des Drömlings, des Elms und Sollings nach Gandersheim. Außer Lehrern waren auch einige Geistliche und mehrere Freunde der Schule anwesend. In die Präsenzliste trugen sich 106 Teilnehmer ein, es waren aber noch einige mehr. Nach gewöhnlicher Eröffnung und kurzer Begrüßung wies der allgemein geachtete und beliebte Kollege G. Brackebusch in Gandersheim auf die Denkwürdigkeiten und die Sehenswürdigkeiten dieser Stadt hin, wie er denn auch nach der Versammlung die meisten Teilnehmer nach der Stiftskirche und dem Kaisersaal hinführte. Der Gegenstand war sein Steckenpferd, und er sprach als kundiger Führer.

Es ward dann über die früher gegründete Privatwitwenkasse und über eine neu zu gründende verhandelt.

Darauf hielt Waisenhaus-Schulinspektor Lang aus Braunschweig einen sehr eingehenden Vortrag „Ueber die Erfordernisse eines zweckmäßigen Schulgebäudes und der dazu gehörenden Räumlichkeiten“, den er durch Vorzeigung von Modellen aus Holz, Pappe und Metall so wie durch Zeichnungen unterstützte. Der Verfasser erklärte sich auf Wunsch der Versammlung zu einem Abdruck des Vortrages im Schulblatt bereit, wo er ein ganzes Heft füllte. Schließlich sprach der unermüdete Chamloth noch über den Unterricht und die Erziehung der Mädchen in der gemischten Volksschule im Verhältnis zu der Bildung der Knaben“, und stellte Thesen auf:

1. Die Unterrichtsgegenstände können in diesen Schulen für beide Geschlechter im ganzen dieselben sein, doch muß 2. auf die verschiedene Naturanlage und Bestimmung derselben Rücksicht genommen werden.
3. Mädchen bilden sich körperlich und geistig meistens früher als Knaben.
4. Der Knabe denkt schärfer, das Mädchen fühlt feiner und schneller.
5. Die eigentümlichen Vorzüge und Fehler sind entsprechend zu pflegen oder zu bekämpfen.
6. Das Mädchen muß früh gewöhnt werden, sich der Sitte zu unterwerfen, der Knabe ist für die Freiheit zu erziehen.
7. Der Knabe ist mehr durch das Gesetz, das Mädchen durch die Persönlichkeit des Lehrers zu leiten,
8. letzteres in sanftermüthiger milder Behandlung, der Knabe, wenn nötig, in strengerer Zucht.
9. Dem Mädchen

gegenüber zeige der Lehrer stets vorsichtige, zarte Zurückhaltung, im Aeußeren gebührenden Anstand und feinere Sitte, dem Knaben gegenüber ist vertrauliche Annäherung zulässig.

Debattiert wurde über diesen Vortrag nicht. Nach der in gewohnter Weise geschlossenen Versammlung folgte noch ein Mahl von ungefähr 80 Teilnehmern.

Auf der 24. Versammlung am 23. April 1862 zu Braunschweig wurde zunächst das Rechnungswesen geprüft und in Ordnung gefunden, und über die alte Witwenkasse und den Plan zu einer neuen verhandelt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Schulinspektor Lang sprach über die Frage: „Was ist vor allen Dingen erforderlich, um den Schülfern das Recht schreiben zu erleichtern?“

Nach seiner Ansicht ist dazu vornämlich genaue Einprägung geschriebener und gedruckter Wortbilder durch das Auge im Stande. Er verglich diese Einprägung mit der photographischen Aufnahme eines Gegenstandes. Dazu müsse die Platte — hier die Seele — wohl vorbereitet sein, die Linse müsse klar und rein — hier das Auge gesund und geübt — sein, damit das gedruckte oder geschriebene Wort auf dem Grunde der Seele treu abgebildet, von dem Gedächtnis aufgenommen und tief und unverlierbar eingeprägt werde. —

Lehrer Gehrs-Volzum stellte einen Antrag in betreff der Abschätzung der Schulstellen, der angenommen, und infolgedessen eine Kommission gewählt wurde. Lehrer Albrecht-Gandersheim referierte mit großer Ausführlichkeit über: „Der Zeichenunterricht in der Volksschule.“ Die aufgestellten Thesen fanden meist die Zustimmung der Versammlung, nachdem diese das Urtheil der anwesenden Fachmänner gehört hatte. Die Zahl der Teilnehmer erreichte gewiß 150, meist Lehrer und Prediger. Es wurden nach der Versammlung die ausgestellten Schülerarbeiten im Zeichnen und darauf die Freiübungen der zweiten Klasse der Waisenhaus-Schule angesehen und den jungen Turnern von den sichtlich befriedigten Gästen die freundlichste Anerkennung dargebracht. Bei dieser Gelegenheit wurde der Wunsch ausgesprochen, nicht zuviel Vorträge auf eine Versammlung zu setzen, damit etwas Zeit zu gemüthlicher Unterhaltung namentlich für alte Schul- und Seminarfreunde bleibe; auch möge die Gesellschaft sich nicht gleich nach Schluß der Versammlung, ja vor demselben zerstreuen, wie es oft in Braunschweig geschehe.

Die Herbstversammlung 1862 tagte am 3. Oktober zu Helmsedt, vom Schuldirektor Eggeling willkommen geheißten. Gehrs berichtete über Ausführung seines Antrages, Abschätzungen betreffend. Es soll eine Denkschrift darüber ausgearbeitet und dem Herzogl. Konfistorium übergeben werden. Kamke-Schönningen sprach dann „Ueber Aufsaßübungen in der Oberklasse der Volksschule“ und legte eine große Menge sehr sauberer Schulhefte vor. Schmidt-

Rucklum redete über: „Bedeutung des Dialekts für die Anfänge des Unterrichts überhaupt, namentlich für den Veseunterricht.“ Ueber beide Vorträge waren Thesen aufgestellt, die Debatte darüber kam aber nicht recht zum Abschluß.

Ueber einzelnes aus dem ersten Vortrage wollte man später noch einmal sprechen; über den zweiten Gegenstand gingen die Ansichten weit auseinander. Der Referent gestand dem Dialekt in der Schule auf dem Lande viel Recht zu. Andere Lehrer bezweifelten Ausführbarkeit oder Berechtigung dieser Ansicht, und meinten, der Dialekt solle nur zur Hilfe gerufen werden, wo die hochdeutsche Redeweise den Kindern nicht verständlich genug sei. Man einigte sich schließlich in folgender Erklärung: In der ländlichen Volksschule ist der Dialekt auf das sorgfältigste zu berücksichtigen, und ist auf diesen je nach Bedürfnis der Kinder zurückzugehen.

Der Gegenstand erschien wichtig und daher der Wunsch gerechtfertigt, auf einer der nächsten Versammlungen noch einmal darüber zu verhandeln, insbesondere über Umfang und Methode der Anwendung desselben. — Die Versammlung fühlte sich geehrt durch die Anwesenheit des Kreisdirectors Gruse, welcher vor dem Scheiden noch ein warmes Wort für die Sache des Gustav-Adolfvereins an die Anwesenden richtete.

Nach der in üblicher Weise erfolgten Eröffnung der 26. Versammlung des Vereins, am 8. April 1863 zu Braunschweig, zeigte Nicolai-Veltheim einen Teil seines zu Veranschaulichungen im Rechnenunterricht erfundenen Apparates. Das Rechnen mit Brüchen darstellend, waren große Pappbogen durch gerade Linien in gleiche Stücke geteilt, die dann durch übergelegte Schnüre weiter zerlegt werden konnten, nach Ausspruch des Konsistorialrates Hirsche, „dienlich, ein rationelles, auf Klarster eigener Ansicht beruhendes Rechnen zu fördern, einem mechanischen, gedankenlosen dagegen Thür und Thor zu schließen.“ Eine Reihe von Uebungen wurde an Schulkindern aus Veltheim praktisch in der Versammlung vorgeführt. Genannter Herr wies dann hin auf das Werk: „Die Arbeitsschule nach Fröbelschen Grundsätzen von Seidel und Schmidt.“ — Der bisherige Vorstand, Chamloth, Baake, Behrens, Denks wurde wiedergewählt und auf die Förderung des Seidenbaues hingewiesen, dann aber besonders über „Gründung eines Pestalozzivereins“ gehandelt. „Als Konsistorialrat Hirsche die Versammlung mit gehobener Stimme fragte, ob sie einen Pestalozziverein wolle und ein rundes, kurzes Ja oder Nein verlangte, tönte ihm ein einstimmiges Ja entgegen, und mit Gesang des ersten Verses von: „Nun danket alle Gott“, — den Schmidt aus Rucklum anhub, — besiegelte die Versammlung ihr Ja vor dem Herrn.“

Es war dies die letzte Versammlung, in der Hirsche gegenwärtig war. Er hatte auch als Konsistorialrat keine zu seiner Zeit gehaltene Versammlung versäumt, war aber nun zum Hauptpastor zu St. Nicolai in Hamburg berufen. Als Chamloth in einer herzlichen Ansprache den Gefühlen der Versammlung Ausdruck gab, ent-

gegnete der Scheidende, „daß er den Braunschweiger Lehrern auch in der Ferne seine Teilnahme bewahren werde, daß er im Geiste mit ihnen verbunden bleibe, und daß der Pestalozzverein, dem er als Mitglied angehöre, selbst ein äußeres Band sei, das ihn stets mit ihnen vereinige.“ So war der Wunsch des Referenten, Ramcke-Schöningen, mit dem er seinen Vortrag wegen Gründung eines braunschweigischen Pestalozzvereins beschloß, — „lassen Sie uns den heutigen Tag, welcher voraussichtlich für längere Zeit der letzte sein wird, an dem der Herr Konsistorialrat Hirsche in unserer Mitte weilt, durch eine edle gemeinsame That auszeichnen“ — im vollen Maße in Erfüllung gegangen, und eine wichtige Versammlung hatte damit ihr gutes Ende gefunden, so daß bei dem sich daran schließenden Mahle eine gehobene Stimmung herrschte.

Zum Versammlungsort für die Herbstversammlung war Wolfenbüttel ausersehen. Gegen 170 Lehrer und einige Geistliche fanden sich dort am 1. Oktober 1863 zusammen, begrüßt vom Kollegiat Apfel aus Wolfenbüttel. Schmidt-Bucklum legte in Verfolg des auf der Helmstedter Versammlung gefaßten Beschlusses seine „Grundsätze für die Anwendung des Dialekts in niederdeutschen Volksschulen“ dar.

Der Gegenstand habe lebhafte Kämpfe auf dem Felde der Pädagogik hervorgerufen, namentlich zwischen Burgwardt-Wismar und Schulrat Kellner, von denen jener den Grundsatz verfechte: „Die ganze Anschauungs- und Denkweise unserer Schüler wurzelt und bewegt sich in ihrer Muttersprache; daher können sie auch nur mittelst dieser Sprachmutter zum Verständnis und zur Aneignung des Hochdeutschen geführt werden“, dieser aber den „analytischen Sprachunterricht“ von vornherein an fogen. „Musterstücke“ knüpfen will, um Sprachverständnis und Sprachfertigkeit zu erzielen. Unter Anknüpfung an den Ausspruch von Klaus Groth: „Der Dialekt ist das Gewand, worin die norddeutsche Treue sich kleidet“, stellt der Vortragende Thesen ungefähr folgenden Inhalts auf: In der Unterklasse vollzieht sich der erste Unterricht ganz im Dialekt. Die Grundlage desselben bilden im Dialekt geschriebene Stoffe, an denen auch Lesen und Schreiben gelehrt wird. Diese Stoffe werden ins Hochdeutsche übersetzt und weiter verwendet. Auch die biblischen Geschichten, Gebete und Sprüche werden im Dialekt gegeben. Für die zweite Klasse ist die Unterrichtssprache die Hochdeutsche, aber so oft als nötig wird zur Erklärung auf den Dialekt zurückgegriffen. Stehende Uebungen sind Uebersetzungen aus dem Dialekt ins Hochdeutsche. Auch im Rechtschreibunterricht ist vom Dialekt auszugehen, und dabei sind nicht Sätze, sondern Wörter zu schreiben. In der ersten Klasse, wo Hochdeutsch die Unterrichtssprache ist, wird noch auf den Dialekt zurückgegriffen, und im Unterricht sind Sprichwörter und Redensarten oft im Dialekt zu geben. Bei Einübung der Wortarten und Bieungsformen ist vom Dialekt auszugehen, und dabei der Lautwechsel (das Lautverschiebungsgeßez) zu veranschaulichen. Das niederdeutsche Gedachte ist in hochdeutsche Formen zu übertragen. Die Debatte hierüber war sehr belebt, aber öfter unklar und abschweifend. Der Referent berief sich auf Raumer, Burgwardt und andere und auf die Erfolge in seiner Schule. Die zahlreichen Gegner gaben die Schönheiten des plattdeutschen Dialekts willig zu, derselbe sei aber im Absterben. Auf einer Versammlung in Meldorf hätten gegen 70 Lehrer Holsteins erklärt, „daß eine konsequente Behandlung nach Burgwards Manier nur hindernd für Sprach- und Gesamtunterricht wirke“. Wenn

man auch, sagten die Gegner weiter, anfangs das Platt zu Hilfe nehmen müsse, so sei selbst der kleineren Dorfjugend das Hochdeutsche nicht mehr ganz fremd. Der Lehrer aber, der den Dialekt der Gegend, ja des Dorfes nicht beherrsche, könne sich leicht lächerlich machen.

Nach längerer Debatte verzichtete der Referent auf Fortführung der Verhandlung, und man kam überein, den wichtigen Gegenstand auf einer späteren Versammlung nochmals zur Sprache zu bringen, und den zweiten Gegenstand: Festsetzung der Statuten des Pestalozzivereins nach Vortrag vom Schulinspektor Brancalio-Braunschweig zum Schluß zu bringen. (Siehe diese Verhandlungen). — Konsistorialrat Staufebach, früher langjähriger Seminardirektor, jetzt Hirsches Nachfolger, hatte den Verhandlungen beigewohnt, nahm am gemeinsamen Mahle teil und brachte ein Hoch auf seinen Vorgänger aus, das vollen Anklang unter den Lehrern fand. Telegramme an Hirsche sowie an Diesterweg gaben Kunde von dem treuen Gedenken der braunschweigischen Lehrer. Auch dem Gutbesitzer Frerichs in Lucklum, der ein schönes Schulhaus mit Kinderbewahranstalt hatte errichten lassen, wurde ein Hoch ausgebracht.

Zum dritten Male legte Schmidt seine Ansichten über Benutzung des Dialekts in der Schule auf der Versammlung zu Braunschweig am 30. März 1864 dar.

Er hege die Hoffnung, das „gefeite Kind“, das „vertriebene königliche Aschenbrödel“, habe in der Zwischenzeit wohl manchen stillen Verehrer gewonnen. Auch behauptete er, der Dialekt sei nicht im Absterben begriffen, sondern nur krank, „verdoxtert“, und bei seinem jähen Leben sei nicht alle Hoffnung zu gründlicher Genesung verloren. Namentlich empfehle sich der Dialekt den Lehrern vom pädagogischen Standpunkte aus als ausgezeichnetes Förderungsmittel ihrer ganzen Wirksamkeit und als Grundlage aller poetischen Stimmung im Volke. Der Vortragende hatte andere, den früheren ähnliche Thesen aufgestellt; sie fanden aber nicht den Beifall der Versammlung, welche vielmehr die von Behrens aufgestellte Erklärung annahm: An den Dialekt ist überall anzuknüpfen, wo die Kinder dazu Veranlassung bieten, und auf den Dialekt ist namentlich beim Sprachunterricht zurückzugehen, wenn das Verständnis solches nötig macht.

Es wurde dann über Abänderung einiger Punkte in den Statuten des Pestalozzivereins gehandelt. — Die Versammlung war von 90—100 Lehrern besucht. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt und der Beschluß angenommen, künftig Themata zu Vorträgen, sowie Ort und Zeit der Versammlung frühzeitig genug bekannt zu machen. Bei dem Mahle wurde in plattdeutschen Versen ein Toast auf den Herzog ausgebracht.

Nachdem die Versammlung des Pestalozzivereins vorausgegangen war, wurde am gleichen Tage, 8. Oktober 1864, die Landes-Lehrerversammlung in Wolfenbüttel abgehalten. Sie war von 150 Lehrern und einigen anderen Herren besucht. Gehrs-Volzum berichtete über den Auftrag, Material zu sammeln über die letzte Abschwängung, die so viel Unruhe hervorgerufen habe, um auf Grundlage desselben den

vorgefetzten Behörden die Bitte vorzutragen, die Abfchätzungen nach übereinstimmenden und der Stellung der Lehrer angemessenen Grundsätzen vorzunehmen. Die Kommission habe mit Eifer und Umsicht gearbeitet, das Material aber sei fast zu umfangreich geworden. Ueberhaupt hätten die gesamten Schulverhältnisse sich so entwickelt, daß die Aufgabe der Kommission über das ursprünglich Beabsichtigte hinausgewachsen sei, und da an demselben Tage noch ein „Reformantrag“ zu erwarten sei, so möge man dessen Beratung erst abwarten. Dieser Antrag ging vom Lehrer Kost in Wolfenbüttel aus.

Er führte aus: Es herrsche auf allen Gebieten des Lebens ein Regen und Streben nach Besserung und Neugestaltung. Auch auf dem der Volksschule regten sich erfreulicherweise verstärkte und neu erwachte Kräfte. In wissenschaftlichen Werken und namentlich in pädagogischen Zeitschriften rede man von Organisation der Volksschule entsprechend dem Kulturstandpunkte der Gegenwart. Es handle sich besonders um drei Punkte: Bessere Bildung, ausreichende Besoldung der Lehrer und würdigere Stellung der Lehrer und der Schule. Es werde Kampf und ernste Arbeit der Lehrer kosten, um dies durchzuführen. Mit sittlichem Ernst suchte der Redner jene Forderungen durch Zurückgehen auf die Menschen- und Kindesnatur, durch die Fortschritte auf anderen Lebensgebieten und Anlehnen an die Reformen auf dem Schulgebiete anderer Länder zu begründen<sup>1)</sup>.

Der Redner schlug vor, „nachdem der Lehrerstand alle seine Kräfte gesammelt, möge er die Führerschaft der Bewegung der Fürsorge den Herzoglichen Konsistoriums und dem Wohlwollen des Herzoglichen Staatsministeriums vertrauensvoll in die Hände legen, nötigenfalls dem Landtage ein Manifest übergeben.“ Die hierzu nötigen Schritte wurden einer Kommission von sechs Mitgliedern übertragen und dazu gewählt: Behrens-Börßum, Heege-Mascherode, Gehrs-Söllingen, Schmidt-Eucklum und der Antragsteller Kost-Wolfenbüttel. In der Diskussion suchte man Klarheit über den Umfang des Mandates zu gewinnen. Die Kommission sollte die Ansicht möglichst aller Lehrer des Landes zu erfahren suchen, daraus eine Zusammenstellung machen und die aus dieser hervorgehenden Anträge einer späteren Versammlung vorlegen. „Wieder einen Festtag hatten die Lehrer erlebt, und gewiß ist niemand in der Versammlung gewesen, der nicht Anregung erhalten zu manchem ernstem Gedanken, der gehegt, gepflegt weiter fördert in der schweren aber erhebenden Kunst, Kinder zu lehren und Menschen zu bilden.“

Auf der 30. Versammlung am 20. April 1865 hatten sich etwa 130 Lehrer in Braunschweig zusammengefunden. Statt wie bisher aus vier, sollte der Vorstand aus fünf Mitgliedern bestehen und wurden dazu gewählt: Chamloth, Baake, Behrens, Kost und Heege. Letzterer hatte im Schulblatt den Vorschlag gemacht, mit der Versamm-

1) Die Redaktion des „Schulblattes“ macht hier zum Bericht die Bemerkung: Es wäre zu wünschen gewesen, der Referent hätte die gegebenen Verhältnisse der braunschweigischen Volksschule und der Gesamtheit ihrer Lehrer mit etwas mehr nüchternem Blick angeschaut.

lung ein durch die Lehrer ausgeführtes Konzert zu verbinden. Dann aber hätten für die Versammlung zwei Tage bestimmt werden müssen. Manchem schien es schwierig, für die fremden Gäste Quartiere zu erhalten, auch würde man schwerlich ausreichende musikalische Kräfte für den Plan unter den Lehrern gewinnen können. Dem wurde entgegnet, daß es nicht sehr schwer sein würde, die Teilnehmer an der Versammlung, welche das wünschten, für eine Nacht unterzubringen, und wenn in andern Ländern, z. B. Gotha, die Lehrer hätten Konzerte ausführen können, so würden die braunschweigischen Lehrer auch dazu im stande sein. Bei einer zweitägigen Versammlung aber könne man die Tagesordnung gründlicher und ausgiebiger besprechen, das sich außer der Versammlung darbietende Neue genauer beobachten und ansehen, namentlich aber würden durch den näheren persönlichen Verkehr der Lehrer untereinander die Zwecke der Versammlung und des Vereins überhaupt wesentlich gefördert werden. Auf letzteren Punkt wurde das größte Gewicht gelegt, aber die Mehrheit schien doch noch zweifelhaft. Als indes Grumbach-Seesen die Lehrer nach dort einlud, wo man ihnen Unterkommen freundlichst gewähren würde, ging man darauf ein und wählte eine Kommission, die versuchen sollte eine zweitägige Versammlung zu stande zu bringen und angeben, „wie der zweite Tag zu verwenden sei.“ Dann erhielt Heinemann-Wolfenbüttel das Wort zu einem Vortrage über Fortbildungsschulen.

Er legte zunächst deren Aufgabe und Wichtigkeit dar. Die Gemeinde solle sie unter Beihilfe des Staates ins Leben rufen. Ihre Organisation dürfe den Schüler nicht beengen und nicht zu viel Opfer an Zeit und Geld von ihm fordern. Rechnen, Geometrie und deutsche Sprache verbunden mit Schreibübungen und auf dem Lande auch landwirtschaftlicher Unterricht seien zu erteilen. Für einzelne Zwecke gab Referent näher die Behandlung an und stellte fünf Thesen auf. Der Gegenstand: Fortbildungsschulen stand schon damals als ein wichtiger auf der Tagesordnung. Die ersten derselben waren in der Bildung begriffen und legten ihren Leitern und Führern Sorgen und Lasten auf. Meist aber war man noch nicht vorgedrungen zum Kernpunkte der Sache und sprach, wie auch in der Debatte der damaligen Versammlung über allgemeines, auch über Neußerlichkeiten und Kleinigkeiten. Als Thatfachen über die Handwerker-Fortbildungsschule in Braunschweig durch Schulinspektor Schünemann mitgeteilt wurden, belebte und vertiefte sich die Debatte. Es wird der Gegenstand noch viel Geistesarbeit im Nachdenken und Durcharbeiten kosten, er ist es aber auch wert. —

Dann hielt Kantor Happe aus Lutter am Barenberge seinen Vortrag, über „das Ziel der Volksschule.“ Im Bericht heißt es: „Ein eigener Eindruck war es, der auf die Versammlung ausgeübt wurde, als der Referent, ein Greis, der länger als ein halbes Säculum mit seltenem Eifer, Geschick und Erfolg den Kindern gelehrt, die Tribüne bestieg, um uns Jüngeren zu zeigen, wie wir es anzufangen haben, daß wir mit Ehren grau werden im Dienste der Schule. Dieser Eindruck hob sich fort und fort während des aus-

fürhlichen Referates, das in lichtvoller Klarheit, — eine Frucht reifen Mannesalters, — und in blühend poetischer Darstellung, — meist nur eine Eigentümlichkeit frischer Jugend, — die Summe einer langen gesegneten Wirksamkeit zog, und steigerte sich zu wahrer Andacht dadurch, daß auf so einfachem Wege, — glaubet, liebet, bildet, — untrügliche Anweisung gegeben wurde, das Evangelienwort: „Weide meine Lämmer“ so zu erfüllen, daß ihm das andere Bibelwort gewiß ist: „Die Lehrer werden leuchten wie des Himmels Glanz“. Mit warmem Danke für den Referenten, und mit einem Dankliede gegen Gott endete die Versammlung.“ — Bei dem folgenden Mahle wurde im kleinen Kreise und ungezwungener Weise die Besprechung fortgesetzt, hauptsächlich über den Pestalozziverein und darüber, wie die Lehrer Ersprießliches beitragen können zur Neugestaltung des Volksschulwesens. Zuletzt führte Hermann-Braunschweig ein Bild von den Erfolgen des Turnens in Töchter Schulen mit 24 Schülerinnen vor. Manche der Anwesenden erhielten damit ganz neue Eindrücke. Der Schluß des Tages wurde dadurch ein bereicherter Anwalt zweitägiger Versammlungen.

Nach Seesen hatte man auf freundliche Einladung die Herbstversammlung zum 4. Oktober 1865 verlegt, um den Lehrern der dortigen Gegend den Besuch zu erleichtern. Diese benutzten die günstige Gelegenheit, und es fanden sich weit über 100 Lehrer auch aus anderen Landesteilen zusammen. Nach Eröffnung durch eine Gesangstrophe begrüßte der Bürgermeister Gruse die Versammlung, wünschend, daß auch diese beitragen möge, die berechtigten Interessen der Schule und der Lehrer zu wohlverdienter Geltung zu bringen. Darauf behandelte Dr. Arnheim, Direktor des Jacobson'schen Instituts, einer jüdischen und christlichen Realschule, die Frage: „Welches Ziel hat die Landes-Lehrerversammlung zu erstreben, und in welches Verhältnis soll sie zur allgemeinen deutschen Lehrerversammlung treten?“ Der Redner stellte zunächst die Berechtigung dieser Frage unter Berufung auf Diesterweg, Grimm, Koszmäppler usw. dar und schildert dann Wesen und Segen rechter Vereinigungen. Sie führen zum Gefühl der eigenen Unzulänglichkeit, zum Bedürfnis nach Vermehrung der Kraft, haben bei richtiger Organisation die freie Entwicklung der Einzelkräfte und ihre Zusammenfügung zum Dienst des Ganzen zum Zweck. Sind sie gleich fern von Sonderbildelei und Geheimnisträumerei, so beschränken sie Eigenvillen, Ungebundenheit, Hochmut einerseits, stummen Gehorsam, Unnatur, Kriecherei andererseits, kurz sie fördern den wahren Fortschritt. Die bisherigen Zusammenkünfte braunschweigischer Lehrer tragen zu sehr den Charakter des Zufälligen, die Teilnehmer treten sich nicht näher, trotz langer Vorträge fehlt oft eine allgemeine Betätigung der Teilnehmer. Wir müssen eine geschlossene, wohlorganisierte Versammlung bilden, die alle redlich Strebenden zur eigenen Fortbildung, zur Förderung ihrer Arbeit an der Jugend



des Volkes aufnimmt. „Darum sollen und wollen alle wahrhaft begeisterten Lehrer an höheren und niederen Schulen, betitelt und unbetitelt sich vereinigen und das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit unter den Amtsgenossen wecken und wach erhalten, wollen jede Meinung ehren, jeden Freund der Wahrheit und Forschung mit Freuden als den unseren begrüßen, und uns in unserer Gesamtheit wieder als lebensfähiges Glied dem Ganzen anschließen.“ Das Volk fühlt sich nicht zu unsern Versammlungen hingezogen, meint, dort gelte es nur der Förderung materieller Interessen. Wir müssen uns darum hüten vor verletzendem, den Schein höherer Bildung für sich in Anspruch nehmendem Hochmut, dagegen Teilnahme an seinen Interessen, Fürsorge für seine Bedürfnisse (Bewahranstalten, Spielschulen, Kindergarten, besonders Fortbildungsanstalten) zeigen. Redner hofft bei einer richtigen Organisation auch auf ein richtiges Verhältnis zur allgemeinen deutschen Lehrerversammlung. Was dort angeregt und besprochen, müsse im kleinen Kreise weiterwirken auch durch und für die Lehrer Braunschweigs, die sich künftig zahlreicher an jener Versammlung beteiligen möchten. Das würde einen fördernden Einfluß auf die braunschweigischen Lehrerkreise üben, wenn auch die Beschlüsse jener Versammlung keine bindende Kraft hätten. — Die Versammlung stimmte diesen Ideen zu und bezeugte ihren Beifall. Chamloth berichtet, daß der Verein Stadt-Braunschweig zur allgemeinen Versammlung bisher immer zwei Abgeordnete gesendet habe. Nach längerer Debatte wurde der Antrag angenommen: Der Vorstand wolle die Organisation des braunschweigischen Lehrerstandes auf die Tagesordnung einer der nächsten Landes-Lehrerversammlungen setzen, was der Vorstand versprach.

Die Frage: „Wie soll sich der Lehrer zu dem im Volke erwachten Streben nach Fortbildung stellen?“ erörtert Behrens. Um die Versammlung in die richtige Stimmung zu versetzen, begann er mit der gemütvollen Schilderung des Einzuges eines angehenden Lehrers. (Berthold Auerbachs „Lauterbacher“.) Daraus könnten auch die Lehrer viel gewinnen für ihre Pionierarbeit zu klären und zu bauen, zu richten und zu weisen die Jugend des Volkes fürs spätere Leben. Aber weiter müsse der Lehrer den Blick erheben, über die Wände des engen Schulzimmers ins frische, volle Leben, ja auf das ganze Volk, trachtend nach dem Vorbilde dessen, der da sprach: „Mich jammert des Volkes,“ um auch bei dem erwachten Streben der Zeit nach weiterer Bildung etwas an seinem Teile beizutragen, daß sich auch das andere Wort erfülle: „Selig sind, die da hungert und dürstet!“ Kurz, der Lehrer müsse den gesteigerten Anforderungen der Zeit und den gerechten Anforderungen einer gesunden Pädagogik Rechnung tragen. Dann wird gezeigt, wie der Lehrer durch Belehrung und Übung, durch Hinweisung auf lautere Quellen in Schriften und Büchern, trotz Hindernis, Störung und Arbeitslast auch einem segenspendenden Ströme gleichen und die der Wissenschaft ent-

nommenen Goldbarren in gute, gangbare Münze umsetzen könne. Er müsse suchen, edle Volkstümmlichkeit zu gewinnen, um die Schulsaat nicht verdorren zu lassen, den in der Schule angesponnenen Faden weiter zu führen, das Gepflanzte einem guten Gärtner gleich zu pflegen. Welche Ansprüche ergeben sich daraus an des Lehrers Persönlichkeit? Der Maßstab staatlicher Examina reicht nicht aus. Können auch nicht alle, die in der Schule stehen, geborene Lehrer sein (diese werden trefflich geschildert), so kann doch jeder rechte Lehrer mit wissenschaftlichem Sinn das zu dieser Aufgabe Nötige leisten, nämlich die Dinge und Erscheinungen des Lebens mit klaren, eindringenden Augen betrachten, und mit verständigem Sinn beurteilen, so daß er wie ein guter Hausvater aus seinem Schatze darreichen kann, was zu gesunder Entwicklung förderlich ist denen, die nach geistiger Speise verlangen. Freilich drohen dem Lehrer bei seinem Streben Gefahren, drum werden ihm Umsicht, Charakterfestigkeit und Parteilosigkeit notwendig sein. Zuletzt wird der Lehrer mit einem Steuer-mann verglichen und alle Forderungen zusammengefaßt in dem, was die „goldene Bulle“ Karls IV. von einem deutschen Kaiser mit den Worten fordert: „Er sei ein rechtschaffener Mann“. Jeder Lehrer möge nach der braunschweigischen Devise Nunquam retrorsum sich als einen solchen erweisen durch einen beständigen Gottesdienst, der besteht in der Hingabe aller Kräfte in den Dienst des allgemeinen Besten.

In der Debatte besprach man besonders die Fortbildungsanstalten, beurteilte die Ausübung der „Künste, welche die Langeweile erfunden“, etwas gelinder als der Redner, empfahl Vorsicht gegenüber dem beim Streben nach Fortbildung leicht zu verlegenden Stolz des Landmanns. Dann wurden fünf Thesen angenommen: 1. Der Lehrer wird bei dem Ringen des Volkes nach gesteigerter Bildung, sowohl allgemeiner als beruflicher, als besonders dienstbares Werkzeug zu achten sein. 2. Der Lehrer wird dies Streben hervorrufen, allgemeiner machen, leiten und befriedigen. 3. Dies kann geschehen durch Inslebensrufen geeigneter Veranstaltungen, durch Beteiligung an denselben, durch Dienstbarmachung anderer geeigneter Kräfte. 4. Der Lehrer wird dadurch zum Erteilen eines volksmäßigen Unterrichts befähigt und dem Schulunterrichte wird die rechte Vollendung gegeben. 5. Es wird vorausgesetzt, daß der Lehrer das Volksmäßige achte und liebe, unablässig nach eigener Fortbildung strebe und einen untadelhaften Charakter bewahre.

80 Teilnehmer blieben zu einem gemeinsamen Spaziergang zusammen. Eine zusammentretende Schar zeigte, daß die Aufführung von Männerchören bei Gelegenheit der Versammlung sich wohl ausführen lasse trotz entgegenstehender Meinung. Die Seesener Versammlung war eine der bedeutendsten.

Die 32. Versammlung am 4. April 1866 in Braunschweig, wurde in gewohnter Weise mit einem sehr reichhaltigen Programme eröffnet. Sie war von etwa 150 Teilnehmern, die nicht alle dem Lehrerstande angehörten, besucht. Behrens berichtet im Namen der mit Abfassung einer Denkschrift beauftragten Kommission, diese sei

mit frohem Mute an die Arbeit gegangen. Um über alle Verhältnisse des Lehrerstandes genaue und sichere Angaben zu machen und die Ansichten der gesamten Lehrerschaft zum Ausdruck bringen zu können, habe sie die bekannten 32 Fragen an alle Lehrer gerichtet, um alle heranzuziehen. Manche bittere Erfahrung habe die Kommission dabei gemacht, die bitterste sei die, daß nur 79 zum teil ungenügende Antworten eingegangen seien, so daß das dürftige Material nicht Grundlage einer Denkschrift sein könne, welche die Ansicht des gesamten Lehrerstandes enthalten solle. In dem Berichte über diese Versammlung heißt es dann weiter: „Die hieran sich schließende Debatte konstatierte leider nur zu deutlich, daß es auch im Lehrstande zu oft an demjenigen Korporationsgeiste fehlt, der ein unerlässliches Erfordernis ist, wenn Pfade, von Standesgenossen gemeinsam betreten, zum erwünschten Ziele führen sollen. Dieses, wie auch wohl Unklarheit über die Ziele der ganzen Bestrebungen der Lehrer und die bequeme Manier, die Hände in den Schoß zu legen und zuzusehen, wie Kollegen sich die Finger verbrennen, mag es erklären, wie auf dem von der Kommission eingeschlagenen Wege so wenig Förderliches erzielt ist. Die Offenheit, mit der übrigens diese Uebelstände aufgedeckt und besprochen wurden, berechtigt wohl zu der Hoffnung, daß auch der braunschweigische Lehrerstand noch dahin gelangen werde, sich als Korporation zu fühlen und an gemeinsamen Arbeiten zu bethätigen. Die Versammlung selbst schien gewillt, so viel als möglich das Veräumte nachzuholen und im Vertrauen darauf erklärte sich die Kommission nach langem Weigern bereit, das Mandat einstweilen wieder anzunehmen, unter der Voraussetzung, daß ihr bis 1. Juli noch verwendbares Material übermacht werde.“ Hierzu macht die Redaktion des Schulblattes die Bemerkung: „Ob nicht vielleicht die vorstehende Angelegenheit in etwas anderer Weise hätte angegriffen werden sollen? — Der rechte Korporationsgeist läßt sich nicht ötroyieren!“

Dr. Ehrenberg, Vorsteher des jüdischen Instituts in Wolfenbüttel, machte Mitteilung über den dort bestehenden „pädagogischen Verein“, der Schule und Haus verbinden wolle, und ermuntert dazu, ähnliche ins Leben zu rufen, wie schon früher von der braunschweigischen Lehrerversammlung empfohlen sei. — Heege-Mascherode sprach über Abfassung einer Petition in betreff der Ablösung der Naturalgefälle. Nach einer kurzen geschichtlichen Einleitung führte Referent aus: Trotz mancher Uebelstände würden die „Naturalien“ dem Zuge der Zeit folgend bald abgelöst werden. Die Lehrer möchten geeigneten Ortes den Wunsch aussprechen, daß dies durch Gesetz geschehe und ein angemessener Preis bestimmt werde, Durchschnitt der letzten 25 Jahre. Beschlossen wird, der Kommission, die sich mit der Art der Abschätzung der Schulstellen beschäftigt, die Abfassung einer Petition auch über diesen Gegenstand zu übertragen. —

Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde Chamloth zum

beständigen Ehrenpräsidenten ernannt, zu Vorstandsmitgliedern Baake, Behrens, Heege und Koft erwählt. Schließlich gab Schucht-Ofer „ein geognostisch-geologisches Bild unsers Landes“, das auf seinen 67 Quadratmeilen fast alle Gesteinsformationen enthält. Nach einer gedrängten Uebersicht der Gesteinsarten und ihres Vorkommens machte er auf die Bedeutung der Zeitfossilien aufmerksam. Es wurde der Vorschlag gemacht, alles naturhistorisch Merkwürdige im Lande zu sammeln und an einem geeigneten Orte des Landes aufzustellen. — Hermann-Braunschweig hielt dann einen Vortrag über Turnunterricht, in dem er auf die historische Entwicklung dieser Disziplin und ihre Bedeutung als Erziehungsmittel in physischer, sittlicher und nationaler Beziehung hinwies und beherzigenswerte Fingerzeige gab, wie das Turnen in Schulen einzuführen sei hauptsächlich durch Turnspiele. Der Bericht im Schulblatt sagt zum Schluß: „Diese Versammlung gehört wohl mit zu den anregendsten, die wir in unserm Lande gehabt haben. Ueber Schäden der Lehrer und Lehrerverhältnisse sprach man sich mit einer Offenheit aus, die hoffen läßt, daß manche wunde Stelle aufgedeckt worden ist, die sonst am Lehrerkörper forteitert, und beharrlich über eigene Verhältnisse schweigen in so reformatorischer Zeit wie die unsrige, würde ja eine Gleichgiltigkeit des Lehrerstandes offenbaren, die nirgends sonst zu finden ist und die gewiß beflagenswert genannt zu werden verdiente.“

Es waren im Versammlungslokale verschiedene Gesteine und Versteinerungen ausgelegt, so wie auch Bücher von mehreren Buchhandlungen. — Noch wurde besprochen, wie ein bei Gelegenheit der nächsten Versammlung zu veranstaltendes Konzert auszuführen sei, das nicht allein dem Pestalozziverein etwas einbringe, sondern auch die Achtung des Lehrerstandes im Volke erhöhen werde. Im Bericht heißt es: „Dazu beizutragen, das ist schon ein Ertrag, um des willen wir wohl etwas wagen dürfen. Heut zu Tage ist selbst das Wohl der Völker solidarisch verbunden, auch fangen sie schon an, ihre Handlungsweise von diesem Gesichtspunkte aus zu betrachten und zu regeln. In solcher Zeit ist es doppelt Pflicht der Lehrer des Volkes, auf ihre Fahne die Solidarität der Standesgenossen zu schreiben, und unter dieser Fahne nach dem Motto zu streiten: Immer vorwärts!“<sup>1)</sup>

Die zweite Periode unseres Lehrervereins nahm im ganzen einen ruhigen Verlauf. — In unserm Nachbarstaate Preußen, der auch in vieler Hinsicht maßgebend war und ist, hatte die Reaktion

<sup>1)</sup> Konsistorialrat Staufebach als Redakteur bemerkt dazu: „Die Solidarität der Standesinteressen hat auch ihre bedenkliche Seite. Wie dieselbe dem persönlichen Egoismus ein heilfames Gegengewicht werden kann, so leistet sie gar leicht auch allerlei Standesvorurteilen und Standeseinsseitigkeiten Vorschub und führt sozusagen einen Standesegoismus herbei, mit dem der sozialen Wohlfahrt auch nicht gedient ist. — Neben der Scylla droht eine Charybdis“.

auf dem Gebiete der Schule mit den Raumer-Stiehl'schen Regulativen ihren Höhenpunkt erreicht und ließ nach mit Eintritt der „neuen Aera“ durch die Regentschaft 1858. Nach Niederwerfung und Verfolgung der doch immerhin idealen Bestrebungen des „tollen Jahres“ hatte sich in den letzten fünfziger Jahren eine gewisse Abspannung und gedrückte Stimmung im deutschen Volke verbreitet, die sich auch im braunschweigischen Lehrerstande bemerkbar machte. Später wandte sich der Volksgeist vorwiegend den praktischen, materiellen Verhältnissen zu. Die Industrie, namentlich der Verkehr steigerten sich rasch und alle Lebensbedürfnisse stiegen im Preise. Auch dies hatte Einfluß auf den Lehrerstand. Da war es für unsern Verein sehr wertvoll, daß eine so frische, lebendige, anregende Natur wie Schuldirektor Hirsche in das Vereinsleben eingriff und auch als Konsistorialrat sich nicht zurückzog, sondern in gleicher Weise wirkte. Er nahm nicht allein an allen Versammlungen teil, sondern hielt auch Vorträge und griff thätig in die Debatten ein, konnte auch begründeten Widerspruch ertragen. Er übte daher einen ganz bedeutenden Einfluß auf die Schule und die Lehrer aus. Allerdings warf man ihm eine gewisse Unruhe und Hast in seinem Amte vor, und er konnte mit seinen Vorschlägen auf Verbesserungen und Abänderungen nicht immer durchbringen. Das war auch wohl der Grund, daß er nach nicht langer Zeit ein Predigeramt in Hamburg annahm. Er blieb indes noch eine Zeitlang mit den Braunschweiger Lehrern in Verbindung wie das Telegramm, das ihm diese von der Versammlung in Wolfenbüttel, Oktober 1863, schickten, und seine Antwort darauf beweisen. Sein Nachfolger Stausebach war ein ganz anderer Charakter, ruhig und klar, zurückhaltend, fast kalt und wortfarg. Er kannte als früherer Seminardirektor die meisten Lehrer und beteiligte sich anfangs an den Lehrerversammlungen, griff aber nicht bedeutend ein und zog sich bald noch mehr zurück. Auf seine Unparteilichkeit, Geradheit und sein Wohlwollen konnten alle Lehrer rechnen, und darum fehlte ihm das Vertrauen der Lehrer nicht, aber man fühlte sich weniger persönlich zu ihm hingezogen. Hirsche gehörte als Theologe der freieren Richtung an, und ähnlich war auch sein Nachfolger, wenn diese Ansicht auch nicht so stark hervortrat. Eine starr orthodoxe Richtung herrschte damals überhaupt nicht in unserer obersten Schulbehörde, wie in manchem andern Lande. Darum wurde Schule und Lehrer in unserm Lande mit preussisch-regulativischen Maßregeln verschont. Da die Lehrerschaft auch im „tollen Jahr“ nicht revolutionär gesinnt war, so machte sich auch jetzt kein heftiger Rückschlag bemerklich, und wenn auch ruhiger als damals, so verfolgten die Braunschweiger doch ihren bisherigen Weg in gleicher Richtung, und selbst die Redaktion des konsistorialrätlichen Schulblattes wurde geleitet unter der Devise: Besonnener Fortschritt, den allerdings die große Mehrzahl der Lehrer gar gerne etwas stark beschleunigt gesehen hätten.

Aus den Reihen der Braunschweiger Lehrer trat manche Per-

fönlichkeit mehr in den Hintergrund, wie z. B. Schmidt und Meyer, oder trat ganz aus wie der alte treue Denks und andere. Ihre Plätze füllten neue Kräfte: Gehrs, der in praktischen Angelegenheiten sehr bewandert und angesehen war, Waisenhaus-Schulinspektor Brancalio, ein scharfer Denker, der oft die Debatten anregte und führte und besonders als erster Leiter des Pestalozzivereins sich verdient machte, Hermann, gleichfalls ein tüchtiger Debatter, der besonders für den Turnunterricht wirkte, Heege, der allerlei neue Projekte, Landesbibliothek, Vereinskonzerte, Heimatkunde aufs Tapet brachte, Sölter, ein klarer Kopf und fester Charakter, wie desgleichen Fr. Bormann, der treue, ehrenhafte, Heinemann, der regsame, und andere. Vor allem aber blieb der alte tüchtige Stamm mit Behrens an der Spitze, der von nun an eine ganze Reihe von Jahren erster Vorsitzender des Vereins war, nachdem man den bisherigen Leiter desselben, den Lehrer Chamloth, der sich in uneigennützigem Unermüdlichkeit große Verdienste um den Verein erworben hatte, zum beständigen Ehrenpräsidenten erwählt hatte.

Oft waren die in den Versammlungen behandelten Themen allgemeiner Art, wie früher meistens: Erweckung der Vaterlandsliebe, Ziele der Volksschule, oder sie betrafen den Unterricht, namentlich Rechnen und Deutsch. (Der Dialekt.) Auch praktische Sachen wurden besprochen, Schulgebäude, und mehrfach schon damals über Fortbildung verhandelt. Die inneren und äußeren Verhältnisse des Lehrerstandes wurden gebührend ins Auge gefaßt. Das alte Geschlecht „der Schulmeister“ war um diese Zeit fast ganz ausgestorben, die Vorbildung der Lehrer war eine höhere geworden, und die Mehrzahl ließ es auch an einer passenden Fortbildung nicht fehlen. Trotzdem waren ihre äußeren Verhältnisse und ihre Stellung nicht entsprechend geändert. Es waren einige Erhöhungen des Gehaltes erfolgt, diese aber abgeschwächt bei der Neueinschätzung mancher Stellen und der Ablösung der Naturalgefälle. Diese Angelegenheiten wurden, wie nicht anders zu erwarten, in den Versammlungen besprochen, meist aber durch Arbeit der Kommissionen erledigt. Ein allgemeiner Reformantrag betraf die ganze Stellung des Standes, wollte aber die notwendigen Veränderungen vertrauensvoll den Behörden überlassen. Auch ihre eigene Organisation und ihr Verhältnis zur allgemeinen deutschen Lehrerversammlung überlegten sich die Lehrer unseres Landes, ohne daß indes hierin zunächst eine Aenderung eintrat. Es blieb bei der bisherigen losen Verbindung. Ein Vereinsbeitrag wurde nicht erhoben, sondern nur ein Eintrittsgeld bei den Versammlungen, das hinreichte, um die wenigen Ausgaben zu decken. Darum läßt sich auch die Zahl der Vereinsmitglieder nicht angeben, und in den Versammlungen war jeder Biedermann willkommen. Der Vorstand wurde jährlich gewählt, aber eine einfache Abstimmung genügte, um rasch erscheinende Aenderungen zu treffen. Es waren dies alles noch die losen Formen, die über die schlimme Zeit der Reaktion hinweggeholfen hatten. Die

beiden jährlichen Versammlungen, die in altgewohnter Weise gehalten wurden, und die zu besonderen Zwecken gewählten Kommissionen waren fast die einzigen Bethätigungen des Vereins. Außerdem hielt er noch bis jetzt fest die Verteilung und Verrechnung der Ueberschußgelder der A.-M. Feuerversicherungs-Gesellschaft an die betreffenden Lehrerwitwen. Auf den Versammlungen herrschte meist ein reges Leben, und die meisten Besucher sahen es gern, daß lebhaftes Debatten geführt wurden. Dabei plakten die Geister öfter hart auf einander; aber selten entstanden daraus Verdrießlichkeiten oder Uneinigkeit, denn alle bewahrten die Einigkeit im Geist. Der Besuch der Versammlungen war in der letzten Zeit stärker geworden, da mancherlei Hindernisse desselben zurückgetreten waren, und man dieselben durch Vorführungen, Ausstellungen usw. anziehend zu machen suchte. Den größten Wert legte man auf den persönlichen Verkehr. Ueber die kleineren Vereine im Lande, um die man sich früher so sehr bemüht hatte, wird in dieser Zeit kaum etwas berichtet, aber nach manchen Anregungen war ein Pestalozziverein fest gegründet. Er entwickelte sich in gedeihlicher Weise, selbständig gegenüber dem Lehrerverein, aber in beständiger, förderbarer Verbindung mit demselben. So konnten Braunschweigs Lehrer sagen, daß sie auch in der zweiten Periode ihres Vereinslebens einen Schritt weiter gekommen seien.

Ueber die Morichsche Wittwenkasse wurde in mehreren Versammlungen verhandelt. Im Herbst 1861 berichtete Schmidt-Rudlum nach dem Tode des bisherigen Rechnungsführers, Trappe-Abhum, daß die Ehre des braunschweigischen Lehrerstandes die Ordnung dieser Angelegenheit erfordere, die nur durch gegenseitiges verständiges und liebevolles Entgegenkommen möglich sei. Er schlug dann vor, die Zinsen des angesammelten Geldes unter die Witwen zu verteilen, das Kapital selbst aber als Grundstock zu einer neu zu bildenden Wittwenkasse zu nehmen, deren Plan er zugleich vorlegte. Die Versammlung beschloß, der Vorstand der alten Kasse solle sich selbst ergänzen. Die nächste Osterversammlung solle dann entscheiden. Auch auf dieser kam die Sache nicht zu Ende, ja weder Konsistorium noch Ministerium konnten sie zum Schluß bringen. Nicolai-Welshheim war mit in den Vorstand aufgenommen. Schmidt starb auch darüber hin und Nicolai übergab endlich vor Notar und Zeugen das Geld mit 4500 Mk. dem Pestalozziverein, der bis jetzt die aufkommenden Zinsen an die betreffenden Witten verteilt, nach deren Tode es aber mit seinen Kapitalien vereinigen wird.

Wie diese Verhandlungen zeigen, begnügten sich die Lehrer in der Sorge für ihre Hinterbliebenen mit der Aufnahme in die staatliche Wittwen- und Waisenkasse nicht. Auf Anregung von Diesterweg waren in Deutschland die ersten Pestalozzivereine ent-

standen und einige, wie der im Königreich und der in der Provinz Sachsen, zeigten schon gute Erfolge. Da regte Kamke in Schöningen durch einen Aufsatz in Hirsches Schulblatt auch bei uns die Stiftung eines solchen an. Versicherungen bei anderen Klassen könnten das nicht bieten, was die Lehrer selbst in diesen Vereinen erreichen könnten. Die Statuten eines derselben werden mitgeteilt.

Auf der Versammlung (8. April 1863) in Braunschweig legte Kamke nochmals dar, daß das staatliche Wittwengeld oft nicht ausreichend für den Lehrer, aber kein Gedanke schmerzlicher sei, als der, die eigenen Kinder müßten vielleicht einer angemessenen Erziehung entbehren. Der Pestalozziverein könne hier etwas helfen. Er sei außerdem ein Band der Liebe, das alle Kollegen umschlingen müsse; denn keiner dürfe sich davon ausschließen. Nach dem Vorgange anderer Vereine aber könnten auch Braunschweigs Lehrer durch Beiträge, litterarische Unternehmungen, Konzerte usw. Erkleckliches für ihre Witwen zusammenbringen und würden ihnen wie anderen Vereinen dieser Art wohl noch mancherlei Gaben aus anderen Ständen zufließen. Um der Besprechung einen festen Anhalt zu geben, legte Schuldirektor Friedrichs-Braunschweig vorläufige Statuten vor, die von ihm, Konsistorialrat Hirsche und Lehrer Heege entworfen waren. Es wurden Einwendungen dagegen gemacht: es sollten nur Waisen unterstützt werden, — es sollten keine Beiträge festgesetzt, sondern der Verein ganz auf freie Liebe gegründet werden wie der im Königreich Sachsen. Es wurde beschlossen, die bestimmte Formulierung der Statuten der nächsten Michaelisversammlung zu überlassen, für jetzt sich auf die Erklärung über Sein oder Nichtsein eines Pestalozzivereins zu beschränken. Auf die Frage des Konsistorialrates Hirsche darüber wurde einstimmig: Ja geantwortet, und von 101 Anwesenden, die nicht sämtlich dem Lehrerstande angehörten, sofort 94 Thaler 5 Groschen jährlicher Beiträge gezeichnet; auch der Ueberchuß des Schulblattes mit 100 Thaler und das Grundkapital des Schmidtschen Hilfsvereins mit 261 Thaler dem Verein überwiesen. Eine Kommission zur Entwerfung bestimmter Statuten wurde gewählt: Friedrichs, Schuldirektor, Baake, Brancalio, Schulinspektor, Chamloth, Kamke, Schmidt, Behrens, Heege und Sölter. Diese Kommission kam auf dem Bahnhofe in Borkum zusammen und verhandelte längere Stunden. Es stellten sich zwei verschiedene Ansichten heraus, die auch auf der Versammlung 1. Oktober 1863 in Wolfenbüttel zum Ausdruck kamen. Waisenhaus-Schulinspektor Brancalio erstattete dort Bericht und sagte: Die Kommission habe mit Eifer gearbeitet, in dem Bewußtsein einer edlen Sache zu dienen. Auch die Versammlung möge den Verein als eine Herzenssache betrachten und ihn auf einer festen Grundlage errichten. Der Geist der Association müsse auch die Lehrer ergreifen, dann könne er auch hier großes wirken, wie schon in anderen Pestalozzivereinen. Auch unser Kern sei nicht mehr ganz klein. Dann zählt er die Ein-



nahmen mit 478 Thaler 19 Groschen 4 Pfennig auf, zu denen auf der Versammlung noch 48 Thaler 12 Groschen 5 Pfennig hinzukommen. Es heißt weiter: Die Minorität der Kommission wünsche aus Grundsatz keine festen Beiträge und keine Berechtigung, die Majorität dagegen: Berechtigung aller Witwen und Waisen der Lehrer, welche feste Beiträge zahlen. Der Zwiespalt habe dem Wirken der Kommission keinen Abbruch gethan. Die Minorität habe sich nachgiebig gezeigt, die Majorität manches von ihr angenommen. Der Statutenentwurf der Majorität wurde verlesen und trotzdem Behrens und Heege, — letzterer unter Heranziehung historisch-statistischen Materials, — ihre Ansicht verteidigten, angenommen. Zugleich wurde auf das Söltersche Unternehmen von Viederheften nach Auswahl der Lehrer hingewiesen. Zu Mitgliedern des Vorstandes des Pestalozzivereins wurden gewählt: dirigierender Lehrer Baake-Braunschweig, (Schriftführer) Lehrer Behrens-Wörkum, Schulinspektor Brancalio-Braunschweig (Vorsitzender), Schuldirektor Friedrichs-Braunschweig, Lehrer Heege-Mascherode und Hofbuchhändler Leibrock-Braunschweig (Stassensführer). Der Verein hielt sofort um die Rechte einer milden Stiftung an. Bevor diese erteilt wurden, wünschte die Behörde einige Abänderungen in den Statuten in bestimmterer Fassung, die der Konsistorialrat Stausebach in der Frühjahrssammlung 1864 zu Braunschweig vorlegte. Der Vorstand soll diese Abänderungen der nächsten Versammlung vorschlagen. Mehrere Agenten klagen über Mangel an Teilnahme unter den Kollegen, doch hat der junge Keim schon gute Wurzeln geschlagen. Aus 17 Inspektionen waren 249 Mitglieder angemeldet — darunter in einer außer 16 Lehrern 7 Prediger. — Aus 18 Inspektionen lagen noch keine Anmeldungen vor; aus 22 waren die Namen der Agenten genannt, aus 13 noch nicht. — Die erste eigentliche Versammlung des Pestalozzivereins wurde am 8. Oktober 1864 in Wolfenbüttel gehalten. An das Anfangslied: „In Gottes Namen sang ich an“ knüpfte der Vorsitzende Begrüßung und Bericht über den günstigen Fortgang des Vereins. Die nötigen Abänderungen der Statuten wurden besprochen und nach den Vorschlägen des Vorstandes genehmigt. Es soll die Bitte um Verleihung der Rechte milder Stiftungen erneut werden, die dann auch erfüllt wurde. Es wird noch auf einige literarische Unternehmungen hingewiesen. Auf der Versammlung in Seesen, Herbst 1865, wird aufs neue von dem Plane gesprochen, Viederhefte mit den besten und verbreitetsten Volksliedern für unsere Schulen herauszugeben. Behrens und Heege sollen das weitere besorgen. Sie veröffentlichten zunächst ein Verzeichnis von 52 solcher Lieder und baten die Kollegen ihre Vorschläge darüber bis 1. Juni 1866 einzusenden, es werde sich ein Verleger finden. Es erfolgte wenig. Später ist diese Idee durch Sölter in drei schönen Heften ausgeführt. Ueber die ferneren Versammlungen des Pestalozzivereins einzeln zu berichten wird weder ausführbar noch nötig sein.

Wie mit der Sorge für ihre Hinterbliebenen, so waren die Lehrer auch in dieser Zeit mit nicht geringeren Sorgen um ihr eigenes Auskommen erfüllt. Sie redeten deshalb über diesen wichtigen Gegenstand nicht allein erst unter sich und in kleineren Versammlungen, sondern auch in der allgemeinen Versammlung. In banger Erwartung und Hoffnung sah die Lehrerschaft auf die im Jahre 1858 zusammentretende Ständeverammlung. In diesen Jahren hatten die Preise der meisten Gegenstände des Lebensunterhaltes eine nicht unbedeutende Steigerung erfahren. Einzelne Lehrer, namentlich ältere mit stärkerer Familie oder an ungünstigen Orten wohnende, litten förmlich Mangel und Not. Die Regierung schlug vor, den Normalgehalt von 120 auf 150 und von 140 auf 160 Thaler zu erhöhen, wonach ein Zuschuß von 3153 Thaler erforderlich war, den teils die Gemeinden, teils die Kloster-Kleinertragskasse leisten sollten. Die Stände zeigten sich willig, noch über diese Vorschläge hinauszugehen und nahmen die Vorschläge des Professors Uhde an. Darnach sollten die Normalgehaltssätze 140 resp. 150 Thaler betragen, aber nach fünfjähriger Dienstzeit eine bestimmte Zulage „bei treuer Pflichterfüllung“ von 140 auf 160 und von 150 auf 175 Thaler eintreten. Die Lehrer an den städtischen Schulen sollten in drei gleich zahlreichen Klassen erhalten 150—200, 250—300 und 350—400 Thaler mit Alterszulagen von 25 Thaler, Mietsentschädigung von 25 Thaler daneben auf die unterste Klasse beschränkt, während den Lehrern an Landschulen überall freie Wohnung gewährt werden müsse. Bei der Beratung dieses Gesetzes zeigten alle Redner eine den Lehrern wohlwollende Gesinnung. Uhde nannte das Prinzip der Unterstützungen ein deprimierendes, das den Lehrerstand nicht befriedige, ihm nicht die nötigen Kräfte zuwende; die Zahl der Präparanden sei schon gesunken. Herr von Thielau trat energisch für die Verbesserung ein. Auch wenn der Lehrplan beschränkt würde, müßten die Stellen mit gutgebildeten Lehrern besetzt sein, welche Ursache hätten, mit ihren Verhältnissen zufrieden zu sein. Oberbürgermeister Caspari sagte, bei angemessener Besoldung könne man geeignete Lehrer haben, und das sei ein höchst wichtiger Gemeindezweck. Fiedel (Israelit) setzte auseinander, es müsse überall das Bedenken fallen, als ob das Land Braunschweig nicht im Stande sei, Gemeindegullehrer gebührend zu besolden. Die Aufbringung der Kultuskosten in seiner Gemeinde lehre, was hierin geleistet werden könne, sobald nur die Beitragspflicht durch feste und angemessene Normen geregelt werde. Rosenthal hält zunächst die Familienväter für verpflichtet, dann die Gemeinde, darauf Kirchen- und andere Klassen. Professor Krüger meint, diese Anträge werden zu einer gründlichen (?) Heilung des offenen Schadens in unserm Gemeindegullewesen, und zwar durch Aufwendung einer noch immer bescheidenen Summe, führen. „Bei längerer Verzögerung werde der Stand der Volksgullehrer zu Grunde gehen“. Auch die Versammlung nahm die Vorschläge an. Sehr bald aber zeigte

sich, daß diese Gehaltsätze doch noch unzulänglich seien, und es erschien nach drei Jahren ein neues Gesetz (7. September 1861). Die Hauptpunkte desselben sind: Die unterste Gehaltsklasse der städtischen Lehrer wird auf 175 Thaler gesetzt, die anderen Klassen bleiben, aber es wird eine Mietsentschädigung von 25—30—40 Thalern gewährt, und nach zehnjähriger Dienstzeit wird der Höchstgehalt der Klasse erreicht. Die Stadt Braunschweig hatte immer schon höhere Sätze. Die Stellen in den Landgemeinden sollen je nach der Seelenzahl derselben betragen 140—150—220—260—300 Thaler, und die Lehrer in den kleinsten Stellen nach fünf Jahren auf 160, nach 12 Jahren auf 180 Thaler kommen, die der nächst höheren Klasse von 150 auf 175 und 200 Thaler. Einkommen vom Kirchendienste ist ganz hiermit eingerechnet.

Infolge dieses Gesetzes entstand in den Landgemeinden große Aufregung. Die Lehrer hatten wegen der Abschätzungen Verdrießlichkeiten, es kam sogar zu einem öffentlichen Federkriege, hauptsächlich weil vielen Beteiligten die in Betracht kommenden Umstände nicht genau bekannt waren. Aus diesem Grunde stellte Gehrß-Volzum in der Versammlung des Landes-Lehrervereins am 23. April 1862 den Antrag, man solle die Frage der Abschätzung zur Besprechung auf eine der nächsten Versammlungen stellen, eine Kommission von sechs sachkundigen Landschullehrern wählen, diese sollte die leitenden Gesichtspunkte der Frage aufstellen, den Inspektions-Versammlungen zur Beratung mitteilen und das hiernach eingehende Material bearbeiten und auf einer der nächsten Versammlungen vorlegen. Der Antrag wurde angenommen und Gehrß, Bohrmann-Denstorf, Sieden- to p-Reislingen, Müller-Heimburg, Gra de-Iddehausen und Grube-Ottenstein in die betreffende Kommission gewählt. In der Herbstversammlung desselben Jahres zu Helmstedt berichtet dann Gehrß, daß auf die entworfenen Fragen schon mehrfach Beantwortungen eingegangen seien. Nach Eingang der fehlenden werde die Kommission eine Denkschrift ausarbeiten und den Behörden übergeben. Bis dahin möge man nichts durch die Presse kundmachen. Die Versammlung stimmte zu und überließ es der Kommission, nach bestem Wissen und Gewissen ohne vorherige Berichterstattung zu verfahren. Darüber vergingen einige Jahre. Da kam auf der Versammlung zu Wolfenbüttel, 8. Oktober 1864, ein allgemeiner „Reformantrag“ von Kott-Wolfenbüttel zur Besprechung. Vorher bemerkte Gehrß, sein Material habe sich gehäuft, und die Schulverhältnisse hätten sich bedeutend geändert, man möge daher erst die in Aussicht stehende Besprechung abwarten. Nach dieser wählte man eine andere Kommission, die eine Denkschrift über die gesamten Schulverhältnisse, jene mit eingeschlossen, ausarbeiten sollte. Diese stellte 32 Fragen auf und wünschte deren Beantwortung von jedem Lehrer, um die Ansichten der Gesamtheit zu erfahren und zum Ausdruck bringen zu können. Auf diese aber gingen wenige Antworten ein und nach nochmaliger Besprechung,

4. April 1866, gab man diesen Bericht auf und die Kommission gab ihr Mandat zurück, da die damalige Zeit der politischen Verhältnisse wegen (der Krieg von 1866) nicht angethan erschien, die Bedürfnisse der Volksschule in weiterem Umfange zu befriedigen. Gehrs aber, inzwischen nach Söllingen versetzt, arbeitete eine 52 Seiten starke Broschüre aus: Das Einkommen der Lehrer an den Gemeindeschulen des Herzogtums Braunschweig. Ein Wort der Verständigung an Stelle eines der Landes-Lehrerverammlung zu erstattenden Kommissionsberichtes. Braunschweig. E. Leibrock 1866. Dieselbe wurde den betreffenden Behörden zugesendet, auch verkauft.

In dieser Schrift wurden die Schulgesetze von 1851, 1858 und 1861 erwähnt, sowie der Beschluß der Ständeversammlung vom 11. Juni 1864: „Herzogl. Staats-Ministerium zu eruchen, die Frage einer Prüfung zu unterziehen, ob nicht eine Erhöhung des Normaldiensteinkommens der Lehrer an den Gemeindeschulen über die durch das Gesetz vom 7. September 1861 festgestellten Grenzen hinaus durch die Verhältnisse geboten sei, und, falls die Entscheidung für die Bejahung der Frage ausfalle, der demnächst zusammentretenden Landes-Versammlung ein darauf bezügliches Gesetz vorzulegen.“ Da der Landtag die Bereitwilligkeit aussprach, Mittel zu verwilligen, so sei Hoffnung auf durchgreifende Besserung. Deren Notwendigkeit wird begründet: In alten Zeiten hatten die Lehrer durch ihre Dotationen, Bewirtschaftung ihres Aekers und Nebenberuf fast dieselben Einnahmen wie jetzt, wo dergleichen wegfällt und das Amt ganz andere Anforderungen stellt. Die in alten Zeiten gebräuchlichen Gaben fielen weg. Die eigene Vorbildung und Fortbildung, sowie die Ausbildung der Kinder koste jetzt mehr. Die Preise der Lebensbedürfnisse seien gestiegen. Daß niedere Staatsdiener ohne besondere Vorbildung besser gestellt seien, wird an Beispielen gezeigt. Von 410 Landstellen hätten 247 ein Einkommen von 164—220 Thaler und nur 163 gingen darüber hinaus. Bessere Stellen würden geteilt, und unter jenen 163 seien 63 Patronatstellen, meist mit jüngeren Lehrern besetzt, auf den andern aber auch viele emeritierte alte Lehrer, so daß fast die Hälfte aller Lehrer die traurige Aussicht habe, sich lebenslang mit einer Einnahme von 220 Thaler und weniger begnügen zu müssen. Darum werde die Zahl befähigter junger Männer, die sich dem Lehrerstande widmeten, immer geringer. Auch die städtischen Lehrer, deren Einkommen mit 300 Thaler abschließe, hätten nicht bessere Aussichten. Nun sollten jetzt viele Gemeinden einen Zuschuß zu ihrer Stelle leisten, der nicht nach der Steuerkraft, sondern nach der Seelenzahl der Gemeinden bemessen werde. Das ergebe Aufregung und Unzufriedenheit. Gesetzliche Vorschriften über die Abschätzung seien nicht vorhanden. Darauf wird von der Entziehung der Dotationen und den Grundstücken gehandelt, die meist dem Küster oder Opfermann gehörten. — Es wird dargelegt, wie bei Abschätzungen der Schulgrundstücke nicht der Pachtwert sondern nur das

Grundsteuer-Kapital gerechnet werden dürfe, wie es auch das Gesetz vorschreibe. Sollte das sich nicht durchführen lassen, so müßten wenigstens die Grundstücke, welche der Lehrer zur Gewinnung seiner Haushaltsbedürfnisse nötig hat, ihm sehr gering angerechnet werden. In betreff der Naturalien und des Holzes wünscht Verfasser bei einer etwaigen Ablösung dem wirklichen Wert entsprechende Entschädigungssätze. Als Schulgeldsatz wünscht er zwei Thaler statt bisher einen, aus der Gemeindefasse zu zahlen. Die Einkünfte des Kirchendienstes mögen besonders gerechnet werden, wenn man auch Schul- und Kirchendienst nicht geschieden wünscht. Vor allen Dingen aber werden bestimmte gesetzliche Vorschriften für das Abschätzungsverfahren verlangt. Für die Landschullehrer, die dieselbe Vorbildung und ein mühsameres Amt wie die städtischen Lehrer haben, wünscht man gleiche Normalgehaltssätze. Schließlich wird noch eine eingehende Berechnung der notwendigsten Ausgaben einer Lehrerfamilie mit vier Kindern mitgeteilt, die sich vor 25 Jahren auf 230 Thaler 24 Groschen 8 Pfennig, jetzt (1866) aber auf 435 Thaler 2 Groschen 5 Pfennig stellt.

Es ist diese Denkschrift hier etwas ausführlicher behandelt, um zu zeigen, wie die Verhältnisse noch vor 30 Jahren in unserm Stande waren, wie viel Anstrengungen es aber auch kostete, sie auf den jetzigen Stand zu bringen, und wie dankbar wir alle denen sein müssen, die sich darum mühten und dazu halfen.

---

Schmidts „Schulbote“ hatte in seinen letzten Jahrgängen fast alle Fühlung mit der Mehrzahl der braunschweigischen Lehrer verloren, da er seine streng orthodoxen religiösen Ansichten immer mehr hervorkehrte, von dieser Seite aus alles beurteilte, dabei nicht mehr objektiv blieb und das Pädagogische zurücktreten ließ. Als er aber zu erscheinen aufhörte, fehlte den Lehrern doch etwas. Darum wurde es im ganzen freudig begrüßt, als der zum Konsistorialrat ernannte Schuldirektor Hirsche auf Anregung des mit ihm befreundeten Verlegers des Schulboten, Hofbuchhändler Leibrock, sich entschloß, das „Schulblatt für die Gemeindeschulen des Herzogtums Braunschweig in Stadt und Land unter Benutzung amtlicher Quellen und Mitwirkung mehrerer Lehrer und Freunde der Volksschule“ herauszugeben. Es erschien seit 1861 in Hefen von 2—3 Bogen alle zwei Monat mit dem Motto: „Kommt, laßt uns unseren Schulen dienen!“ und wollte sich in den Dienst der Volksschule und aller ähnlichen Anstalten stellen. Um Mitarbeit werden ersucht nicht bloß Lehrer, sondern auch Geistliche, Schulvorsteher und Schulinspektoren, um vorzuführen: die Schule im Werktagskleide, ihren Lehrplan, das Leben einer Schulstunde, die Grundsätze der Erziehung, die Methoden des Unterrichts, und um Schule und Haus mehr zu verbinden. Es ergeht die Bitte „überhaupt an alle Männer, welche ihr wissenschaftlicher Beruf und ihre amtliche Stellung in den Stand setzt, den In-

teressen der Schule durch ihren Rat, durch populäre Ausprägung der Schätze ihres Wissens irgendwie zu nützen." Das Blatt soll kein bloßes „Schullehrerblatt“ werden. Die Lehrer wollen selbst noch immer mehr lernen, die Kinder für das wirkliche Leben vorzubilden, ihren Unterricht auf der Höhe des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft, der Kunst, der Gewerbe und des Landbaues zu erhalten. Sie legen großen Wert auf die Heimatkunde und halten es für pädagogisch richtig und praktisch notwendig, diesen Unterrichtsgegenstand zum Ausgangspunkte zu nehmen auf den unteren Stufen, und zum Schluß der Schuljahre in ausführlicher, alle Seiten des heimischen Lebens umfassender Darstellung darauf zurückzukommen, das Ferne und Fremde verständlich daran zu schließen. Dazu fehlt noch manches. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß gebildete und gelehrte Männer, die ein Herz für die Schule haben, der auch sie die Grundlage ihrer Bildung verdanken, und der sie ihre Kinder anvertrauen, hier helfen und passende Stoffe liefern. Dann wird aufgezählt, was das Blatt bringen wird. Ueber den Standpunkt des Blattes soll die Rede des Herausgebers bei Einführung des Seminardirektors Bosse Aufschluß geben. Er knüpft sie an ein Wort aus dem Korintherbriefe: „Es ist alles euer, es sei Paulus oder Apollos usw. Christus aber ist Gottes.“ Es wird darnach hervorgehoben, daß der Lehrer sich vor Einseitigkeit, vor partieller Ueberschätzung oder Zurücksetzung seiner Vorbilder und Wegweiser in dieser Zeit der stürmischen Kämpfe und Gegensätze auf allen Wissens- und Lebensgebieten, auch der Schule zu hüten habe und verpflichtet sei, nach Klarheit, Ruhe und Besonnenheit zu ringen in immer erneuter Umschau, Forschung und Prüfung, um selbst vom Gegner das Gute und aus dem Irrtum das Wahre zu nehmen. Die Schule soll den Kindern die Welt als Werkstatt menschlicher Tugenden, als Erziehungshaus Gottes, als Schauplatz göttlicher Offenbarung im Leben der Natur, des Menschen und der Völker nach ihrer Fassungsgabe darstellen. Was die Gegenwart und das praktische Leben erfordert, was für eine bessere Zukunft erforderlich ist, alles das ist unser, gehört in die Schule. Sie aber, wie wir alle, ist Christi, Christus aber ist Gottes. Die Weisen der Pädagogik sollen zu Christi Füßen sitzen, und Christus muß der Mittelpunkt ihres Denkens sein. Alle Unterrichtszweige erhalten damit ein einigendes Band, ob sie sich beziehen auf Irdisches oder Himmlisches, auf Gesetze der Natur oder des menschlichen Lebens, auf Zeit oder Raum, Zahl oder Maß, Wort oder Schrift.

Das in diesen Worten ausgesprochene Programm ist kein engherziges, beschränktes, wie auch von dem Herausgeber wohl zu erwarten war, und das Blatt fand nicht allein in Lehrerkreisen von vornherein ziemliche Verbreitung, es brachte auch, namentlich in den ersten Jahrgängen, Aufsätze von Nichtlehrern, die aber doch mit der Schule im Zusammenhange standen, z. B. die Lebens- und Regierungsgeschichte Herzog August des Jüngern vom Bibliothekar Dr.

Bethmann, Bestand, Pflege und Nutzen der Forsten unseres Landes vom Revierförster Langerfeld. Darin heißt es unter anderm: „Nicht den Nutzen allein, auch den Genuß, den erhebenden Eindruck, den unsere Vorfahren in ihren heiligen Hainen fühlten, wollen wir von unsern Wäldern haben. Der Mensch lebt nicht von Brot allein!“ Besonders wichtig, ja in jetziger Zeit noch lebenswert erscheint der Aufsatz vom „alten Professor“ Blasius zu Braunschweig, der einst als ein Schüler Diesterwegs selbst Volksschullehrer werden wollte: „Andeutungen über die Bedeutung und Behandlung der Naturgeschichte in den Schulen“. Der geistreiche Aufsatz ist frisch, lebendig, anschaulich, ja drastisch schlagend geschrieben. Vor allen wird auf genaue Anschauung gedrungen und die Lehrer verspottet, die „nach Diktat das System auswendig lernen lassen.“ „Wer gut und rasch beobachten kann, dessen Geist beherrscht die Natur wie mit einem Blick.“ „Wer glaubt, in den ersten Anfängen in naturhistorischen Abbildungen etwas Gesundes erreichen zu können, (Anschauungsbilder!) geht in der Irre. Wer glaubt, Naturgeschichte ohne irgend anschauliches Material in der Schule lehren zu können, dem muß man im Interesse der Schule das Unterrichten verbieten.“ Aber hüte man sich auch, alles „gleichmäßig breit zu treten.“ Solcher Lehrer „gleichet sonst dem Feiermann, der auf seiner Drehorgel jahraus jahrein, Tag und Nacht, vom Morgen bis Abend ununterbrochen vor derselben Thür seinen „alten Feldherrn“ ableiert. Aber es giebt solche Lehrer, auf deren übrigens vielleicht ganz richtig gestimmter Drehorgel nur der „alte Feldherr“ sitzt.“ „Dahin gehören auch die, welche das nicht Auswendiggelernte 84 mal abschreiben lassen.“

Die in den letzten Jahren vielbesprochenen „Lebensgemeinschaften“ finden wohl in diesem Aufsatz ihren frühesten Ausdruck, sie werden „Formationen“ genannt. Die „Naturformen gewinnen erst Bedeutung, wenn die einzelnen Naturdinge im Verhältnis zu andern betrachtet werden, in ihren Lebensbeziehungen.“ Lehrer und Schüler müssen dazu selbst beobachten, nicht in der Schulstube, sondern draußen in der freien Natur. „Der Lehrer aber überliefere den Kindern keine sentimentalen, schwülstigen Syrupsabklatzche eines Stückchens Natur.“ Als Formationen werden genannt: Die schwimmenden Wasserpflanzen, die Schilfwälder unserer Teiche, die Niedgraswiesen, die süßen Wiesen usw. Finden wir dieselben Organismen in denselben Lebensbedingungen wieder, so erkennen wir ein allgemeines Gesetz, den letzten Zweck der Naturbeobachtung, der Naturforschung. Zu diesem allen reicht für den Lehrer ein möglichst bescheidener Anfang von Kenntnissen aus, aber er muß sie im Anschauen der Natur gewonnen haben, daß sie weiter wachsen. Er muß Besitzer eines ehrlichen, heiteren frischen Gemütes sein, kein hohler Windbeutel und kein Grillenfänger. Alles andere findet sich von selbst. Andere Aufsätze sind: Ueber das Turnen vom Leutnant von Strombeck. Die Baumannshöhle, der Köhler, die Teufelsmauer von Leibrock-Blankenburg, Auf-

sätze über Religionsunterricht, aus der Schule, Bücherbesprechungen, Berichte über die Versammlungen.

Als Hirsche 1863 Wolfenbüttel verließ, führte auf Wunsch und Anregung der Leser sein Nachfolger im Amte, der ja von 1847 bis 1861 auch Seminardirektor und dann einige Jahre Pastor gewesen war, das Blatt weiter. Er erklärte, er habe manche Bedenken bei Seite geschoben, da er amtliche Quellen benutzen könne und auf die Mitwirkung der Lehrer rechne, besonders weil er, seit er vor fünf- und zwanzig Jahren sein erstes Schulamt übernommen, „mit aufrichtiger Liebe und Treue der großen Aufgabe des Unterrichts und der Erziehung des heranwachsenden Geschlechts zugethan sei.“ Sein Banner solle die Inschrift tragen: „Besonnener Fortschritt, der achtsam merkend auf den Gang der Entwicklung in der großen Erziehungsanstalt der Menschheit, sich hüte ebensowohl vor jugendlichem Uebermut des gar leicht sich selbst überstürzenden Enthusiasmus für das Neue, wie vor einem griesgrämlich zähen Festhalten an dem gewohnten Alten.“ Der Herausgeber ließ sich selten im Blatt vernehmen, doch rührt von ihm wohl der Aufsatz „Ein Wunsch“ her: Die Frage: Was ist Wahrheit? wird wohl nicht entschieden werden, sie bleibt ein Erbteil der Menschheit. Jeder mag sich nach Kräften an ihrer Lösung beteiligen. Mancher drängt sich dabei vor. Auch in der Pädagogik wird tapfer gestritten und die Lehrer sind nicht die letzten auf dem Plan, zu verhandeln über das Verhältnis der Schule zum Staat, zur Kirche, zur Gemeinde und Familie, über Disziplin und Methode usw. Aber kein Unparteiischer wird sagen, daß nur auf einer Seite das Recht sei. Trotzdem sind oft die Parteien erbittert, die Waffen nicht die edelsten, der Zweck nur auf Triumph gerichtet. Worte wie hierarchische Gelüste, pfäffische Heuchelei und Schulmeisterdünkel, Halbwisserei fliegen wie Spitzkugeln von einer Seite zur andern. Die Folgen davon sind grimmige Feindschaft, Verbissenheit und Verblendung. Die gute Sache gewinnt nicht dabei. „Wenn aber wir Menschenkinder, deren Augen wohl kaum den vollen Glanz zu ertragen vermöchten, im friedlichen Austausch dessen, was ein jeder in seiner Weise und auf seinem Standpunkte bruchstückweise erspäht hat, uns vereinigen, um die verhüllenden Nebelgebilde mehr und mehr davon abzustreifen, dann würde sicherlich schon ein schönes Stück jenes himmlischen Gestirnes zum Vorschein kommen, an dessen milden Glanz wir uns erfreuen, in dessen erwärmenden Strahlen wir uns erquicken und an dessen weiterer Enthüllung wir in gemeinschaftlichem Wettstreit wohlgenut fortarbeiten könnten.“ Freilich hat auch die zweite Hälfte des Dichterspruches Berechtigung: „Zum neuen Jahre Glück und Heil, auf alte Wunden frische Salbe, auf groben Klotz ein grober Keil, und wenn es sein muß anderthalbe.“ (So ist derselbe hier angeführt). „Aber manche Klöße sind erst durch allerlei Püffe und Stöße grob zugerichtet, und wirklich grobe läßt man am besten unangerührt liegen. Was ist des Pudels Kern? „Es ist der



Wunsch: Möchte im Kampfe für die wohlverstandenen Interessen der Volksschule überall nur mit ehrenhaften Waffen gekämpft werden und niemand sich anmaßen, im alleinigen Besitz der Wahrheit zu sein."

Es entspricht dieser Auffatz dem Charakter des Herausgebers und der Leitung des Schulblattes, in dem wohl bisher auch verschiedene Meinungen aber in ruhiger Weise zum Ausdruck kamen. Es scheint aber fast, als ob die Kämpfe von dieser Zeit an schärfer werden, z. B. gleich in einem Aufsatze, ob die Lehrer das Amt eines Trichinenschauers übernehmen sollen, besonders aber in einem andern, der den Lehrern Schuld giebt, daß sie nicht mehr von den Predigern beaufsichtigt sein wollen, und sich besonders gegen eine Zeitschrift: „Pädagogischer Kladderadatsch“ wendet. Auch die Redaktion ist nicht für „Emancipation der Schule."

#### Vierter Abschnitt.

### Der Verein unter der Leitung von Behrens. 1866—1887.

Die 33. Versammlung des Landes-Lehrervereins wurde mit der Versammlung des Pestalozzivereins an demselben Tage, 21. Oktober 1866, in Wolfenbüttel gehalten, vom dortigen Lehrer Kost begrüßt. Chamloth redete über Diesterweg, der am 7. Juli 1866 gestorben war, als dem „Meister am Rhein und an der Spree.“ Er rühmte ihn als geborenen Lehrer, der Pestalozzi's Prinzipien anwendete und zu Ehren brachte, den doch aber ein tragisches Geschick ereilte, da er allein seinem Ingenium folgte, der voranleuchtete in einem Berufe, zu dem er selbst für wünschenswert hält die Gesundheit und Kraft eines Germanen, den Scharfsinn eines Lessing, das Gemüth eines Hebel, die Begeisterung eines Pestalozzi, die Klarheit eines Tillich, die Beredsamkeit eines Salzmann, die Kenntnisse eines Leibnitz, die Weisheit eines Sokrates und die Liebe Jesu Christi. Er erinnert daran, daß Diesterweg den ersten Pestalozzverein gestiftet; daß derselbe aber auch Teil hat an der Gründung des Braunschweiger Vereins, scheint ihm nicht bekannt gewesen zu sein. Die Versammlung erhob sich zur Anerkennung des Verstorbenen. Darauf debattierte die Versammlung lebhaft und eingehend Hermann's Thesen über Turnunterricht, besonders die erste, welche aus physischen, moralischen und nationalen Gesichtspunkten das Turnen für Knaben- und Mädchenschulen als obligatorischen Unterrichtszweig fordert. Der auf dem Seminar dazu vorgebildete Lehrer soll den Turnunterricht geben. Zur allgemeinen Einführung sollen alle Lehrer beitragen, indem sie in ihren Versammlungen darüber sprechen und wenn mög-

lich mit ihren Schülern ein praktisches Beispiel geben, daß dieses möglich sei. Das Spiel sei ein wichtiger Teil des Turnunterrichts und neben dem Turnen besonders zu pflegen. Die Gemeinden müßten für Turnplatz und sonst Nötiges Sorge tragen. Die Versammlung war von ungefähr 150 Lehrern besucht, die noch so lange als möglich zusammen blieben.

Zur Versammlung am 24. April 1867 waren die Lehrer aus allen Landesteilen herbeigeeilt und besprachen vor derselben das kurz vorher beschlossene aber noch nicht veröffentlichte Gesetz über ihre Besoldung. Heege-Mascherode redete nach Eröffnung der Versammlung über „Herstellung einer Vaterlandskunde durch vereinte Thätigkeit der Lehrer.“ Er stellt die Wichtigkeit einer solchen dar im allgemeinen und besonders für den Lehrer und den Unterricht, der auf der Heimatkunde ruhend, erspriesslicher und gedeihlicher werde, so daß die Lehrer Veranlassung, Verpflichtung und Beruf hätten, sich dieser Arbeit zu unterziehen, und er hege das Vertrauen zu Braunschweigs Lehrern, daß sie nicht zurückbleiben würden, wo andere schon vorangegangen seien. Auf Wunsch teilte Referent einige Kapitel der Heimatkunde von Mascherode als Probe mit.

Die Versammlung stimmte den vorgeschlagenen Resolutionen zu: Es ist von jedem Lehrer eine schriftliche Bearbeitung der Heimatkunde zu fordern, denn sie ist von heilsamem Einfluß auf den Unterricht, auf des Lehrers gesamte Wirksamkeit, seine Stellung und seine eigene Geistesentwicklung. Sie ist planmäßig abzufassen und muß vollständig sein, darf aber nicht ins Kleinliche gehen. Durch vereinte Arbeit der Lehrer läßt sich bei regem Geistesleben und rechtem Sinn eine Heimatkunde des Landes herstellen.

Der Referent solle die Angelegenheit weiter verfolgen. 13 Herren erklärten sich zur Mithilfe bereit, alle andern wurden auch noch darum gebeten; später wurde ein ausführlicher Plan der Heimatkunde eines Dorfes mitgeteilt.

In Ganderstheim kam endlich mit Aufführung eines Kirchenkonzertes eine zweitägige Versammlung der Lehrer zu stande, 1. und 2. Oktober 1867. Der erste Tag brachte die Versammlung des Pestalozzivereins und eine längere Konzertprobe, nachdem die Lehrer von Ganderstheim und Umgegend schon mehrfach geübt hatten. Baake aus Braunschweig, der bisher starke Zweifel am Gelingen des Unternehmens gehegt, bekannte laut: Kinder, es geht! Das hätte ich nicht gedacht! Der zweite Tag brachte die Lehrerversammlung. Auf dieser referierte Heege nochmals über Heimatkunde und zwar über Plan und Ausführung dieser für den Lehrer, seinen Unterricht und für den ganzen Stand wichtigen Angelegenheit.

In der Debatte handelte es sich vorwiegend um diesen Unterrichtszweig als Grundlage der Geographie, während ihr Einfluß doch viel weitreichender ist. Das wurde auch wohl anerkannt, aber — das Werk kam doch nicht recht weiter.

Der hochbejahrte Chamloth, immer noch jugendfrisch, regsam und mit den Tagesfragen der Pädagogik vertraut, obgleich seit mehreren Jahren im wohlverdienten Ruhestande lebend, nachdem er fast seit Anfang des Jahrhunderts im Dienst der Schulen der Stadt Braunschweig gestanden hatte, hielt einen lebendigen Vortrag über „Concentration des Unterrichts“. Nach einer historischen Einleitung sucht er das verfehlte Prinzip und seine schlimmen Folgen darzustellen.

Es wurde nur über die erste These debattiert: „Durch Entfernen mancher Lehrgegenstände aus der Volksschule oder durch das Beschränken und Beschränken derselben wird der Bildung der Jugend, wie sie die Jetztzeit gebieterisch verlangt, nicht Genüge geleistet“. Derselben wird zugestimmt. Die übrigen Thesen sollen im „Schulblatt“ veröffentlicht und Oftern besprochen werden. Der ganze Vortrag wurde gedruckt.

Die Bürger Gandersheims hatten die Lehrer äußerst gastfrei aufgenommen. Das Konzert wurde von 60 bis 70 Lehrern, die sieben Chorstücke aus der Sammlung von Heim, fünf Orgelsachen, ein Quartett und ein Solo vortrugen, so herrlich ausgeführt, daß die früheren Gegner vollständig überwunden waren. Es herrschte beim gemeinsamen Mahle und namentlich am Abend eine hochgehende, freudige Stimmung ob des Gelungenen. Ueber 100 Teilnehmer zählte die Versammlung, darunter einige Geistliche und Beamte und 89 Lehrer, 19 aus den Städten, 70 aus Dörfern, die meisten aus dem Kreise Gandersheim.

Die 36. Versammlung am 15. April 1868 zu Braunschweig war eine in mehrfacher Weise ungewöhnliche. Zunächst gedachte Baake in herzlichen Worten des gestorbenen Vorsitzenden des Vereins, des alten Chamloth. Er habe allen Versammlungen beigewohnt, seit 1856 dieselben geleitet und seit längerer Zeit sei er Vertreter Braunschweigs auf der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung gewesen, stets begeistert für den Lehrerberuf und unablässig in Treue bemüht, für die Lehrer und den Verein auf das uneigennützigste zu wirken. Die Versammlung erhebt sich ihm zu Ehren von den Sitzen. Auf Anfrage des Vorsitzenden des Ausschusses der allgem. deutsch. Lehrerversammlung beauftragt die Versammlung ihren zeitigen Vorsitzenden mit der Vertretung Braunschweigs in jener. Nach Erledigung einiger anderer Sachen, unter anderen einer Sammlung für die ostpreussischen Lehrer durch Heege, ergiebt die Vorstandswahl: Behrens zum Obmann, Baake, Heege, Kost und Gehrs als Beisitzende. Darauf spricht Professor Assmann-Braunschweig über: „Herstellung einer Heimatkunde.“

Er sagte, die Lehrer Braunschweigs wie auch anderer Länder hätten sich schon damit beschäftigt, auch in anderen Kreisen wünsche man eine solche. Es bestehe der Plan, zu diesem Zwecke zunächst eine Zeitschrift im Verlage von Bruhn erscheinen zu lassen. Dazu habe sich eine Kommission gebildet: Kreisdirektor Bussius, (Vorstand des statistischen Bureaus) Dr. Dürre, Dr. med. Red, Finanzassessor Schrader, Geh. Kanzleisekretär Kiebig, Lehrer Behrens und Heege und dem Referenten. Die Zeitschrift

solle einen allgemeinen, die physikalischen Verhältnisse und die historische Bildung des Vaterlandes (Braunschweig) betreffenden und einen spezielleren Teil enthalten. Die Lehrer werden zu reger Beteiligung aufgefordert; sie möchten sich nicht durch falsche Bescheidenheit davon abhalten lassen; denn hier gelte Goethes Wort: Nur die Lumpe sind bescheiden, der Brave freut sich seiner That.

Der lichtvolle Vortrag machte großen Eindruck auf die Versammlung. Dieser wurde noch verstärkt, als Gymnasiallehrer Dr. Dürre zeigte, wie etwa die Lehrer an der Zeitschrift durch Bearbeitung der Ortskunde nach dem Entwurf von Heege sich beteiligen könnten. Gefesselt durch die meisterhafte Beherrschung des Stoffes hörten die Lehrer zu und wurden sich klarer, in welcher Weise sie hierzu arbeiten müßten. 42 von ihnen verpflichteten sich, Beiträge zu liefern.<sup>1)</sup> Schließlich hielt Koss seinen Vortrag über Selbsthilfe der Lehrer."

Diese Idee sei zeitgemäß, es sei besonders die intellektuelle, wissenschaftliche Seite ins Auge zu fassen, damit ein festes Band der Einigkeit und Liebe alle Standesglieder umfasse; einig im Streben nach Fortbildung. Dazu seien Mittel: selbstgemachte Beobachtungen, eifriges Studium, Umgang mit Kollegen, Besuch der Versammlungen, besonders solle kein Lehrer den Besuch der Landesversammlung versäumen. Bei solcher rechten Selbsthilfe werde das Wort sich erfüllen: Hilf dir selbst, so hilft dir Gott.

Der Referent lud noch die nächste Versammlung nach Wolfenbüttel ein. Man freute sich besonders, daß bedeutende Herren aus andern Ständen sich an der Versammlung beteiligt und den Lehrern und ihren Bestrebungen die Teilnahme zugewendet hatten. Koss's Einladung folgend, tagte die 37. Landes-Lehrerversammlung am 29. und 30. September 1868 zu Wolfenbüttel. Schon am Tage vorher und am Morgen des 29. vereinigten sich viele Lehrer mit den Zöglingen des Seminars zu einer Konzertprobe. Dann folgte die Versammlung des Pestalozzivereins, in welcher der Vorsitzende desselben einen Rückblick auf das warf, was seit 1863 dafür geschehen sei, und am Abend ein Konzert unter Leitung des Musikdirektors Müller. Tägtmeyer, Bodenstein und H. Schrader trugen Orgelsachen vor, der Chor mehrstimmige Choräle, Hymnen und Motetten. Das Publikum war zahlreich und freute sich des Kunstgenusses. Die Lehrer waren froh erregt über ein gelungenes Werk. Man einigte sich auch, den beiden guten Niederhessen Sölters ein drittes anzufügen. Der Antrag, die jährlichen Osterversammlungen auszusetzen, sollte auf der nächsten Versammlung entschieden werden. Physikus Dr. Schrader-Wolfenbüttel hielt darauf einen Vortrag: „Schule und Gesundheit."

Er sprach als Fachmann mit Wärme über ein Thema, das in jener Zeit oft behandelt wurde. Nach einer historischen Einleitung führte er aus, daß der Staat die Schulpflicht festzusetzen habe (nicht vor Beginn des 7. Jahres), zweckmäßige Schulhäuser herzurichten und in seinen Vorschriften

<sup>1)</sup> Leider haben sich diese schönen Pläne damals nicht verwirklichen lassen, ob jetzt wohl, wenn auch in etwas anderer Weise?

auf Abwechslung und richtige Verteilung der Lehrgegenstände, Einrichtung von Pausen nach jeder Stunde und Einführung von körperlichen Übungen zu sehen habe. Der Lehrer habe auf strenge Befolgung dieser und ähnlicher gesundheitlicher Vorschriften zu halten, den Sinn für Reinlichkeit und Ordnung in den Schülern zu wecken und sich selbst in diesem und anderen pädagogischen Fächern weiter zu bilden.

Die Worte fanden Anklang und riefen Fragen hervor, z. B. warum die Schulpflicht erst mit dem 7. Jahre beginnen solle? Antwort des Referenten: Weil dann erst die Bildung des Gehirns weit genug fortgeschritten sei, zu frühe Ueberreizung aber großen Schaden bringe. — Gehrs sprach noch über „Schön-schreibeunterricht.“

Er hob dessen Wichtigkeit und Nützlichkeit hervor, da er an Reinlichkeit und Ordnung gewöhne und durch seinen Stoff auf Gefühl und Sittlichkeit wirken könne. Dann setzte er seine Methode auseinander, in der er auf die Grundformen der Schrift zurückgehe, schildert eine Schreibstunde und weist auf projektierte linierte Schreibhefte mit eingedruckten Vorschriften hin, die dem Pestalozzivereine auch etwas einbringen könnten.

Man kam hierin nicht zum Abschluß, da die Sache noch zu neu war und wählte eine Kommission von 13 Mitgliedern, die das Weitere besorgen sollte. Danach sind die Hefte auch erschienen und vielfach gebraucht. — Die Versammlung hatte 220 Teilnehmer gefunden, und der Vorsitzende konnte am Schluß sagen: Wir sind weiter gekommen in Hinsicht auf die Leistungen im Konzert, wir fühlen uns mehr als Glieder eines Standes, die zusammen an einer heiligen Aufgabe arbeiten, und wir haben Freunde außerhalb unseres Standes gewonnen. Die Wirksamkeit der Schule beginnt eine gedeichlichere und segensreichere zu werden.

Auf der 38. Landeslehrerversammlung, 31. März 1869, zu Braunschweig wurden erst Vereinsachen erledigt, der alte Vorstand neu gewählt, das Eintrittsgeld auf 50 Pf. erhöht, damit der Obmann davon den Besuch der allgemeinen deutschen Lehrerversammlungen einigermaßen bestreiten könne, und nach lebhafter Debatte Sölters Antrag, die Osterversammlung ausfallen zu lassen, mit großer Mehrheit abgelehnt. Heege sprach über den ersten Leseunterricht nach der Methode Vogels in Leipzig, nach der auch eine von Behrens und ihm bearbeitete Bibel erschienen sei:

Das Lesen müsse von Anfang an und beständig ein sinnbewußtes sein und deshalb mit Dingwörtern, die zu analysieren seien, beginnen. Die Entstehung der Buchstabenschrift aus den Hieroglyphen weise den Weg. Es müsse sich der erste Leseunterricht dem Seelenstande und der Bildungsstufe der Kinder anpassen, und an Normalwörter geknüpft werden, die in der leichtbeweglichen Seele der Kinder zu festen Punkten würden. Ueber seine elf Thefen wurde länger verhandelt, und man wurde einig, keinen Mechanismus beim ersten Leseunterrichte walten zu lassen, sondern auch diesen der formalen Bildung dienstbar zu machen.

Schulchronik und Schulstatistik, ihre Wichtigkeit, ihr Nutzen und ihre Einrichtung machte Brackebusch zum Gegenstand seines Vortrages und der anschließenden Besprechung. Sie müsse den

Lehrer, die Schule und den Schüler betreffen und begreife viele Untertheile unter sich. Den meisten schienen solche Arbeiten neu und unbekannt, und es erhob sich Widerspruch, doch fanden sich auch Verteidiger, die nach tüchtigem Kampfe das Feld behaupteten, so daß eine Kommission gewählt wurde, ein Arzt, Dr. Reck, und vier Lehrer, die ein Formular zu solchen Aufnahmen ausarbeiten sollte. Die Versammlung zählte 150 Teilnehmer.

Wie gewöhnlich ging der Herbstversammlung am 7. Oktober 1869<sup>1)</sup> die Versammlung des Pestalozzivereins am Tage vorher in Helmsedt voraus, auf der Inspektor Brancalio den Jahresbericht erstattete und namentlich die Fortführung des Gedentbüchleins zur Seminarjubelfeier gewünscht wurde. Ein Kirchenkonzert konnte wegen mangelhaften Zustandes der Orgeln nicht stattfinden, es trat dafür ein gemüthlicher Abend ein, an dem manches schöne Volkslied ertönte. Pastor Apfel begrüßte die Versammlung. Braßebusch erstattete für die statistische Kommission Bericht ab und legte ein Formular vor, das gedruckt und an die Lehrer mit der Bitte, es auszufüllen, verteilt werden soll. Behrens machte darauf aufmerksam, daß immer noch drei, ja wohl mehr Sterbekassen unter den Lehrern des Landes beständen, man möchte ihm Auftrag geben, die Rechnungsführer der Kassen zur Vorlegung eines Statuts für eine vereinigte Kasse zu veranlassen. Das wird ohne Debatte genehmigt. Gehrs spricht über „das Lesebuch und den Unterricht in der Volksschule“. In einem gründlichen Referat weist er auf die Wichtigkeit dieses Buches hin, aber auch auf den Uebelstand, daß in unserm kleinen Lande so viele verschiedene Lesebücher im Gebrauch seien.

These 1 angenommen nach lebhafter Besprechung: Das Lesebuch soll die Kinder in den reichen Sprachschatz der deutschen Nation einführen, das Sprachgefühl wecken und Sprachverständnis anbahnen. Die Sprache der Lesestücke sei edel. 2. Das Lesebuch soll die Gemüths- und Charakterbildung, die intellektuelle und reale Bildung der Kinder fördern, daher den christlichen Charakter des deutschen Volkes nicht verleugnen, aber sich von religiöser Einseitigkeit fernhalten, in Musterstücken dem Sprachunterrichte Hilfe leisten, kein Lehrbuch der Realien sein, sondern nur sprachlich und sachlich richtige Bilder aus jenen Unterrichtszweigen enthalten; weder spezifisch braunschweigisch noch norddeutsch, sondern deutsch sein. 3. Die Auswahl und Anordnung des Stoffes muß nach methodischen Grundsätzen geschehen. These 4, über ein Realienbuch wird zurückgezogen, ebenso eine Resolution gegen das „Norddeutsche Lesebuch“. Dagegen wird angenommen: Die Landes-Lehrerversammlung hält ein Lesebuch für wünschenswert und

<sup>1)</sup> Es war dies die 39. Landes-Lehrerversammlung. In der Zählung dieser Versammlungen ist ein Irrtum vorgekommen. Im Berichte des „Schulblattes“ (Jahrg. 1869, Seite 232) ist sie nämlich als die 38. aufgeführt, während die 38. schon am 31. März 1869 in Braunschweig stattfand („Schulblatt“ von 1869, Seite 109). Später ist über die Versammlungen im „Schulblatt“ nicht mehr berichtet. Es muß sich aber der Irrtum wiederholt haben, denn ein vorliegendes Programm bezeichnet die Versammlung am 16. April 1873 als die 43., während es nach genauer Zählung die 45. ist, so daß die auch jetzt (1899) angegebene Zahl um zwei hinter der Wirklichkeit zurückbleibt.

zur Einführung in sämtliche Volksschulen des Landes für geeignet, welches den oben ausgesprochenen Anforderungen und damit den Bedürfnissen der Volksschulen entspricht, erklärt sich jedoch gegen die obligatorische Einführung und Empfehlung eines Lesebuches, welches jenen Forderungen widerstreitet.

Superintendent Eudewig, der frühere Seminardirektor, sandte der Versammlung ein dankend aufgenommenes Begrüßungstelegramm. Heege fordert zur Teilnahme an einem praktischen Kursus in der Chemie auf, den zu veranstalten der Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins sich bereit erklärt hat. 187 Mitglieder waren in der Versammlung. Auf derselben wurde auch zur Sprache gebracht, daß in der Stadt Braunschweig (und auch wohl sonst in den Städten) die ersten Stellen an den Volksschulen den seminaristisch gebildeten Lehrern verschlossen seien. Die Versammlung nahm aus besonderen Gründen für den Augenblick von weiteren Schritten Abstand, erklärte aber, sie sei der Ueberzeugung, daß eine Uebergehung der seminaristisch gebildeten Lehrer in der Besetzung der ersten Stellen an städtischen Volksschulen deprimierend auf den ganzen Lehrerstand wirke, und aus diesem und anderen Gründen von Nachteil für die Schule sei.

Auf der nächsten (40.) Versammlung am 20. April 1870 zu Braunschweig mußte der Obmann erklären, daß sich die Vereinigung der Sterbekassen noch nicht habe ausführen lassen. (Sie verzögerte sich ja bekanntlich bis zum Jahre 1898). Auf Sölter's Vorschlag wurde der Vorstand auf drei Jahre gewählt: Behrens-Börßum als Obmann, Baake-Braunschweig, Heege-Söllingen, Gehrs-Helmstedt und Kost-Wolfenbüttel. Als Behrens, für das Vertrauen der Lehrerschaft dankend, das Amt übernahm, bat er im Namen des Vorstandes nicht zürnen zu wollen, wenn in dem Streben, das Beste des Vereins fördern zu wollen, auch einmal ein Schritt unternommen würde, mit dem manche nicht übereinstimmen. — Sölter sprach über: „Die Bildung der Lehrer.“ Er führte aus, an jeden Stand würden jetzt höhere Anforderungen gestellt, auch an die Volksschullehrer. Daher seien Verbesserungen ihrer Vorbildungsanstalten erforderlich, aber nicht solche, wie in preussischen und hannoverschen Seminaren jetzt vorgenommen würden, deren Wahlspruch sei: Die Wissenschaft muß umkehren, deren vorzüglichste Unterrichtsgegenstände an Ueberladung mit Memorierstoff litten, wo gefordert werde Auswendiglernen von 40—50 Kirchenliedern, der Psalmen, womöglich des ganzen Landeskatechismus, wo strenge Dressur herrsche, Mathematik und Naturwissenschaften zu kurz kämen. Solche Anstalten müßten aufgehoben werden, und der Volksschullehrer müsse seine allgemeine Vorbildung wie die anderen Stände auf Realschulen oder Gymnasien finden und in das Seminar erst aufgenommen werden, wenn er die 1. Klasse einer Realschule mit Erfolg besucht habe. Die Seminare sollten keine Internate mit klösterlich abgeschlossener Bildung sein. Fachlehrer müßten daran unterrichten

und der Weiter ein theoretisch und praktisch tüchtiger Pädagoge sein. Diese sich jetzt überall erhebenden Forderungen seien so klar und natürlich, daß man sie nicht erst zu beweisen brauche. Sie seien in anderen Ländern längst durchgeführt, an die Spitze einer Forstschule stelle man keinen Bergmann und umgekehrt. Das Seminar gehöre den Pädagogen und keinem andern. Der Vortrag erfreute sich eines lauten Beifalls.

Nach eingehender Debatte nahm die Versammlung folgende Thesen an: 1. Die Volksschule hat den gesteigerten Bildungsbedürfnissen des Volkes Rechnung zu tragen. 2. Demgemäß ist die Bildung der Volksschullehrer zu erweitern und zu vertiefen. 3. Alle Kategorien der Volksschullehrer bedürfen der Bildung in gleichem Maße. 4. Vor Aufnahme in das Seminar haben die Betreffenden ihre Reife für die Prima einer Realschule erster Ordnung nachzuweisen. 5. Das Seminar hat in einem dreijährigen Kursus neben Förderung der allgemeinen Bildung folgende Unterrichtsgegenstände zu lehren: Anthropologie, Logik, Pädagogik und ihre Geschichte, Dialektik, praktische Lehrfähigkeit, Musik. 6. Rüdichtlich der Einrichtung der Seminare ist festzusetzen: a) Es soll kein Internat stattfinden. b) Es sind Fachlehrer anzustellen. c) Die Leitung der Seminare befinde sich in den Händen theoretisch und praktisch gebildeter Pädagogen.

Referent bemerkt außerdem: Die gesteigerte Bildung der Volksschullehrer verlange auch eine andere Stellung derselben. Bis jetzt seien den Volksschullehrern die höheren Stellen der Direktoren und Inspektoren an Volksschulen vorenthalten und sie dadurch in eine Stelle verwiesen, welche ihnen Lust und Mut zur Fortbildung nehmen müsse. Es sei dahin zu streben, daß ihnen auch diese Stellen zugänglich würden. Er beantragt daher die Resolution: Die Landeslehrerversammlung erklärt, den seminaristisch gebildeten Lehrern müssen sämtliche Stellen an Volksschulen offen stehen, insbesondere ist die Leitung und Beaufsichtigung dieser Schulen Männern aus dem Stande der Volksschullehrer zu übertragen. Nach kurzen Bemerkungen wurde diese Erklärung von der Versammlung einstimmig angenommen, auch von den anwesenden Theologen<sup>1)</sup>. Der Vorstand wurde ermächtigt, die ausgesprochenen Wünsche der Volksschullehrer unter etwa ihm erforderlich erscheinender Zuziehung anderer Kollegen näher zu formulieren und geeigneten Orts zur Kenntnis der betreffenden Behörden zu bringen<sup>2)</sup>. — Hermann-Braunschweig ver-

<sup>1)</sup> Der Bürgerverein der Stadt Braunschweig richtete 1871 an den Magistrat das Gesuch: „in künftigen Fällen die Inspektoren der Gemeindefschulen aus dem Kreise der Gemeindelehrer zu wählen“, denn die Bevorzugung der sogenannten studierten Personen, insbesondere der Theologen, sei für die gedeihliche Entwicklung weder notwendig noch zweckmäßig; sie betrachteten solche Stellen nur als Durchgangsposten, studierten die Schulwissenschaften nur nebenbei, geben der Schule oft einseitiges Gepräge. In der Methode hätten die seminaristisch gebildeten Lehrer meist den Vorzug, und nach Recht und Billigkeit müßten ihnen auch solche Stellen zugänglich sein.

<sup>2)</sup> Am 15. Januar 1872 erschien das „Reglement für die Prüfung der Kandidaten der höheren Schulämter an Lehrerseminaren und Bürgerschulen“, nachdem den seminaristisch gebildeten Lehrern solche Stellen zugänglich gemacht werden. In dieser Prüfung wird auch Latein und eine neuere Sprache gefordert.



teilt ein von der betreffenden Kommission aufgestelltes Formular zur Lehrerstatistik im Herzogtum. Die ausgefüllten Bogen sollen dem Vorstande eingesendet werden, was leider nicht geschehen ist. — Brackebusch empfiehlt den Kollegen dahin zu wirken, daß die etwa in den Orten vorhandenen Kunstdenkmale nicht vernichtet, sondern vor fernerer Zerstörung durch die mutwillige Jugend bewahrt werden.

Die Herbstversammlung des Jahres 1870 fiel des Krieges wegen aus. Dieser regte die Lehrer nicht bloß auf, sondern zog auch viele zu irgend einer Beteiligung heran, und überall zeigten sie sich thätig in den mancherlei kleinen Veranstaltungen, die damals für unsere Krieger getroffen wurden, besonders in der Nähe der Eisenbahnhöfe. Mehrere Kollegen erhielten deswegen mit Recht die Denkmünze für Nichtkombattanten. Auch im Frühjahr 1871 trat die gewohnte Ruhe noch nicht ein, denn wie das ganze Volk, so waren auch die Lehrer von den weltgeschichtlichen Ereignissen tief ergriffen.

Auf der (41.) Versammlung am 15. April 1871 zu Braunschweig gab der Obmann Behrens sogleich nach der Eröffnung dieser Erregung in beredten Worten Ausdruck: Die Versammlung sei im vorigen Herbst ausgefallen; der Krieg habe Arbeit und Kraft auch der Lehrer nach verschiedenen Seiten in Anspruch genommen und auf dieselben vielfach eingewirkt. Auch der Lehrerstand habe seinen Anteil an dem Siege; denn wenn man von unseren Kriegern auch nicht behaupten könne, daß jeder den Marschallsstab im Tornister trage, so hätten dieselben doch im Kopf und im Herzen etwas mit nach Frankreich genommen, daß sie zum guten Teil aus der Schulbank erworben hätten, die allgemeine Bildung, die durchgängige Sittlichkeit, den Ernst und die Ruhe, welche die deutschen Truppen den ungebildeten, rohen Soldaten Frankreichs gegenüber überall gezeigt, und welche die großen Erfolge gesichert hätten. Die Siege, die sie errungen, seien mitbegründet in dem Schulunterricht und der Schulerziehung, das sei der Stolz und das Verdienst des Lehrerstandes. Dieser möge deshalb ruhig fortfahren in seinen Bestrebungen, dann werde auch endlich der Lohn nicht fehlen, und den Volksschullehrern die ihnen in der menschlichen Gesellschaft gebührende Stellung werden. Sölter bemerkt auf diese mit allgemeiner Zustimmung angenommenen Worte, wie auf das Gefühl der Erhebung der Lehrer das Mißbehagen der Demütigung gefolgt sei in der Wahrnehmung, daß bei den in letzter Zeit gepflogenen Verhandlungen über Gehaltsverbesserungen fast sämtlicher Beamtenklassen auch nicht eine Stimme sich für den Volksschullehrerstand ausgesprochen habe, und daß die Glieder desselben alle Ursache haben würden, auszurufen: Weh uns, daß wir Lehrer geworden sind! Der Obmann erklärt, der Vorstand habe mit einigen Kollegen nach reiflicher Beratung eine These festgestellt, die er jetzt der Versammlung vorlegen möchte. Heinemann trug sie vor, und dieselbe wurde nach eingehender Beratung von der Versammlung in folgender Gestalt einstimmig angenommen:

„In Erwägung, daß die Vorbildung der Lehrer eine umfangreiche und kostspielige ist, daß die Arbeit der Lehrer eine körperlich und geistig in hohem Grade anstrengende ist, und eine nicht durch Nahrungsorgen getrübtte Berufsfreudigkeit erfordert, daß insbesondere die pekuniäre Stellung des Lehrerstandes der Bedeutung desselben für das kommunale und staatliche Leben entsprechen muß, daß trotz mancher Verbesserungen der Schulstellen die Lehrergehälter zum größten Teil noch nicht einmal die Höhe der Gehälter der am geringsten besoldeten Staatsdiener<sup>1)</sup>, welche seiner besondern Vorbildung bedürfen und nicht auf geistigem Felde thätig sind, erreichen, daß eine bedeutende Gehaltserhöhung der unmittelbaren Staatsdiener erfolgt, auch eine Aufbesserung des Normalgehaltes der Pfarstellen aus Staatsmitteln in Aussicht genommen ist: erklärt die Landes-Lehrerverversammlung es für eine unabwiesbare Konsequenz, daß auch eine wesentliche Verbesserung des Gehalts der Volksschullehrer und zwar aus Staatsmitteln erfolgen müsse.“

Die Versammlung beauftragt den Vorstand, die erhobene Forderung der Volksschullehrer geeigneten Ortes vorzubringen und zu befürworten. Behrens versprach im Namen des Vorstandes, diesem Auftrage nachzukommen und nach bestem Ermessen zu verfahren, auch in seinen Bemühungen keine persönlichen Rücksichten obwalten zu lassen, sondern sich nur auf sachlichen Boden zu stellen. — Baake verliest ein Schreiben Hermanns, der nicht gegenwärtig sein könne, in dem dieser den Aufruf des Pastors Hirsche in Hamburg zur Stiftung einer großen Biste für Hoffmann von Fallersleben mitteilt. Nachdem die Verdienste, die dieser sich durch seine Dichtungen um Kinder, Schule und Lehrer erworben hat, warm hervorgehoben waren, trugen auch die Versammelten ihr Scherflein zu jenem Zwecke bei. — Ulsmann aus Hallendorf hielt schließlich einen Vortrag über „Fortbildungsanstalten“, worüber auf der nächsten Versammlung weiter verhandelt werden soll.

Die Herbstversammlung des Jahres 1871 am 5. Oktober, nachdem am Tage vorher die Versammlung des Pestalozzivereins stattgefunden, wurde vom Bürgermeister Pappé zu Schöningen freundlich begrüßt. Ulsmann leitete noch einmal die Debatte über „Fortbildungsanstalten“ ein, und es wurde allseitig anerkannt, es sei notwendig, im Interesse des Staates und der Gemeinden für Fortbildungsschulen in geeigneter Weise zu sorgen. Der Vorsitzende Behrens faßte darauf die in der Lehrerschaft zur Zeit treibenden Gedanken in dem inhaltsvollen, begeisterten und begeisternden Vortrage zusammen: „Was wir wollen.“ Die Versammlung war davon so ergriffen, daß man in keine Besprechung darüber eintrat, sondern beschloß, der Vortrag solle gedruckt und zum Besten des Pestalozzivereins auch außerhalb des Lehrerstandes verkauft werden.

Redner erinnert an die großen Kriegsereignisse und die dadurch bewirkten Veränderungen. Jetzt komme nach der Nachfrage die Kulturfrage

---

<sup>1)</sup> Lehrer 180—200, 300—350 Thlr., in wenigen Fällen mehr; Kanzlisten beim Obergerichte 350—500 Thlr., Gerichtsdiener 350—450, Registratoren 450—650, Gefangenwärter 250—350 Thlr.

auf das Programm. Jene sei durch das Volk in Waffen unter Führung gottbegnadigter Helden entschieden. Auch an dieser müsse sich das ganze Volk unter Führung der Geistesheroen beteiligen. Auch der Lehrerstand wolle dem Volke und dem Volksgeiste in dieser Frage dienen. Der Volksgeist sei das Große, Hohe, das Göttliche im Volke, in der Menschheit. Im deutschen Volke lebe dieser Geist in einer besonderen Ausprägung, zunächst als äußere Kraft und Größe, dann in religiöser Gottinnigkeit und reinem, hohen Menschentum, für uns Lehrer am herrlichsten in Pestalozzi verkörpert. Auf diese Eigenschaften des deutschen Volkes sei die deutsche Volksschule gegründet. Ihr wollen wir dienen und in den Kindern diesen göttlich-menschlichen Geist entwickeln und bilden, nicht bloße Kenntnisse mitteilen. Menschenbildung sei unser Ziel, doch soll unser Auge auch dem realen Leben nicht verschlossen sein. Dazu wollen wir selbst eine erhöhte, bessere Vorbildung haben und auch dann nicht stille stehen, sondern fortschreiten, und darum auch und dazu wollen wir bessere Besoldung, dazu freie Bahn für alle Stellen an Volksschulen, dazu eine bessere Schulorganisation und bessere Stellung. Dies zu erringen wollen wir uns vereinigen in unseren Versammlungen, in unserem Pestalozziberein, im Lehrerbunde, aber auch nicht bloß unter uns, sondern in und mit dem Volke wollen wir leben und streben. —

Es wurde auf der Versammlung über den Anschluß an den „Deutschen Lehrerverein zur Hebung der Volksschule“ gesprochen. Er hatte sich ja neben der älteren Vereinigung „der deutschen allgemeinen Lehrerversammlung“ gebildet und teilweise in einer Art Gegensatz zu derselben. Die Braunschweiger hatten seit langem immer zu letzterer gehalten und sie durch ihren Vorsitzenden, der mit zum Ausschuß gehörte, beschickt. Sie konnten sich nicht entschließen, ohne weiteres von derselben abzulassen, auch waren die betreffenden Verhältnisse in den kleineren Vereinen des Landes noch wenig besprochen und deshalb den meisten Kollegen noch nicht genügend bekannt. Es wurde daher ein bestimmter Entschluß nicht gefaßt, „da die Voraussetzungen in unserem Lande noch nicht vorhanden sind, daß endgiltig über diese Angelegenheit beschlossen werden könne.“ — Der Vorsitzende sprach den Schöninger Bürgern und Lehrern für freundliche Aufnahme, Konzert usw. den Dank aus. Beim Mahle herrschte eine besonders erregte Stimmung. Auch der lehrerfreundliche Kreisdirector Cruse war in der Versammlung.

In der 43. Versammlung im Frühjahr (3. April) 1872 zu Braunschweig wies der Vorsitzende nach Erledigung geschäftlicher Sachen auf die ungünstige Lage der Feuerversicherungs-Kasse zur Unterstützung der Witwen hin. — In betreff des Anschlusses an den allgemeinen deutschen Lehrerverein erbat und erhielt der Vorsitzende den Auftrag: „die braunschweigischen Volksschullehrer auf dem nächsten allgemeinen Lehrertage zu vertreten, um dort die Angelegenheit auch für die braunschweigischen Lehrer zu betreiben.“ — Darauf verlas der Vorsitzende die Denkschrift über die Stellung und die Verhältnisse der Volksschullehrer im Herzogtum. Die gründliche, mit ruhiger Abwägung der Thatsachen leidenschaftslose Darstellung der gegenwärtigen Lage der Gemeindeschullehrer erfreute sich eines allgemeinen lauten

Beifalles, und die Versammlung erklärte sich einstimmig mit den darin aufgestellten Grundsätzen durchaus einverstanden. Es wurde beschlossen, diese Denkschrift als eine Petition an die Landesregierung und die Landesversammlung drucken zu lassen, und es dem Vorstande zu überlassen, die Wege zu bestimmen, auf welchen der beabsichtigte Zweck am sichersten zu erreichen sei, und ob es sich empfehle, sämtliche Lehrer des Landes zu veranlassen, die Petition zu unterschreiben. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung, „Reform der Seminare“, wurde dadurch erledigt, daß die Versammlung die Kommission, welche für diesen Gegenstand bereits in der Stadt Braunschweig bestand, beauftragte, das Ergebnis ihrer Beratungen in der nächsten Landesversammlung mitzuteilen und über die Angelegenheit Bericht zu erstatten, indem sie ihr Augenmerk nicht bloß auf das dortige Seminar beschränke, sondern alle drei Seminare des Landes beachte und zu dem Zwecke, wenn nötig, noch geeignet erscheinende Persönlichkeiten hinzuziehe. Gehrs sprach darauf über „Dauer der Schulpflicht“ vom Standpunkte der Gesundheitspflege, der Pädagogik und der sozialen Frage.

Er wünscht danach, daß die Knaben vom vollendeten 7. bis 16., die Mädchen vom 6. bis 14. Jahre die Schule besuchen, die Knaben in den letzten Jahren nur des Morgens. Vor der Schule sollen alle Kinder den Kindergarten besuchen, die Mädchen auch nach der Schulzeit ein Jahr lang täglich einige Stunden als Helferinnen. Es wurde anerkannt, dies sei ein wichtiger, nicht so leicht zu entscheidender Gegenstand. Es fanden sich Gegner der Neuerung, namentlich war man sich über das Wesen eines guten Kindergartens nicht klar.

In Schöppenstedt hatten sich am 4. Oktober 1872, nach dem Tage der Pestalozziversammlung, 150 Teilnehmer, nicht nur Lehrer, zur Lehrerversammlung zusammengefunden. Der Vorsitzende deutete in seiner Begrüßung darauf hin, daß die Lehrer bestrebt seien, durch eigene Kraft die Standesnot zu mildern und zu bannen. Darum seien Verhandlungen über die Vereinigung der Sterbekassen und solche mit einer Lebensversicherungsgesellschaft im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Die Denkschrift über die Gehaltsverhältnisse sei gedruckt und solle an die Landtagsabgeordneten, die demnächst über Besoldung der Lehrer zu beraten hätten, verteilt werden. Der Vorstand wird ersucht und ermächtigt, alles zu versuchen, um die Wünsche der Lehrer in Erfüllung zu bringen. — Darauf folgten Verhandlungen über die „Vorbildung der Lehrer“, die durch ein ausführliches, durchdrachtes Referat von Bertram-Braunschweig, der im Namen der betreffenden Kommission sprach, eingeleitet wurden. Danach sollte auf die Volksschule ein Seminar mit sechs Klassen folgen, von denen die vier ersten die allgemein menschliche Bildung, die letzten beiden die Berufsbildung zu vermitteln hätten. In den Lehrplan sei die lateinische und mindestens eine neuere Sprache nebst Pädagogik, Anthropologie, Logik usw. aufzunehmen. Der Unterricht sei von bewährten Pädagogen zu erteilen. Die ausgedehnte gründliche Be-

iprechung erstreckte sich besonders auf die Vorstufe. Es machten sich zwei Ansichten geltend: Anschluß des eigentlichen Seminars an eine Realschule oder ein Gymnasium, oder besondere mit dem Seminar zusammenhängende Anstalten, Präparandien, wie bisher. Vertreter der letzteren meinten, bei ersterer Einrichtung sei der Lehrermangel, namentlich Mangel an tüchtigen Lehrkräften nicht zu vermeiden; denn wer eine solche Schule gut durchgemacht habe, würde schwerlich noch Volksschullehrer werden wollen. Die Vertreter der ersteren meinten, man schlosse sich auf diese Weise an gegebenes an, in der Lehrerbildung müsse alles Exklusive vermieden werden, besondere Schulen würden leicht Abrichtungsanstalten. Man mußte abbrechen. In seinem Schlußworte sagte der Vorsitzende: Die Lehrer wollen wohl gleich mit anderen rangieren, sind aber fern von dem ihnen so oft zum Vorwurf gemachten Hochmuth und redlich bestrebt, die Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben, die nötig sind, um auf die Jugend erziehllich zu wirken, sich immer tüchtiger in ihrem Berufe zu machen. Sie hoffen, dadurch Anerkennung auch bei Nichtlehrern zu finden, wie das freundliche Entgegenkommen der Bürger dieser Stadt zeigt, denen dafür der Dank der Lehrer gebührt. „Möge denn die Zukunft Einrichtungen schaffen, die den Lehrern Brod und Bildung reichlich zufließen lassen, daß sie sich, wie sie wünschen, ihrer Arbeit ganz, voll und freudig hingeben können. Möge es gelingen, das Interesse für die Schule und ihre Lehrer auch beim Volke immer lebendiger zu machen, dann wird die Volksschule auch unseres Landes immer kräftiger und gedeihlicher ihre Wirksamkeit entfalten können.“

Die folgende 45. Landes-Lehrerversammlung am 16. April 1873 zu Braunschweig eröffnete Behrens mit ähnlichen Worten: Die äußeren Verhältnisse der Lehrer seien weiter gefördert (durch Gesetz vom April 1873). Es sei ernste Pflicht der Lehrer, im Innern an dem Werke, dem sie dienen, weiter zu arbeiten. — Darauf wurden die Thesen über die „Seminarbildung“ weiter besprochen, nachdem Bertram sie noch einmal mit einigen Worten eingeleitet hatte: Es müsse ein tüchtiges Geschlecht herangebildet werden, das die Erbschaft, die ihm die Ereignisse der letzten Jahre erworben, übernehmen und weiterführen könne, das klar sehe und nicht blindlings einzelnen Führern folge. Dazu sei ein tüchtiger Lehrerstand nötig. Redner berichtete dann kurz über die Seminare in verschiedenen deutschen Ländern: Sachsen mit Vorbereitungsanstalt und sechsjährigem Kursus, Preußen mit freigestellter Vorbildung und dreijährigem Kursus. In Gotha habe man als Vorbildung Reise für Prima eines Gymnasiums gefordert, da sei die Zahl der Eintretenden von 63 auf 32 zurückgegangen. Mehr sei daher für Aufhebung dieser Bestimmung. Die Ansicht, das Gymnasium mit seinem Unterrichtsstoff und seiner Methode sei nicht die beste Vorbildung für den Lehrer, treffe man oft. Jedenfalls würde bei dieser Forderung Lehrermangel entstehen. Der Hintergedanke aber, durch solchen die Lehrerbefolgung zu heben,

sei nicht richtig. Die Schöninger Lehrer sind für eine freie allgemeine Vorbildung durch Gymnasium. Lehrermangel, dadurch hervorgerufen, wirke nur günstig auf Befolgung. Sölter unterzog den Lehrplan einer Vorschule einer eingehenden Betrachtung. Wenn zu den bisherigen Stoffen noch zwei fremde Sprachen kämen, dann reichten die Stunden nicht aus. Daher sind die Blankenburger Lehrer für eine freie Vorbildung, die in einer Prüfung gleichwertig mit der einer Prima sich erweisen müsse. Die Lehrer der Stadt Braunschweig sind meist gegen eine Gymnasialvorbildung, welche durch Ueberwiegen der Sprachen einseitig werde. (Brancalio, Hermann, Müller.) Zunächst wird angenommen: Das Seminar bildet eine Fachschule mit dreijährigem Kursus. Ueber die Aufnahme entscheidet eine Prüfung, deren Anforderungen genau festzustellen sind. Dann wird über die Forderung nach zwei Sprachen debattiert. Referent wünscht einen darauf bezüglichen Zusatz. Für eine neuere Sprache sind alle; in betreff des Latein gehen die Ansichten auseinander. Brancalio ist dagegen. Im Hinblick auf die Naturwissenschaften könne man eher Griechisch fordern. Die Forderung des Latein für das Rektorenexamen bedauert er, man müsse und könne es sich privatim erwerben. Hermann ist für Latein, da man den Zugang zu den höheren Stellen, wonach die Lehrer solange getrachtet, an Latein geknüpft, müsse man dies auf den Seminaren erwerben können oder jene Forderung fallen lassen. Mit Stimmenmehrheit wird als Zusatz zu der ersten These angenommen, hinter Anforderungen einzuschalten: „zu welchen jedenfalls die nöthige Kenntniß einer neueren und der lateinischen Sprache gehören.“ Zu These 2, die Unterricht in Pädagogik, Anthropologie, Logik usw. fordert, wird von einer Seite bemerkt, man möge sich nicht auf das Gebiet der Phrase begeben. Bertram weist den hierin liegenden Vorwurf zurück, noch entschiedener Brancalio, der bemerkt, wenn man auch für diese Fächer keine Professoren gewinnen könne und wolle, so müsse man doch fordern, daß sie im Seminar gut gelehrt würden. These 2 angenommen: Der Unterricht im Seminar hat Pädagogik und ihre Geschichte, Psychologie, Logik und physische Anthropologie zu behandeln, in die praktische Unterrichtskunst einzuführen und in geeigneter Weise die allgemeine Bildung zu fördern. Zu These 3 nimmt der unter den Lehrern hochangesehene Inspektor Meyer aus Blankenburg das Wort und führt unter allgemeiner Zustimmung aus: „Der Unterricht im Seminar ist von Männern zu erteilen, welche durch eine Prüfung oder durch ihre Wirksamkeit in der Schule ihre Befähigung zu diesem Amte nachgewiesen haben.“ Wichtig im Seminar sei zunächst der Direktor, zumal jetzt müsse man das aussprechen, damit bei der demnächstigen Besetzung der Stelle in Wolfenbüttel der rechte Mann dort hinkomme. Nicht Theologen als solche seien ohne weiteres für solche Stelle geeignet, wie man oft annehmen scheine. Es habe freilich auch unter den Theologen tüchtige

Schulmänner gegeben, wie z. B. Dinter, Diesterweg und Denzel, in der Jetztzeit aber brauche man Männer wie Lüben und Rehr. Die These 3 wurde einstimmig angenommen. These 4 — (Seminar Externat), wird von der Besprechung abgesetzt. These 5. „Es ist wünschenswert, daß die drei braunschweigischen Seminare zu einem Landesseminare vereinigt werden, das seinen Sitz in der Stadt Braunschweig hat.“ Man habe dann mehr Geldmittel und bessere Lehrkräfte. Braunschweig biete viele Bildungsmittel: Sammlungen, Kunstschätze, Vorträge, tüchtige Lehrkräfte zur Aushilfe. Die These wird so angenommen, und die angenommenen sollen mit näherer Begründung in Form einer Petition den Behörden zur geneigten Berücksichtigung überreicht werden. — Der Vorsitzende forderte auf, den Männern, welche in aner kennenswerter Weise für die Verbesserung der äußeren Lage der Lehrer sorgten, den Dank durch Erheben von den Sitzen auszudrücken, was unter allgemeiner Zustimmung geschah. —

Auf der Tagesordnung der 46. (44.) Landes-Lehrerversammlung, 8. Oktober 1873, zu Königs-Lutter stand nach Bericht und Antrag in Bezug auf Lehrersterbekaffen und Lebensversicherung auch ein Antrag auf „Gründung eines Landes-Lehrervereins“.

Die Anerkennungen der Lebensversicherungen sollen in den einzelnen Vereinen geprüft und darüber an den Vorstand berichtet werden. Ueber den Antrag auf Stiftung eines Landes-Lehrervereins ist in den vorliegenden Berichten (im Braunschv. Tageblatt) gar nichts enthalten. Er scheint gar nicht zur Sprache gekommen zu sein. Es bestand ja der ersten Stiftung und dem Namen nach ein „Landes-Lehrerverein“, und die ersten Versammlungen werden auch als solche bezeichnet. Es sind aber keine Statuten und sonstige Bestimmungen vorhanden. Er zeigte sich nur in dem Vorstande und den Versammlungen. Während man in den ersten Jahren sehr viel auf die kleineren Vereine gab, wurde es später davon ganz still. Es scheinen immer noch einige bestanden zu haben, und der Vorstand und die allgemeinen Versammlungen bildeten für sie einen gewissen Einigungspunkt. Es erwachte unter den Lehrern wohl der Wunsch nach engerem Zusammenschluß, aber zu einem Landes-Lehrervereine kam es auch in Königs-Lutter noch nicht. — Heinemann-Wolfenbüttel hielt einen Vortrag über den „naturgeschichtlichen Unterricht“ nach Ziel, Stoff und Methode. Seine Thesen fanden fast unveränderte Annahme.

Dieser Unterricht soll die Kinder mit den wichtigsten Naturkörpern bekannt machen, zur Erkenntnis des gesetzmäßigen Lebens in der Natur führen und die Verwendung der Naturprodukte erleichtern. Der Stoff ist aus allen drei Naturreichen zu nehmen. Auf der Oberstufe ist der menschliche Körper gründlich zu behandeln und Gesundheitslehre anzuschließen. Heimische Naturkörper sind vorzugsweise zu nehmen, von fremden nur die wichtigsten, besonders die schädlichen und nützlichen, die Repräsentanten einer Gruppe, die eigentümlichen. Die Auswahl richtet sich nach den Jahreszeiten. Der naturgeschichtliche Unterricht sei überall Anschauungsunterricht, der die Sachen womöglich in natura vorführt, oder in guten Modellen und Bildern. Er hat die Kinder möglichst selbstthätig anzuregen, zu sehen, zu

suchen, zu sammeln, zu vergleichen. Das Zeichnen ist nicht zu versäumen. Der Unterricht beginnt mit Einzelförvern, dann folgt kein wissenschaftliches System, aber eine durch Vergleichen gefundene Gruppierung. —

Ueber die Versammlungen in den nächsten Jahren liegen gar keine (wie über die im Frühling 1874), oder nur kurze Berichte vor. Zu der 48. (46.) Versammlung am 29. September 1874 waren 160 Lehrer in Wolfenbüttel erschienen. Von der Bildung eines Landes-Lehrervereins beschloß man für den Augenblick noch abzusehen; es müßten erst Kreis- und Bezirksvereine bestehen, um auf solcher Grundlage einen lebensfähigen Landesverein zu gründen. Heege-Söllingen hielt einen Vortrag über „die soziale Frage und die Schule“.

Er führte aus, die Schule dürfe nicht in den Dienst irgend einer Partei treten; aber sie könne sich doch dieser wichtigen Frage gegenüber nicht teilnahmslos verhalten, ja sie müsse zur Lösung derselben mithelfen. Dies könne dadurch geschehen, daß sie eine wahrhaft humane Bildung in nationaler Form erstrebe, und das könne erreicht werden, wenn die Schule im Organismus des Staates eine selbständige Stellung einnehme, wenn sie nach einem einheitlichen Plane die gesamte Bildung der Jugend umfasse, wenn sie als allgemeine oder Nationalschule die gesamte Jugend gemeinsam bilde und erziehe und erst für das spätere Schulalter sich in verschiedene Schulen gliedere, wenn als Vorstufe für diese allgemeine Schule der Kindergarten diene, wenn für diejenigen Schüler, welche höhere Schulen nicht besuchten, der Besuch der Fortbildungsschule obligatorisch sei; wenn der Unterricht der allgemeinen Schule alle Momente, das religiöse, sittliche, ästhetische, sprachliche, reale, soziale und praktische unter steter Erweckung zur Selbstständigkeit gleichmäßig berücksichtige, und wenn endlich ein entsprechend gebildeter und demgemäß gestellter und besoldeter Lehrerstand in der Schule wirke.

Auch der Leiter des Schulwesens, Konsistorialrat Stauschbach, war in der Versammlung anwesend. Ueber die entstandene Debatte ist ein Bericht nicht erhalten.

In dieser Zeit bildeten sich auf Anregung der Versammlung Kreisvereine im Lande, in Blankenburg am 7. Oktober 1874, in Braunschweig-Land am 28. Dezember 1874 und auch im fernen Holzminden hielt ein Kreisverein am 6. April 1875 eine Versammlung. In allen trat der Wunsch nach engerer Vereinigung hervor. In Blankenburg wurde gleich in der ersten Sitzung das Bedauern ausgesprochen, daß der Vorstand der Lehrerversammlung, dessen segensreiche Wirksamkeit vollständig anerkannt wurde, den Antrag auf Gründung eines Landes-Lehrervereins zurückgezogen habe.

Die 49. (47.) Versammlung (31. März 1875) zu Braunschweig war nur von 86 Teilnehmern besucht. Auf Antrag von Gehrs-Helmstedt wurde beschlossen, das Unternehmen der „Schreibhefte“, welches der Verleger für 6000 Mark verkaufen wollte, wenn möglich für den Pestalozzverein zu erwerben und zu dem Zwecke Anteilscheine von 15 Mark unter den Lehrern auszugeben. Die Mehrzahl der Gegenwärtigen war allerdings für das Unternehmen, und der Vorstand sollte das weitere besorgen; aber dieser Plan wurde doch



nicht ausgeführt. — Wegen Einrichtung eines Landes-Lehrer-vereins soll der Vorstand sich mit den Vorständen der Kreisvereine, die sich gebildet haben oder in Bildung begriffen sind, in Verbindung setzen. Es ist dies geschehen, und in Bücksum hat eine Versammlung stattgefunden, in der ein Entwurf zu Statuten eines Landesvereins beraten wurde. — Auf der Braunschweiger Versammlung leitete Heege-Söllingen die Debatten über „Wünsche und Anträge in Bezug auf die Volksschulgesetzgebung“ durch ein Referat ein. Die in mehreren Kreisvereinen und Konferenzen gefaßten Beschlüsse über Stellung und Gehaltsverhältnisse der Lehrer theilte er mit, erklärte sich im Prinzip damit einverstanden. Manche Wünsche und Anträge aber gingen zu weit, andere seien zu enge oder einseitig. Mit den neuerdings in einigen thüringischen Ländern, namentlich in Sachsen-Weimar gegebenen Schulgesetzen könne man im ganzen für jetzt sich zufrieden erklären. In der Besprechung wurde von einer Seite gewünscht, man solle vor allem auf ein besseres Besoldungsgesetz hinarbeiten, aber es wurde doch für wünschenswert erachtet, daß unser ganzes Schulwesen einer Verbesserung und Erneuerung unterzogen werde, und beschlossen, bei dem Landtage die nötigen Schritte zu thun. In Gandersheim trat auf der 50. (48.) Versammlung am 6. Oktober 1875, von 115 Lehrern besucht, der schon länger vorbereitete Landes-Lehrerverein wirklich ins Leben, nachdem in der Zusammenkunft der Kreisvereinsvorstände zu Bücksum sich alle für einen solchen ausgesprochen hatten. Der vom alten Vorstande vorgelegte Entwurf wurde ohne weitere Debatte angenommen. Es ist folgender:

### Statut des Braunschweigischen Lehrervereins.

1. Unter den Lehrern des Herzogtums Braunschweig besteht ein Verein, der den Namen „Braunschweiger Landes-Lehrerverein“ führt.
2. Der Zweck des Vereins besteht darin, die Interessen der Schule und der Lehrer zu fördern und zu vertreten.
3. In der Regel wird jährlich, an verschiedenen Orten des Herzogtums abwechselnd, eine Vereinsversammlung abgehalten.
4. Der Vereinsvorstand hat Ort und Zeit der Versammlung festzustellen und die nötigen Einleitungen zu treffen.
5. Mitglied kann jeder Lehrer werden, aber auch der Zutritt von Fremden der Lehrer und der Schule ist erwünscht.
6. Die Leitung des Vereins ruht in den Händen eines Vorstandes, der aus drei Mitgliedern besteht, und der auf einer Vereinsversammlung von den Anwesenden auf drei Jahre gewählt wird.
7. Dem Vorstande zur Seite steht ein Ausschuß, zu dem jeder Kreis-Lehrerverein ein Mitglied deputiert, welcher besonders dazu dienen soll, die Verbindung zwischen dem Landes-Lehrerverein und den Kreisvereinen herzustellen und welcher auch dem Vorstand ratend und helfend zur Seite stehen muß.
8. Jedes Mitglied des Braunschweigischen Landes-Lehrervereins hat jährlich  $\frac{1}{2}$  Mk. Vereinsbeitrag zu entrichten, welcher in den Kreisvereinen zu erheben ist.
9. Abänderungen dieser Statuten können auf jeder Versammlung beschlossen

werden, wenn der Antrag darauf vorher den Mitgliedern (des Vereins) bekannt gemacht ist und zwei Drittel der auf der Versammlung erschienenen Mitglieder sich dafür erklären.

Die sofort vorgenommene Wahl des Vorstandes ergab: Behrens=Braunschweig, Heine mann=Wolfenbüttel und Heege=Söllingen.

Damit war ein lange gehegter Wunsch der braunschweigischen Lehrer erfüllt. Indes änderte sich unter ihnen nicht viel. Es war bisher ja immer schon der Geist des Fortschritts und des Zusammenhaltens wirksam gewesen und hatte zu dem angetrieben, was zu verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Umständen an Versammlungen, Besprechungen, Veröffentlichungen, Vorstellungen an Behörden und Persönlichkeiten, Petitionen usw. ratfam erschien. Es wurde jetzt diesem allen eine bestimmtere Form und ein neuer Antrieb gegeben. Dazu sollte namentlich der dem Vorstande zur Seite stehende Ausschuß dienen, und das ist gewiß nicht zu verachten. Hauptsache aber war doch, daß derselbe gute Geist wie bisher unter allen recht lebendig blieb, so daß ein Fortschritt ganz in der früheren Richtung deutlich wurde. Das wollten Braunschweigs Lehrer, und darum stellten sie den alten Vorstand wieder an ihre Spitze und vertrauten besonders dem bewährten, langjährigen Leiter Behrens.

Diese Gandersheimer Versammlung war überhaupt eine der wichtigsten. Nach langen Bemühungen und Besprechungen war nämlich am Abend vorher zum zweiten Male dort ein wohlgelungenes Kirchenkonzert ausgeführt. Chorlieder und Orgelvorträge wurden sämtlich gut ausgeführt. Beim Zusammensein danach herrschte eine äußerst gehobene Stimmung und die eigentliche Versammlung wurde mit einem kräftigen „Ein feste Burg ist unser Gott“ eröffnet.

Nachdem der Landesverein glücklich zustande gebracht, bespricht Heege das Konzert am Tage vorher und regt zur Wiederholung eines solchen an. Er findet allseitige Zustimmung, und es wird „eine Musikkommission“ gewählt, das ins Werk zu setzen. — In den Kreisvereinen waren die Grundzüge einer Petition an die Regierung und die Stände beraten. Sie enthielt die Wünsche der Lehrer in Bezug auf Gehaltsverhältnisse und Stellung der Schule, da die Regierung dem Landtage ein Gesetz über Organisation der Schulbehörden vorlegen wollte. Die Grundzüge waren in den Kreisvereinen durchberaten, die Deputierten stellten sie am Morgen vor der Versammlung nach längerer Beratung zusammen; der Vorstand soll sie betreffenden Orts überreichen. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes ist es wohl angezeigt, mehreres darüber zu sagen. (Siehe Anhang Seite 109). Auch an Zeichnung für Anteilscheine zu dem Unternehmen der Schreibhefte wurde erinnert, leider vergeblich. — Dann hielt der Institutsvorsteher Brehmann=Wolfenbüttel einen ausgezeichneten Vortrag: „Der Kindergarten in seinem Einfluß auf die Erziehungsfragen der Gegenwart, insbesondere auf die Volks- und weibliche Fortbildungsschule.“

Fröbel vergleicht das Kind mit einer zarten Pflanze, dem man ebenso wie dieser durch richtige Einwirkung zu naturgemäßer Entwicklung verhelfen müsse. Der Redner führt im Geiste zu einem gut geleiteten Kindergarten mit seinen verschiedenen Gaben zur Beschäftigung und Darstellung der Lebensformen und Schönheitsformen im Vormachen, Nachmachen und Entwickeln und zeigt, wie die Kinder durch die Darstellung, nicht bloß durch Anschauung allein, zum Eindringen in die Natur und in das Industrieleben vorbereitet werden, indem sie in ihren Gärten pflanzen und pflegen, und sie bei diesen Beschäftigungen und Spielen durch Thätigkeit froh und heiter allseitig ergriffen und gebildet werden. „Erst wenn die Hand macht, was das Auge sieht, sieht das Auge recht.“ So wird das Kind erfasst als Kind der Natur, des Menschen und Gottes und erzogen zur Selbsteinigung, Welteinigung und Gotteinigung, in Anwendung des Gesetzes der Vermittlung der Gegensätze zum Schaffen und Können in einer sittlichen Kunstschule, nicht in der bloßen Wissens- und Kenntnisschule, wie Fröbel sagt: „Ich will Menschen bilden, die mit den Füßen in Gottes Erde wurzeln, mit ihrem Haupte in den Himmel ragen, und in ihren Herzen beides, Himmel und Erde vereinigen“. In der Zeit vor dem Schulanfang fehlt es den Kindern oft an geeigneter Erziehung. Gerade dann sind sie aber am bildungsbedürftigsten und bildungsfähigsten. Werden sie dann vernachlässigt, so setzen sich schlechte Neigungen und Gewohnheiten bei ihnen fest. Nach Jean Paul ist bis zum vierten Jahre der Charakter des Kindes entschieden, und doch wird diesem Alter zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Dem will Fröbel abhelfen, indem er das Spiel als Erziehungsmittel benutzt. Die Schule soll die Unerzogenen erziehen und bessern, sie muß dazu strenge Ordnung, auch wohl Strafen anwenden und verlangt: Du sollst oder du sollst nicht; aber das führt nicht immer zum inneren Gehorsam. Der Kindergarten soll der Schule durch Spiel zu erster Thätigkeit geführte, aufmerksame, wißbegierige Kinder, die ihre Sinne gebrauchen können, mit einem Worte gut vorbereitete Kinder zuführen. Während Pestalozzi die Bildung des Volkes in die Hand der Mutter in einer ideal gedachten Familie legen wollte, will Fichte, daß den Eltern die Kinder abgenommen und in öffentlichen Erziehungsanstalten von sach- und fachkundigen Männern erzogen und unterrichtet werden sollen. Fröbel vermittelt zwischen beiden; er will zunächst Familienerziehung, daneben aber auch gemeinschaftliche, öffentliche Erziehung. Allerdings will er erst die Mutter recht zur Erziehung befähigen und sagt: „Bildet Mütter, und die Menschheit wird regeneriert!“ Er will, die weibliche Fortbildung solle auch mit darin bestehen, die jungen Mädchen zur verständnisvollen Erfassung der Pflichten einer Erzieherin zu führen. Jedes Mädchen solle deshalb wenigstens ein Jahr in einer sogenannten Kindergartenschule praktisch und theoretisch arbeiten. Aber Fröbels Erziehungsgrundsätze erstrecken sich viel weiter als bloß auf den Kindergarten; sie müssen Anwendung finden in der Volksschule. Diese darf nicht bloß Lernschule sein. In Einzelheiten finden sich ja schon Anfänge z. B. im Schreiblesen. Nicht bloß lernen, sondern darstellen, dieser Grundsatz ist auf alle Unterrichtszweige anzuwenden. Mit der Schule ist ein Kindergarten und eine Schulwerkstatt zu verbinden. Dazu muß aber der Lehrerstand selbst erst ausgebildet werden und natürlich auch eine angemessene Stellung und Besoldung erhalten. In folgenden Thesen faßte der Redner seine bedeutamen Ausführungen zusammen. 1. Das Fröbelsche Erziehungssystem, aus der Kenntnis der körperlichen und geistigen Entwicklung des Kindes entsprungen, entfaltet naturgemäß die im Kinde ruhenden Fähigkeiten. 2. Dem frühesten Kindesalter bis zur Schulzeit ist bis dahin von der Pädagogik zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, doch diese so wichtige Kindheitsstufe verlangt eine bewusste, erzieherische Leitung und muß herausgerissen werden aus den damit verknüpften Zufälligkeiten. 3. Die Schule hat das aller-

größte Interesse, den Kindergarten in ihren Organismus aufzunehmen. 4. Die Fröbelsche Erziehungsmethode erfüllt am besten das pädagogische Bedürfnis der Verbindung zwischen Schule und Haus. 5. Der Kindergarten löst die Frage der pädagogischen Bildung der Frau und des Zieles unserer Töchter — und weiblichen Fortbildungsschulen. 6. Die Fröbelschen Erziehungsgrundsätze schließen durchaus nicht ab mit dem Kindergarten, sondern sie sind eingreifend in alle Entwicklungsstadien der Jugend. 7. Die Kindergartenfrage ist darum eine Frage, die vorzugsweise zur allseitigen Hebung des Lehrerstandes beiträgt.

Schriften über Kindergarten und Probearbeiten (Thonarbeiten und Zeichnungen) aus demselben waren ausgestellt. An die Thesen knüpfte sich eine lebhafte Besprechung. An derselben nahmen teil: Generalsuperintendent Stöter-Gandersheim, der einen lichtvollen Rückblick auf Rousseau gab, Seminardirektor Matthias-Wolfenbüttel, Inspektor Brancalio, Lehrer Henze und Behrens aus Braunschweig und andere.

Die 51. (49.) Versammlung wurde nach Helmstedt berufen, da deren Abhaltung in Stadtholbendorf oder Holzminden unthunlich erschien. Sie wurde am 3. Oktober 1876 von 122 Lehrern besucht. Behrens war durch Krankheit am Erscheinen verhindert und wünschte nach einem Briefe überhaupt wegen seiner geschwächten Gesundheit aus dem Vorstande zu scheiden. Die Versammlung spricht die Bitte aus, sein mit so vielem Erfolge durch lange Jahre verwaltetes Amt noch behalten zu wollen, andere Mitglieder im Vorstande könnten ihm die nötigen Arbeiten abnehmen. Heege-Söllingen leitet die Versammlung und bittet, das vom Vorstande herausgegebene Schulblatt mehr zu unterstützen. Müller-Heimbürg bringt mancherlei Klagen gegen die Aachen-Münchener Feuerversicherungsgesellschaft vor. Dem Vorstande wird die Sache zu ordnen überlassen. Bormann-Wolfshagen hält einen Vortrag über die Frage: „Welches sind die Anforderungen, die Familie, Gemeinde, Staat und Kirche an die Volksschule zu stellen berechtigt sind, und unter welchen Vorbedingungen kann die letztere jenen Forderungen gerecht werden?“ Ein ähnliches Thema sei schon auf der Delegierten-Versammlung in Erfurt behandelt.

Referent gab ein anschauliches Bild von den von Jahr zu Jahr wachsenden Ansprüchen der einzelnen Faktoren und faßte seine Ausführungen in Thesen zusammen: A. Die deutsche Volksschule steht im Dienste des deutschen Volkes. 1. Die Familie fordert: Die Schule suche alles zu vermeiden, was der körperlichen Entwicklung des Kindes hinderlich ist, und anzuwenden, was den Körper kräftigt. Sie Sorge für eine sittlich-religiöse Bildung und für Aneignung der zum Leben notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten. Die Gemeinde fordert Weckung und Förderung des Gemeinns und Befähigung zu Gemeindegewerken. Die Kirche verlangt gewissenhafte Pflege des evangelischen Christenglaubens und der christlichen Ethik. Der Staat fügt diesen Forderungen noch hinzu: Heranbildung guter Staatsbürger, die Achtung vor göttlicher und menschlicher Ordnung, so wie Vaterlandsiebe haben, die nötigenfalls sich steigert zur Aufopferungsfähigkeit für das Vaterland. Um diesen Forderungen zu genügen, darf die Familie den Einfluß der Schule auf Zucht und Sitte nicht lähmen, den regelmäßigen Schulbesuch nicht stören, muß den Kindern genügende Lehrmittel liefern und

die zu häuslichen Arbeiten nötige Zeit gewähren. Die Gemeinde muß für zweckmäßig eingerichtete Schulen und reichliche Ausstattung derselben mit Lehrmitteln sorgen. Die Kirche muß den religiösen Unterrichtsstoff in Auswahl und Methode pädagogischen Grundsätzen gemäß behandeln. Der Staat muß die Volksschule in seine Obhut nehmen und ihre Leistungsfähigkeit erhöhen durch zweckmäßige Organisation und Leitung derselben, durch Einrichtung von Kindergärten und Fortbildungsschulen, durch Verminderung der Schülerzahl in einer Klasse, Ernennung von Fachmännern zu Schulinspektoren und Einrichtung einer Oberschulbehörde. Der Lehrer muß eine erhöhte Autorität genießen, bedingt durch eine zeitgemäße Allgemeinbildung, eine tüchtige wissenschaftlich-praktische Berufsbildung, eine würdige Gehalts- und Ehrenstellung, eine gesetzliche Erweiterung der dem Lehrer zuerkannten väterlichen Gewalt.

Die folgende Versammlung war der (freilich ungenauen) Zählung nach die 50. (eigentlich die 52.). Die Lehrer erwarteten von ihr etwas besonderes und fanden sich daher am 3. Oktober 1877 in größerer Zahl (200) in Braunschweig ein. Sie wurde mit dem Choral „Bis hierher hat uns Gott gebracht“ eröffnet, und Behrens, der sich durch den Wunsch aller Lehrer hatte bewegen lassen, sein Amt zu behalten, begrüßte sie, indem er einen Rückblick auf die verflossenen Zeiten warf. (Braunschweigisches Schulblatt 1877 Nr. 21 und 22.) Er gab darin nicht viele Einzelheiten an, aber selbst von hoher Begeisterung getragen, wußte er die Geschichte zu benutzen, auch seine Zuhörer zu begeistern. Dankbar gedachte er derer, die sich besondere Verdienste um die Versammlungen erworben (Chr. Meyer, H. Schmidt, Tunika). Zwei Ziele habe die Versammlung immer unverrückt verfolgt: Bessere Stellung der Lehrer und Tüchtigkeit im Amte. Letztere sei gewiß gefördert durch Anregungen im Zusammensein mit Gleichgesinnten, durch Vorträge und Verhandlungen, die keine Seite des Schullebens außer Betracht ließen, ja selbst auf Gebiete sich wagten, die mit dem Schulleben nicht in unmittelbarster Berührung standen. Die bessere Stellung habe man zu fördern gesucht durch Klarlegung der Bestrebungen und Verhältnisse der Lehrer in verschiedenen Schriften, durch Verbindung zu Vereinen (Brandversicherungverein, Pestalozziverein usw.), wie auch durch gemeinsame Arbeit bei Herstellung von Lehrmitteln. Mit den Erfolgen dürften die Lehrer wohl zufrieden sein. Zwar habe sich auch manche Hoffnung nicht erfüllt, namentlich die einer angemessenen Organisation des Volksschulwesens; daß auch in dieser Hinsicht die Zukunft berechtigten Anforderungen genügen werde, dafür zeuge der Geist, der stets in Braunschweigs Volke und auch in Braunschweigs erlauchtem Fürstenhause maßgebend gewesen sei, und auch jetzt noch regiere, wie ein gutes Dotationsgesetz solches bekunde. Nur dürften die Lehrer nicht davon abkommen, festzuhalten an dem Glauben an die idealen Güter des Lebens und an dem Streben, sich immer tüchtiger zu machen in der Kunst der Pädagogik. — Darauf sprach Heinemann-Wolfenbüttel über „die nationale Aufgabe der deutschen Volksschule“. Einst habe Heine gesungen „Denk ich an Deutschland

in der Nacht, gleich bin ich um den Schlaf gebracht.“ Das ist anders geworden. Wir können ruhig schlafen bei dem Gedanken an Deutschland. Es ist geeint erstanden in einer Macht und Größe, wie kaum je zuvor; aber noch ist nicht alles gethan. In unserer Zeit gilt es, das äußerlich erstandene Reich auch innerlich zu kräftigen, eine geistige Einheit für Deutschland zu schaffen, es so fest zusammenzufütten, daß keine Macht es je wieder zerreißen kann. Diese Aufgabe ist keine geringe: Tief gewurzelte Vorurteile sind zu bekämpfen, Gegensätze müssen ausgeglichen, Umsturzbestrebungen beseitigt werden. Auf das Geschlecht der Zukunft, auf die Jugend richtet sich dabei der Blick. Sie ist bildsam und schmiegt sich am leichtesten dem Neuen an. Ein großer Teil jener gewichtigen Aufgabe fällt daher der Schule zu. Sie muß sich bestreben, echt deutsche Bürger zu erziehen, die sich mit tausend Fäden an ihr Vaterland geknüpft fühlen und bereit sind, in selbstloser Weise dafür zu arbeiten. Welches sind die Mittel, auf die Jugend so einzuwirken? Der erziehende Unterricht führt dem Kindesgeiste in geeigneter Weise richtige Vorstellungen zu, klärt und erweitert den Ideenkreis, baut Grundsätze auf und bildet den sittlichen Menschen, zunächst der Religionsunterricht. Die Religion ist aufs innigste mit der Natur des germanischen Volkes verwachsen. Aus der Tiefe des deutschen Volksgemüths ist die Reformation geboren, und als diese erstarren wollte, da protestierte der deutsche Geist gegen solchen Protestantismus. Die deutsche Volksschule hat die Religion zu pflegen, gegen den Materialismus zu kämpfen, Vaterland und Obrigkeit als göttliche Veranstaltungen hinzustellen, dem Egoismus entgegenzutreten, Duldung zu lehren und nicht Haß und Verachtung zu fördern, die Herzen in Liebe zusammenzuführen. Seit der politischen Einigung Deutschlands ist seine religiöse Zerrissenheit größer geworden. Die Schule hat eine Mission des Friedens. Arbeiten die Tausende deutscher Lehrer zusammen, die Religion der Liebe in die Herzen der Jugend zu pflanzen, dann arbeiten sie für die Einigung im nationalen Sinne. Die deutsche Schule gründet sich auf Pestalozzi, der statt Auswendiglernen geistiges Erfassen, statt Abrichtung freie naturgemäße Selbstentwicklung wollte. Die Schüler sollen suchen, forschen, denken. „Die Menschen müssen dahin gebracht werden, daß sie sich selbst helfen können, da ihnen auf Gottes Erdboden niemand anders hilft und helfen kann.“ Diese Grundsätze gelten noch, ja jetzt erst recht. Das Leben ist anders geworden. Erwerbschranken sind gefallen, aber die Konkurrenz ist schärfer. Der Bürger nimmt teil am Gemeinde- und Staatsleben, und das allgemeine Wahlrecht hat bewußtes nationales Leben zur Voraussetzung. Nach allen Seiten werden größere Anforderungen an Erkenntnis und Selbstbestimmung gestellt. Jeder muß den Blick über seine Scholle hinauswerfen, Verständnis für den großen Kreis des Vaterlandes gewinnen, nicht bloß Nachbeter der Meinung anderer sein. Wenn die Lehrer dazu beitragen, wirken sie national.

In acht Thesen faßte Redner seine Ausführungen zusammen: 1. Die deutsche Volksschule hat das Gefühl inniger Zusammengehörigkeit aller deutschen Stämme zu fördern, Innlichkeit, Gottesfurcht, Familiensinn, Ernst und Gründlichkeit, Fleiß und Treue, Wahrheits- und Friedensliebe als deutsche Tugenden zu pflegen, und gegen Nationalschwächen wie Nachahmungslust, Ueberschätzung des Fremden, Mangel an nationalem Selbstgefühl, Schwerfälligkeit und Eigenwilligkeit ernstlich zu kämpfen. 2. Die Erziehung zur deutschen Nationalität ist durch einen Religionsunterricht im Sinne wahrer Liebe und Duldung zu fördern. 3. Die Muttersprache bedarf besonderer Pflege. Die Jugend ist früh mit ihren herrlichen Schätzen bekannt zu machen. 4. Die deutsche Geschichte stehe im Mittelpunkt des Geschichtsunterrichts. Vaterländische Gedenktage sind zu feiern. 5. Die Heimatskunde muß das Gefühl der Kinder für ihre Heimat erwärmen, das Vaterland durch lebensvolle Schilderungen kennen und lieben lernen. 6. Das Turnen, was den Körper kräftigt und stählt, Pünktlichkeit, Gehorsam und Gemeingeist fördert, ist obligatorisch zu betreiben. 7. Aller Unterricht ist nach den Grundsätzen des Comenius, Pestalozzi und Diesterweg zu erteilen: Nicht große Massen von Kenntnissen, sondern Selbstthätigkeit und Selbständigkeit sind sein Ziel. 8. Im Schulleben ist Gemeinsinn zu wecken, strenge Zucht zu üben und echte Pietät zu pflegen. —

Dem Vortrage folgte eine lebhafte, ausgedehnte Debatte. Beim Mahle herrschte eine festliche Stimmung, die sich in Toasten auf den Kaiser, den Herzog, die städtischen Behörden, den Konsistorialrat Staufebach aussprach. Ein Telegramm wurde an Hirsch geschickt. Dieser sprach sofort (6. Oktober) seinen aufrichtigsten Dank aus, da ihm die Zeit seiner Wirksamkeit inmitten seiner Landsleute unvergeßlich bleibe. „Und soll ich eins besonders hervorheben, was mich damals so glücklich machte? — Es ist der ideale Zug, der durch die Lehrermwelt ging, der das spärliche Brot des Amtseinkommens würzte, so daß es gut schmeckte, trotz seiner sehr geringen Qualität und Quantität, ja daß man die Misere des äußeren Lebens vergessen konnte über das Glück, ein Jugendbildner zu sein.“

Nach Blankenburg war die 53. (51.) Versammlung der braunschweigischen Lehrer eingeladen, wurde vom Bürgermeister freundlich begrüßt und von Behrens am 2. Oktober 1878 eröffnet. Zunächst wiederholte man einstimmig den früheren Beschluß, den Antrag zu stellen, daß wenigstens ein Lehrer in jedem Schulvorstande Sitz und Stimme haben müsse. Auch will man bitten, daß in jeder Gemeinde ein Minimum für Anschaffung, beziehungsweise für Erhaltung von Lehrmitteln, namentlich Veranschaulichungsmitteln, alljährlich bestimmt werde. — Direktor Scharschmidt-Braunschweig sprach dann über „Orthographie-Reform“ und kam zu folgenden Thesen:

1. Die Berliner Konferenz (1876) hat den Weg zu der dringend nötigen orthographischen Einigung eröffnet. 2. Ihre Beschlüsse bedürfen aber in wesentlichen Punkten der Ergänzung und Abänderung. (Diese werden angeführt.) 3. Es wird nur die lateinische Schreib- und Druckschrift gebraucht. 4. Die erwähnten Ergänzungen und Abänderungen werden nebst Begründung dem Konsistorium und nach Zustimmung von diesem dem preuß. Kultusminister mitgeteilt, „um durch eine neue Konferenz bindende Beschlüsse über eine einheitliche Rechtschreibung festzustellen“. 5. In diese

Konferenz sind auch mit der Volksschule bekannte Schulmänner zu berufen. — Sämmtliche deutsche Landes-Lehrervereine werden aufgefordert in gleicher Weise vorzugehen. —

Bei der folgenden Vorstandswahl wird der alte Vorstand durch Acclamation wiedergewählt. Behrens wünscht von dem Amte entbunden zu werden, da er sich nicht mehr kräftig genug dazu fühle, willigt aber auf dringende Bitten ein, es nochmals zu übernehmen. Sölter-Blankenburg sprach nunmehr über „die Religion in der Volksschule“ und begründet in einem gediegenen klaren Vortrage, den die Versammlung bis zu Ende mit Interesse anhörte, folgende Thesen, nachdem er die Fragen beantwortet: Was ist Religion und in welcher Beziehung steht die Volksschule zu ihr? Welche Ziele hat letztere auf religiösem Gebiete zu erstreben, und auf welche Weise kann sie dies Ziel erreichen?

1. Die Volksschule kann den Einfluß der Religion zur Erreichung ihrer Ziele nicht entbehren.
2. Der Religionsunterricht hat die Kinder in die Glaubens- und Sittenlehre der christlichen, besonders der protestantischen Kirche einzuführen.
3. Auf den Anfangsstufen liegen dem Unterrichte biblische Erzählungen zu Grunde, auf Mittel- und Oberstufe wird die Bibel gebraucht.
4. Der eigentlich dogmatische Unterricht ist auf die Oberstufe zu beschränken. Er ist im Geiste religiöser Duldung zu erteilen und hat abergläubischen Verirrungen entgegenzuwirken.
5. Die Religionsgeschichte gehört in die Oberklasse.
6. Die katechetisch entwickelnde Unterrichtsform ist auch die geeignetste für den Religionsunterricht.
7. Durch den religiösen Memorierstoff darf der Verneiner der Kinder nicht ertödet werden.
8. Die Volksschule soll mitwirken, daß die Jugend zur Religiosität erzogen werde.
9. Aufgabe zur Schulerziehung ist besonders die Heranbildung der Kinder zur Ehrfurcht, Nächstenliebe und Pflichttreue.
10. Darauf muß der gesamte Einfluß der Volksschule gerichtet sein, namentlich auch das Beispiel des Lehrers.

Im Jahre 1879 wurde am 8. Oktober die Versammlung des Pestalozzivereins in Wolfenbüttel gehalten; am folgenden Tage fand die Einweihung des neuen Seminargebäudes in Wolfenbüttel statt. Daran beteiligte sich die große Mehrzahl der Lehrer des Landes, wohl 500, und der Vorstand überreichte eine Adresse. Außer dieser Festversammlung fand in diesem Jahre keine Lehrerversammlung statt, wenigstens war ein Bericht darüber nicht aufzufinden.

Auf der 55. Versammlung am 8. Oktober 1880 in Seesen, die von über 100 Lehrern, darunter von einem geehrten Gast, Dr. Meier aus Lübeck, besucht war, wurden zunächst allerlei geschäftliche Sachen über Verhältnisse der Kasse, der Sterbekassen und der Feuerversicherung verhandelt. Der Antrag, die preußische Rechtschreibung auch für Braunschweig anzunehmen, wurde abgelehnt, da diese in Preußen selbst noch nicht festgesetzt sei. Was die Verhandlungen der Blankenburger Versammlung 1878 über diesen Gegenstand für Folgen gehabt, wurde nicht erwähnt. Zuletzt hielt Rektor Regener-Calvörde einen Vortrag „Erziehung zur Selbst-



thätigkeit". Es wurde so lebhaft darüber debattiert, daß man von den sechs vom Redner aufgestellten Thesen nur die ersten drei behandeln konnte, die mit geringer Aenderung angenommen wurden; die übrigen sollten in den Zweigvereinen beraten werden.

Thesen: 1. Selbstthätigkeit, bewußter und richtiger Gebrauch der Kräfte zu sittlichen Zwecken, ist das Ziel aller Erziehung. 2. Angemessene körperliche und geistige Beschäftigung (Spiel, Turnen, Arbeit) und ein tüchtiger Schulunterricht bilden vorzügliche Mittel, zur Selbstthätigkeit zu erziehen. 3. Zweck des Unterrichts ist die Erregung vielseitigen Interesses. — 4. Soll der Unterricht seinen Zweck erfüllen, so ist unermüdliches Sichten des Lehrstoffes nötig. 5. Die schriftlichen Arbeiten sind auf das notwendige Maß zu beschränken. 6. Die Lehrform muß ein möglichst selbstthätiges Erfassen des Unterrichtsstoffes seitens des Schülers bewirken.

Von der 56. Landes-Lehrerversammlung, 4. Oktober 1881, zu Schöppenstedt war nur ein kurzer Bericht aufzufinden. Nach Ordnung der Klassenverhältnisse folgte die Vorstandswahl, welche die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder durch Acclamation ergab. Lehrer H. Schmidt-Braunschweig sprach über „Das erste Schuljahr“ und stellte vier Thesen auf. Heinemann und Schaarschmidt fanden, daß hiernach zu lange, fast ein halbes Jahr, bei dem ersten Anschauungsunterricht und den Vorübungen verweilt werden solle, ehe das eigentliche Schreiben und Lesen beginne. Danach wurden die Thesen abgeändert, sie werden aber nicht mitgeteilt. Der Vorsitzende Behrens mußte erinnern und bitten, öfter und von verschiedenen Seiten Vorträge für die Versammlung zu bringen.

Die nächste 57. Versammlung am 4. Oktober 1882 zu Braunschweig bot manches Neue und Anregende. Nachdem am Tage vorher die Versammlung des Pestalozzivereins stattgefunden, wurde am Nachmittage von vielen Lehrern der Dom besichtigt, wo sie der Organist H. Schrader durch einen Orgelvortrag erfreute. Auch wurde das Turnen einer Mädchenabteilung vorgeführt. Am Abend wurden die Anwesenden von Hohnstein, Lehrer an der städtischen Mädchenschule, dem zeitigen Vorsitzenden des Lehrervereins der Stadt Braunschweig, begrüßt, und nachdem einige interne Angelegenheiten abgemacht waren, trat die Gemütlichkeit in ihr Recht. Manches beherzigenswerte Wort wurde gesprochen, besonders wies Chr. Baumgarten hin auf die Solidarität der Lehrer in Stadt und Land, die gleiche Aufgaben zu erfüllen und nach gleichen hohen Zielen zu streben hätten. In der Versammlung am folgenden Tage, die zahlreich besucht war, machte der Vorsitzende Behrens zunächst Mitteilungen über den neuen Vertrag, den er im Namen des Lehrervereins mit der Aachen-Münchener Feuerversicherungsgesellschaft geschlossen habe, und darüber, daß Aussicht vorhanden, das in der „Morichschen Witwenkasse“ angesammelte Kapital für den Pestalozziverein zu gewinnen. Es wurde zu den nötigen Verhandlungen eine Kommission ernannt. Lehrer Peters-Braunschweig sprach darauf über den naturhistorischen, speziell botanischen Unterricht.

Man merkte es dem Redner an, daß er in diesen Gegenstand, dem er ein besonderes Studium gewidmet, tief eingedrungen sei, und sein klarer, lichtvoller Vortrag brachte daher für viele Anwesende manches Neue und Interessante. Scharf kritisierte der Redner die bisherige Methode und namentlich die viel gebrauchten Leitfäden, von denen die meisten sich nicht mehr mit den großen Fortschritten der Wissenschaft im Einklange befänden. Er zeigte an einzelnen Beispielen, wie die Schüler zu größerer denkender Beobachtung und Selbstthätigkeit herangezogen werden könnten, wobei er seine Worte durch Zeichnungen veranschaulichte. Sölter-Blankenburg schlug vor, den Eindruck des Vortrages nicht abzuschwächen durch eine Debatte, und ohne weiteres erklärte man sich mit den vom Redner aufgestellten Thesen einverstanden.

1. Das höchste Ziel des Unterrichts, auch des naturhistorischen, ist die Vorbereitung zu einer den Thatfachen entsprechenden, edel menschlichen Weltanschauung. 2. Der einzig mögliche Weg hierzu ist Vermittlung der Kenntnis des ursächlichen Zusammenhanges der Erscheinungen. 3. Diese Kenntnis ist nur zu erreichen durch eine denkende Naturbetrachtung, vermittelt durch eigene Beobachtung, Vergleichung und folgerichtiges Schließen. 4. Darum hat der naturgeschichtliche Unterricht das Hauptgewicht nicht auf die Quantität der sachlichen Kenntnisse, sondern auf formale Bildung zu legen. 5. Diesen Anforderungen entspricht die gebräuchliche Methode, wie sie in den für die Volksschule geschriebenen Leitfäden und Lehrbüchern niedergelegt ist, nicht in genügendem Maße. 6. Der Unterricht soll vielmehr in vergleichender Weise die äußere Gestaltung der Naturkörper in ursächlichem Zusammenhange mit dem inneren Bau und den Lebensthätigkeiten betrachten, die Lehre von den Lebensthätigkeiten ganz besonders berücksichtigen, einen Einblick in die Entwicklung der Einzelwesen und ihrer Organe vermitteln und nur die Grundzüge des natürlichen Systems geben. 7. Beim Unterricht sind größere Anforderungen an die denkende Selbstthätigkeit der Schüler zu stellen, indem statt der rein gedächtnismäßigen Aneignung des besprochenen Stoffes aus den Leitfäden verlangt wird: a) Kurze schriftliche Beantwortung bestimmter gestellter, sich auf den besprochenen Gegenstand beziehender Fragen. b) Zusammenhängende Darstellungen. c) Zeichnungen von wichtigen Formen und Verhältnissen, besonders von Blütengrundrissen. d) Uebungen im Vergleichen der Pflanzen und selbstständiges Ermitteln leicht erkennbarer Blütengrundrisse.

Schließlich brachte Lehrer Haackler von der städtischen Mädchenschule die „Reform unserer Schreibschrift“ zur Sprache. Er wünschte eine steilere Stellung der Formen als bisher üblich und wollte nur eine Schriftgattung, die sogenannte lateinische, angewendet wissen, indem er hervorhob, die spitzen Formen unserer deutschen Schrift seien ein Uebelstand, die lateinischen Buchstaben zeigten edlere Formen, seien deutlicher, die Handschrift der Schüler werde dabei leichter fest und sicher; und sie gewährten einen wohlthuerenderen Anblick für das Auge. Er schlug eine dies aussprechende Erklärung vor. Lehrer Ottmer war derselben Ansicht und glaubt, die deutsche Schrift sei leicht schädlich für die Augen und befördere die Kurzsichtigkeit. Stiller entgegnet, es sei wohl dies alles noch nicht so

ganz ausgemacht; aber Haackers Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen:

Die braunschweigische Landes-Lehrerverversammlung hält eine Reform unseres Schriftwesens für notwendig und schließt sich den Bemühungen an, welche darauf gerichtet sind, daß die spitzigen Formen der sogenannten deutschen Schrift aufgegeben werden und nur die lateinischen Schriftbuchstaben in Druck- und Schreibschrift ausschließlich zur Anwendung kommen.

Der Versammlung am 3. Oktober 1883 zu Schöningen ging außer der Versammlung des Pestalozzivereins eine besondere, ziemlich zahlreiche Vorversammlung voraus, in der eine recht fröhliche Stimmung herrschte. Der lehrerfreundliche Bürgermeister Pappée war gegenwärtig und brachte einen Toast auf das Gedeihen der Schule und der Lehrer aus, Schuldirektor Diestelmann aber auf die Eintracht unter den Lehrern. Die Vereinigung der Sterbekassen wurde hier wie auch in der Hauptversammlung besprochen und eine Kommission dazu gewählt. Diese Versammlung war von 180 Personen besucht, darunter waren auch einige Geistliche und Mitglieder des Magistrats und Schulvorstandes. Behrens eröffnete und leitete sie. Nach einigen geschäftlichen Angelegenheiten, namentlich Hinweis auf den neuen Vertrag mit der Feuerversicherungs-Gesellschaft, hielt Heege-Braunschweig einen Vortrag über das Thema: „Nicht der Schule, sondern dem Leben“, der zu einer sehr lebhaften Debatte Veranlassung gab. Den Inhalt davon geben folgende Sätze an:

Die Bedingungen einer Lehrerverksamkeit, die segensreiche Früchte fürs Leben tragen soll, liegen 1. in der Persönlichkeit des Lehrers. Derselbe muß a) das Leben ernst und vom religiös-sittlichen Standpunkte betrachten; b) ein überzeugungstreuer Charakter sein; c) sich seiner Verantwortung bewußt bleiben; d) seine ganze Kraft der Schule widmen; e) die Kindernatur und die Gesetze ihrer Entwicklung verstehen und sich zu Kindern hingezogen fühlen; f) die Lehrgegenstände in ihrem Grunde erfaßt haben. Diese Bedingungen liegen 2. in der Schuldisziplin. Dieselbe muß a) gleichweit entfernt wie von hartherziger Strenge, so von schlaffer Weichlichkeit, väterlich ernst und gemessen sein; b) in den Kindern selbst wahres Ehrgefühl und gute Antriebe zu wecken suchen, sich aber nicht durch Kleinlichkeiten und Pedanterie leiten lassen. 3. Liegen sie im Unterricht. a) Darin ist alles auszuscheiden, was für die ethische und intellektuelle Entwicklung des Menschen keine Bedeutung hat. b) Der Unterricht hat unter sonst gleichen Verhältnissen besonders die Gegenstände zu berücksichtigen, welche für das praktische Leben von Bedeutung sind. c) In jedem Unterrichtszweige ist vom ersten bis zum letzten Schultage auf angemessene Selbstthätigkeit des Schülers zu sehen. Jedes rein mechanische Verfahren ist zu verwerfen. d) Das selbst Beobachtete und Angesehene ist zu verarbeiten, indem besonderes Gewicht auf Erkenntnis des ursächlichen Zusammenhangs zu legen ist. e) Durch vielfache Uebungen und bildende Aufgaben ist das im Unterricht klar Erkannte zu befestigen.

Der nach einer viertelstündigen Pause folgende Vortrag von Thorhauer-Wolfenbüttel rief eine noch lebhaftere Besprechung hervor. Der „Streit über die Realienbücher“ war damals noch nicht zu Ende, und der Vortrag behandelte einen ähnlichen Gegenstand:

„Die Lernbücher der Volksschule für den Unterricht in den Realien.“ Seege und Behrens sprachen sich direkt gegen die Zeitsäden aus; von der Mehrheit der Versammlung aber wurden folgende Sätze gut geheißen:

1. Für einen fruchtbringenden Unterricht in den Realien sind Lernbücher in der Hand der Schüler wünschenswert. 2. Zeitsäden, welche den Stoff nur ordnungsweise geben, sind ungenügende Lernmittel, weil sie nicht in ausreichendem Maße als Träger der empfangenen Unterrichtsbilder dienen, die Arbeitsfreudigkeit der Kinder nicht rege erhalten und leicht zur Uebersättigung mit Namen und Zahlen verleiten. 3. Lernlesebücher oder anschaulich ausführliche Realienbücher sind zum Unterrichte und zur Wiederholung unzweckmäßig, weil sie wegen ihres lesebuchartigen Charakters den Unterricht nicht genau wieder spiegeln, den Ueberblick über die Lehrstoffe unmöglich machen, die Hauptsachen nicht bestimmt hervortreten lassen, die Unmittelbarkeit des Unterrichts stören, die Kinder überbürden und nicht genügend zu ernster Geistesarbeit nötigen, sowie endlich die Thätigkeit des Lehrers zu sehr beengen. 4. Geeignete Zeitsäden haben die rechte Mitte zwischen einer trockenen Aufzählung des Stoffes und einer ausführlichen interessanten Darstellung zu halten. Sie müssen daher in einfacher, übersichtlicher, zusammenhängender und ansprechender Form die wichtigsten Unterrichtsbilder wiedergeben. 5. Der Benutzung der Zeitsäden muß stets ein lebendiger entwickelnder Unterricht vorangehen, der schon den Lehrstoff in wesentlichsten zur geistigen Anschauung bringt.

In der Besprechung hob Benze-Abelhausen hervor: Mancher Lehrer auf dem Lande habe über das gesetzliche Maß hinaus 160, ja selbst über 200 Kinder zu unterrichten; das überschreite die Kräfte eines Lehrers, er könne nicht allen gerecht werden und suche Hilfe auch wohl durch Zeitsäden. Behrens meint, es bedürfe in solchen Fällen öfter nur der Anregung der Gemeinde, diesem Uebelstande abzuhelfen.

An dem der Versammlung folgenden Mahle beteiligten sich zahlreiche Lehrer, und es herrschte eine gehobene Stimmung, besonders, als der Superintendent Pfeiffer ein mit Jubel aufgenommenes Hoch auf den alten Kaiser und unsern Herzog ausbrachte.

In dieser Zeit wurde es Gebrauch, der eigentlichen Versammlung eine vorbereitende vorhergehen zu lassen, um allerlei Angelegenheiten zu besprechen und womöglich abzumachen, mit denen man die Hauptversammlung nicht belästigen und aufhalten wollte, so auch in Wolfenbüttel am 30. September 1884 z. B. wieder eine Besprechung über die Sterbekasse. Solche ganz zwanglose Vereinigungen wurden namentlich auch für das Wiedersehen alter Freunde und Bekannte sehr erwünscht, und Heiterkeit und Frohsinn herrschten bei dem einfachen Kommerse, so z. B. als Wagelmann-Galvörde seine eingeübte Kapelle vorführte.

Die 59. (57.) Versammlung am 1. Oktober 1884 in Wolfenbüttel war eine der am zahlreichsten, von 200 Personen besuchten und wurde vom Stadtdirektor Baumgarten und vom Seminardirektor Matthias begrüßt. Der Vorschlag, ein von Schmidt-Zuckum hinterlassenes, nach den Landtagsakten gearbeitetes Manuskript über „Errichtung eines Schulkollegiums“ durch Herzog

Karl Wilhelm Ferdinand herauszugeben, fand Zustimmung. Zeichenlehrer Kunge aus Braunschweig hielt darauf einen Vortrag „über den Zeichenunterricht“, zu dessen Erläuterung er eine Menge seiner Schülerzeichnungen aus der Waisenhauschule ausgestellt hatte. Eine sehr rege Debatte, an der sich auch Seminardirektor Matthias beteiligte, folgte und führte zur Annahme der folgenden Thesen:

1. Der Zeichenunterricht ist nicht nur für das praktische Leben, sondern auch im erziehlischen Sinne von großer Bedeutung, deshalb darf ihn auch die Landschule nicht unbeachtet lassen.
2. Da der geometrische vom Zeichenunterricht wesentlich unterstützt wird, so ist es wünschenswert, daß beide in einer Hand liegen.
3. Der Zeichenunterricht muß die Kinder zum richtigen Sehen anleiten, daß sie geschickt werden, die Bedeutsamkeit eines Gegenstandes leicht zu überblicken und fest zu halten und die Größenverhältnisse eines Körpers leicht zu erfassen und zu beurteilen.
4. Der Zeichenunterricht muß nach einem bestimmten, reiflich durchdachten Lehrplan erteilt werden. Das zu Lernende muß den Begriffen des Kindes vollständig angepaßt sein.
5. Durch den Zeichenunterricht muß Sinn und Verständnis für schöne Formen, sowie für das Schöne im allgemeinen geweckt werden.
6. Der Zeichenunterricht hat mit dem neunten resp. zehnten Lebensjahre zu beginnen.
7. Auf der Unterstufe ist vorwiegend Massenunterricht; auf der Mittelstufe gestaltet er sich vorzugsweise zum Einzelunterricht.
8. In der Volksschule bildet das Zeichnen nach Körpern den Abschluß. Der Bildungsstoff ist vorwiegend der Ornamentik zu entnehmen.

Bei der Wahl des Vorstandes wurde auf Vorschlag von Gehrs der alte Vorstand — Behrens, Heege, Heinemann — durch Acclamation wieder gewählt.

Lehrer Schuch-Braunschweig sprach noch über „Behandlung sprachkranker Kinder in der Schule“ und fand im allgemeinen Zustimmung. Er wünschte, daß im Seminar Anleitung zu richtiger Behandlung von Stotterern, Stämmern und Bislern gegeben würde.

Das Festessen war belebt. Behrens brachte einen Toast auf den Kaiser und Landesherren, Heege auf die Landes- und städtischen Behörden, Gehrs auf den Vorstand des Landes-Lehrervereins aus.

Auch zur folgenden 60. (58.) Landes-Lehrerverammlung am 7. Oktober 1885 zu Braunschweig hatten sich über 200 Personen zusammengefunden. Ein junger französischer Lehrer, der zum Studium der deutschen Sprache hierher geschickt war, nahm daran Teil, ihm waren derartige Lehrerversammlungen ganz etwas Neues. — Behrens sprach anderthalb Stunden über Jakob Grimm und die deutsche Sprachwissenschaft, indem er dessen große Bedeutung für die Sprachwissenschaft, aber auch für Erforschung und Erkennung des deutschen Volksgeistes, für die deutsche Familie und für die Schule gebührend hervorhob. — Es folgte ein längerer Vortrag vom Rektor Tiemann-Delsburg: „Grundzüge für den Unterricht in der Weltgeschichte mit Berücksichtigung der ländlichen

Verhältnisse.“ Die aufgestellten und im allgemeinen angenommenen Leitsätze desselben sind folgende:

I. Zweck des weltgeschichtlichen Unterrichts: 1. Er soll den Verstand erleuchten, indem er a) das Gedächtnis kräftigt, b) zum Denken anregt. 2. Soll er das Gemüt veredeln, 3. den Willen anspornen und auf schöne Ziele lenken. Diese Ziele sind: Heimatsliebe, Vaterlandsliebe, Menschenliebe und Gottesliebe. II. Stoffauswahl. 1. Derselbe ist so zu treffen, daß der angeführte Zweck dadurch erfüllt wird; daher sind solche Stoffe zu wählen, a) welche die Kinder verstehen, b) welche veredelnd wirken auf Herz und Gemüt; daher ist aa) der Kulturgeschichte besondere Berücksichtigung zu erweisen, bb) die Kriegs- und Schlachtengeschichte zu beschränken, c) solche, welche Heimatsliebe, Vaterlandsliebe, Menschenliebe und Gottesfurcht zu fördern im Stande sind. 2. Der Stoff ist zu nehmen aus allen Gebieten der Weltgeschichte, weil in allen wahrhaft bildende Elemente enthalten sind. 3. Es ist aber nicht allen Gebieten dieselbe Bedeutung beizumessen. Das Hauptgewicht ist, dem Zweck entsprechend, auf die Geschichte des deutschen Volkes zu legen. Dabei verdient die Geschichte unseres braunschweigischen Landes für unsere Schulen besondere Berücksichtigung. Die Geschichte der Stadt, des Dorfes ist in den heimatkundlichen Unterricht zu verweisen. 4. Bei mehrklassigen Schulen ist in den mittleren Klassen besonders die Geschichte des griechischen und germanischen Heldenzeitalters mit ihren einfachen, dem kindlichen Geiste entsprechenden Verhältnissen zu behandeln. Die Geschichte der außerdeutschen neueren Kulturvölker ist dagegen in die oberen Klassen zu verlegen und mit dem Geographieunterricht zu verbinden. (Es folgt dann noch die nähere Auswahl.) 5. In der einklassigen ländlichen Volksschule, wo der Stoff wesentlich zu beschränken ist, ist in dem zweijährigen Kursus derselbe aus allen Gebieten zu entnehmen, doch gebührt auch hier der deutschen Geschichte der Vorzug. Der Stoff ist so zu verteilen, daß etwa  $\frac{1}{4}$  der Zeit auf die alte Geschichte,  $\frac{1}{4}$  auf die Geschichte des Mittelalters und die restierende Hälfte auf die vaterländische Geschichte verwendet wird.

In Königs-Lutter am Elm fanden sich am 5. Oktober 1886 wohl 200 Lehrer, darunter auch wieder ein junger französischer, zur 61. (59.) Landes-Lehrerversammlung ein. Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden, den Bürgermeister und den Kollegen Meyer, begann sofort die ernste Arbeit mit einem längeren Vortrage von Heine-mann-Wolfenbüttel über „Herbarts Bedeutung für die Volksschule“, um die in jener Zeit viel gestritten wurde. Zunächst wird seine Lebensgeschichte kurz mitgeteilt und gezeigt, wie er zum Lehrer wurde, und wie er als junger Lehrer schon zu seinen später ausgesprochenen Grundsätzen kam. Diese werden dargestellt und ihre Anwendung auf die Schule gezeigt. Die Vorstellungen in der Seele, durch die Sinne vermittelt, sind die Grundlage der anderen Seelengebilde, des Gefühls und des Willens. Alle Bildungen in der Seele verlaufen gesetzmäßig. Neue Vorstellungen werden mit den alten verknüpft, Perception und Apperception. Das Einzelne geht bald wieder verloren, darum sorgsame Verknüpfung. Der Zweck aller Erziehung ist „Charakterstärke in der Sittlichkeit“, die sich im Leben bewähren soll. Hauptmittel ist der erziehende Unterricht, der im Zögling einen bestimmten festen Gedankenkreis ausbildet, der den ganzen Menschen leitet und trägt, und Erweckung des „vielseitigen Inter-

esses" durch richtigen ausgewählten Unterrichtsstoff und rechtes Vehrweisen. Herbart's Ideen wurden besonders durch Ziller und Rein in die Volksschule eingeführt und zur Anwendung gebracht in der Konzentration des Unterrichts und den formalen Stufen. Der Einzelne soll dieselben Hauptentwicklungsstufen wie die ganze Menschheit durchlaufen in den kulturgeschichtlichen Stufen: Märchen, Robinson usw. In jeder dieser Stufen wird passender Unterrichtsstoff herangezogen und untereinander verknüpft. Aber keine Ueberfüllung, sondern Vertiefung; deshalb verschiedene Gruppen in konzentrischen Kreisen und nach formalen Stufen. — Redner zeigt, wie manches in diesen Ideen sich an schon Bekanntes anschließe, und wie eine schablonenhafte Anwendung nur Schaden bringe, auch nicht nach Herbart's Willen sei. Dieser habe keine Universalmethode entdeckt, vielmehr müsse jeder Lehrer selbstthätig aus sich heraus die für ihn passende finden; dabei aber könne Herbart die besten Dienste leisten, wie er sich denn ganz unbestreitbar große Verdienste um die Pädagogik erworben habe. In mehreren Theilen wird dann der Gedankengang des Vortrages, der lebhaften Beifall fand und auf Wunsch auch besonders gedruckt wurde, zusammengefaßt. Ihnen wurde im ganzen zugestimmt.

1. Herbart's Pädagogik giebt dem Lehrer reiche Anregung zur tieferen Erfassung seiner Aufgabe, besonders aber zur Ertheilung eines auf pädagogischer Grundlage beruhenden zielbewußten Unterrichts. 2. Der Forderung, daß aller Unterricht die Bildung eines sittlich-religiösen Charakters zum Ziele habe, also erzehlich wirken müsse, ist voll und ganz zuzustimmen. 3. Die Bedeung des Interesses durch den Unterricht ist von der größten Bedeutung, weil dadurch besonders auf den Willen des Schülers eingewirkt und in diesem selbstthätiges Handeln erzeugt wird. 4. Die von Ziller versuchte Konzentration der Lehrfächer führt zu einem künstlichen, rein äußerlichen Zusammentragen des Unterrichtsstoffes und zu einem Zerreißen des naturgemäßen Aufbaues desselben. Sie bewirkt daher nicht eine Vereinigung und Verknüpfung, sondern eine Zersplitterung und Verflachung des Zusammengehörigen. In der Volksschule muß deshalb von einer Konzentration im Sinne Zillers abgesehen werden. Alle Vehrgegenstände in derselben müssen vielmehr, damit ihr Zusammenhang nicht gestört werde, gesondert abgehandelt werden und stufenmäßig aufsteigen. Eine Konzentration kann in der Volksschule nur in der Weise zur Anwendung kommen, daß die verwandten Vehrgegenstände und ihre Durcharbeitung in ungesuchter Weise miteinander in mannigfache Verbindung gesetzt werden. 5. Die Beachtung der formalen Stufen bei der Behandlung der einzelnen Vehrstoffe ist psychologisch begründet. Der Lehrer hat sich aber vor dem schablonenhaften Gebrauch derselben, vor allem didaktischen Mechanismus zu hüten. Er muß vielmehr je nach der Eigenart eines jeden Unterrichtsstoffes völlig freie Anwendung von den einzelnen formalen Stufen machen.

F. Bormann-Bechelde warf einen Blick auf den damaligen Entwicklungsstandpunkt der braunschweigischen Volksschule, indem er die Frage beantwortete: „Wo stehen wir?“ Was die Entwicklung der braunschweigischen Volksschule anbelange, so sei dieselbe in ähnlicher Weise erfolgt, wie die der deutschen Volksschule überhaupt. Ein Blick auf die letzten 40 Jahre bekunde einen erfreulichen Fortschritt, zeige aber auch, daß die Lehrer selbstthätig wirken müßten. Bezüglich

der Leistungen der Volksschule sei eine Ueber- wie eine Unterschätzung gleich verwerflich. Vielfach solle die Schule jetzt Gegenwirkungen ausüben, wozu sie gar nicht im Stande sei. Wohl thäten die Lehrer ihre Schuldigkeit, sie oft noch mehr, aber das Ziel, die wahre Pestalozzische Schule, sei doch nicht erreicht. Freilich sei die Erreichung dieses Zieles vielfach an Bedingungen geknüpft, welche zu ändern nicht in der Macht der Lehrer liege. Der große nationale Aufschwung zu Anfang der siebziger Jahre habe auch für sie gewirkt, jetzt aber sei allerorten ein Rückschlag zu verspüren. Redner wies hierbei auf die jetzigen Schulverhältnisse Belgiens, sowie auf die Rede des früheren preussischen Kultusministers v. Puttkamer und des Professors v. Treitschke hin. — Die Vorbildung der Lehrer erfolge in den beiden Landesseminaren Braunschweig und Wolfenbüttel in einem fünf- resp. sechsjährigen Kursus. In diesem Zeitraume müsse sich bei tüchtigen Seminarlehrern Tüchtiges schaffen lassen. Freilich eine abgeschlossene Bildung könne und solle das Seminar auch nicht geben; denn es solle ja nicht eine Abrichtungsanstalt sein. Dagegen müsse der Unterricht so gestaltet werden, daß der entlassene junge Mann den Trieb zur Weiterbildung in sich verspüre. Die Beurteilung der Lehrerarbeit sei leider eine sehr verschiedene, darum sei bisher nichts Einheitliches geschaffen. Was die Lehrerschaft in dieser Beziehung erreicht habe, verdanke sie vor allem den Staatsbehörden, speziell dem Konsistorialrat Stauffach. Wohl sei bezüglich der Befoldung eine Besserung zu verzeichnen. Das Aufsteigen in höhere Gehaltsklassen auf dem Lande bedürfe aber noch einer Abänderung. Die schon an und für sich schwere Stellung werde dem Lehrer häufig noch schwerer gemacht. So lange durch vielgelesene Blätter, — Redner wies auf einen Artikel des *Daheim* hin, — so wie durch Reden in den Landtagen die Thätigkeit des Lehrers erniedrigt werde, so lange werde es in dieser Beziehung nicht besser werden. Recht wohlthuend sei dagegen gewesen, als im letzten Landtage vom Ministertische aus in so wohlwollender Weise der Lehrer gedacht wurde. — In Bezug auf die Organisation der Schule und ihrer Lehrer sei eine festere Gestaltung ebenfalls Grundbedingung. Eine selbständig organisierte Volksschule mit fachmännischer Beaufsichtigung durch Kreisschulinspektoren unter Beiziehung der Lokalinspektion sei nicht eine Feindin der Kirche, wie das vielfach von den Gegnern behauptet werde, sondern eine treue Mitthelferin derselben. Als Beispiel wies der Redner auf das Königreich Sachsen hin. Zum Schluß aber richtet der Referent an alle Lehrer in Stadt und Land die dringende Mahnung, auch in den eigenen Bufen zu greifen, wo wohl noch nicht alles so sei, wie es sein sollte, sowohl im Amte wie auch im Verhalten der Lehrer gegeneinander; dann aber doch fest zusammenzuhalten in allen Fragen, die den Lehrerstand betreffen.

Da die Versammlung fast in allen Punkten mit dem Redner einverstanden war, so wurde nach einigen kurzen Bemerkungen eine



weitere Besprechung nicht gewünscht. Bei dem belebten Festmahl wurden wie gewöhnlich Trinksprüche auf den Kaiser, den Regenten, die Behörden, die Feststadt, auch solche auf den langjährigen Vorstand, die Referenten, die Gäste, auf die Einigkeit unter den Lehrern und den deutschen Lehrerstand überhaupt ausgebracht und besonders gedruckte Festlieder gesungen. Nach dem Mahle aber wurde die Heil- und Pflgeanstalt, so wie die einer gründlichen Erneuerung unterzogene schöne alte Stiftskirche von vielen besucht.

Die folgende 62. oder der irrtümlichen Zählung nach die 60. Versammlung der Lehrer des Landes wurde vom Vorstande wieder nach Braunschweig auf den 4. und 5. Oktober 1887 verlegt, und die Hauptstadt ließ es sich diesmal angelegen sein, den Besuchern noch mehr zu bieten als früher. Es war dies die besuchteste von allen bisherigen Versammlungen. Sie zählte gegen 400 Teilnehmer. Schon zur Versammlung des Pestalozzivereins am 4. waren zahlreiche Kollegen erschienen; denn es handelte sich um Neuberatung und Abänderung der Statuten und Erhöhung der Beiträge auf mindestens 4 Mark. Beides wurde nach gründlicher Besprechung ohne Schwierigkeit angenommen. Am Nachmittag wurden den Besuchern in der Brüdernkirche vom Lehrer E. Boffe in einem Konzert ausgesuchte Orgelstücke und vorzüglich ausgeführte Chorsachen des Rowold'schen Knabenchores dargeboten. Am Abend setzte man in der Vorversammlung die Ordnung des morgenden Tages fest und erklärte sich in Bezug auf die Militärpflicht der Lehrer nach kurzer Verhandlung mit den vom Kasseler Lehrertage gefaßten Beschlüssen einverstanden, daß die sechswöchentliche Dienstzeit nicht im Interesse des Lehrerstandes liege, vielmehr auch den Seminarabiturienten das Zeugnis zum Dienst als Einjähriger gewährt werden müsse. Dann tritt die Fröhlichkeit in ihr Recht. Inspektor Sattler, der Vorsitzende des Lehrervereins der Stadt, begrüßt die Erschienenen. Direktor Schar Schmidt gedenkt im Anschluß an Schillers Wort: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an“, des Kaisers und stehend singt man: „Heil dir im Siegerkranz“. Chr. Baumgarten weicht ein Glas dem innigen Zusammenwirken der Lehrer aus Stadt und Land. Es folgten Liedervorträge von Keunefe, Bohrmann, Ed. Meyer, Geigenvorträge von Ahrens, plattdeutsche Vorträge von Reiche, der auch 100 Exemplare seiner plattdeutschen Dichtungen dem Pestalozziverein überwies, und humoristische Vorträge in größerer Zahl. Festlieder von Hermann und Köpfe wurden gesungen, und als Tiemann-Deßburg im Namen der Auswärtigen den Kollegen der Stadt den Dank in einem Trinkspruche darbrachte, mußte er bekennen, einem so schönen Leben auf einer Lehrerversammlung noch nie begegnet zu sein.

Die Versammlung am folgenden Tage, 5. Oktober 1887, eröffnete Behrens mit wenigen Worten, und Direktor Schar Schmidt begrüßte sie herzlich, indem er auch auf die segensreichen Folgen

solcher freien Versammlungen hinwies. Die Vorstandswahl wurde diesmal mittels Stimmzettel vorgenommen. Bei einer späteren Zählung ergab sich, daß der alte Vorstand von der Mehrheit wiedergewählt war. Außerdem hatte Direktor Schaarschmidt 62, Schulinspektor Töpke-Braunschweig 60 und Lehrer Sölter-Blankenburg 62 Stimmen erhalten.

Heege sprach dann über die Auswahl des Unterrichtsstoffes für die Volksschule. An der nachfolgenden Besprechung beteiligten sich Direktor Schaarschmidt, Tiemann, Heinemann, Sölter, Seminarlehrer Bosse, Realschullehrer Siebers und andere. Direktor Schaarschmidt bedauerte, daß für das Landschulwesen unseres Landes keine einheitlichen Verordnungen bestehen und wünschte die Nadelarbeit für Mädchen an allen Orten eingeführt zu sehen. Seminarlehrer Bosse wünscht, daß über Inhalt und Umfang der bürgerlichen Gesezeskunde für die Schulen doch in nächster Versammlung verhandelt werde. Die Thesen des Redners wurden im ganzen angenommen.

1. Der Unterrichtsstoff für die Volksschule ist im allgemeinen von den Behörden zu bestimmen. Die Auswahl der Einzelheiten bleibt dem pflichtgetreuen Lehrer überlassen, der auf die Verschiedenheit der Schulen Rücksicht zu nehmen hat. 2. Die Bethätigung der Individualität des Lehrers in dieser Hinsicht ist nicht weiter zu beschränken, als dies in einem wohlgeordneten Schulorganismus notwendig ist. 3. Bei der Beschränktheit der Volksschule sind alle Einzelheiten des Unterrichtsstoffes immer aufs neue sorgfältig zu prüfen, damit der Jugend nur das Beste in geeignetster Form geboten werde. 4. Ziel des Unterrichts in der Volksschule ist, beizutragen, daß das Kind seinen rechten Standpunkt in der Welt und der menschlichen Gesellschaft finden lerne, daß ihm seine Aufgabe als Bürger, Mensch und Christ deutlich werde, daß es sich selbst ein hohes Ziel setze, dem es mit Ernst und Kraft eifrig zustrebe, und daß ihm so weit als möglich die praktischen Mittel zur Erfüllung seiner Aufgabe gereicht werden. Deshalb darf in der Volksschule nur solcher Unterrichtsstoff Verwendung finden, der in intellektueller, ästhetischer, sittlicher, religiöser und praktischer Hinsicht die besten Bildungsmomente enthält. 5. Der Unterrichtsstoff der Volksschule ist nicht in vielen zusammenhangslosen Einzelheiten, sondern in innerlich zusammenhängenden Gruppen darzubieten. 6. Bei der Auswahl des Unterrichtsstoffes für die einzelnen Klassen sind die Entwicklungsstufen des kindlichen Geistes wohl zu beachten. Verfrühung ist schädlich. — 7. Im Religionsunterricht stehe der Unterricht aus und in der Bibel, besonders das Lebensbild unseres Herrn Jesus Christus im Mittelpunkt. Der Katechismusunterricht sammle und ordne, was der biblische Unterricht begründete. Die religiöse Dichtung ist gebührend heranzuziehen. Uebermaß des Lernstoffes ist schädlich. 8. Der Sprachunterricht sei nicht streng systematisch, aber auch nicht planlos und schließe sich in vielfachen mündlichen und schriftlichen Uebungen an eine gute Fibel und ein gutes Lesebuch an. Die Anforderungen des praktischen Lebens sind zu beachten. 9. Der Unterricht in Geschichte und Geographie enthalte nicht zu viele Einzelheiten, Namen und Zahlen und stelle den kausalen Zusammenhang dar, damit der Unterricht formell bildend wirke. Hier muß Zeit und Raum gewonnen werden, den Kindern die Hauptgrundzüge unserer bürgerlichen Gesezeskunde und Staatseinrichtungen und die allereinfachsten Grundzüge der Volkswirtschaft vorzuführen. 10. In der Naturkunde trete Systematik und Beschreibung der Außerlichkeiten zurück. Es werde aber alles Dienliche

herangezogen, um den Zusammenhang im Leben und Weben der Natur und das Walten der Gesetzmäßigkeiten so deutlich als möglich darzustellen. Die Zoologie schließe sich der Anthropologie an, und letztere werde so durchgeführt, daß sich leicht die einfachsten Grundzüge der persönlichen und allgemeinen Gesundheitslehre daran knüpfen lassen. 11. Das Rechnen werde vereinfacht, aber in seiner formalbildenden Kraft nicht beeinträchtigt. Der zu berechnende Stoff werde dem Gesichtskreise und der Umgebung der Kinder entnommen. Wenigstens die Grundbegriffe der Geometrie dürfen, soweit dieselben zum Verständnis einfacher Raumberechnungen nötig sind, in keiner Knabenschule fehlen. 12. Für die Stoffauswahl in den technischen Fächern, Schreiben, Zeichnen, Singen und Turnen ist ihr ästhetischer Wert und ihre Notwendigkeit und Brauchbarkeit im Leben maßgebend.

Vor Schluß der Versammlung richtete Schuldirektor Schaarschmidt die Bitte an die Versammelten, dem neu zu begründenden Schulblatt reges Interesse durch Abonnement und Mitarbeit entgegenzubringen. Es solle ein unabhängiges, unparteiisches Blatt sein. Sonst teilte er darüber weiteres nicht mit, hatte auch von seinem Plane dem Vorstande des Vereins nichts gesagt. — Die Ausstellung der Lehr- und Lernmittel war diesmal reicher als sonst. Sie betraf vorwiegend den geographischen und naturkundlichen Unterricht und enthielt besonders viele Karten und Bilder, sowie Pläne der Stadt Braunschweig. Die in den Schulen der Stadt gebrauchten Bücher waren sämtlich ausgestellt und einige Buchhandlungen hatten noch andere Werke hinzugefügt.

Für die Geschichte dieses Abschnittes liegen anfangs noch die im Schulblatt veröffentlichten Berichte vor, später aber nur die im „Braunschweiger Tageblatt“ enthaltenen von sehr ungleichem Werte. Doch läßt sich aus ihnen erkennen, daß der Gang der Entwicklung in unveränderter Richtung fortschreitet. Anfangs bestand auch damals noch die ganz lose Vereinigung der Lehrer, wie sie den gegebenen Verhältnissen und Umständen jener Zeit angemessen war und in den vorigen Abschnitten dargestellt wurde. Nach und nach wird Wunsch und Verlangen nach engerem Zusammenschluß lebendig und stärker. Eine Scheidung in ganz getrennte Parteien gab es zu keiner Zeit unter Braunschweigs Lehrern. Zu den Versammlungen konnte eben jeder kommen, und nur ganz wenige Lehrer hielten sich grundsätzlich, davon fern. Der Besuch derselben wurde stärker. Es waren der Lehrer im Lande mehr geworden, und die äußeren Umstände erleichterten den Besuch. Manche Versammlung brachte dem Strebenden Erhebendes und Erwünschtes für den Beruf oder für die eigene Fortbildung. In den kleinen Städten wurden die Lehrerversammlungen gewöhnlich nicht bloß von den Kollegen, sondern auch von den Predigern und anderen Personen besucht, auch wohl vom Stadthauptmann willkommen geheißen. Die Hauptstadt freilich kümmerte sich immer noch wenig um die Hunderte von Lehrern ihrer Jugend, die zu Beratungen über das Wohl der Schule zusammenkamen. Mit den Versammlungen wurden mancherlei Besichtigungen, Vorführungen, Ausstellungen usw.

verbunden. Namentlich wirkten einige wohlgelungene Konzerte der Lehrer fördernd darauf hin, sie näher zusammenzuführen und zu halten. Ähnliche Wirkung hatten Vorversammlungen, gemütliche Abende u. dergl., deren Veranstaltung in dieser Zeit gelang, indem die Hauptstadt mit gutem Beispiel voranging. Mächtiger aber trieben zur vollen Einigung die gemeinsamen Werke, die lange erstrebte Vereinigung der Sterbekassen, die Feuerversicherung, vor allem aber der blühende Pestalozziverein. Wenn auch leise Strömungen und Gegenströmungen unter den Standesgenossen sich einstellten, wie aus der öfteren Betonung der Einigkeit zwischen Stadt- und Landlehrern, so wie aus der Vorstandswahl auf der letzten Versammlung hervorzugehen scheint, so fühlten sich Braunschweigs Lehrer doch immer einig im Geist und nie sind Spaltungen unter ihnen entstanden. In dem Streben nach den Idealen des Lehrerberufes wußten sie sich so eins, daß keiner verlangte, es solle jeder andere in seiner Weise verfahren, vielmehr galt noch des Dichters Wort: Jeder fahr' in seinem Gleise oder ohne Gleis davon.

Ebensowenig haben sich die braunschweigischen Lehrer abgeschlossen von der deutschen Lehrerschaft. Von Anfang an haben sie treu zur allgemeinen deutschen Lehrerversammlung gehalten, und als später der Deutsche Lehrerverein in einem gewissen Gegensatz zu jener gegründet wurde, sind sie zunächst ihrer alten Liebe treu geblieben und haben gewartet, bis — wie vorauszusehen war — beide sich gefunden hatten und zusammentraten, und die Braunschweiger sich um so freudiger den Geeinten anschließen konnten. Es ist ja überhaupt nicht ihre Weise, rasch zuzufahren, aber sie halten dann auch um so fester, wenn sie sich entschieden haben. So ging auch die Gründung, eigentlich nur die Wiedererweckung des braunschweigischen Landes-Lehrervereins nur langsam und bedächtig, — für manchen zu langsam, — vor sich, nachdem die Vorbedingungen dazu, namentlich lebensfähige Kreisvereine vorhanden waren. Diese entstanden in den Jahren 1874—1876, und es herrschte anfangs in ihnen frisches Leben und Streben. Es wurden in jedem jährlich zwei bis drei Versammlungen gehalten und darin die verschiedensten Gegenstände besprochen. Auch kleinere Bezirksvereine erwachten zu neuem Leben. Allerdings war die Verbindung der Kreisvereine mit dem Landesvereine nicht regelmäßig und der gegenseitige Einfluß nicht besonders innig und stark, doch war eine Verbindung immerhin vorhanden. In den kleineren Vereinen wurde manches in Anregung gebracht, was dann durch den Vorstand den übrigen vorgelegt wurde, die nach Besprechung des Gegenstandes ihm ihre Ansichten berichten sollten, um sie später in der allgemeinen Landesversammlung zu bewerten. Seesen regte z. B. die Orthographie-Reform an und eine Bestimmung über die in jeder Schule notwendigen Lehrmittel, die von der Gemeinde angeschafft werden sollten. Die Berichte an den Vorstand blieben freilich meistens aus.

Wenig Erfolg hatte auch eine Aufforderung des Vorstandes an die kleineren Vereine, unter Führung von Schucht-Oter für die 1879 in Braunschweig abzuhaltende allgemeine deutsche Lehrerversammlung im geognostischen Bild unseres Landes zusammenzubringen. Am 23. Juli 1878 fanden sich freilich ungefähr 40 Lehrer in Oter zusammen, um den Vorschlag näher zu besprechen. Die meisten erklärten sich zur Mithilfe bereit. Schucht gab darauf im Schulblatte: „Eine kurze Uebersicht über die geologischen Verhältnisse des Herzogtums“. In der Kreisversammlung zu Braunschweig wurde gleichfalls über diesen Gegenstand verhandelt, und Thomas-Gr. Brunsrode brachte dazu eine ganze Kiste voll schöner Sachen mit. Vorman n, damals in Wolfsburg, schrieb über „die Geognosie in der Volksschule“, und trotz alledem wurde nichts aus dem schönen Plane, weil die versprochene Hilfe ausblieb. Aehnlich ging es mit anderen Gegenständen. Die Kreisvereine nahmen überhaupt an Bedeutung ab.

Im Frühjahr 1876 wurden die Volksschullehrer des Landes in eine große Aufregung versetzt.<sup>1)</sup> Am 25. Februar 1874 hatte der Abgeordnete Häusler an das Ministerium die Anfrage gerichtet, „ob nicht bei demselben zur Erwägung gekommen sei, daß statt des Konsistoriums als einer geistlichen, im Verlauf der Zeiten zu der Funktion einer Oberaufsicht über die Schulen herangebildeten Behörde, eine staatliche Schul-Oberaufsichtsbehörde zu bilden sei, zumal auch die Oberaufsicht über die katholischen Schulen zu berücksichtigen sei, und die heutigen maßgebenden Ansichten auf die Trennung der Schule von der Kirche gerichtet seien, event. zu welchen Ergebnissen diese den Zeitverhältnissen entsprechende Erwägung geführt habe“. Der Minister Schulz erwiderte, „die hochwichtige Frage einer Trennung der Schule von der Kirche könne nicht gelegentlich und unvorbereitet erledigt werden“, und besondere Gründe zu einer Aenderung hätten nicht vorgelegen. Es sei weder erforderlich noch zweckmäßig, solche in den Schulangelegenheiten vorzunehmen. Wenn später das Bedürfnis einer Reform hervorträte, würde man dieselbe in Erwägung nehmen. Häusler stellte darauf den Antrag, „Hohe Versammlung wolle die Herzogl. Landes-Regierung ersuchen: hinsichtlich der Organisation der Schulaufsichtsbehörden diejenigen gesetzlichen Anordnungen in Erwägung zu ziehen, welche der Stellung der Schule als Staatsanstalt mehr als die bisherigen Einrichtungen entsprechen“. Die Regierung legte darauf durch den neuen Minister Trieps im Dezember 1875 der Ständeversammlung ein Gesetz vor, die Errichtung einer Ober-Schulkommission betreffend. § 1 davon heißt: „Die der Landes-Regierung zustehenden Rechte der Oberaufsicht und obersten Leitung des gesamten Unterrichtswesens im hiesigen Lande werden wie bisher vom Herzogl. Staatsministerium ausgeübt“. In den folgenden §§ wird die Leitung und Beaufsichtigung der dem höheren Unterrichtswesen gewidmeten staatlichen Lehranstalten, der Gymnasien und des Realgymnasiums, (auch der in Zukunft zu errichtenden ähnlichen Anstalten, Realschulen, höheren Bürgerschulen usw.) einer zu errichtenden Ober-Schulkommission übertragen. Dagegen heißt es in § 4: „Die Leitung und Beaufsichtigung der evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen und Seminaranstalten verbleibt dem Herzogl. Konsistorium, dessen bisherige Zuständigkeit in Bezug auf diese keine Aenderung erleidet“.

<sup>1)</sup> Der folgende Abschnitt ist nach den amtlichen Veröffentlichungen über die Verhandlungen der Landesversammlung gearbeitet. F. H.

In den dem Gesetz nachfolgenden Motiven wird zunächst kurz hergeleitet, daß bisher alle Schulen dem Konsistorium unterstellt gewesen seien, und daß auch durch neuere Gesetze nichts Wesentliches daran geändert sei. „Es ist bekannt, daß die Kirche für die Erziehung der Jugend in größerem oder geringerem Umfange Sorge getragen hat, lange bevor die weltliche Obrigkeit diesem wichtigen Gegenstände ihre Aufmerksamkeit widmete. Bis auf den heutigen Tag ist der Schuldienst häufig mit einem Kirchendienste verbunden. Wollte man die Gemeindeschulen von der Kirche trennen, müßte man Verhältnisse lösen und auseinanderreißen, welche völlig naturgemäß historisch zusammengewachsen sind. Es würde, so seltsam dies manchem klingen mag, die Scheidung nach Ansicht der Landes-Regierung die Volksschule und deren Diener in Wirklichkeit ernstlich schädigen. — Man darf nur nicht dabei stehen bleiben, daß die Schule dazu bestimmt ist, der Jugend gewisse Fertigkeiten einzuüben, ihr eine Summe von gemeinnützigen Kenntnissen beizubringen, dieselbe geistig anzuregen, die Urteilskraft zu bilden usw. So wichtig dies alles erscheint und so hohe Anerkennung der Lehrer verdient, der sich in Verfolgung dieser Ziele als pädagogischer Künstler zeigt, so erhält doch die Schule und deren Diener gleichsam die höhere Weihe dadurch, daß dem Lehrer zugleich die sittliche Erziehung der Jugend anvertraut wird. Ist es nun eine unbefreitbare Wahrheit, daß die echte Sittlichkeit ihren letzten Halt und Anker im religiösen Glauben finden muß, und daß für die unendliche Mehrzahl der Menschen jede ideale Auffassung des Lebens mit jenem Glauben steht und fällt, so leuchtet ein, daß nur dann an eine Erziehung zu wahrer Sittlichkeit gedacht werden kann, wenn Religion und Kirche den Ausgangs- und Mittelpunkt für die Wirksamkeit des Lehrers bilden. — Vor allen Dingen kommt es darauf an, daß die Lehrer selbst von dieser Ueberzeugung durchdrungen sind und danach handeln. Da denselben eine selbstständige wissenschaftliche Durchbildung, wie sie die Universität gewährt, nicht verschafft werden kann, so erklärt und rechtfertigt es sich zur Genüge, daß die Seminare, in denen die Volksschullehrer die Vorbildung für ihren Beruf erhalten, der kirchlichen Leitung nicht entbehren dürfen, und daß auch fernerhin der Staat die Hülfe der dazu allein oder vorzugsweise geeigneten kirchlichen Organe in Anspruch nimmt und durch sie auf die Volksschule und deren Leiter zu wirken sucht. Wenn man es nicht für einen überwundenen Standpunkt erklären will, daß der Pfarrer Seelsorger und geistlicherhirt der Gemeinde ist, so kann es nicht füglich bezweifelt werden, daß der Lehrer und Erzieher der Jugend wesentlich Gehilfe des Pfarrers sei und sein müsse. Der edelste Teil seines Berufes besteht gerade darin, daß er die Bemühungen der Väter und Mütter teilt und durch Lehre und Beispiel das heranwachsende Geschlecht tüchtig zu machen sucht, um dermaleinst als würdige Glieder des kirchlichen und weltlichen Gemeinwesens dazustehen. Dem Lehrer, welcher in dieser Richtung treu und gewissenhaft gewirkt hat, bleibt trotz der Bescheidenheit seiner äußeren Lage eine gern und willig gezollte Ehrerbietung gesichert, die kein weltliches Machtwort und kein Unterricht in sogenannten nützlichen Dingen verschaffen könnte.“ — Weiter wird dargelegt, daß wohl in Ausnahmefällen, wenn kirchliche Hierarchie mit der Staatsgewalt in Streit gerate, auch über den Einfluß der Kirche auf die Schule Konflikte entstehen könnten, während in normalen Zuständen kein feindlicher Gegensatz von Kirche und Staat bestehe, sie vielmehr Hand in Hand geben müßten, wie in unserem Lande. „An der tüchtigen Bildung der Jugend hat der Staat sowohl als die Kirche ein unverkennbares Interesse. — Daß die Staatsgewalt dabei, ohne Widerspruch besorgen zu müssen, nötigenfalls das letzte Wort zu sprechen hat, steht unbestritten fest. Weshalb man also den gegenwärtigen, im ganzen und großen sicher befriedigenden Zustand von Grund aus umwandeln und unter Abänderung der Landesverfassung in einem ihrer wesentlichen Bestandteile den Einfluß

der kirchlichen Organe und ihre für die sittliche Erziehung so notwendige Mitwirkung beeinträchtigen sollte, dafür vermag die Landes-Regierung triftige Gründe nicht zu entdecken. Sie wird zwar gern bereit sein, einzelnen etwa fühlbar werdenden Mängeln nötigenfalls im Wege der Gesetzgebung abzuhelfen, allein sie kann die Hand nicht dazu bieten, die ihrer Ansicht nach sachgemäßen Grundkonstruktionen in den Verhältnissen des Staates und der Kirche zu den evangelisch-lutherischen Gemeindefschulen total umzugestalten.“

Bei den Gymnasien, welche die Jünglinge für den Besuch der Universität vorbereiten sollen und deren Lehrer sich einer selbständigen wissenschaftlichen Durchbildung erfreuten, liege die Sache anders, obwohl auch sie sittliche Erziehungsanstalten seien und für sie Religion und Kirche selbstverständlich dieselbe Bedeutung, wie für die Volksschulen habe, da niemand den unfehligen Satz werde vertreten wollen, die niederen Stände bedürften des religiösen Glaubens, für gebildete Leute sei derselbe entbehrlich. Die Universitäten Deutschlands müßten frei sein und mehr als Fachschulen. In den Jünglingen auf den Gymnasien müsse der Sinn für wissenschaftliches Streben und für den Wert allseitiger geistiger Entwicklung geweckt werden. Solcher Sinn müsse in Gymnasiallehrern vorhanden sein und sei es, darum wollten diese nicht unter Leitung von Männern stehen, deren Wahl (zum Konsistorium) nach anderen Gesichtspunkten erfolgt sei, und es müsse selbst der Schein von einseitiger Beeinflussung hier vermieden werden. Darum für diese Errichtung einer Ober-Schulkommission.

In dem damals vom Vorstande des Landes-Lehrervereins herausgegebenen Schulblatte sind die Motive mitgeteilt; dann wird hinzugefügt: Wir hatten uns der Hoffnung hingegeben, daß der Reich an uns vorübergehen werde, den Kampfplatz betreten zu müssen, um eine Gestaltung unseres vaterländischen Volksschulwesens nach dem Grundsätze des heutigen Kulturstandpunktes und der pädagogischen Wissenschaft als notwendig darzustellen. Nach dem vorliegenden Entwurfe und den Motiven liegt die Sache ganz anders. Wir werden in den nächsten Nummern die Hauptmomente der historischen Entwicklung unseres vaterländischen Schulwesens hervorheben und untersuchen, ob die jetzigen Zustände so naturgemäß daraus hervorgehen, wie die Motive es hervorheben; wir werden die Pädagogen fragen, welche Gesichtspunkte vom Volksschullehrer für die einzelnen Disziplinen des Unterrichts als leitende festgehalten werden müssen, wir werden ganz besonders die Schule in Bezug auf ihre religiöse Aufgabe zu prüfen haben und zeigen, welchen Standpunkt die Regierungen Deutschlands namentlich jetzt zur Schule entweder gesetzlich schon eingenommen haben, oder einzunehmen in Begriff stehen, um auf diese Weise unser Urtheil zu begründen, welches dahin geht, daß unserem Schulwesen durch vorliegendes Gesetz wesentliche Voraussetzungen einer gedeihlichen Wirksamkeit vorenthalten werden.

Zu diesen Auseinandersetzungen kam es nicht. Die folgende (6) Nummer des Schulblattes bringt vielmehr eine Petition an die Hobe Landes-Versammlung.<sup>1)</sup> Im Eingange wird hingewiesen auf andere deutsche Staaten, Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Hessen, Weimar, Gotha u. a., die durch neue Schulgesetze der Einführung einer sach- und sachgemäßen Leitung der Schule Rechnung getragen hätten. Auch Braunschweigs Volksschullehrer in Stadt und Land hätten wiederholt ähnliche Forderungen geäußert und bei Hoher Landes-Regierung zum Ausdruck gebracht. Was sie erstrebt und gehofft, scheine aber bis jetzt bei Hochderseiben noch keine Billi-

---

<sup>1)</sup> Dieselbe ist wahrscheinlich ein kurzer Auszug von dem Entwurfe einer Petition, die in allen Kreisvereinen durchberaten und auf der Sandersheimer Versammlung am 6. Oktober 1875 nach längerer Beratung der Deputierten festgestellt war. Letztere sollte die Wünsche der Lehrer über Verhältnisse und Stellung der Schule den Behörden zum Ausdruck bringen.

gung gefunden zu haben, und der vorgelegte Gesetzentwurf, wie die dazu erschienenen Motive bekräftigten nur zu sehr diese Ansicht. Deshalb glaubten es die braunschweigischen Volksschullehrer dem Wohle der Schule und der Ehre ihres Standes schuldig zu sein, diese Angelegenheit, eine Lebensfrage für die Schule, Hoher Landes-Versammlung zur geneigten Berücksichtigung ehrerbietigst zu unterbreiten, indem sie die Ansichten und Forderungen der Lehrer unseres Landes offen darlegen, und dabei nicht verhehlen, daß sie sich abwehrend gegen jene „Motive“ verhalten müßten. Diese beriefen sich zur Begründung der kirchlichen Leitung der Volksschullehrer auf die historische Entwicklung; aber wenn man dies auch bis zum Westfälischen Frieden zugestehet, so habe sich das Recht der Kirche auf die Schule seitdem in evangelischen Ländern geändert. Das beweise die Erweiterung des Schulplanes, der Schulzwang, die Schullehrerbildung, die Erhaltung der Schulen durch die Stadt- und Landgemeinden als deutliche Kennzeichen des staatlichen Charakters der Schule. — Die Lehrer unseres Landes hätten offen ausgesprochen, daß sie eine Trennung der Schule von der Kirche durchaus nicht wünschten und erstrebten. „Aber dieselben seien entschieden der Ueberzeugung, daß die Oberleitung der Schule nicht mehr einer kirchlichen Behörde in die Hand gegeben werde, daß vielmehr eine Oberbehörde geschaffen werden müsse, die aus sachverständigen Mitgliedern zusammengelegt sei. Die Volksschullehrer hielten es für das allein Richtige, daß ihre nächsten Vorgesetzten aus der Reihe bewährter Fachmänner gewählt würden. — „Es würde zu weit führen, wollte man alle die Schäden, welche der Schule durch untüchtige oder nicht geeignete Leitung zugefügt werden, aufzählen. Schulvorstände in den einzelnen Gemeinden, denen die Sorge um die äußeren Angelegenheiten der Schule obliegt, und in denen der Lehrer Sitz und Stimme hat, Kreisschulinspektoren, die für die inneren Angelegenheiten der Schule zu sorgen haben, Kreisschulinspektoren, die mit wissenschaftlicher Bildung ausgerüstet, als tüchtige Schulmänner sich bewährt haben, würden wesentlich dazu beitragen, das Interesse für die Volksschule zu wecken und zu beleben und auf die Schule selbst den segensreichsten Einfluß ausüben.“ Weiter wird namens der braunschweigischen Volksschullehrer erklärt, „daß es denselben nie in den Sinn gekommen ist, die Religion und den Religionsunterricht aus der Schule hinauszuwünschen, ja, daß dieselben in der Religion das vorzüglichste Mittel zur sittlichen Erziehung der Jugend erkennen, und es sehr bedauern würden, wenn ihnen der Religionsunterricht genommen und in die Hände anderer gelegt würde. „Daß wir jedoch auch an diesen Unterricht die Forderungen der Pädagogik gelegt wünschen, darf uns wohl nicht verdacht werden. Daß wir aber den anderen Fertigkeiten und Kenntnissen auch einen sittlich bildenden Einfluß zusprechen müssen, wollen wir hiermit hervorheben.“ — Wenn die „Motive“ es erklärlich finden, daß die Lehrer der Gymnasien „nur unter Leitung von Personen zu stehen wünschen, bei deren Wahl die Rücksicht auf richtige Würdigung der allgemein wissenschaftlichen Bildung maßgebend gewesen ist“, sollte es wohl nicht ebenso erklärlich sein, wenn die Volksschullehrer, denen „eine selbstständige wissenschaftliche Durchbildung, wie sie die Universität gewährt, nicht verschafft werden kann“, vor allem verlangen müssen, von Männern, denen diese selbstständige Durchbildung zugesprochen werden muß und die zugleich Männer von Fach und bewährte Schulmänner sind, unterrichtet, geführt und geleitet zu werden? Daß dazu besonders „kirchliche Organe“ geeignet sein sollten, daß, „weil der Pfarrer Seelsorger und geistlicher Hirt der Gemeinde ist, der Lehrer und Erzieher der Jugend wesentlich der Gehilfe des Pfarrers sei und sein müsse“, möchte doch wohl mit Recht bestritten werden können. — Im Namen der braunschweigischen Volksschullehrer wagen dann die Unterzeichneten die ehrerbietigste Bitte: „Hohe Landes-Versammlung wolle Hoher Landes-Regierung dringend empfehlen, hinsichtlich der Organisation der Schulaufsichtsbehörden auch in Bezug auf



die Gemeindefschulen diejenigen Anordnungen in Erwägung zu ziehen, welche der Volksschule mehr als die bisherigen Einrichtungen entsprechen! In tiefster Ehrerbietung,

Braunschweig, den 9. Februar 1876.

die Vorstände des Landes-Lehrervereins: Behrens, des Braunschweiger Lehrervereins: Henze, des Kreisvereins Braunschweig: Behrens, Wolfenbüttel: Heinemann, Helmstedt: Heege, Wandersheim: Grumbach, Holzminden: Glze, Blantenburg: Sölter.

In dem vom 1. März 1876 datierten Kommissionsbericht über den Regierungsantrag, betr. die Errichtung einer Ober-Schulkommission, unterzeichnet: Ernesti, Koken, Kuhn, Graf von der Schulenburg und v. Heinemann, wird in der Einleitung über den ersten Häuslerschen Antrag berichtet, schon damals habe die ernannte Kommission darauf hingewiesen, daß in betreff der Schulen sich das bestehende Verhältnis im Lauf der Zeiten organisch und naturgemäß entwickelt habe und namentlich die Leitung und Beaufsichtigung des gesamten Schulwesens durch das Herzogl. Konsistorium auf einer geschichtlichen Basis beruhe, was freilich eine weitere Entwicklung und Aenderung der einschlagenden Verhältnisse, sobald die Zeiten eben andere geworden sind, nicht ausschließe. Nachdem jener Bericht dann hervorgehoben, daß aus den bisherigen Einrichtungen den Schulen durchaus kein Nachteil erwachsen sei, vielmehr sowohl die höheren Bildungsanstalten, als die Volksschulen in ihren Leistungen den Vergleich mit den Schulen anderer deutscher Staaten durchaus nicht zu scheuen hätten, hiernach also in der Leitung und Beaufsichtigung derselben seitens des Konsistoriums eigentlich kein Grund zu einer Aenderung des jetzigen Zustandes liege, erklärte er auf das bestimmteste, daß dies namentlich für die Schulaufsicht in den Gemeindefschulen gelten müsse. Anders stellte sich damals die Kommission zu den Gymnasien, indem sie, ohne auch ihrerseits eine grundsätzliche Trennung der Schule von der Kirche irgendwie befürworten zu wollen, der Landesversammlung die Annahme des Häuslerschen Antrages nur empfehlen könne. Die Versammlung erklärte sich damals mit diesem Bericht einverstanden, wonach sie eine absolute Trennung der Schule von der Kirche, die ja auch der Antragsteller nicht gewollt hatte, für unstatthaft und unzweckmäßig erklärte. Jener Antrag ersuchte die Landesregierung nur, eine Erwägung anzustellen. Deren Resultat sei vorliegender Gesekentwurf, welcher das Fundament des gesamten Schulwesens, die Volksschule, sowie die Spitze desselben, das Polytechnikum nicht berühre. Im folgenden erklärte die Kommission sich mit geringen Abweichungen für den Entwurf der Einrichtung einer Ober-Schulkommission.

Hiernach handelte es sich nicht um eine Veränderung im Volksschulwesen; da aber inzwischen die erwähnte Petition bei der Ständeverammlung eingegangen war, so wurde in derselben am 8., 9., 10. und 11. März über den von der Regierung vorgelegten Gesekentwurf erst in einer allgemeinen Debatte und dann im besonderen verhandelt. Die erste betraf auch die Volksschule, und hier sei nur das erwähnt, was sich auf diese bezieht. Der Berichterstatter v. Heinemann leitete die Besprechung mit kurzen Worten ein. Der folgende Redner, Abgeordneter Ernesti, erklärte, die Kommission sei einverstanden gewesen, daß ein Bedürfnis, die Leitung des Volksschulwesens in der Weise, wie in den bekannten Forderungen von Lehrern erstrebt werde, zu ändern nicht vorliege. — Man habe wohl die Herstellung zweier Abteilungen im Konsistorium, eine für Kirche, eine für Schule, vorgeschlagen. Eine solche Einrichtung halte er in Rücksicht darauf, daß dann die Leitung des Volksschulwesens an die zweite, ausschließlich oder doch überwiegend aus Fachmännern bestehende Abteilung übergehen werde, nicht für richtig, da man den innigen Zusammenhang des letzteren mit der Kirche nicht beseitigen dürfe. Verfolge man die Entwicklungsgeschichte des Volks-

schulwesens, so ergebe sich, daß es Theologen gewesen, welche das Volksschulwesen gefördert und die Lehrer gebildet hätten. Es komme darauf an, daß Geschlechter herangebildet würden, welche auf dem gleichen sittlich-religiösen Standpunkt ständen, wie die Väter, nicht aber solche, welche im Dünkel über geringes Wissen jenes Standpunktes sich überheben zu können meinten. Zur Erfüllung dieser Aufgabe müsse der Zusammenhang zwischen Kirche und Volksschule bestehen bleiben. — Abgeordneter Pappée bedauert, daß die Gemeinbeschulen in die neue Organisation des Schulaufsichtswesens nicht hineingezogen seien. Der Antrag „Häusler“ sei nach seiner allgemeinen Fassung auch auf die Volksschulen anzuwenden, seit jener Zeit seien keine wesentlichen Änderungen eingetreten; er finde dafür also keine genügende Gründe. Wenn eine große Zahl von Schulen von der Kirche gegründet sei, so treffe das bei den Gymnasien auch zu. Die Leitung der Schulen durch das Konsistorium könne bestehen bleiben, aber die unter demselben stehenden Schulaufsichtsorgane seien verbesserungsfähig. Er führt dazu Beispiele aus seiner Stadt Schöningen an. Auch auf dem Lande sei die Schulaufsicht mangelhaft, wenn z. B. ein eben angestellter junger Geistlicher der Vorgesetzte eines betagten Lehrers werde. Inspektionen, die vorher angekündigt würden, lieferten kein richtiges Bild. „Er stimme nicht in den Ruf: „Trennung der Schule von der Kirche,“ ein; auch er sei der Ansicht, daß die Religion die Grundlage der Bildung sei, daß der Religionsunterricht in der Volksschule bestehen bleiben müsse. Aber dies Ziel werde erreicht, indem den Lehrern selbst eine genügende religiös-sittliche Ausbildung gegeben werde, die sie befähige, den sittlich-religiösen Standpunkt in den Gemeinbeschulen selbständig zu wahren und von ihm aus die Jugend zu unterrichten. Im Gegensatz zu den Motiven des Gesetzes sei er der Ansicht, daß der Stand der Bildung der Volksschullehrer keinen Grund biete, sie von der neuen Organisation der Aufsichtsbehörden auszuschließen.“ Wenn es aber begründet, daß die Lehrer noch nicht reif seien, und der speziellen Leitung noch nicht entbehren könnten, dann wünsche er schließlich, man möge für die Ausbildung der Lehrer in besserer Weise als bisher sorgen.“ Man möge daher die Maßregel auf alle Schulen ausdehnen oder damit warten und eine Regulierung des ganzen Unterrichtswesens einer späteren Zeit vorbehalten. — In der folgenden Sitzung entgegnete ihm der Abgeordnete Ernesti, die Ausführungen des Vorredners veranlaßten ihn, dies bis dahin vermiedene Gebiet zu betreten. Die jetzige Vorlage stimme mit dem über den Antrag Häusler früher gefaßten Beschlusse überein. Der Vorredner scheine den Religionsunterricht als eine Disziplin neben Lesen, Schreiben und Rechnen zu stellen. Das sei eine irrige Anschauung. Die ganze Schule, aller Unterricht müsse vom religiös-sittlichen Geiste, ohne welchen an Bestand der Familie, Gemeinde, des Staates nicht zu denken sei, getragen werden. Der Vorredner folge mit seinen Ausführungen einer aus der Diesterweg'schen Schule hervorgegangenen Richtung, welche noch mehr oder weniger hinter den Bestrebungen mancher Gemeinbeschullehrer stecke. Danach solle die Schule die Aufgabe haben, den Menschen mit seinen Anlagen nach allen Seiten hin zur Entwicklung zu bringen, der Lehrer die Aufgabe, mit psychologischer Berechnung, gentilem Tacte es dahin zu bringen, daß sich alle Kinder zu Menschheitsidealen entwickelten, wobei Voraussetzung wäre, daß die Lehrer selbst Ideale seien. Die Väter und Mütter sollten sogar in dieses Werk nicht hineingezogen haben. Es könne die Schule auch nicht von der Kirche abhängen, sie stehe als Organismus neben Kirche und Staat. Der Lehrer sei eigenen Rechts, und nur seinesgleichen sei im Stande, ihn zu leiten usw. Das sei ein überwundener Standpunkt. — Als eine Härte sei es bezeichnet, unter einen jungen Geistlichen den älteren erfahrenen Lehrer zu stellen; aber jedes Jahr würden junge Männer von etwa 18 Jahren, die erst ein Jahr in der Präparandenanstalt (im Seminar) gewesen seien, zur Aushilfe ins Land geschickt.

Man könne die Bürgschaft nicht übernehmen, daß diese bei ihrer Bildung, wenn sie ohne Aufsicht blieben, in der ländlichen Einsamkeit die sittliche Haltung, welche erforderlich sei, sich bewahrten, ihr höchstes Glück darin finden würden, treulich zu schulleistern, den Kindern Kenntnisse beizubringen und den Grund zu deren Charakterbildung zu legen. Die Lokalaufsicht könne man schon aus diesem Grunde nicht entbehren. Man denke sich wohl, der Schulvorstand habe die äußeren Angelegenheiten zu besorgen, für die inneren sei der Lehrer allein verantwortlich. Seiner Ansicht nach würde das höchst gefährlich, ein Nachgeben gegen verkehrte Präntensionen sein. Einem anderen als dem Geistlichen die Spezialaufsicht über die Ortsschule zu übergeben, sei unthunlich. Zudem scheine ihm die Vereinigung des Ortsgeistlichen und des Lehrers in der Erfüllung der Aufgaben des Volksunterrichts nicht so schwer; wenn nur beide Teile daran dächten, daß ihnen alles zu thun obliege, um die gute Sache zu fördern, dann werde auch das Widerstreben gegen die jetzige Einrichtung fallen, bei der man zuweilen anzunehmen scheine, als sei es gegen die Ehre, für die heilige Sache der Schule zusammen zu wirken. Leicht lasse es sich sagen, daß man, wenn die Lehrer noch nicht reif seien, sich selbst zu beaufsichtigen, denselben eine bessere Bildung geben müsse. Dazu gehöre der Besuch eines Gymnasiums, dann einer Universität, und dazu habe man nicht Material, nicht Mittel. Wolle man aus dem Dorfschullehrer einen Professor machen? Gewiß sei zu fürchten, daß ein solcher Lehrer nicht mehr in aller Bescheidenheit seine Aufgabe und Befriedigung darin finde, die Kinder in der Gemeindeschule zu erziehen und zu unterrichten. Es müsse aber Männer geben, welche mit treuer Hingabe die einen so hohen Bildungsgrad nicht erfordernde Aufgabe des Volksunterrichts zu erfüllen im Stande seien.

Der Abgeordnete Schöttler trat für die Vorlage ein. Zwar sei es wohl zweckmäßiger, das ganze Schulwesen zu regeln und die Aufsicht einer besonderen Behörde zu übertragen; aber das Konsistorium sei auch im Stande, die Volksschule zu leiten. Doch könne er sich denken, daß die Lehrer sich zuweilen durch die Aufsicht der Geistlichen gedrückt fühlten. Unter diesen gäbe es Männer, welche die Religion in der Ueberladung des Gedächtnisses der Kinder mit Bibelsprüchen, Gesangversen usw. fänden, während es Aufgabe sein müsse, den Kindern die Grundsätze wahrer christlicher Humanität beizubringen. Dann möge es sein, daß auch wohl der Geistliche die Stellung als Vorgesetzter des Lehrers in das gesellschaftliche Leben hineintrage. Eine Aenderung der jetzigen Einrichtungen sei wünschenswert; wenn sie aber jetzt nicht zu erlangen sei, müsse man sich mit dem Gebotenen begnügen.

Abgeordneter Kuhn bemerkt, der sogenannte „Memorientram“ sei nicht so schlimm; ein Bibelspruch oder Gesangsvers sei schon manchem im späteren Leben ein Trost geworden. Redner wandte sich gegen eine in der Tagespresse veröffentlichte Kundgebung vom Schöninger Lehrerverein. Zudem er übrigen das Recht der freien Meinungsäußerung anerkannte, tadelte er die Art und Weise, wie man sich gegen die von der höchsten Behörde des Landes ausgehenden „Motive“ gewandt habe.<sup>1)</sup>

Abgeordneter v. Heine mann (Gymnasialdirektor) bringt die Petition der Lehrer zur Sprache und verliest einen Teil derselben. Dann faßt er zusammen: Danach wollten die Lehrer Schulvorstände, fachmännische Kreisschulinspektoren und eine aus Fachmännern zusammengesetzte Oberbehörde. Wegen Schulvorstände an Stelle der jetzigen Lokalaufsicht habe Abgeordneter Ernesti schon das Nötige gesagt. Das andere bestche schon.

<sup>1)</sup> In Wirklichkeit werden die Worte des Herrn Generalsuperintendenten wohl schärfer gelautes haben. Ein Privatbericht sagt, „daß er nicht genug die Verwegenheit und Unverschämtheit der Lehrer zu tadeln gewußt habe.“

Im Konfistorium leite ein Mann, der Jahre lang einem Seminare vorgestanden habe, also ein Fachmann, das Volksschulwesen, doch sei er — Theologe. An der Spitze des Wolfenbütteler Seminars stehe jetzt ein Mann (Matthias), dem jeder Lehrer Respekt zolle, gewiß ein Fachmann; aber allerdings sei er — Theologe. Der Theologe sei nach seinem Bildungsgange wohl zur Beaufsichtigung des Volksschulwesens befähigt. An die Ausbildung des Volksschullehrers stelle man verhältnismäßig geringe Anforderungen und müsse solche stellen. Der Primaner eines Gymnasiums könne, — so meine er, — wenn man ihn vier Wochen lang mit den Lehrmethoden bekannt mache, schon einen leidlichen Lehrer in den elementaren Unterrichtszweigen abgeben. Kurz, die Klagen der Lehrer über die Mängel in der Leitung des Schulaufsichtswesens seien nicht begründet. Fachmänner als Kreisschulinspektoren könnten leicht beim übereifrigen Eingreifen und Inspezierten, zu einem Reiten auf Lehrmethoden geführt werden, so daß aus einem Organismus ein Mechanismus werde. Nicht auf Veränderung der Organisation und Leitung, sondern auf ehrlicher Arbeit, treuem Fleiß, auf der Liebe der Lehrer zu den Pflegebefohlenen beruhe das Gedeihen der Schule.

Minister Triep's. Auch er sehe sich veranlaßt, zu dem vom Abgeordneten Häusler früher Angeregten hier einmal sich näher auszusprechen. In dem als Rohstoff auf die Welt kommenden Menschen den göttlichen Funken anzufachen, liege zunächst Vater und Mutter ob. Dann trete in Deutschland der Staat mit seinem Zwange ein, um im Interesse der Gesamtheit der großen Masse der Bevölkerung den erforderlichen Grad der Bildung zu verschaffen, der jedem als Mitgift ins Lebens nötig sei; das geschehe in der Volksschule. In den Gymnasien aber würden heranwachsende Jünglinge für den Staats- und Kirchendienst gebildet, um sich die erforderliche höhere Bildung zu erringen und der Wissenschaft nachzustreben. Deren Besuch sei der freien Entscheidung eines jeden überlassen. Dazwischen könne es noch andere Anstalten geben. In Betracht kämen hier Volksschule und Gymnasien und deren Leitung. Es sei vorweg als Grundirrtum der Pädagogen zu bezeichnen, wenn sie sich als selbstständigen Organismus in Staat und Kirche betrachteten. Die Schule diene der Kirche und dem Staate. Nicht die Pädagogen, sondern „wir sagen, was mit unsern Kindern werden soll“. Dem Staate und der Kirche komme es zu, die Direktiven für die Schule zu geben, nicht den Lehrern. Den Unterschied zwischen Volksschule und Gymnasium deutlich zu machen, bediene er sich eines Vergleiches, der hinken möge, deshalb verwahre er sich gleich gegen Mißdeutungen. Die in der Volksschule zu bildenden Massen vergleiche er mit den Rekruten, die von Unteroffizieren, den Volksschullehrern, eingeebnet würden, die Gymnasialisten mit Kadetten, die ihre Ausbildung in Kadettenanstalten durch Offiziere empfangen. Unteroffiziere und Offiziere erfüllten die Aufgabe des Einexerzierens, aber beide von ganz verschiedenen Standpunkten. Selbst ein tüchtiger Unteroffizier taue in der Regel nicht zum Offizier. Wie über beiden der Generalstab, so stehe über dem ganzen Schulwesen das Staatsministerium. Die Gymnasien sollten auf die deutschen Universitäten vorbereiten, die die Gesamtheit der menschlichen Wissenschaften umfaßten und für die der Satz gelte: Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Solche Wissenschaft aber finde sich nicht auf den Seminarien. — In Braunschweig sei nur eine Konfession. Gerade an der Reformation könne man einen ähnlichen Unterschied sehen. Auf der einen Seite stehe Luther, der mit der Tiefe seines Gemüthes, mit der Kraft seines Glaubens das deutsche Volk ergriffen habe, auf der anderen Melancthon, der mit der Tiefe seiner wissenschaftlichen Bildung und echter Humanität die Gebildeten der Reformation zugewendet habe. Wenn die Bildung des Menschen fürs Leben bis zum 14. Jahre vollendet werden solle, dann nehme man Luther's Katechismus und Sorge, daß dem Kinde das Verständnis dafür eröffnet

werde, daß er in Kopf und Herz des Kindes übergehe. Die anderen Fertigkeiten, Rechnen, Lesen, Schreiben usw. seien wichtig, aber sie kämen erst in zweiter Linie, auf etwas mehr oder weniger in diesen Fächern komme es nicht so sehr an, und jeder gebildete Mensch könne beurtheilen, wie sie gelehrt werden müßten. Und nun solle der Prediger, dem die Leitung jenes schweren Theiles der Kindererziehung obliege, diese leichteren Fächer nicht beurtheilen können? Er müsse dabei bleiben, daß angesichts der glücklichen Konfessions-Verhältnisse in unserem Lande die Leitung des Volksschulwesens nicht geändert werde, sondern daß man die Verbindung mit der Kirche bestehen lassen müsse. — Es könne ihm nicht einfallen, die Wichtigkeit des Volksschullehrers zu verkennen. Er verdanke einem Volksschullehrer, der die Zierde seines Standes gewesen, den größten Theil dessen, was er sei. Aber dem Uebermüthe müsse man entgegenreten. Dann spricht der Redner noch von den Gymnasien.

Der Abgeordnete Baumgarten meint, so unrecht habe man den Häuslerschen Antrag auf dieser Seite doch wohl nicht verstanden. Wenn einmal die Organisation der Leitung geändert werden solle, so dürfe man doch auch wohl fragen, ob nicht möglicherweise die Leitung der Volksschulen durch das Konsistorium verbessert werden könne? Er wünsche, und die Lehrer stimmten vielfach damit überein, nicht dem Konsistorium die Schulaufsicht zu entreißen, sondern das fachmännische Laienelement hineinziehen. Sobald man aber diese unschuldige Forderung erhebe, heiße es: — „Der Glaube ist in Gefahr“. Er wolle auch die Religion in den Schulen haben; aber bei der Erziehung könne doch auch wohl ein Laie mitsprechen, wie man es schon in andern Staaten eingerichtet habe. — Den Lehrern werfe man vor, die geforderte Mitwirkung an der Leitung des Schulwesens könne man ihnen nicht zugestehen, weil ihre Bildung nicht dieselbe sei wie die an höheren Lehranstalten erworbene. Dieser Vorwurf sei dem ganzen Stande gegenüber fraglich, hinsichtlich aller treffe er keinesfalls zu. Mit der Zurückweisung des fachmännischen Laienelements rufe man eine Animosität hervor, die auf das ganze Schulwesen nur schädlich wirken könne.

Abgeordneter Pappée verteidigt nochmals seine Ansichten. Dabei bemerkt er, daß er die Ausübung der Lokal-Aufsicht über die Volksschulen seitens des Ortsgeistlichen nicht für zeitgemäß und auch nicht für erforderlich halte. Es stehe nicht neben jedem Unteroffizier, der Rekruten einübe, ein Offizier, und wie Unteroffiziere und Offiziere von ihresgleichen gebildet würden, so möge man Lehrer durch Lehrer bilden lassen. —

In der folgenden Sitzung der Stände ergreift der Abgeordnete Schöttler nochmals das Wort: Der Name Diesterweg sei gestern in Verbindung mit harten Ausdrücken hier ausgesprochen, die er um der Stellung dieser Versammlung zur Außenwelt willen nochmals berühren müsse, da er zu Diesterweg in persönlichen Beziehungen gestanden, die Wirksamkeit desselben, die große Verehrung, welche ihm von allen Seiten entgegengetragen worden, den Segen, den sein Wirken gestiftet, kennen gelernt habe und bezeugen könne, daß derselbe auch bei seinem Monarchen in hohen Ansehen gestanden, bis es einer Partei gelungen sei, ans Ruder zu kommen, welche weder für Preußen noch für Deutschland segensreich gewesen. Es werde gut sein, zu konstatieren, daß das harte Urtheil dem Manne Diesterweg nicht gegolten habe.

Der Abgeordnete Ernesti erwiderte: Er habe vor Diesterweg und dessen Streben alle Hochachtung. Aber als Pädagoge sei er ein Kind seiner Zeit gewesen; wie alle menschlichen Einrichtungen fluktuieren, so auch die Grundsätze der Pädagogik. Seine Aeußerungen über Diesterweg hätten nicht der Person, sondern der Richtung gegolten, welche infolge der Anschauungen Diesterwegs über Zweck und Wesen der Schule unter den

Pädagogen geherrscht habe. Diese Richtung, auf welche noch jetzt manche verkehrten Bestrebungen der Volksschullehrer zurückzuführen seien, habe er als überwundenen Standpunkt bezeichnet.

Die übrigen Debatten über den betreffenden Gesetzesentwurf berühren die Volksschullehrer nicht weiter. — Unterm 16. März 1876 ging dem Lehrer Behrens für die Lehrervereine des Landes folgendes Schreiben zu: Auf die Petition der Landes-Lehrervereine vom 9. v. M. wegen Aenderung in der Organisation der Schulaufsichtsbehörden in Bezug auf die Gemeindeschulen, hat die Landes-Versammlung in ihrer Sitzung vom 11. d. M. den Beschluß gefaßt, „daß die fr. Petition als mit der Beschlußfassung über die Vorlage Herzogl. Landes-Regierung, die Errichtung einer Ober-Schulkommission usw. betreffend, insbesondere mit der Annahme des § 4 derselben erledigt anzusehen sei“, wovon ich Sie auf Grund des Sitzungs-Protokolls in Kenntniß zu setzen habe. Der Landsyndikus Otto.

Dazu schreibt der Vorstand des Landes-Lehrervereins: Indem wir Vorstehendes zur Kenntniß bringen, bemerken wir, daß wir im Hinblick auf die Verhandlungen der Schulfrage im Landtage verzichteten, die Diskussion an dieser Stelle aufzunehmen. Die pädagogische Wissenschaft hat längst entschieden, was Rechtens ist, und schon liegen in manchen deutschen Staaten Resultate vor, die einer Reform des Schulwesens auch in unserm Lande das Wort reden. Gründe gegen eine Organisation, wie die Petition sie als notwendig hinstellt, haben die Verhandlungen auch nur in geringem Maße erkennen lassen, dagegen verwandelten sie sich mehr und mehr zu einer Anklage gegen die Lehrer. Und hier haben sie für uns eine ernste Seite. Wir dürfen uns nicht verhehlen: zwischen der Anschauung der Regierung und der des Lehrerstandes über die Wirksamkeit der Volksschule besteht eine Kluft, und von Männern, die durch ihre Stellung berufen sind, den größten Einfluß auf die Schule auszuüben, sind wir unter Anklage gestellt, auf verkehrtem Wege zu wandeln. In solchem Falle ist es dringend geboten, ernste Selbstschau zu halten. Wir selber glauben, sie redlich geübt zu haben; aber soweit die uns gemachten Vorwürfe uns verständlich sind, müssen wir sie entschieden zurückweisen und sagen: wir verdienen sie nicht. Es mag uns getrösten, daß die Anklage im Landtage wenigstens aus der Mitte des Volkes heraus, wenn auch keinen Protest, so doch wenigstens keine Unterstützung fand; ja wir dürfen sogar des Glaubens leben, daß alle denkenden Männer, welche einer frischeren Entfaltung und tiefer gehenden allseitigeren Entwicklung des Volksschulwesens das Wort reden, auf unserer Seite stehen, so daß wir zu einer Umkehr uns nicht entschließen können und dürfen. Fahren wir fort, uns vom Geiste Dieſterwegs treiben zu lassen, dann wird auch die Wolke, die sich über unsere Gegenwart zusammengezogen hat, ihren Segen uns bringen; sie kann die Sonne wohl verdunkeln, sie hinwegzunehmen, wird sie nicht im Stande sein.

Neben den Verhandlungen über pädagogische Gegenstände wurden die über manche äußere Angelegenheiten auf den meisten Lehrerversammlungen fortgesetzt und, verschiedene Kommissionen sowie der Vorstand bemühten sich vielfach deswegen. Es werde darüber nur kurz hier berichtet.

Auf der Versammlung am 8. Oktober 1880 brachte der Vorsitzende die schon öfter besprochene Sache der Mobiliar-Feuerversicherung der Lehrer wieder zur Sprache, da der Vertrag mit der Nachen-Münchener Gesellschaft 1882 ablaufe. Gegenwärtig hätten Lehrer für 1525 340 Mk. Mobilien bei jener Gesellschaft versichert und zahlten dafür 1906 Mk. Prämien im Jahre. Seit 1852 habe die Gesell-

schaft 1357 Mk. für Feuer Schäden an Lehrer ausbezahlt. Es könne ein neuer, vorteilhafterer Vertrag mit derselben abgeschlossen werden. Auch andere Gesellschaften hätten Anerbietungen gemacht. Nach Besprechung entschied man sich für die Gründung einer eigenen Gesellschaft der Lehrer. Die Grundzüge dafür wurden festgesetzt. Der Vorstand des Lehrervereins sollte die Angelegenheit weiter verfolgen. Es wurden durch den Vorstand ausgearbeitete Statuten bei der Behörde zur Genehmigung eingereicht; diese aber wurde nicht erteilt. Darauf schloß der Vorstand mit der alten Aachen-Münchener Gesellschaft (16. Juni 1882) einen neuen Vertrag. Die Jahresprämie für 1000 Mk. der Versicherungssumme für den Inhalt von Wohnhäusern, Scheunen und Ställen sollte betragen: bei massiver Bauart unter harter Dachung  $\frac{3}{4}$  bis  $\frac{5}{6}$  Mk., bei Fachwerk unter harter Dachung 1 bis  $1\frac{1}{2}$  Mk., bei jeder Bauart unter Stroh-, Rohr- oder Holzdachung  $3\frac{1}{3}$  Mk. Minimalprämie einer Versicherung sei 1,50 Mk. Bei Vorauszahlung auf fünf Jahre wird nur für vier Jahre bezahlt, auf sieben Jahre für sechs und 10 Proz. Diskont, auf zehn Jahre für acht und 10 Proz. Diskont. Schreibgebühren für eine Police 1,50 Mk., für einen Verlängerungsschein 0,50 Mk. Die Gesellschaft verwendet sich dafür, daß das Ministerium einen entsprechenden Teil der von der Gesellschaft an daselbe zurückgezahlten Ueberschußgelder dem Landes-Lehrerverein überweist. Diese Summen betrugen anfangs 600, jetzt 400 Mk. für unseren Pestalozzverein. Außerdem wird der auf die Versicherungen der Lehrer treffende Teil jener Ueberschußgelder direkt von der Gesellschaft ausbezahlt und unter die Witwen solcher Lehrer gleichmäßig verteilt, die bei der Gesellschaft versichert hatten. Diese Summe betrug früher 200, jetzt ca. 150 Mk. Der Vertrag war zunächst auf zwölf Jahre geschlossen; wenn nicht eine vierteljährliche Kündigung erfolgt, so läuft er stillschweigend auf sechs Jahre weiter, so daß am 16. Juni 1900 eine neue sechsjährige Periode begonnen hat.

Die Angelegenheit der Sterbekassen bewegte die Lehrer vielfach. Unermüdlich in seinen Bemühungen, die Klassen zu vereinigen, war Kantor Brackebusch in Wandersheim. Auf der Versammlung 16. April 1873 in Braunschweig brachte er diese Sache wieder vor. Er gab einen historischen Rückblick und interessante statistische Nachrichten über die Sterbekassen. Seit Gründung der ersten sind an die Hinterbliebenen von 361 verstorbenen Lehrern 15000 Thaler ausgezahlt. Das durchschnittliche Lebensalter der Gestorbenen betrug  $54\frac{2}{3}$  Jahre, das Dienstalter nahe 25 Jahre. Er weist nach, wie eine Vereinigung vorteilhaft, daher wünschenswert sei. Die Versammlung beschließt: Eine Vereinigung sämtlicher Sterbekassen zu einer ist sehr wünschenswert, und wird der Vorstand beauftragt, unter Zuziehung geeigneter Persönlichkeiten über die Einrichtung einer solchen Kasse zu beraten und der Michaelisversammlung nähere Vorschläge zu machen. Der Vorsitzende Behrens weist hin auf die Vorteile,

welche einige Lebensversicherungskassen den Lehrern gewähren. Auch diese Angelegenheit wird dem Vorstande zu näherer Prüfung überwiesen. Infolgedessen wurde auf Vorschlag des Vorstandes auf der Versammlung am 8. Oktober 1873 zu Königsutter bestimmt, das Sterbegeld in den Kassen solle auf 50 Thaler festgesetzt werden; wer mehreren Kassen angehöre, solle erhöhte Beiträge bezahlen und seine Hinterbliebenen mehr Sterbegeld erhalten. Der Vorstand sollte nach diesen Grundsätzen ein Statut für eine vereinigte Kasse ausarbeiten. Trotz dieser Bemühungen kam die Vereinigung damals nicht zu stande; einige Mitglieder widerstrebten, und man wollte sie nicht zwingen. Namentlich war einer der Rechnungsführer der Vereinigung nicht geneigt, so daß sie erst nach seinem Tode zu stande kam. — 1878 verkündete Brackebusch mit Freuden, daß auch in Gandersheim das Sterbegeld auf 150 Mk. festgesetzt sei. — 1883 stellte Bormann-Beckelbe die Bestimmungen der verschiedenen Kassen zusammen und meinte, die Vereinigung erschwerend sei besonders, daß manche Lehrer durch ihre Versetzung Mitglied mehrerer Kassen seien. Gehrs sprach auf der Versammlung ebenfalls darüber und wurde nebst Bormann und Hauer beauftragt, Statuten für eine vereinigte Kasse zu entwerfen. Auf der Versammlung in Wolfenbüttel am 30. September 1884 legte Gehrs dieselben vor; aber eine Besprechung darüber führte nicht zum gewünschten Ziele. Doch erklärte man auf Schaarschmidts Vorschlag die Vereinigung immer noch für dringend wünschenswert und beauftragte die Kommission, in diesem Sinne weiter zu arbeiten. In Braunschweig berichtet Gehrs den 7. Oktober 1885 ähnlich. Das von Hauer, Bormann und ihm entworfene Statut sei den Kreisvereinen zur Beratung vorgelegt, habe bis jetzt aber Resultate nicht ergeben, man möge daher von einer Besprechung absehen.

Wie schon früher, so war auch in dieser Zeit unter den Lehrern viel über Verbesserung der Gehaltsverhältnisse die Rede; in den Versammlungen wurde darüber verhandelt, und der Vorstand bemühte sich diesbezüglich. Durch das Gesetz vom 20. April 1867 war der Normalgehalt der Lehrer an städtischen Bürgerschulen auf 200 bis 500 Thaler in sieben Abstufungen festgesetzt, wozu noch für die niedrigsten Klassen eine Steigerung und für alle eine Mietsentschädigung von 30–50 Thaler kamen. Für die Lehrer auf dem Lande waren in fünf Stufen nach der Seelenzahl der Orte 180–380 Thaler bestimmt, in der untersten Klasse nach fünf Jahren eine Zulage von 20 Thaler. Bei städtischen Lehrern sollten für einen Kirchendienst 50 Thaler, bei Landlehrern aber nichts vergütet werden. Den Betrag des Einkommens sollte der Schulvorstand nach Anhörung der Gemeindebehörde und des Lehrers festsetzen. Obwohl dies eine geringe Verbesserung war, so erkannten doch alle Einsichtigen, daß eine wesentliche Verbesserung der Lehrergehälter in nicht zu ferner Zeit erfolgen mußte, daß aber namentlich der Streit bei Abschätzung der ländlichen Stellen zu verhüten sei. In der Frühjahrsversammlung



der Lehrer zu Braunschweig wurde darüber gesprochen und die vom Vorstande ausgearbeitete Denkschrift: „Thatsächliches über die Besoldungsverhältnisse der braunschweigischen Volksschullehrer“ gut geheissen und später veröffentlicht. In der Einleitung wird auf die veränderten politischen Verhältnisse hingewiesen, dann werden die Gehaltsätze von früher nebeneinandergestellt und nachgewiesen, daß trotz der letzten Verbesserung und des gestiegenen Pachtpreises der Grundstücke wegen des in jener Zeit bedeutend gesunkenen Geldwertes thatsächlich eine wirkliche Verbesserung nicht eingetreten sei, ja, daß manche Stellen durch Teilung sich verschlechtert hätten. Dann wird von der jetzt teureren Vorbereitung der Lehrer und von ihrer späteren wichtigen und mühsamen Arbeit gesprochen und dargelegt, wie sie gar keine günstige Aussicht zum Aufrücken hätten. Es folgt eine Vergleichung der Gehaltsätze von Gefangenwärtern, Untervögten usw. Zum Schluß heisst es: „In Erwägung: 1. daß die Vorbildung zum Lehrerberufe eine umfangreiche und kostspielige ist; 2. daß die Arbeit des Lehrers eine körperlich und geistig im hohen Grade anstrengende ist und die grösste, nicht durch Nahrungsorgen getrübt Berufs-freudigkeit erfordert; 3. daß insbesondere die pekuniäre Stellung des Lehrerstandes der Bedeutung desselben für das kommunale und staatliche Leben entsprechen muß; 4. daß trotz mehrfacher Verbesserung der Schulstellen die Lehrergehälter zum grössten Teile noch nicht einmal die Höhe der Gehälter der am geringsten besoldeten Staatsbeamten, welche keiner besonderen Vorbildung bedürfen und nicht auf geistigem Arbeitsfelde selbständig thätig sind, erreichen; 5. daß eine bedeutende Gehaltserhöhung für die unmittelbaren Staatsdiener stattgefunden, auch eine Verbesserung der Normalgehälter der Prediger aus Staatsmitteln in Aussicht genommen ist; erklärt die Landes-Lehrerversammlung es für eine unabwiesbare Konsequenz, daß auch eine wesentliche Verbesserung in den Gehaltsverhältnissen der Volksschullehrer, und zwar aus Staatsmitteln erfolge.

Im Auftrage: Der Vorstand der Landes-Lehrerverammlung Baake, Behrens, Gehrs, Heege, Koft.

Wie viel diese Denkschrift wirkte, läßt sich nicht genau angeben, aber die Verhandlungen über Vesserstellung der Lehrer blieben in jener Zeit im Fluß. Auf der Frühjahrversammlung 1872 zu Braunschweig wurde wieder darüber gesprochen und eine Petition wegen Stellung und Besoldung der Lehrer beschlossen. Diese wurde von dem Vorstande entworfen und den einzelnen Vereinen in einem gedruckten Formulare vorgelegt, damit sie unterschrieben an das Konsistorium eingesendet werde. Es wird darin dargelegt, daß von den bisherigen Verbesserungen meist nur die unteren Gehaltsklassen und damit die jüngeren Lehrer betroffen seien, daß aber trotzdem bei der fortdauernden Verteuerung der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse und der Entwertung des Geldes allenthalben unter den Lehrern Not herrsche zum Nachteil der Schulen. Auch würde für den Kirchen-

dienst gar nichts gerechnet. Andere Angestellte gleichen Ranges ständen sich besser. Es wird daher für notwendig angesehen und gebeten, eine wesentliche Besserstellung der Lehrer zu erwirken, und die Gehalte auf 300—800 Thaler mit Steigung je 50 Thalern nach drei Dienstjahren festzusetzen, auch den Kirchendienst zu vergüten. Der Vorstand arbeitete außerdem wieder eine „Denkschrift über die Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer des Herzogthums Braunschweig“ im Auftrage der Landes-Lehrerversammlung aus, und auch diese wurde gedruckt und überreicht. Sie verfolgte denselben Gedankengang wie die vorige Schrift, wies in der Einleitung auf den Lehrermangel hin und kam zu dem Schlusse, daß eine gedeihliche Entwicklung des Schulwesens nur gehofft werden könne: 1. wenn die Lehrer in ihrem Einkommen mit solchen Staatsbeamten auf gleiche Stufe gestellt würden, deren wissenschaftliche Vorbildung der ihrigen gleichgesetzt werden könne; 2. wenn die Gehaltsätze nach verschiedenen Stufen sich gliederten, doch so, daß die Gehaltsstufen eine möglichst gleiche Anzahl Stellen zählen; 3. wenn bei Abschätzung des Wertes der Grundstücke übereinstimmende Grundsätze angenommen würden, und zwar dieselben, die man in anderen Berufskreisen auch anzuwenden pflegte; 4. wenn für Verrichtung kirchlicher Geschäfte durchweg eine besondere und angemessene Befoldung erfolge.

Wirklich wurde der Landesversammlung Anfang 1873 ein neues Befoldungsgezet vorgelegt. Es enthielt nicht unwesentliche Verbesserungen. Für städtische Lehrer wurden die Gehalte von 300—600 Thaler abgestuft und eine Mietsentschädigung von 40—60 Thaler festgesetzt, auch 50 Thaler für den Kirchendienst vergütet. In den Landgemeinden sollten die Stufen 250 Thaler mit Zulagen von je 50 Thalern nach fünf- und nach zehnjähriger Dienstzeit bis 500 Thaler betragen, auch 50 Thaler für den Kirchendienst gutgerechnet werden. Diese Verbesserungen erschienen den Lehrern so wichtig, daß in der Versammlung im Frühjahr 1873 allen denen, welche sich um Zustandekommen derselben bemüht hatten, der Dank der Lehrer ausgesprochen wurde. Auch hiermit war die Gehaltserhöhung der Lehrer natürlich nicht abgeschlossen. Namentlich wurde von Lehrern einzelner Inspektionen bei den Behörden auf Erhöhung angetragen, z. B. im Jahre 1884 von der Inspektion Ahlum. Als zu Anfang des Jahres 1886 der Landesversammlung wieder eine Vorlage wegen Verbesserung der Lehrergehälter gemacht wurde, schien es schwierig, dieselbe durchzubringen oder gar noch vorteilhafter zu gestalten. In den Städten sollten die Stufen von 1050—1800 Mk. gesetzt werden mit Steigerung von 150 Mk. nach je fünf Jahren, auf dem Lande von 900 Mk. (mit Zulagen nach fünf Jahren auf 1000 und nach 15 Dienstjahren auf 1150 Mk.) bis zu den höchsten Stellen mit 1600 Mk. Die Mitglieder des Vorstandes verhandelten deswegen privatim mit einzelnen Abgeordneten, namentlich mit den ländlichen, die sich aber zu Erhöhungen nicht sehr geneigt zeigten. Der Vorstand wandte sich daher ganz

unter der Hand an den Abgeordneten von Braunschweig und setzte ihm die Lehrerverhältnisse auseinander. Es gelang diesem, die Bestimmung zu erwirken, daß die städtischen Stellen von 1050—1950 Mk. festgesetzt wurden, daß die zweite Zulage für ländliche Lehrer statt nach 15 nach 10 Dienstjahren erfolgen und für ihren Kirchendienst statt wie bisher 150 nun 200 Mk. gutgerechnet werden sollten.

Zu Anfang dieses Abschnittes der Geschichte des Lehrervereins erschien noch das vom Konsistorialrat Staufebach in unveränderter Weise herausgegebene Schulblatt. Es brachte besonders pädagogische Abhandlungen der verschiedensten Art über Methode in theoretischer und praktischer Ausführung, aber auch Aufsätze anderen Inhalts, so z. B.: Der Preis der Arbeit, Zwei Vorlesungen des Statistikers Dr. Engel, angewendet auf die Verhältnisse der Lehrer. In diesem Aufsatz wird gezeigt, daß der Durchschnittsgehalt des einzelnen Lehrers ohne Familie damals 368,5 Thaler betragen müßte, während der Höchstgehalt nur 380 Thaler betrug, und daß jede Arbeit, auch die des Lehrers, sich verschlechtern muß, wenn sie „unterm Preis“ geleistet wird. — Ein beständiger Abschnitt des Inhaltsverzeichnisses im Schulblatt war: „Zur Heimatskunde“, und darunter fanden sich manche interessante Aufsätze über Gegenstände aus unserem Herzogtume. Die Nachrichten aus dem Lande waren dagegen nicht sehr mannigfaltig und umfangreich, doch wurden meistens die Berichte über die Landes-Lehrerversammlungen und den Pestalozziverein aufgenommen. Litterarische Anzeigen und Beurteilungen erschienen auch in dem Blatte sowie noch Verschiedenes. Aber das Blatt wurde doch immer von einem Mitgliede der höchsten vorgesetzten Behörde der Lehrer herausgegeben, und so großes Vertrauen der Herausgeber unter den Lehrern genoß, so hielten diese doch in ihren Äußerungen im Blatte etwas zurück und wagten es selten, so ganz frei von der Leber weg zu sprechen. Im Jahrgange 1871 stand ein Aufsatz: „Des alten Schulmeisters Testament“, unterzeichnet R. In diesem kamen neben den aus einem wirklichen Testamente mitgeteilten Worten in dem Begleitschreiben Sätze vor, wie: „Mit 500 Thaler ist mancher heutige Schulmeister noch ein mißvergünsteter nobile“, und: „Worin liegt der Unterschied zwischen dem alten Schulmeister und dem modernen? Im Wissen? Im Fihelschreiben? Im Reden auf Lehrerkonferenzen? Ja! aber auch noch in etwas anderem!“ Viele Lehrer nahmen Anstoß an diesen in solchem Blatte mitgeteilten Worten, und sie riefen einen geharnischten Artikel von Behrens hervor, den das Schulblatt mit dem Bemerkten abdruckte: „Wir bedauern, daß der erste Aufsatz so wie hier von Herrn Behrens aufgefaßt ist, aber wir glauben uns jeder weiteren Äußerung enthalten zu dürfen“. — Am Ende des folgenden Jahrgangs (1872) teilt der Herausgeber mit: „Verschiedene Gründe sind Veranlassung, daß das Schulblatt zu erscheinen aufhören wird“.

Als 1875 in Gandersheim der Landes-Lehrerverein neu entstanden war und ein frischeres Leben in der Lehrerschaft zu erwachen schien, meinten die drei Vorstandsmitglieder auf der Rückreise von der Versammlung, zu einem regamen Lehrervereine gehöre auch ein Schulblatt, und sie entschlossen sich kurz zur Herausgabe eines solchen im bescheidensten Umfange von 1876 an. Die Ansprache: „An die Leser“ beginnt mit den Worten: „Mit frischem, fröhlichem Jugendmuth betreten die Herausgeber dieser Blätter eine Bahn, von der sie sich nicht verhehlen, daß sie viel Mühe und wenig Annehmlichkeiten in Aussicht stellt“. Dann weisen sie hin auf das neue Leben, das im ganzen deutschen Volke und wohl auch unter den braunschweigischen Lehrern erwacht sei. Sie vermessen sich nicht, aus den tiefsten Tiefen der Wissenschaft Ureigenstes heraufzubringen, oder ganz neue Bahnen brechen zu wollen; nur helfen wollen sie, daß das, was die größten Geister erarbeiteten und zu Tage förderten, weiter verbreitet und den Kollegen bequemer zugänglich werde. Zu ähnlicher Arbeit laden sie die Kollegen alle ein, damit unter Braunschweigs Lehrern im Tausch und reger Wechselwirkung ein frisches Leben zu gegenseitiger Förderung, Stärkung und Erquickung herrsche. Sie hoffen, damit von den Kollegen nicht ungern gesehen zu werden.

Ogleich von Freund Bormann im Namen mancher anderer Lehrer herzlich begrüßt, fand das Blatt von Anfang an doch nur einen beschränkten Leserkreis. Es suchte seinen Inhalt so reich und mannigfaltig als in dem beschränkten Umfange möglich war, zu gestalten, faßte namentlich das Vereinsleben unter den Lehrern ins Auge und brachte, wenn auch nicht Berichte über die Landes-Lehrerversammlungen, so doch meistens die dort gehaltenen Vorträge vollständig. Namentlich berichtete es aber über die Versammlungen der Kreis- und kleineren Lehrervereine, in denen damals sehr fleißig und vielseitig gearbeitet wurde. Es brachte auch vielerlei Nachrichten aus den Nachbarstaaten und aus ganz Deutschland und eine große Bücherschau. Trotzdem war auf der letzten Seite des dritten Jahrganges zu lesen: Mit der vorliegenden Nummer nimmt das Schulblatt Abschied von seinen Lesern. — Die Gedanken, welche die Herausgeber bewogen, es zu versuchen, der heiligen Sache der Schule und der Volksschule auch in dieser Art ihre Kräfte in Dienst zu stellen, haben sich nicht verwirklichen lassen. Wer die Schuld daran trägt? Es möchte noch das Leichteste sein, wenn die Herausgeber dieselbe wenigstens größtenteils übernehmen dürften. Wie es aber auch sei, an der Größe und Herrlichkeit der Sache, der sie dienten und dienen, an dem Fortschritt und dem endlichen Siege der Idee, welcher sie ihre Kräfte weihen, der Idee der allgemeinen Erziehung und Bildung des ganzen Volkes auch durch die Schule, verzweifeln sie darum doch nicht, und diese Zuversicht macht ihnen trotzallem den Abschied nicht allzuschwer.

Mit ähnlichen Gedanken möchte auch der Schreiber des vorstehenden ersten Teiles der „Geschichte des Braunschweigischen Landeslehrervereins“ von seinen Lesern Abschied nehmen.

Braunschweig, 9. September 1900.

F. Heege, Waisenhauslehrer.

---

# Die Versammlungen des Landes-Lehrervereins.

Nr.	Zeit	Ort	Zahl der Besucher	Leiter und Vorstand	Verhandlungen und Beschlüsse	Bemerkungen
Vorversammlungen.						
	1848, 2. Apr.	Braun- schweig	80	Inspekt. Meyer, Schmidt und Depu- tierte	Die Volksschule. Organi- sation, Leitung, Gehalts- verbesserung usw.	Adresse an den Herzog beschlossen.
	1848, 12. Apr.	Braun- schweig			?	
	1848, 4. Okt.	Wolfen- büttel	Ueber 100	Schmidt	Nur das umfassende Pro- gramm ist erhalten. Kein Bericht.	

## Versammlungen.

1.	1850, 2. Okt.	Wolfen- büttel	Ueber 100	Schmidt	Verhältnis der Schule zur Kirche. Schulaufsicht. Kon- ferenzen. Schulblatt. Stif- tung des Landes-Lehrer- vereins.	Petition beschlossen (Behrens, Dege, Meyer). Diesterweg und Tunita anwesend.
2.	1851, 23. Apr.	Wolfen- büttel	50—60	Tunita, Chamloth, Schmidt, Eilers, Behrens	Konferenzen. Gerechte An- forderungen an die Volks- schule. Fortbildungsan- stalten. Anschluß an den deutschen Lehrerverein. (Nur über den ersten Punkt verhandelt.)	Aufforderung zum Beitritt an die Lehrer.
3.	1851, 8. Okt.	Wolfen- büttel	50—60	Dieselben	Konferenzwesen.	Kein Bericht.
4.	1852, 14. Apr.	Schöppen- stedt	100	Dieselben	Berechtigte Anforderungen an die Volksschule. Das Lesebuch (Behrens).	Schmidts Schulbote erscheint.
5.	1852, 5. Okt.	Braun- schweig	100	Dieselben	Konferenzwesen. Es sollen Referenten bestellt werden. Schuldisziplin.	Versammlungen in Braunschweig, 2 Tage zu halten. Abschluß mit der Nach.-Mündch. Feuerverf.-Gesellsch.
6.	1853, 30. u. 31. März	Braun- schweig	80	Dieselben	Konferenzen. Mittel, Sinn für Geselligkeit zu wecken (Chamloth). Schulversäum- nisse (Tunita). Realien in der Volksschule (Eilers).	Nur Themen, die an- gemeldet sind, sollen verhandelt werden. Zur Visitation sind be- nachbarte Kollegen zu- zuziehen. Sammlung für Dolsteiner und Gräfe.

Nr.	Zeit	Ort	Zahl der Be- sucher	Leiter und Vorstand	Verhandlungen und Beschlüsse	Bemerkungen
7.	1853, 30. Sept.	Braun- schweig	70—80	Tunika, Chamloth, Schmidt, Gilers, Behrens	Konferenzen. Realien in der Volkschule (Chamloth). Rhythmischer Kirchengesang (Baake).	Betheil. der Unter- stützungsgelder der Nach.-Münch. Feuer- verf.-Gef. soll durch den Vorstand geschehen.
8.	1854, 19. Apr.	Braun- schweig	100	Dieselben	Konferenzen. Nachhaltig- keit des Unterrichts (Tu- nika). Fortbildungs- anstalten (Behrens).	Schmidts Hilfsver- ein.
9.	1854, 4. Okt.	Braun- schweig	100	Tunika, Chamloth, Behrens, Dents	Klagen über Konferenzen. Unterricht in den Realien (Schmidt). Gesangunter- richt (Günther). Biographie Junkers (Chamloth).	Erste Unterstützung d. Nach.-Münch. Gelder verteilt. Hilfsverein nochmals.
10.	1855, 11. Apr.	Braun- schweig	50	Dieselben	Konferenzen. Seidenbau der Lehrer (Hildebrand). Der geographische Unter- richt (Behrens).	Abhaltung der allgem. deutschen Lehrerverf. trotz Bemühungen von Tunika u. Chamloth nicht erlaubt.
11.	1855, 3. Okt.	Braun- schweig	50—60	Dieselben	Beförderungsmittel der Aufmerksamkeit (Chamloth).	Der neue Schul- und Seminar Direktor Hirsche gegenwärtig.
12.	1856, 26. März	Braun- schweig	70	Dieselben	Geschichtsunterricht (Beh- rens). Beförderung der Wahrheitsliebe bei Kindern (Greiffenhagen).	Tunika stirbt. 19. April 1856.
13.	1856, 1. Okt.	Harzburg	45	Cham- loth, Behrens, Dents, Hirsche	Nachruf für Tunika (Beh- rens). Der naturgeschicht- liche Unterricht (Chamloth).	
14.	1857, 15. Apr.	Braun- schweig	90— 100	Dieselben	Mittel, die Kinder zur Ord- nung und Pünktlichkeit zu gewöhnen (Dents). All- gemeine Unterrichtsgrund- sätze (Hirsche).	
15.	1857, 30. Sept.	Schöppen- stedt	70	Cham- loth, Behrens, Dents, Baake	Der orthographische Unter- richt (Hirsche).	
16.	1858, 8. Apr.	Braun- schweig	?	Dieselben	Vorschläge für eine metho- dische Bearbeitung des Rechenbuches von Tunika.	Hirsche Konsistorial- rat, Febr. 1858.

Nr.	Zeit	Ort	Zahl der Be- sucher	Leiter und Vorstand	Verhandlungen und Beschlüsse	Bemerkungen
17.	1858, 30. Sept.	Wolfen- büttel	?	Cham- loth, Behrens, Dentz, Baake	Erziehung der Kinder in der Volkschule durch Arbeit zur Arbeit (Chamloth).	Hirsche nimmt thä- tigen Anteil. Schmidts Schulbote hört auf.
18.	1859, 28. Apr.	Braun- schweig	?	Dieselben		Eintrittsgeld auf 2 Groschen festgesetzt.
19.	1859, 6. Okt.	Seesen	?	Dieselben		Es besteht kein Schul- blatt. Berichte nicht aufzufinden.
20.	1860, 12. Apr.	Braun- schweig	?	Dieselben		
21.	1860, 5. Okt.	Schö- ningen	100	Dieselben	Was kann die Schule thun, die Vaterlandsliebe zu wecken und zu nähren (Baake). Einigung in der deutschen Rechtschreibung.	Mehrere Geistliche, auch Hirsche gegen- wärtig.
22.	1861, 3. Apr.	Braun- schweig	Gegen 100	Dieselben	Ueber die Bedeutung des Turnens im allgemeinen und besonders für die Kinder der Volkschule (Penze I).	Schulblatt v. Hirsche erscheint.
23.	1861, 3. Okt.	Ganders- heim	110	Dieselben	Ueber die Erfordernisse eines zweckmäßigen Schulgebäu- des (Zusp. Lang). Ueber den Unterricht und die Er- ziehung der Mädchen in der gemischten Volkschule im Verhältnis zu der Bildung der Knaben (Chamloth).	Befichtigung der Se- henwürdigkeiten Gandersheims. (Wackebusch.)
24.	1862, 23. Apr.	Braun- schweig	150	Dieselben	Was ist vor allen Dingen erforderlich, um den Schul- findern das Rechtschreiben zu erleichtern (Zusp. Lang). Ueber Abschätzung der Schulstellen (Gehrs). Der Zeichunterricht in der Volkschule (Albrecht-Gan- dersheim).	Plan einer Witwen- kasse. Kommission wegen Abschätzung der Schulstellen gewählt.



Nr.	Zeit	Ort	Zahl der Be- sucher	Leiter und Vorstand	Verhandlungen und Beschlüsse	Bemerkungen
25.	1862, 3. Okt.	Helmstedt	?	Cham- loth, Behrens, Dentz, Baake	Auffahübungen in der Oberklasse der Volksschule (Ramke-Schöningen). Be- deutung des Dialekts für die Anfänge des Unterrichts überhaupt, namentlich für den Lesunterricht (Schmidt- Ludlum).	Kreisdirektor Grue gegenwärtig, empfiehlt Guslaw-Adolfsverein. Auf Antrag Gehrs eine Denkschrift be- schlossen.
26.	1863, 8. Apr.	Braun- schweig	?	Dieselben	Praktische Vorführung von Veranschaulichungen im Rechenunterricht (Nicolai- Veltheim). Gründung eines Pestalozzivereins beschlossen (Ramke-Schöningen).	Hirsche zum letzten mal in der Versamm- lung. Schulfinder gegenwärtig.
27.	1863, 1. Okt.	Wolfen- büttel	170	Dieselben	Grundsätze für die Anwen- dung des Dialekts in nieder- deutschen Volksschulen (Schmidt-Ludlum). Sta- tuten des Pestalozzivereins beraten. Damit tritt er ins Leben (Brancalio = Braun- schweig).	Stauschbach als Kon- sistorialrat gegen- wärtig; sein Hoch auf Hirsche. Telegramm an Hirsche u. Diehter- weg.
28.	1864, 30. März	Braun- schweig	90— 100	Dieselben	Nochmals die Grundsätze über Anwendung des Dia- lekts (Schmidt). Abände- rung einiger Punkte in den Statuten des Pestalozzi- vereins, um die Rechte einer mild. Stiftung zu erhalten.	Themata zu Vor- trägen wie Ort und Zeit der Versammlung sollen früh genug be- kannt gemacht werden.
29.	1864, 8. Okt.	Wolfen- büttel	150	Dieselben	Bericht der Kommission wegen Abschätzung ver- schoben (Gehrs-Söllingen). Allgemeiner Reformantrag (Kost-Wolfenbüttel). (Ver- besserungen den Behörden zu überlassen, aber Dentz- schrift).	Kommission gewählt. soll Ansicht aller Lehrer erkunden. 32 Fragen.
30.	1865, 20. Apr.	Braun- schweig	130	Cham- loth, Behrens, Kost, Baake, Heege	Fortbildungsschulen (Heine- mann-Wolfenbüttel). Das Ziel der Volksschule (Happe- Lutter a. B.)	Konzert und 2tägige Versammlung be- sprochen. Einladung durch Grumbach-See- sen. Vorführung von Turnschülerinnen durch Hermann.

Nr.	Zeit	Ort	Zahl der Be- sucher	Leiter und Vorstand	Verhandlungen und Beschlüsse	Bemerkungen
31.	1865, 4. Okt.	Seesen	Ueber 100	Cham- loth, Behrens, Kost, Baake, Heege	Welches Ziel hat die Lan- des-Lehrerverammlung zu erstreben u. in welches Ver- hältnis soll sie zur allgem. deutschen Lehrerversamml. treten (Dr. Arnheim-See- sen). Wie soll sich der Leh- rer zu dem im Volke er- wachten Streben nach Fort- bildung stellen (Behrens).	Organisation des braunschv. Lehrer- standes soll auf einer der nächsten Versamm- lungen besprochen werden. Gemeinamer Spaziergang u. Chor- gesang.
32.	1866, 4. Apr.	Braun- schweig	150	Cham- loth, Ehrenpräs. d. Baake, Behrens, Heege, Kost	Kommission zur Abfassung einer Denkschrift lehnt Be- richt ab (Behrens). Antrag auf eine Petition in betref- f Abschätzung der Stellen (Heege). Geologisch-geo- gnostisches Bild unseres Landes (Schucht-Ofer).	Kommission will ihr Mandat zurückgeben, weil nicht genügend auf ihre Fragen ge- antwortet. Behält es auf Wunsch.
33.	1866, 21. Okt.	Wolfen- büttel	150	Beh- rens, Baake, Heege, Kost, Chamloth	Diesterweg. (Chamloth.) Thesen und Debatte über Turmunterricht (Hermann).	Denkschriften-Kom- mission giebt ihr Man- dat zurück. An der Debatte beteiligen sich Physikus Schrader, Oberlehrer Koldewey.
34.	1867, 24. Apr.	Braun- schweig	?	Dieselben	Herstellung einer Heimats- kunde und Vaterlandskunde durch vereinte Arbeit der Lehrer (Heege). Die Zucht- mittel der Volksschule (Sölter).	
35.	1867, 1. u. 2. Okt.	Ganders- heim	100	Dieselben	Heimatskunde nochmals (Heege). Konzentration des Unterrichts (Chamloth).	Gelungenes Konzert durch die Lehrer.
36.	1868, 15. Apr.	Braun- schweig	?	Beh- rens, Baake, Behrs, Heege, Kost	Herstellung einer Heimats- kunde (Professor Hymann). Selbsthilfe d. Lehrer (Kost).	Feier für den verstor- benen Chamloth.
37.	1868, 29. u. 30. Sept.	Wolfen- büttel	220	Dieselben	Schule und Gesundheit (Physikus Schrader). Schönschreibunterricht (Behrs).	Gelungenes Kirchen- konzert. Fiederbest. Schreibhefte.
38.	1869, 31. März	Braun- schweig	150	Dieselben	Der erste Veseunterricht (Heege). Schulchronik und Schulstatistik (Brackebusch).	Kommission für Schul- statistik.

Nr.	Zeit	Ort	Zahl der Be- sucher	Leiter und Vorstand	Verhandlungen und Beschlüsse	Bemerkungen
39. (38.)	1869, 6. u. 7. Okt.	Helm- stedt	187	Beh- rens, Baake, Gehrs, Seege, Kost	Bericht der Kommission für Schulstatistik (Bradebusch). Das Lesebuch und der Un- terricht in der Volksschule (Gehrs).	Gemüttlicher Abend. Feuerwehrlübung vor- geführt.
40. (39.)	1870, 20. Apr.	Braun- schweig	?	Dieselben	Die Bildung der Lehrer (Sölter-Gittelde). Erklärung: Den Lehrern sei Zugang zu den Stellen der Direktoren und Inspek- toren zu eröffnen.	Vorstandswahl auf drei Jahre.
41. (40.)	1871, 15. Apr.	Braun- schweig	?	Dieselben	Eröffnungsworte üb. Schule und Krieg (Behrens). Be- sprechung über die Erklä- rung wegen Gehaltsver- besserung. Fortbildungs- anstalten (Ulsmann-Hallen- dorf).	
42. (41.)	1871, 5. Okt.	Schö- ningen	150	Dieselben	Fortbildungsanstalten (Ulsmann). Was wir wollen (Behrens).	
43. (42.)	1872, 3. Apr.	Braun- schweig	Zahl- reich	Dieselben	Reform der Seminare. Dauer der Schulpflicht (Gehrs).	Denkschrift und Peti- tion wegen Stellung und Bezahlung be- schlossen.
44. (43.)	1872, 4. Okt.	Schöppen- stedt	150	Dieselben	Sterbekassen und Lebens- versicherung. Vorbildung d. Lehrer (Bertram-Braun- schweig).	Staujebachs Schul- blatt hört auf.
45. (44.)	1873, 16. Apr.	Braun- schweig	?	Dieselben	Seminarfrage, Vorbildung der Lehrer (Bertram).	Petition deswegen be- schlossen. Dank für Schulgesetz.
46. (44.)	1873, 3. Okt.	Königs- lutter	140	Dieselben	Sterbekassen und Lebens- versicherung. Landeslehrer- verein. Der naturgeschicht- liche Unterricht in der Volks- schule (Heinemann).	
47. (45.)	1874, Früh- jahr	?	?	?	?	?
48. (46.)	1874, 30. Sept.	Wolfen- büttel	160	Dieselben	Gründung eines Landes- lehrervereins besprochen. Die soziale Frage und die Schule (Seege).	Konfistorialrat Stau- jebach gegenwärtig.

Nr.	Zeit	Ort	Zahl der Be- sucher	Leiter und Vorstand	Verhandlungen und Beschlüsse	Bemerkungen
49. (47.)	1875, 31. März	Braun- schweig	86	Beh- rens, Baake, Gehrs, Heege, Kost	Schreibhefte (Gehrs). Landeslehrerverein be- schlossen. Volksschulgesetz- gebung (Heege).	
50. (48.)	1875, 6. Okt.	Ganders- heim	115	Beh- rens, Heege, Heine- mann	Statuten eines Landes- lehrervereins angenommen. Der Kindergarten in seinem Einfluß auf die Erziehungs- fragen der Gegenwart, ins- besondere auf die Volks- und weibl. Fortbildungs- schule (Institutsvorst. Brey- mann-Wolfenbüttel).	Wohlgelungenes Kir- chenkonzert durch die Lehrer. Jährlich eine Versammlung.
51. (49.)	1876, 5. Okt.	Helmstedt	122	Dieselben	Feuerversicherung. Anfor- derungen von Familie, Ge- meinde, Kirche und Staat an die Volksschule und Vor- bedingungen dieser gerecht zu werden (Bormann- Wolfshagen).	Behrens ist krank, will zurücktreten. Bitte zu bleiben.
52. (50.)	1877, 3. Okt.	Braun- schweig	200	Dieselben	Rückblick und Ziel der Ver- sammlungen (Behrens). Die nationale Aufgabe der Volksschule (Heinemann).	Zubiläumsversamml.
53. (51.)	1878, 2. Okt.	Blanken- burg	?	Neuwahl. Dieselben	Orthographiereform (Dir. Schaarschmidt). Der Reli- gionsunterricht in d. Volks- schule (Sölter-Blankenburg).	
54. (52.)	1879, 8. Okt.	Wolfen- büttel	(500)	Dieselben	Einweihung des neuen Se- minargebäudes als Festver- sammlung.	Bedeutende Rede des Seminar Direktors Matthias.
55. (53.)	1880, 8. Okt.	Seesen	Ueber 100	Dieselben	Rechtschreibung, Sterbekasse. Erziehung zur Selbstthätig- keit (Regener-Galvörbe).	
56. (54.)	1881, 4. Okt.	Schöppen- stedt	?	Wieder- wahl der- selben	Das erste Schuljahr (H. Schmidt-Braunschweig).	
57. (55.)	1882, 4. Okt.	Braun- schweig	Zahl- reich	Dieselben	Der naturhistorische, spe- ziell der botanische Unter- richt (Peters-Braunschweig). Reform unserer Schreib- schrift (Baake-Braunschw.).	Besuch des Domes. Vorversammlung.

Nr.	Zeit	Ort	Zahl der Be- sucher	Leiter und Vorstand	Verhandlungen und Beschlüsse	Bemerkungen
58. (56.)	1883, 3. Okt.	Schö- ningen	180	Beh- rens, Heege, Heine- mann	Nicht der Schule, sondern dem Leben (Heege). Die Vernbücher der Volksschule für den Unterricht in den Realien (Thorhauer-Wol- fenbüttel).	Von mehreren Geist- lichen und Schulvor- standsmitgliedern be- sucht.
59. (57.)	1884, 1. Okt.	Wolfen- büttel	200	Wieder- wahl der- selben	Der Zeichenunterricht in der Volksschule (Runge- Braunschweig). Behand- lung sprachkranker Kinder in der Volksschule (Schuch- t-Braunschweig).	Ausstellung von Zeich- nungen.
60. (58.)	1885, 7. Okt.	Braun- schweig	200	Dieselben	Jakob Grimm nach seiner Bedeutung für Volk und Schule (Behrens). Grund- züge für d. Unterricht in d. Weltgeschichte mit beson- derer Berücksichtigung der ländlichen Verhältnisse (Riemann-Delsburg).	
61. (59.)	1886, 5. Okt.	Königs- lutter	200	Dieselben	Herbarts Bedeutung für die Volksschule (Heinemann). Wo stehen wir? (Bormann- Beckelbe).	Besuchte und belebte Versammlung.
62. (60.)	1887, 5. Okt.	Braun- schweig	400	Wieder- wahl der- selben	Die Auswahl des Unter- richtsstoffes für die Volks- schule (Heege).	Vorversammlung. Hinweisung auf das neue Schulblatt.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Jahr	Vorstand	Mitglieder				Lehrer, Nichtmitglieder	Beiträge	Gaben	Zinsen	Sonstige Einnahmen	Summe der Einnahme
		Summe derselben	Davon Lehrer	Geistliche	Aus anderen Ständen		M	M	M	M	M
1863/64	Brancalio, Friedrichs, Leibbrod,	—	—	—	—	—	1147	385	70	505	2107
1865	Baake, Behrens,	—	—	—	—	—	1235	679	170	—	2062
1866	Seege.	—	—	—	—	—	1219	627	256	81	2183
1867		—	—	—	—	—	1165	278	280	180	1863
1868		582	455	67	27	—	1258	1481	315	—	3054
1869		—	—	—	—	—	1187	388	423	240	2239
1870		—	—	—	—	—	1356	284	470	201	2309
1871	Brancalio, Friedrichs, Schaar-	538	438	57	43	Ueber 100	1312	330	484	—	2126
1872	schmidt, Baake,	—	—	—	—	—	1512	1335	447	—	3294
1873	Behrens, Seege.	—	—	—	—	—	1555	895	585	82	3117
1874		611	—	—	—	—	1840	1128	642	42	3652
1875	Schaarschmidt,	605	499	53	33	—	1874	902	687	21	3284
1876	Grube, Friedrichs,	633	535	51	47	—	1974	1470	757	202	4202
1877	Baake, Behrens,	661	550	54	57	—	1977	848	826	45	3704
1878	Seege.	663	565	45	53	Ueg. 100	2082	1310	894	159	4445
1879		687	577	50	60	—	2118	885	1008	2341	6352
1880		679	565	55	59	—	2117	1061	1130	243	4521
1881		723	609	63	51	—	2262	2555	1427	251	6495
1882		752	634	66	52	—	2308	838	1474	489	5109

# Wesfalozi-Verein.

13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
Jahr	Unterstützte			Jede Person	Unterstützungen			Summe der Unterstützung	Kapital	Versammlung	Bemerkungen
	Witwen und Waisen	Davon außerord. unterstützt	Unberechtigte Personen		Regelmäßige Unterstützungen	Außerord. Unterstützungen	an unberechtig. Personen				
	M	M	M	M	M	M	M	M	M		
1863/64	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Wolfenbüttel	Von Schmidts Hilfsverein 785 M. Vom Schulblatt 505 M.
1865	9	2	3	—	88	15	45	148	2 870	Seesen	
1866	18	3	4	9	162	34	75	271	4 500	Wolfenbüttel	Vom Schulblatt 81 M.
1867	31	2	8	9	279	30	108	417	6 300	Gandersheim	Kirchenkonzert der Lehrer.
1868	38	8	10	18	594	129	150	873	7 800	Wolfenbüttel	Konzert in Braunschweig 965 M.; in Wolfenbüttel 222 M.
1869	57	8	26	12,9	738	109	240	1087	9 900	Helmstedt	Konz. in Braunschw. 150 M.; Silber Fiederbuch 90 M.
1870	59	9	27	13,3	785	111	274	1170	11 100	—	
1871	67	10	26	12,9	866	180	258	1304	11 700	Schöningen	
1872	77	11	23	12	924	120	297	1341	12 300	Schöppenstedt	Vom Minister. 600 M. Leibrod stirbt. Schaarschmidt Kassenführer.
1873	88	16	26	12	1056	177	280	1513	14 820	Königsutter	
1874	94	18	26	12	1128	225	288	1641	14 100	Wolfenbüttel	Konz. in Salzdahlum 121 M.; in Wolfenbüttel 232 M. Beistrag 3 M.
1875	99	20	29	12,5	1137	280	339	1856	15 300	Gandersheim	Konz. in Gandersheim 105 M. Brancalio stirbt. Grube Kassenführer.
1876	117	19	29	11	1287	243	368	1898	17 100	Helmstedt	Konz. des Männerges. in Braunschw. 450 M. in Delligen 65 M.
1877	126	21	25	12	1386	266	284	1936	20 500	Braunschweig	
1878	124	23	23	12	1488	310	281	2079	21 000	Blankenburg	Kirchenkonz. in Braunschweig 592 M. Von den Schreih. 159 M.
1879	131	25	23	12	1572	396	275	2243	22 800	Wolfenbüttel	Konzerte 161 M. Legate 300 M. Schreih. 107 M. Lebensversicherung 77 M. Ueberfluß der Lehrerverf. 1857 M.
1880	140	26	27	12	1680	433	323	2436	24 950	Seesen	Minist. 400 M. Schreih. 141 M. Schradet-Konz. 450 M. Lebensversicherung 102 M.
1881	145	36	22	15	1740	481	263	2487	28 950	Schöppenstedt	Minist. 500 M. Legat 1500 M. Schradet-Konz. 420 M. Schreih. u. Fiederbuch. 131 M. Lebensversicherung. 120 M.
1882	141	33	22	15	2115	735	329	3179	34 100	Braunschweig	Minist. 500 M. Brühn 300 M. Schradet-Konz. 135 M.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Jahr	Vorstand	Mitglieder				Lehrer, Mitgliedlicher	Beiträge M	Gaben M	Zinsen M	Sonstige Einnahmen M	Summe der Einnahme M
		Summe derselben	Davon Lehrer	Gewöhnliche	Aus anderen Ständen						
1883		776	665	65	46	—	2431	540	1576	462	4821
1884	Friedrichs, Grube, Baake, Bormann, Behrens, Heege.	806	692	73	41	—	2657	836	1734	330	5556
1885		837	721	78	38	—	2781	2160	1772	356	7069
1886	Behrens, Baake, Bormann, Heine- mann, Heege.	874	748	86	40	—	2898	1247	1923	430	6498
1887	Behrens, Baake, Bormann, Heege, Heinemann, Schra- der.	884	768	76	40	110	3238	1384	1960	457	7039



13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
Jahr	Unterstützte			Jede Person	Unterstützungen			Summe der Unterstützung	Kapital	Versammlung	Bemerkungen
	Witwen und Waisen	Davon außerord. unterstützt	Unberechtigte Personen		Regelmäßige Unterstützungen	Außerord. Unterstützungen	an unberechtigten Personen				
	M	M	M	M	M	M	M	M	M		
1883	138	31	25	15	2070	705	417	3192	35 600	Schöningen	Minist. 400 M Lebensversich. 134 M Schreibhefte 140 M
1884	146	32	28	15	2190	715	471	3285	38 600	Wolfenbüttel	Schaarschmidt zurückgetreten, Bormann gewählt. Minist. 500 M Konz. 174 M Lebensvers. 174 M Schreibhefte und Alphabete 180 M Legat 3000 M
1885	164	40	27	15	2460	870	468	3689	41 100	Braunschweig	Minist. 500 M Legat 500 M Konzerte 778 M Lebensvers. 164 M Schreibhefte u. Alphabete 143 M Grube tritt zurück. Friedrichs stirbt.
1886	163	41	28	15	2490	875	598	3963	45 000	Königsutter	Konzerte 262 M Legate 300 M Minist. 500 M Braunsch. Lehrerver. 100 M Hefte 60 M Alphabete 189 M Lebensvers. 181 M
1887	181	50	37	15	2715	970	452	4137	51 500	Braunschweig	Minist. 500 M Legat 30 M Konzerte 174 M Oratorienverein 325 M Lutherfestspiel 200 M Lebensvers. 193 M Litterarisch. 264 M Beitrag 4 M

## Zweiter Teil.

---

### Die Zeit der Neugestaltung und festern Gliederung.

Von 1888 bis zur Gegenwart.

---

Mit dem Eintritt in diese Abteilung unserer Zeitschrift gelangen wir zu einem lichterem Teile der Vereinsgeschichte, zu ergiebigen Quellen und vollständigen Nachrichten: Vor dem Berichterstatter breitet sich reiches Material aus. Das ist einerseits angenehm, andererseits nicht so erfreulich: die meisten Leser wissen nämlich bereits, was erzählt wird, sie haben es gelesen oder gar erlebt, und der Geschichtsschreiber findet seine Arbeit gethan, der Reiz des Neuen fehlt.

Aber liegt nicht darin doch wiederum auch ein Vorteil und eine Aufmunterung? Es ist doch ein ander Ding, in gewissem Zusammenhange zu lesen und vielleicht noch von einem anderen Standpunkte der Betrachtung aus, als bruchstückartig und ohne Plan. Und wer die Ereignisse mit erlebt oder gar mit geschaffen hat, versetzt sich im Geiste noch einmal in alle Lagen zurück und belebt die schlichte Berichterstattung mit der erfrischenden Kraft der Erinnerung und Phantasie. Darum geziemt uns, auch an die Behandlung dieses Teiles unserer Vereinsgeschichte mit vollem Interesse und treuer Hingebung zu gehen.

Wir geben zunächst eine Uebersicht darüber und glauben, dabei am zweckmäßigsten zu verfahren, wenn wir alle Geschehnisse und Leistungen aus dem Leben des Vereins nach der Scheidung zwischen äußeren und inneren Vereinsangelegenheiten darstellen. Zu jenen zählen wir 1. Wachstum, Gliederung, Satzungen; 2. Die Beziehung zum Deutschen Lehrerverein; 3. Nebenbildungen und Anlehnungen; 4. Feierlichkeiten des Vereins und Teilnahme an solchen; zu diesen 1. Vorträge und ähnliche Verhandlungen; 2. Eingaben, Denkschriften und ähnliche Bestrebungen. Darnach gliedert sich unsere ganze zweite Abteilung in zwei Abschnitte mit je vier und zwei Kapiteln.

## Erster Abschnitt:

### Die äußeren Angelegenheiten des Vereins.

#### 1. Wachstum, Gliederung, Sitzungen.

Als, wie bekannt, schon 1876 das „Braunschw. Schulblatt“ nach nur dreijährigem Bestehen „wegen Mangels an Abonnenten“ eingegangen war, machte Ende 1887 Schuldirektor Schaarschmidt in Braunschweig einen neuen Versuch mit einer Zeitschrift für die braunschweigischen Lehrer. Er begründete am 1. Dezember 1887 das „Neue Braunschweigische Schulblatt“, als eine freistehende Zeitung, unabhängig vom Lehrerverein und ohne dessen Vorstand zu der Gründung heranzuziehen. Es erschien im Bruhnschen Verlage (Eugen Appelhans) in Braunschweig und kam monatlich zweimal heraus. Seinem neuen Unternehmen gab der Herausgeber ein Vorwort mit, aus dem man sieht, wie das Blatt neben anderen Aufgaben auch den Wunsch hegte, „für die Berufsgenossen der heimatlichen Schule das einigende Band und die belebende Kraft, das getreue Spiegelbild ihrer Bestrebungen und Stimmungen zu werden“.

Dieser Wunsch ist dem Blatte gleich in den ersten Jahren seines Erscheinens, und später immer mehr, reichlich in Erfüllung gegangen, und es hat namentlich für die Neubelebung des Gemeinfinns und des Vereinsgeistes in der braunschweigischen Lehrerschaft bald vortreffliche Dienste geleistet. Die Angelegenheiten der Schule und der Lehrer hatten wieder ein öffentliches Organ. Anregungen, Aussprachen, Versammlungen fanden reichlicher statt, und dem schon vorhandenen Streben nach Auffrischung und weiterer Ausgestaltung des Vereinswesens erstand thatkräftige Hilfe. Ältere Kreis- und Zweigvereine, die zum Teil förmlich eingeschlafen, zum Teil gar Regelvereine und ähnliches geworden waren, erwachten wieder in frischer Regung und völlig neue Vereine kamen hinzu.

Am 11. Juli 1888 bildete sich z. B. mit 13 Mitgliedern der Lehrerverein Vorsfelde. Als Vorsitzender wurde Kantor Vohmann in Vorsfelde gewählt. Die Versammlungen des Vereins sollten monatlich stattfinden.

Am 26. September wurde von 24 Lehrern des Amtsbezirks Schöningen die Gründung eines Schöninger Lehrervereins beschlossen. Kantor Bosse in Esbeck wurde zum Vorsitzenden gewählt. (Am 19. Dezember 1888 erklärte der Verein seinen Beitritt zum Landes-Lehrerverein.)

Diesem frischen Geiste, der Altes belebte und Neues hervorrief, verdankte auch der Landes-Lehrerverein eine neue Zeit: Die Zeit der Ausgestaltung und festeren Gliederung, die 1888 begann

und in den folgenden Jahren das schöne, wohlgefügte Vereinsgebäude hervorbrachte, dessen wir uns heute erfreuen. Es mag darum auch in unserer Festschrift unerwähnt bleiben, was an mancherlei herben Meinungsverschiedenheiten, ja an Bitternissen und persönlichem Verdruß bei diesen Vorgängen nebenherlief: vorbei ist alles, und in Einigkeit und Treue steht heute jedes Mitglied zu seinem glücklich erblühten Landes-Lehrerverein. So kann denn ohne Zorn und Eifer berichtet werden von jenen Tagen.

Ein Hauptantrieb zum weiteren Ausbau des Vereinswesens ging von der Lehrerschaft der Stadt Braunschweig aus. Dort hatte anfangs 1888 der jüngere Lehrerverein in Verbindung mit dem Vorstande des älteren Lehrervereins Vorträge und Anträge beraten, die für die Kennzeichnung und Beurteilung der damaligen Lage von Wichtigkeit sind und darum hier folgen mögen. Sie lauten also:

1. Der Volksschullehrerstand des Herzogtums Braunschweig hat die Pflicht
  - a) die erprobten Ergebnisse der Schulwissenschaft und die bewährten Einrichtungen auf dem Gebiete der Schulverwaltung der heimatischen Volksschule nutzbar und auf etwa wünschenswert erscheinende Änderungen in den Einrichtungen derselben aufmerksam zu machen,
  - b) die Landesinteressen nach innen und außen zu wahren,
  - c) die Errungenschaften auf dem Gebiete des heimatischen Volksschulwesens weiter dienstbar zu machen und somit an der Entwicklung des deutschen Volksschulwesens nach Kräften mitzuarbeiten.
2. Der Braunschweiger Landes-Lehrerverein ist in seiner jetzigen Gestaltung nicht im stande, diese Aufgaben in vollem Umfange zu erfüllen,
  - a) weil der Beratungsstoff für die Versammlungen nicht allseitig vorberaten und vorbereitet wird, so daß die Teilnehmer an denselben meist ungenügend vorbereitet an die Verhandlungen herantreten,
  - b) weil im Zusammenhange damit die Beschlüsse derselben zu sehr aus augenblicklicher Stimmung hervorgehen und leicht von Zufälligkeiten abhängig sind,
  - c) weil auf solche Weise wichtige Angelegenheiten zu wenig reiflich erwogen und erledigt werden und infolgedessen die Beschlüsse der Versammlungen nicht die wünschenswerte Beachtung finden können.
3. Die im Herzogtume Braunschweig bestehenden Kreislehrervereine und Einzelvereine sind gleichfalls nicht im stande, die unter 1. angedeuteten Ziele zu erreichen, weil die Kreisvereine untereinander und mit den Einzelvereinen, ferner die letzteren untereinander nur ungenügende Verbindungen unterhalten, und weil die Einzelvereine überhaupt niemals die Gesamtheit vertreten können.
4. In Erwägung, daß nur ein festgegliederter Landes-Lehrerverein die unter 1. angedeuteten Ziele erreichen und die unter 2. erwähnten Uebelstände vermeiden kann, wolle der Braunschweiger Lehrerverein erklären: Es ist eine weitere Ausgestaltung des Landes-Lehrervereins dringend geboten, dahingehend:
  - a) daß ein engerer Zusammenschluß der Kreis- und der Zweigvereine (Lehrerverein und nichtamtlichen Inspektionskonferenzen), überhaupt ein engerer Zusammenschluß aller Berufsgenossen im Lande herbeigeführt werde,
  - b) daß Vereinbarungen getroffen werden, vermöge deren die Verhandlungsgegenstände für die Hauptversammlungen in den Zweigvereinen genügend vorbereitet und vorberaten und die Arbeiten der Einzelvereine der Gesamtheit dienstbar gemacht werden können.

5. Zu diesem Zwecke wolle der Braunschweiger Lehrerverein seinen Vorstand beauftragen, einen Entwurf, betreffend die weitere Ausgestaltung der bisherigen Satzungen des Landes-Lehrervereins vorzubereiten und diesen dem Braunschweiger Lehrervereine demnächst vorzulegen, damit derselbe späterhin der Hauptversammlung des Landes-Lehrervereins zur endgültigen Entscheidung unterbreitet werde. (S. Schulblatt I. Bd. S. 124.)

In der Sitzung vom 24. April 1888 wurden nun vom älteren Braunschweiger Lehrerverein nach einem Vortrage des Lehrers Kielhorn „Ueber die weitere Ausgestaltung des Landes-Lehrervereins“ die vorstehenden Thesen beraten. Sie wurden außer dem ersten Satze abgelehnt. Doch die Bewegung war damit nicht zur Ruhe und zum Stillstande gebracht worden. Im Schulblatt vom 15. Juni 1888 brachte „ein Landschullehrer“ (der Rektor Tiemann in Neu-Delz-burg; er nannte sich in der Folge) die Angelegenheit der Neugrün-dung bezw. Neugestaltung des Landes-Lehrervereins vor die Öffent-lichkeit, und so konnte die ganze Lehrerschaft des Landes sich ihrer annehmen. Das geschah auch. Bald erklärte eine Lehrerversamm-lung im Kreise Blankenburg: „Es ist eine weitere Ausgestaltung des Landes-Lehrervereins dringend geboten.“ Der Zweigverein der Inspektion Königs-Lutter sagte: „Man wünscht auch hier eine weitere Ausgestaltung des Lehrervereinswesens und stimmt den be-kannten Anträgen des Braunschweiger Lehrervereins (s. oben) zu.“ Freilich fehlte es auch an gegenteiligen Äußerungen nicht, so wird von dem Vereine der Inspektion Campen berichtet: „Es ist nicht nötig, daß das Vereinswesen unseres Landes geändert werde. Darum Treue dem alten Vorstande des Landes-Lehrervereins, Treue den alten Satzungen!“ Auch in Wolfenbüttel auf der Kreislehrerver-sammlung wurde beschlossen: „Die jetzige Einrichtung des Braun-schweigischen Landeslehrervereins ist ausreichend und zweckentsprechend.“ Doch kam wieder aus dem Kreise Holzminden diese Kundgebung: „Wir sind einstimmig (Nemter Ottenstein und Eschershausen) der Ansicht, daß durch eine festgegliederte Organisation eines Landes-Lehrervereins die Interessen der braunschweigischen Lehrer gefördert werden.“ Ferner hatte bereits der Kreisverein Helmstedt an den Vorstand des Landes-Lehrervereins den Antrag gestellt, eine Ver-sammlung der Vertreter der Kreisvereine zusammenzuberufen und über eine Statutenänderung des Landes-Lehrervereins zu beraten. Der Vorstand ging darauf ein und berief zum 16. September 1888 eine Vertreterversammlung der Kreisvereine nach Borsum.

Hier waren denn auch die meisten Kreisvereine durch ihre Vor-sitzenden oder besondere Abgeordnete und Vertrauensmänner ver-treten. Man einigte sich recht bald unter zu Grundlegung der alten Statuten des Landes-Lehrervereins dahin, der am 3. Oktober zu Holzminden stattfindenden Hauptversammlung zu empfehlen, die folgenden Satzungen anzunehmen:

1. Unter den Lehrern des Herzogtums Braunschweig besteht ein Verein, der den Namen „Braunschweigischer Landes-Lehrerverein“ führt.

2. Der Zweck dieses Vereins besteht darin, die Interessen der Schule und der Lehrer zu fördern und zu vertreten.
3. Der Verein besteht aus sieben Kreisvereinen (Verein der Stadt Braunschweig und Vereine der sechs Kreise). Die Kreisvereine gliedern sich nach ihren besondern Verhältnissen in Zweigvereine.
4. Jeder Lehrer, welcher seinen Beitritt zu einem Zweigvereine erklärt hat, ist auch Mitglied des betreffenden Kreisvereins und des Landes-Lehrervereins.
5. Die Zweig- und Kreisvereine ordnen ihre Angelegenheiten selbständig.
6. Der Beitritt von Freunden der Schule und der Lehrer zu dem Landesvereine oder den einzelnen Vereinen ist erwünscht.
7. Die Leitung des Vereins ruht in den Händen eines aus drei Mitgliedern bestehenden Vorstandes, der auf einer Vereinsversammlung von den Anwesenden auf drei Jahre gewählt wird.
8. Der Vorstand hat den Verein nach außen zu vertreten. Dem Vorstande zur Seite steht ein Ausschuß, zu dem jeder Kreisverein ein Mitglied entsendet. Dieser Ausschuß soll die Verbindung zwischen dem Landesvereine und den Kreisvereinen herstellen und dem Vorstande ratend und helfend zur Seite zu stehen.
9. Der Ausschuß wird alljährlich, in der Regel in den Osterferien, vom Vorstande zu einer Versammlung berufen. Die durch diese Versammlung entstehenden Reisekosten werden den Ausschußmitgliedern aus der Kasse ihres Kreisvereins, den Vorstandsmitgliedern aus der Kasse des Landesvereins vergütet. Eine zweite Versammlung des Ausschusses wird erforderlichenfalls mit der Hauptversammlung verbunden.
10. In der Regel wird alljährlich, an verschiedenen Orten des Herzogthums abwechselnd, eine Vereinsversammlung gehalten.
11. Der Vereinsvorstand hat Ort und Zeit der Versammlung festzustellen und die nötigen Vorbereitungen für dieselbe zu treffen.
12. Die Tagesordnung der Versammlung, sowie die Beratungsgegenstände und etwaige Leitsätze der zu haltenden Vorträge sind thunlichst frühzeitig den Kreisvereinen mitzutheilen.
13. Jedes Mitglied des Vereins hat das Recht, Anträge zu stellen. Betreffen dieselben wichtige Angelegenheiten, so hat der Vorstand solche durch Vermittelung des Ausschusses den Kreisvereinen vorzulegen, bevor darüber auf der Landesversammlung verhandelt wird.
14. Jedes Mitglied des Landesvereins hat einen Jahresbeitrag von 20 Pfg. zu entrichten, welcher in den Kreisvereinen zu erheben und bis zum 31. Dezember an den Vorstand des Landesvereins abzuliefern ist.
15. Abänderungen dieser Satzungen können auf jeder Vereinsversammlung beschlossen werden, wenn der Antrag darauf vorher den Kreisvereinen zur Beratung vorgelegt ist und  $\frac{2}{3}$  der auf der Versammlung erschienenen Vereinsmitglieder sich dafür erklären.

So war denn alles für eine endgiltige Neugestaltung des Vereinswesens vorbereitet und als nun wirklich am 3. Oktober 1888 auf der 61. Landes-Lehrerversammlung zu Holzminden diese Frage zur Verhandlung kam, wurden die Borkumer Satzungen angenommen. Damit war für die Neuordnung der feste Grund gelegt und der Bau konnte weitergeführt werden. Er dehnte sich auch bald aus, denn der Verein wuchs zusehends.

Schon am 30. Oktober erklärte sich aufs neue der Lehrerverein der Stadt Braunschweig als Kreisverein des Landes-Lehrervereins

(1877 zum erstenmal, doch in Unsicherheit der Aufnahme, scheinbar ohne alle Wirkung, vergl. Schulblatt I. S. 205).

Am 7. November 1888 wurde der Bezirks-Lehrerverein Schöppenstedt gegründet, mit 26 Mitgliedern und dem Kantor Hauer in Schöppenstedt als Vorsitzenden.

Am 21. November desselben Jahres bildete sich in Calvörde ein neuer Bezirksverein, der gleichzeitig seinen Beitritt zum Landes-Lehrerverein erklärte. Vorsitzender wurde Rektor Regener in Calvörde, heute Seminarlehrer in Braunschweig.

Am gleichen Tage entstand in Stadtholendorf ein Lehrerverein unter dem Voritze des Lehrers Hage in Eschershausen.

Am 30. November wurde in Belpke ein Lehrerverein gestiftet, Vorsitzender wurde Kantor Koch in Graßhorst.

Der 19. Dezember sah zwei neue Vereine entstehen: den Zweiglehrerverein Blankenburg mit dem Lehrer Palm in Blankenburg als Vorsitzenden

und den Bezirkslehrerverein Seesen-Gittelde mit 16 Mitgliedern und dem Kantor Fuhrmann in Bornhausen als Vorsitzenden.

Am 28. Dezember schlossen sich die Bezirksvereine Gandersheim, Seesen-Gittelde, Lutter a. B. und Greene zum Kreislehrerverein Gandersheim zusammen.

Neben diese Aufgaben der Einigung und festeren Zusammenschließung des Vereins stellte sich bald als Gegenstand neuer Sorge die Beschaffung eines Vereinsorgans.

Wie bereits erwähnt, war das „Neue Braunschweigische Schulblatt“ als freies und unabhängiges Organ gegründet worden, wobei aber der Wunsch ausgesprochen war, das Blatt möchte für die Lehrerschaft ein einigendes Band werden. Darum hatte auch bald der Herausgeber, Schuldirektor Schaarschmidt, dem Vorstande des Landes-Lehrervereins das Blatt zu allen das Vereinswesen betreffenden Bekanntmachungen und Mitteilungen jederzeit zur Verfügung gestellt. Später wurde das Anerbieten noch erweitert: „Behufs Förderung der Interessen von Schule und Lehrerstand, sowie behufs Erzielung der gewünschten engeren Verbindung zwischen dem Vorstande und den Mitgliedern des Landes-Lehrervereins“, erklärten sich Herausgeber und Verleger des „Neuen Braunschweigischen Schulblattes“ bereit, „von einem seitens des Vorstandes zu bestimmenden Zeitpunkte an, allmonatlich zu dem Neuen Braunschweigischen Schulblatt eine Beilage in der Stärke von vier Druckseiten erscheinen zu lassen, welche von dem Vorstande herausgegeben und von demselben zu allen das Lehrervereinswesen betreffenden Mitteilungen benutzt werden kann“. (N. Br. Schulbl. II, 137).

Aber der Vorstand war der Ansicht, ein Blatt, das ihm allein verantwortlich und ganz im Dienste des Vereins stände, dazu jedem Mitgliede vom Vereine aus geliefert würde, sei der ganzen Sache

dienlicher, und er lehnte das Anerbieten „unter obwaltenden Verhältnissen“ ab.

Inzwischen hatten sich aber schon in den Bezirksvereinen die Beschlüsse gehäuft, das „N. Br. Schulbl.“ als Vereinsorgan entweder anzuschaffen oder beizubehalten. Wesentlich dazu geholfen hat jedenfalls ein im Braunschweiger Lehrerverein gehaltenen Vortrag vom Mädchenschullehrer A. Fricke in Braunschweig, des späteren Vorsitzenden des Landes-Lehrervereins. Der Vortrag wurde nämlich im Schulblatt veröffentlicht, auf Wunsch des Lehrervereins in Braunschweig. — In Ordnung gebracht wurde die Sache auf der Landes-Lehrerverversammlung in Helmstedt am 2. Oktober 1889. Nachdem fast alle Vereine im Herzogtum erklärt hatten, das „Neue Braunschweigische Schulblatt“ zum Organ des Landes-Lehrervereins machen zu wollen, beschloß die Versammlung in diesem Sinne.

Damit war ausgesprochen, einmal, daß der Vorstand nun die Verpflichtung hatte, seine sämtlichen den Verein betreffenden Bekanntmachungen und Mitteilungen durch das Schulblatt zu veröffentlichen, sodann aber auch, daß man über die Verhandlungen in den Einzelvereinen regelmäßig Berichte an das Blatt senden sollte.

Noch ein anderer Gegenstand wurde auf der Helmstedter Versammlung erledigt, wichtiger fast wie alle anderen, da er tief eingriff in persönliches Empfinden und persönliche Teilname: die Vorstandesfrage. Es waren nämlich mancherlei Grundansichten und Einzelvorgänge, die dem alten bisherigen Vorstände den Entschluß reifen ließen, von seinem Posten zurückzutreten. Dies geschah nun, wie schon angedeutet, auf der 62. Landes-Lehrerverversammlung in Helmstedt. Hier legten am 2. Oktober nach dem Vortrage des Rektors Regener über den naturgeschichtlichen Unterricht im Anschluß an Junges Dorsteich die Herren Behrens, Heege und Heinemann ihr Amt nieder, das sie lange Jahre hindurch in Treue verwaltet hatten. Sie hatten im Interesse der Schule und der Lehrer viel Mühe und Arbeit gehabt, und der Dank der Versammlung, der ihnen durch Erheben von den Sitzen dargebracht wurde, ist keine bloße Formel gewesen. Mit Recht bemerkt auch das „Neue Braunschweigische Schulblatt“ in seinem Berichte bei dieser Gelegenheit: „Der bisherige erste Vorsitzende, Herr Behrens, hat seit 1847 in hervorragender Weise sich um unser Vereinsleben, seit Jahrzehnten um die Leitung unserer Versammlungen die größten Verdienste erworben, er hat besonders in den trüben Zeiten, in denen die Wogen das Schiffelein unseres Vereinslebens sehr bedrohten, und die Beteiligung an den Versammlungen recht lau war, das Banner hoch gehalten und fest besseren Zeiten vertraut. In der Geschichte unseres Vereinslebens und damit in den Herzen aller braunschweigischen Lehrer hat er sich somit ein ehrendes, bleibendes Andenken gesetzt. (Siehe Schulblatt II, 266).

Bei der alsdann vom Kantor Markwort in Helmstedt geleiteten



Neuwahl durch Stimmzettel kam es zu folgendem Ergebnis: A. Fricke, Lehrer an der städtischen höhern Mädchenschule in Braunschweig, wurde I. Vorsitzender, C. Litzmann, Lehrer an der Bürgerschule in Holzminden, wurde II. Vorsitzender und A. Horn in Vesse wurde Kassierer des Vereins.

Mit dem üblichen Danke traten die Genannten ihr neues Amt an, Herr Fricke übernahm den Vorsitz und nachdem er in kurzen Worten sein Programm entwickelt hatte, wurde die bereits erwähnte Schulblattfrage erledigt. Damit schloß die Helmstedter Versammlung. Sie bedeutet nach der persönlichen Seite hin einen wichtigen Markstein in der Geschichte unseres Vereinswesens: von ihr ab datiert die Leitung des heutigen Vorstandes und die Haltung des Neuen Braunschweigischen Schulblattes als Vereinsorgan, von ihr ab datiert dann ferner noch eine ruhige, stetig und sicher fortschreitende Entwicklung unsers Landes-Lehrervereins, der auf gutem Grunde sich immer mehr festigte und vervollkommnete.

Eine der nächsten Aufgaben des Vereins wurde jetzt die Feststellung einer neuen Geschäftsordnung des Vereins. Unter Berücksichtigung der Beratungen der Einzelvereine über diesen Gegenstand, von denen namentlich die Vorschläge des Zweigvereins Helmstedt grundlegend waren (Schulblatt III, 33), arbeitete der Vorstand einen Entwurf aus und legte ihn auf der Landes-Lehrerverversammlung in Blankenburg am 29. September 1890 dem Ausschusse vor, der ihn einstimmig annahm. Die Ordnung hatte folgenden Wortlaut:

### **Geschäftsordnung für den Braunschw. Landes-Lehrerverein.**

#### **a) Den Geschäftsgang im Verein betreffend.**

1. Alle Anträge und Wünsche einzelner Mitglieder oder Vereine, welche den Gesamtverein betreffen, werden dem Vorsitzenden des Landes-Vereins oder, falls dieser behindert ist, seinem Stellvertreter eingesandt.
2. Der Vorstand entscheidet — in zweifelhaften Fällen nach Einholung der Ansicht des Ausschusses — über die Zweckmäßigkeit der Anträge und bringt dieselben, falls er sie für wichtig hält, durch Bekanntmachung im „Schulblatt“ zur Kenntnis der Zweigvereine, welche dann in einer der nächsten Sitzungen darüber beraten.
3. Die Beschlüsse, welche die Bezirksvereine über die Anträge gefaßt haben, sind an den Vorstand des betreffenden Kreisvereins einzusenden, und dieser liefert sie, übersichtlich geordnet, möglichst bald dem Vorstände des Hauptvereins ein.
4. Der Hauptvorstand stellt das gesamte Material zusammen, berichtet über das Ergebnis dem Ausschusse und holt dessen Ansicht über die weitere Behandlung der Angelegenheit ein.
5. In eiligen Fällen ist der Hauptvorstand berechtigt, selbständig (ohne vorherige Anhörung der Zweigvereine und des Ausschusses) vorzugehen; er muß aber dann nachträglich sein Verfahren dem Verein gegenüber rechtfertigen.
6. Die Vorstände der Bezirksvereine senden anfangs August einen Bericht über ihre Vereine (Verhandlungsgegenstände, Wachstum oder Abnahme, Tod der Mitglieder, Zahl der dem Vereine noch nicht beigetretenen

Lehrer) an den Vorstand ihres Kreisvereins, und dieser stellt daraus einen Jahresbericht zusammen, der spätestens bis zum Anfange des Septembers dem Hauptvorstande einzuhandigen ist.

7. Die Vorstände der Bezirksvereine senden bis zum 1. Dezember eines jeden Jahres ein Mitgliederverzeichnis, das außer dem Namen und dem Wohnorte jedes Mitgliedes auch die Vorstandsmitglieder bezeichnet, an den Vorstand ihres Kreisvereins; dieser stellt die einzelnen Listen zusammen und liefert dieselben zum 31. Dezember an den Vorstand des Landesvereins ein.
8. Die Mitgliederbeiträge für den Landesverein sind statutarisch von jedem Bezirksvereine an den Vorstand des Kreisvereins einzusenden, und dieser befördert dieselben bis zum 31. Dezember an den Kassierer des Landesvereins. Hierbei genügt die Angabe der Mitgliederzahl, für welche der Beitrag eingezahlt wird.

b) Veröffentlichungen aus den Vereinen betreffend.

1. Alle Mitteilungen des Vorstandes des Landes-Lehrervereins an die Einzelvereine erfolgen — soweit sie nicht vertraulicher Natur sind — durch das Schulblatt.
2. Die Kreisvereine machen die Tagesordnungen ihrer Versammlungen im Schulblatt bekannt.
3. Die Kreis- und Bezirksvereine senden kurze Versammlungsberichte, welche aber wenigstens die gefaßten Beschlüsse enthalten müssen, behufs Veröffentlichung im Schulblatt an den Vorstand.
4. Den politischen Tagesblättern dürfen Berichte aus den Vereinen nur unter Genehmigung der Vereinsvorstände von dem Schriftführer oder von einem besonders damit beauftragten Mitgliede zugesandt werden.

c) Die Hauptversammlung betreffend.

1. Der Vorstand wählt aus der Versammlung zwei Kollegen als Schriftführer. Diese haben ein vollständiges Protokoll zu den Akten einzuliefern.
2. Jedem Redner wird bei der Debatte in der Regel nur eine Zeit von 10 Minuten zum Sprechen gewährt.
3. Etwasige Anträge sind schriftlich und mit Namensunterschrift beim Vorstände einzureichen.
4. Wird Schluß der Debatte beantragt und genehmigt, so sprechen außer dem Referenten nur noch die in der Rednerliste verzeichneten Redner, falls die Versammlung nicht anders bestimmt.

Braunschweig, den 16. Oktober 1890.

A. Friede. C. Wittmann. A. Horn.

Der Vorstand veröffentlichte diese Geschäftsordnung im Schulblatte von 1890 (S. 312).

Eine weitere Aufgabe des Vereins ging aus der Frage hervor, ob überhaupt die freie, lose Form der Landes-Lehrerverammlung beibehalten werden solle, oder ob nur besondere Abgeordnete in Vereinsangelegenheiten stimmen dürften. Schon am 9. Januar 1889 verlangte der Verein Königsutter neben der freien Versammlung eine Delegierten-Versammlung zur Entscheidung wichtiger Fragen. Auch andere Vereine sprachen sich so aus. Statutengemäß stand nun dem Vorstand ein Ausschuß zur Seite, der sich aus den Abgeordneten

der Kreisvereine zusammensetzte (§ 8). Es war also für die Delegiertenversammlung neben der Hauptversammlung ein Anfang gegeben. Dieser Anfang fand in einigen Jahren fast von selbst eine Erweiterung, die schließlich zu einer richtigen Abgeordneten-Versammlung führte. Der Vorstand lud nämlich bald zu den Ausschusssitzungen auch die Vorsitzenden der Zweigvereine ein, da sich dies aus mancherlei Rücksichten auf einen rascheren, glatteren Geschäftsgang empfahl. Das Verfahren bewährte sich, und was anfangs frei und zwanglos geschah, wurde in Verknüpfung mit anderen Aenderungen schließlich Regel und Gesetz. Dies andere betraf aber den Wert und das Fortbestehen der Kreisvereine als Glieder im Verbande des Landes-Lehrervereins.

Es hatte sich nämlich bald herausgestellt, daß die Arbeitsstätten im Vereinsleben die Bezirksvereine sind, und daß ferner die Kreisvereine vielfach nur hemmten im Geschäftsverlaufe zwischen Vorstand und Einzelvereinen. Da konnte es nicht fehlen, daß sich die Einsicht Bahn brach, die Kreisvereine seien entbehrlich. Nach den üblichen Vorberatungen in den Bezirksvereinen wurde die ganze Angelegenheit auf dem 68. Lehrertage in Holzminden verhandelt. Lehrer Delmann aus Bevern hatte darüber das Referat. „Von der Vergangenheit des Vereinswesens ausgehend, beleuchtete der Vortragende den Gang der vom Vorstande empfohlenen Beratungen und legte dar, daß dieser häufig umständlich sei und Verlust an Zeit sowie Mehrkosten mit sich bringe, wenn er durch die Kreisvereine gehe. Dazu komme, daß die Kreisversammlungen verhältnismäßig schwach besucht seien, was wohl besonders durch die ungünstige Lage einiger Kreise bedingt sei. Eine andere Frage sei die, die Kreisversammlung nicht als organische, sondern als freiwillige Vereinigungen beizubehalten. In ihrer jetzigen Gestaltung sei ihre Abschaffung zu empfehlen (Versammlungsbericht siehe Schulblatt IX, 387). Die Versammlung beschließt, die Kreisvereine zwar bestehen zu lassen, aber ihre Befugnisse zu verringern und als solche ihnen mindestens die Wahl der Delegierten und die Zusammenstellung der Jahresberichte ihrer Bezirksvereine zu überlassen. Der Vorstand wurde zugleich beauftragt, die hierdurch erforderliche Statutenänderung auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen.

Doch auch diese Auskunft gab noch keine Ruhe: völlige Aufhebung der Kreisvereine wurde verlangt, noch ehe der Holzmindener Vermittelungsbeschluß ausgeführt wurde. Darum wurde wiederholt die Statutenberatung zurückgeschoben und erst in Blankenburg 1899 auf der 71. Landes-Lehrerversammlung wurde die Angelegenheit endgiltig entschieden, indem es einfach hieß: Die Kreisvereine sind aufgehoben, der Landes-Lehrerverein setzt sich zusammen nur aus Bezirksvereinen.

Dieser Beschluß ist jedoch nur ein Teilstück weiterer Verhandlungen über die Vereinsfragen, freilich das wichtigste. Es hatte

nämlich noch andere Dinge zu ordnen gegeben, die in anderem Zusammenhange standen, z. B. den jährlichen Beitrag, der allerdings schon 1891 in Wolfenbüttel auf 1 Mark für jedes Mitglied erhöht wurde. Dann bedingte lezhin erst noch der Umstand, daß von 1900 ab die Bestimmungen des „Neuen Bürgerlichen Gesetzbuches“ gelten, die über den Fortbestand der Vereine neue Festsetzungen verlangten, einen dahin zielenden Zusatz.

Alle diese Verhältnisse und Aufgaben sind nun durch die Neugestaltung der Statuten, wie sie in Blankenburg 1899 geschehen ist, geregelt und auf eine vorläufig feste Form gebracht. Hoffen wir, daß der Verein auf ihrem Grunde glücklich weiter wachse und gedeihe! Wir lassen sie hier folgen, da sie der heutigen Giltigkeit wegen eine besondere Bedeutung haben.

### **Satzungen des Braunschw. Landes-Lehrervereins.**

(Festgestellt und angenommen a. d. 71. Braunschw. Lehrertage i. Blankenburg 1899.)

1. Unter den Lehrern des Herzogtums Braunschweig besteht ein Verein, der den Namen „Braunschweiger Landes-Lehrerverein“ führt.
2. Der Zweck dieses Vereins besteht darin, die Interessen der Schule und der Lehrer zu fördern und zu vertreten.
3. Der Verein gliedert sich in Bezirksvereine. Er soll auch fortbestehen nach der Auflösung oder dem Ausscheiden eines oder mehrerer Bezirksvereine unter den dann noch vorhandenen Bezirksvereinen. Sollte aber die Zahl der Bezirksvereine unter zehn herabgehen, so gilt der Verein für aufgelöst. Die ausscheidenden oder sich auflösenden Bezirksvereine verlieren alle aus ihrer Mitgliedschaft entspringenden Rechte und Ansprüche.
4. Jeder Lehrer, welcher einem Bezirksvereine angehört, ist auch Mitglied des Landes-Lehrervereins.
5. Die Bezirksvereine ordnen ihre Angelegenheiten selbständig.
6. Der Beitritt von Freunden der Schule und der Lehrer zu dem Landesvereine oder zu den einzelnen Vereinen ist erwünscht.
7. Die Leitung des Vereines ruht in den Händen eines aus drei Mitgliedern bestehenden Vorstandes. Derselbe wird auf einer Vereinsversammlung durch Zuzuf oder schriftliche Abstimmung in drei verschiedenen Wahlhandlungen mit absoluter Stimmenmehrheit auf drei Jahre gewählt. Ergiebt sich bei einer Wahlhandlung im ersten Wahlgange keine absolute Stimmenmehrheit, so erfolgt eine Stichwahl zwischen den beiden Mitgliedern, auf die sich die meisten Stimmen vereinigt haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.
8. Der Vorstand hat den Verein nach außen zu vertreten. Dem Vorstande zur Seite steht ein Ausschuß, zu dem jeder Bezirksverein auf je 50 der im Berichte des Vorjahres angegebenen Zahl seiner Mitglieder einen Vertreter entsendet. Jedes angefangene Halbhundert wird für voll gerechnet. Dieser Ausschuß soll den Vorstand durch Rat und That unterstützen. Seine Beschlüsse faßt der Ausschuß mit absoluter Stimmenmehrheit. Auch die Vorstandsmitglieder sind im Ausschusse stimmberechtigt.
9. Der Ausschuß wird in der Regel alljährlich vom Vorstande zu einer Versammlung berufen. Die durch diese Versammlung entstehenden Reisekosten werden den Ausschußmitgliedern aus der Kasse des Landes-Lehrervereins vergütet.

10. In der Regel wird jährlich, an verschiedenen Orten des Herzogtums abwechselnd, eine Vereinsversammlung abgehalten. Ihre Beschlüsse faßt dieselbe mit absoluter Stimmenmehrheit.
11. Der Vereinsvorstand hat Ort und Zeit der Versammlung festzustellen und die nötigen Vorbereitungen für dieselbe zu treffen.
12. Die Tagesordnung sowie die Beratungsgegenstände und etwaige Leitsätze der zu haltenden Vorträge sind thunlichst frühzeitig den Bezirksvereinen mitzuteilen.
13. Jedes Mitglied des Vereins hat das Recht, Anträge zu stellen. Betreffen dieselben wichtige Angelegenheiten, so hat der Vorstand solche den Bezirksvereinen und dem Ausschusse vorzulegen, bevor darüber auf der Landesversammlung verhandelt wird.
14. Jedes Mitglied des Landesvereins hat einen Jahresbeitrag von 1 Mark zu entrichten, welcher in den Bezirksvereinen zu erheben und bis zum 31. Dezember an den Kassierer des Landesvereins abzuliefern ist.
15. Abänderungen dieser Satzungen können auf jeder Vereinsversammlung beschlossen werden, wenn der Antrag darauf vorher den Bezirksvereinen und dem Ausschusse zur Beratung vorgelegt ist und  $\frac{2}{3}$  der Vorstands- und Ausschußmitglieder und  $\frac{2}{3}$  der auf der Versammlung erschienenen Vereinsmitglieder sich dafür erklären.

### **Geschäftsordnung für den Braunschw. Landes-Lehrerverein.**

1. Alle Anträge und Wünsche einzelner Mitglieder oder Vereine, welche den Gesamtverein betreffen, werden dem Vorsitzenden des Landesvereins, oder, falls dieser behindert ist, seinem Stellvertreter eingesandt.
2. Der Vorstand entscheidet — in zweifelhaften Fällen nach Einholung der Ansicht des Ausschusses — über die Zweckmäßigkeit der Anträge und bringt dieselben, falls er sie für wichtig hält, durch Bekanntmachung im Schulblatt oder durch ein vertrauliches Schreiben zur Kenntnis der Bezirksvereine, welche dann in einer der nächsten Sitzungen darüber beraten.
3. Die Beschlüsse, welche die Bezirksvereine über die Anträge gefaßt haben, sind möglichst bald dem Vorstände des Hauptvereins einzusenden.
4. Der Hauptvorstand stellt das gesamte Material zusammen, berichtet über das Ergebnis dem Ausschusse und holt dessen Ansicht über die weitere Behandlung der Angelegenheit ein.
5. In eiligen Fällen ist der Hauptvorstand berechtigt, selbständig (ohne vorherige Anhörung der Bezirksvereine und des Ausschusses) vorzugehen; er muß aber nachträglich sein Verfahren dem Verein gegenüber rechtfertigen.
6. Die Vorstände der Bezirksvereine senden Anfang September an den Vorstand des Landesvereins einen Bericht über ihren Verein, welcher enthalten muß:
  - a) die Zahl der Mitglieder am Ende des Vorjahres,
  - b) die Zahl der neu eingetretenen Mitglieder,
  - c) die Zahl der ausgeschiedenen Mitglieder,
  - d) den gegenwärtigen Bestand,
  - e) die Zahl der dem Vereine nicht angehörenden Mitglieder,
  - f) die Namen der Vorsitzenden,
  - g) die Verhandlungsgegenstände.
7. Die Vorstände der Bezirksvereine senden neben den Mitgliederbeiträgen bis zum 31. Dezember eines jeden Jahres ein Mitgliederverzeichnis, das Namen und Wohnort jedes Mitgliedes bezeichnet, an den Kassierer des Landesvereins ein. (S. Schulblatt XII, 392.)

Nachdem wir so die Entwicklung des Landes-Lehrervereins für die Zeit von 1888 bis heute nach seiner Grundlage und seiner Verfassung verfolgt haben, wollen wir nun unser Augenmerk auf seine Mitgliederzahl und seine Gliederung lenken.

Aus dem Anfange unseres Zeitraumes fehlt über die Zahl der Vereinsglieder jede genaue Mitteilung. Es konnte auch wohl bei dem losen Verbande und der lückenhaften Zusammensetzung nicht anders sein. Doch schon 1890 wurde es anders. Zwar war es noch nicht möglich, die genaue Zahl der Mitglieder anzugeben, doch lesen wir im damaligen Jahresberichte, dem ersten, beiläufig bemerkt, daß der Braunschw. Landes-Lehrerverein ungefähr 840 Mitglieder zähle; genaueres könne nicht mitgeteilt werden, da die eingegangenen Vereinsberichte manchmal ungenau und unvollständig wären, verschiedene Bezirksvereine auch gar kein Material zur Verfügung gestellt hätten.

1891 zählte der Verein 895 Mitglieder, im folgenden Jahre 923. Aus diesem Jahre liegt die erste vollständige Gliederung des Vereins im Verzeichniß vor. (Siehe Schulblatt V.) 1892 hatten sich auch die Kollegen im fernen Thebinghausen zusammengethan und dem Landes-Lehrerverein angeschlossen. Damit war der letzte Bezirksverein gegründet, der einen wirklichen Zuwachs bedeutete, und der Landes-Lehrerverein umfaßte das ganze Herzogtum.

In der Folge nahm die Mitgliederzahl stetig zu.

1893	betrug	sie	925
1894	"	"	953
1895	"	"	985
1896	"	"	1007
1897	"	"	1040
1898	"	"	1077
1899	"	"	1113

Da diese letzte Zahl den heutigen Bestand des Vereins darstellt, so folgt hier die Gliederung des Vereins, wie sie sich nach Aufhebung der Kreisvereine gebildet hat.

### Gliederung des Landes-Lehrervereins 1899.

(1113 Mitglieder.)

Vorstand: Albert Fricke, Lehrer am Lehrerinnenseminar und an der städtischen höheren Mädchenschule in Braunschw. (Zimmerstr. 1a).  
 Conrad Wittmann, Lehrer an der Bürgerschule in Holzminden (Fabrikstr.)

Kantor Adolf Horn, Lehrer in Lesse.

1. Bezirksverein Ammenfen: 21 Mitglieder. Vorsitzender: Kantor Matte in Delligen.
2. Bezirksverein Bevern: 14 Mitglieder. Vorsitzender: Kantor Quersurth in Nühle.
3. Bezirksverein Blankenburg: 49 Mitglieder. Vorsitzender: Lehrer Palm in Blankenburg.
4. Bezirksverein Börßum: 24 Mitglieder. Vorsitzender: Kantor Böhm in Wittmar.

5. Bezirksverein Braunschweig: 283 Mitglieder. Vorsitzender: Lehrer Otto Jahns in Braunschweig.
6. Bezirksverein Calvörde: 14 Mitglieder. Vorsitzender: Kantor Gagelmann in Calvörde.
7. Bezirksverein Campen: 24 Mitglieder. Vorsitzender: Kantor Bahntje in Quernum.
8. Bezirksverein Gandersheim: 23 Mitglieder. Vorsitzender: Kantor Gresse in Greene.
9. Bezirksverein Hasselfelde: 15 Mitglieder. Vorsitzender: Lehrer Hennecke in Trautenstein.
10. Bezirksverein Helmstedt: 53 Mitglieder. Vorsitzender: Lehrer Karries in Helmstedt.
11. Bezirksverein Holzminden: 46 Mitglieder. Vorsitzender: Lehrer Bachhoff in Holzminden.
12. Bezirksverein Jerxheim-Hessen: 22 Mitglieder. Vorsitzender: Lehrer Hartmann in Gebensleben.
13. Bezirksverein Königslutter: 27 Mitglieder. Vorsitzender: Lehrer Voß in Rottorf.
14. Bezirksverein Kreienzen: 11 Mitglieder. Vorsitzender: Lehrer Fuhrmann in Rittierode.
15. Bezirksverein Langelsheim: 51 Mitglieder. Vorsitzender: Kantor Behmann in Langelsheim.
16. Bezirksverein Lesse-Barum: 32 Mitglieder. Vorsitzender: Kantor Horn in Lesse.
17. Bezirksverein Linse: 20 Mitglieder. Vorsitzender: Kantor Reitemeyer in Remnade.
18. Bezirksverein Lutter a. B.: 11 Mitglieder. Vorsitzender: Lehrer Ebeling in Lutter a. B.
19. Bezirksverein Ottenstein: 9 Mitglieder. Vorsitzender: Lehrer Rose in Ottenstein.
20. Bezirksverein Salzdahlum: 28 Mitglieder. Vorsitzender: Kantor Nicolai in Erferode.
21. Bezirksverein Seesen-Mittelde: 33 Mitglieder. Vorsitzender: Lehrer Frohne in Engelage.
22. Bezirksverein Schöningen: 41 Mitglieder. Vorsitzender: Kantor Boffe in Esbeck.
23. Bezirksverein Schöppenstedt: 35 Mitglieder. Vorsitzender: Kantor Hauer in Schöppenstedt.
24. Bezirksverein Stadtholtdendorf: 39 Mitglieder. Vorsitzender: Lehrer Deumeland in Stadtholtdendorf.
25. Bezirksverein Thedinghausen: 11 Mitglieder. Vorsitzender: Lehrer Müller in Thedinghausen.
26. Bezirksverein Thiede-Engelstedt: 29 Mitglieder. Vorsitzender: Kantor Ulsmann in Broistedt.
27. Bezirksverein Timmerlah: 26 Mitglieder. Vorsitzender: Kantor Lüders in Delper.
28. Bezirksverein Belpke: 15 Mitglieder. Vorsitzender: Lehrer Schrader in Al.-Thülpstedt.
29. Bezirksverein Vorsfelde: 18 Mitglieder. Vorsitzender: Kantor Vohmann in Vorsfelde.
30. Bezirksverein Walfenried: 15 Mitglieder. Vorsitzender: Kantor Rasten in Hohegeiß.
31. Bezirksverein Wendeburg: 18 Mitglieder. Vorsitzender: Kantor Hoppe in Wendeburg.
32. Bezirksverein Wolfenbüttel: 56 Mitglieder. Vorsitzender: Lehrer Schäfer in Wolfenbüttel. (S. Schulblatt XII, 387).

Nach dieser Darstellung der Hauptsachen aus der äußeren Entwicklung des Vereins nach Sitzungen, Gliederung und Wachstum, bleibt nur noch wenig, minder wichtiges, nachzuholen, zunächst die Vorstandswahlen. Es sind deren seit 1889 drei abgehalten. Die erste davon hätte müssen 1892 in Seesen stattfinden. Als aber die Landes-Lehrerversammlung in diesem Jahre wegen drohender Cholera-Gefahr ausfallen mußte, führte der Vorstand die Geschäfte auf ein Jahr weiter, da ihn die am 6. Oktober desselben Jahres in Braunschweig an Stelle der Seesener Hauptversammlung abgehaltene Delegiertenversammlung dazu aufforderte. Als dann im folgenden Jahre die Hauptversammlung in Seesen tagte, wurde dem Vorstände die Weiterleitung nachträglich genehmigt und er selber zugleich auf Zuruf einstimmig wiedergewählt. Ebenso ging es 1896 in Holzminden und 1899 in Blankenburg zu. Seit elf Jahren steht also der heutige Vorstand ununterbrochen an der Spitze des Vereins.

Eine erwähnenswerte Neuerung betrifft dann ferner die literarische Kommission. Dem Vorstände hatten sich nämlich wiederholt durch Eingaben, Quellennachweise, Berichte u. dergl. die Arbeiten so gehäuft, daß er für die Folge einige Entlastung suchte. Darum beschloß auf seinen Vorschlag die Delegiertenversammlung in Braunschweig 1898, daß ihm eine kleine Körperschaft von vorläufig vier Mitgliedern als Hilfskräfte, namentlich für schriftliche Arbeiten an die Seite gestellt wurde. Dazu wurden gewählt die Kollegen Schäfer in Wolfenbüttel, Salomon in Braunschweig, Bock in Rottorf und Bebenroth in Warle. Mit ihrer Hilfe wurden im folgenden Jahre die Eingaben an das Herzogliche Konsistorium (Anfang und Ende der Schulpflicht und Züchtigungsrecht betr.) bearbeitet, dazu die orientierenden Aufsätze im Schulblatte über die beiden Verbandsthemen, Handfertigkeitsunterricht für Knaben und Haushaltungsunterricht für Mädchen geliefert.

Damit möchten wir erledigt haben, was über Wachstum, Gliederung und Sitzungen des Vereins im letzten Zeitabschnitt zu berichten wäre. Doch scheint auch hier dienlich, den Schluß dieses Kapitels eine Uebersicht über die Hauptversammlungen bilden zu lassen. Denn eine solche Uebersicht liefert zu rascher Umschau ein Entwicklungsbild, wie es in manchen Stücken keine ausführliche Einzeldarstellung geben kann.

### **Uebersicht über die Landes-Lehrerversammlungen**

von 1888 ab nach Zeit, Ort, Verhandlungen und Besucherzahl.

1888 den 2. und 3. Oktober in Holzminden. Besucherzahl: 250.

Am 2. Oktober die 24. Jahresversammlung des Pestalozziver eins.  
Vorsitz: Waisenhauslehrer Behrens.

Am 3. Oktober die 61. Landes-Lehrerversammlung. Vorsitz:  
Waisenhauslehrer Behrens.

1. Vortrag des Seminarlehrers Boffe aus Braunschweig: „Volkswirtschaftliche Belehrungen in der Volksschule“.

2. Annahme der neugestalteten Sitzungen.



1889 den 1. und 2. Oktober in Helmstedt. „So zahlreich besucht wie keine vorher.“

Am 1. Oktober die 25. Jahresversammlung des Pestalozzivereins.

Vorsitz: Waisenhauslehrer a. D. Behrens.

Am 2. Oktober die 62. Landes-Lehrerversammlung. Vorsitz: Behrens.

1. Vortrag des Direktors Regener aus Calvörde: „Ueber naturgeschichtlichen Unterricht im Anschluß an Junges Dorfteich“.
2. Vorstandswahl: Fricke, Wittmann, Horn bilden den neuen Vorstand.
3. Schulblattsfrage („Neues Braunschweigisches Schulblatt“ wird zum Vereinsorgan erklärt).

1890 den 29. September bis 1. Oktober in Blankenburg. Besucherzahl 300.

Am 29. September Sitzung des Ausschusses. Vorsitz: A. Fricke.

Am 30. September die 26. Jahresversammlung des Pestalozzivereins. Vorsitz: Behrens.

Abends war die Diesterwegfeier im Saale des Fürstenhofes. Festrede: Turninspektor Hermann.

Am 1. Oktober die 63. Landes-Lehrerversammlung. Vorsitz: A. Fricke.

1. Antrag von Sölter I in Blankenburg fünf Wünsche betreff.
  - a) Küsterdienste, b) Schulvorstandsfrage, c) Reliktenbeiträge
  - d) Gnadenquartal, e) Gehaltsfrage.
2. Vortrag des Schulinspektors Schulze aus Braunschweig: „Ueber den grammatischen Unterricht in der Volksschule.“

1891 den 29. September bis 1. Oktober in Wolfenbüttel. Besucherzahl: 600.

Am 29. September Sitzung des Ausschusses. Vorsitz: A. Fricke.

Am Abend Vorversammlung: Der Vorsitzende verlas das abgegebene Gesuch über die niederen Küsterdienste; Ad. Fricke aus Braunschweig sprach über „Schulgesetzsammlung“; Breuer aus Wolfenbüttel über ein neu zu gründendes Schulmuseum.

Am 30. September die 27. Jahresversammlung des Pestalozzivereins. Vorsitz: Behrens.

Am 1. Oktober die 64. Landes-Lehrerversammlung. Vorsitz: A. Fricke.

1. Jahresbericht des Vorsitzenden.
2. Vortrag des Direktors Tiemann aus Neu-Deelsburg: „Die Volksschule und die sozialen Schäden der Gegenwart“.
3. Direktor Schaarschmidt gab einige (wichtige) Bemerkungen über den Katechismusunterricht in der Volksschule (Vortrag war abgesetzt von der Tagesordnung wegen Mangel an Zeit).
4. Erhöhung der Beiträge für den Landes-Lehrerverein auf 1 Mk. beschlossen.

1892 konnten die angelegten Versammlungen (nach Seesen) wegen Cholera-gefahr nicht stattfinden. Dafür am 6. Oktober Delegiertenversammlung in Braunschweig. Vorsitz: A. Fricke.

Ersuchen der Abgeordneten an den Vorstand, da dessen Amtszeit abgelaufen, noch ein Jahr die Geschäfte weiter zu führen.

1893 den 3. bis 5. Oktober in Seesen. Besucherzahl: 400.

Am 3. Oktober: 1. Vorstandssitzung. 2. Sitzung des Ausschusses.

3. Hauptversammlung der Vereinigung zur Erhaltung und Förderung des Schulmuseums. Vorsitz: A. Fricke (in Vertretung des Vorsitzenden, des Herrn Konsistorialrats Schütte). 4. Vorversammlung: Vorsitz: Groppe in Seesen. Schulinspektor Mühle aus Braunschweig: Das neue Alphabet und die Schreibschule.

Am 4. Oktober: I. Hauptversammlung des 65. Landes-Lehrertages. Vorsitz: A. Friede.

1. Jahresbericht des Vorsitzenden.

2. Erklärung über den Erlaß der neuen Stundenpläne (Ulsmann aus Broistedt).

3. Vortrag des Direktors Wienbrener aus Schöppenstedt: „Die Fortbildungsschule für die aus der Volksschule entlassene Jugend“.

Die 28. Jahresversammlung des Pestalozzivereins. Vorsitz: Heege aus Braunschweig (an Stelle des verhinderten Vorsitzenden Behrens).

Am 5. Oktober: II. Hauptversammlung des 65. Landes-Lehrertages.

1. Frage: Soll sich unser Braunschweigischer Landes-Lehrerverein dem Deutschen Lehrerverein anschließen? (Frohme aus Engelage.) Einstimmige Zustimmung der Versammlung.

2. Vortrag des Schulinspektors Linke aus Braunschweig: „Ueber Lehrerbildung“.

3. Vorstandswahl: Wiederwahl des bisherigen Vorstandes.

1894 den 2. bis 4. Oktober der 66. Braunschweigische Lehrertag in Braunschweig. Besucherzahl: 650.

Am 2. Oktober: 1. Vorstandssitzung.

2. Sitzung des Ausschusses. Vorsitz: A. Friede. Besprechung: Vereinigung der Sterbefällen. Beratungstoffe.

3. Versammlung der „Vereinigung zur Erhaltung und Förderung des Landes-Schulmuseums“. Vorsitz: A. Friede (in Vertretung).

Am 3. Oktober:

1. Vorführung ihres neu erfundenen Kosmosglobus (Dr. Peters und Eppers aus Braunschweig).

2. I. Hauptversammlung des 66. Landes-Lehrertages. Vorsitz: A. Friede.

a) Jahresbericht des Vorsitzenden.

b) Vortrag des Direktors Schaarschmidt aus Braunschweig: „Welche Forderungen stellt die Gegenwart an den Geschichtsunterricht der Volksschule?“

Am 4. Oktober: II. Hauptversammlung.

Vortrag des Zeichenlehrers Bruns aus Wolfenbüttel: „Der Zeichenunterricht in der Volksschule“.

Die 29. Hauptversammlung des Pestalozzivereins. Vorsitz: Behrens.

1895 den 1.—3. Oktober der 67. Braunschweigische Lehrertag in Bad Harzburg. Besucherzahl: 500.

Am 1. Oktober: Versammlung der Abgeordneten der Vereine (Delegiertenversammlung). Vorsitz: A. Friede.

Verhandlungen: Entwurf der Satzungen der Landes-Lehrersterbefälle angenommen. — Beitritt zum Vereine „Deutsches Lehrertum“.

Am 2. Oktober: I. Hauptversammlung. Vorsitz: A. Friede.

Vortrag des Schuldirigenten Dr. Koldewey in Harzburg: „Soll in der Schule die Vollbibel oder ein biblisches Lesebuch gebraucht werden?“

Begründung eines „Verbandes stenographiekundiger Lehrer im Herzogtum Braunschweig“. Vorstand: Dr. Nehtuh (Wolfenbüttel), Ed. Peters (Braunschweig), Reinhardt (Braunschweig).

Die 30. Hauptversammlung des Pestalozzivereins. Vorsitz: Behrens.

Am 3. Oktober: Generalversammlung der „Vereinigung zur Erhaltung und Förderung des Landes-Schulmuseums“. Vorsitz: A. Friede (in Vertretung).

## II. Hauptversammlung.

Vortrag des Seminarlehrers Regener aus Braunschweig: „Die Umgestaltung der Bildungsziele der Volksschule nach den Forderungen der Gegenwart“.

1896 den 29. September bis 1. Oktober der 68. Braunschweigische Lehrertag in Holzmin den. Besucherzahl: 300.

Am 29. September: Delegiertenversammlung. Vorsitz: A. Friede. Verhandlungen: Landes-Sterbefasse, Schulbibelfrage, Küsterdienste, Schiedsgerichte.

Am 30. September: I. Hauptversammlung. Vorsitz: A. Friede.

1. Vortrag des Waisenhauslehrers Heege aus Braunschweig: „Die Teilnahme des Lehrers an der Schulverwaltung“.

2. Vortrag des Lehrers Delmann aus Bevern: „Sollen die Kreisvereine als organische Glieder des Landes-Lehrervereins beibehalten werden?“

Die 31. Hauptversammlung des Braunschweigischen Pestalozzi-vereins. Vorsitz: Behrens.

Versammlung des „Verbandes stenographiekundiger Lehrer“. 80 Mitglieder stark.

Vortrag des Kollegen Schwenzel aus Wolfenbüttel.

Die Pestalozzifeier, in drei von Gymnasiallehrer Büttner gestellten lebenden Bildern.

Am 1. Oktober: Versammlung des Vereins zur Erhaltung und Förderung des Schulmuseums. Vorsitz: A. Friede.

## II. Hauptversammlung.

1. Vortrag des Lehrers Bebenroth aus Warle: „Welche Stoffe sind nach den Forderungen der Gegenwart dem Lehrplane der Volksschule hinzuzufügen oder daraus zu entfernen?“

2. Abstimmung, die Landes-Lehrerverversammlung wie bisher alljährlich zu halten.

1897 den 5. bis 8. Oktober der 69. Braunschweigische Lehrertag in Schöningen. Besucherzahl: 450.

Am 5. Oktober: Delegiertenversammlung. Vorsitz: A. Friede.

Tagesordnung: zwölf Beratungsgegenstände z. B. Sterbefasse, Küsterdienste, Landschullesebuch, Wohnungsfrage, Delegiertenwahl usw.

Am 6. Oktober: I. Hauptversammlung. Vorsitz: A. Friede.

1. Vortrag des Schulinspektors Sattler aus Braunschweig: „In welcher Richtung und in welchem Umfange wird die Jugenderziehung durch gewerbliche und landwirtschaftliche Kinderarbeit geschädigt?“

2. Zustimmung zu den Beschlüssen der Delegiertenversammlung.

Die 32. Hauptversammlung des Braunschweigischen Pestalozzi-vereins.

Versammlungen der „Verbände stenographiekundiger Lehrer“ (Gabelsberger und Stolze).

Am 7. Oktober: Generalversammlung des Vereins zur Erhaltung und Förderung des Landes-Schulmuseums.

## Die II. Hauptversammlung.

1. Vortrag des Lehrers Karries aus Helmstedt: Ueber öffentliche Schulprüfungen.

2. Vortrag des Lehrers Bebenroth aus Warle: Welche Forderungen stellt die Gegenwart an ein deutsches Lehrerseminar?

Am 8. Oktober: Auszug in den Elm.

1898 den 4. bis 6. Oktober der 70. Braunschweigische Lehrertag in Braunschweig. Besucherzahl: 700.

Am 4. Oktober: Delegiertenversammlung: Vorsitz: A. Fricke.

Zwölf Verhandlungsgegenstände z. B. Statutenänderung, Schulpflicht, Richtigungsrecht, litterarische Kommission, Gesangbuchfrage, Militärkommission.

Gründung eines Landesvereins für Naturkunde.

Am 5. Oktober: Sitzung der Verbände stenographiekundiger Lehrer (Wabelsberger: Vorsitz: Dr. Nehtuh aus Wolfenbüttel: Stolze: Vorsitz: Oberlehrer Soff aus Braunschweig).

I. Hauptversammlung. Vorsitz: A. Fricke.

1. Vortrag des Prof. D. Dr. Koldewey aus Braunschweig über deutsche Schulgeschichtsforschung.

2. Vortrag des Seminarlehrers Schomburg: „Der Religionsunterricht nach den Forderungen der Gegenwart“.

Die 33. Hauptversammlung des Braunschweigischen Pestalozzi-vereins. Vorsitz: A. Fricke.

Die Generalversammlung zur Erhaltung und Förderung des Landes-Schulmuseums. Vorsitz: A. Fricke.

Am 6. Oktober: I. ordentliche Generalversammlung der Sterbefasse für Gemeindeschullehrer usw. Vorsitz: Kantor Hauer aus Schöppenstedt.

Die II. Hauptversammlung.

1. Vortrag des Seminarlehrers Regener aus Braunschweig: Der gegenwärtige Stand der Pädagogik und ihrer Hilfswissenschaften. a) Ethik.

2. Vortrag des Lehrers Siler aus Braunschweig: Eternabende.

1899 den 3. bis 5. Oktober der 71. Braunschweigische Lehrertag in Blankenburg. Besucherzahl: 325.

Am 3. Oktober: Vertreterversammlung: Vorsitz: A. Fricke.

16 Beratungsgegenstände z. B. Statutenänderung, Jahresbericht, Bericht der Militärkommission, Gehaltsfrage usw.

Generalversammlung der Vereinigung zur Erhaltung und Förderung des Schulmuseums.

Am 4. Oktober: Generalversammlung der Landes-Lehrersterbefasse. Vorsitz: Kantor Hauer.

I. Hauptversammlung. Vorsitz: A. Fricke.

Vortrag des Lehrers Priesterjahn aus Blankenburg: Wie stellen wir uns zur Einfügung des Haushaltungsunterrichts in den Lehrplan der Mädchenschulen?

Vorstandswahl: bisheriger Vorstand wiedergewählt.

Die 34. Hauptversammlung des Braunschweigischen Pestalozzi-vereins. Vorsitz: A. Fricke.

(Erhöhung der Beiträge von 4 auf 6 Mk. beschlossen.)

Am 5. Oktober: Generalversammlung des naturkundlichen Zweigvereins des Herzogtums Braunschweig. Vorsitz: Heege (Braunschweig).

Vortrag: Der Harz in geologischer Beziehung (Knoop aus Borsum.)

Sitzung des Verbandes stenographiekundiger Lehrer des Herzogtums, System Wabelsberger. Vorsitz: Ed. Peters (in Vertretung.)

II. Hauptversammlung.

1. Annahme der Satzungsänderungen.

2. Vortrag des Seminarlehrers Heege aus Braunschweig: „Ueber den gegenwärtigen Stand der modernen Psychologie.“

3. Vortrag des Lehrers Salomon aus Braunschweig: Wie stellen wir uns zur Einfügung des Handfertigkeitsunterrichts in den Lehrplan der Knabenschulen?

## 2. Der Landes-Lehrerverein und seine Beziehung zum Deutschen Lehrerverein.

Die Geschichte des Deutschen Lehrervereins reicht bekanntlich bis in die Mitte des Jahrhunderts zurück. Im vielgenannten Jahre 1848, wo es auf so vielen Gebieten gährte und drängte, erging von Dresden aus ein Aufruf an Deutschlands Lehrer, sich zu einem allgemeinen deutschen Lehrerverein zusammenzuschließen. Infolge dieses Aufrufes tagte bereits am 28.—30. September desselben Jahres in Eisenach die grundlegende Versammlung und Dr. Köchly aus Dresden konnte unter freudiger Zustimmung der Versammelten verkündigen: „Der allgemeine deutsche Lehrerverein ist begründet.“ Braunschweigische Lehrer waren nicht dabei. Aber nur kurz war die Dauer dieses Vereins. Bereits 1850 wurde seine Versammlung für Kassel verboten, und obwohl nachher noch drei andere stattfanden, 1851 zu Hannover, 1852 zu Gotha, 1853 zu Salzgungen, so litt er doch dermaßen unter der Ungunst der rückschrittlichen Zeiten und der Regierungen, daß die Vereinsform aufgehoben werden mußte und nur die lose, freie allgemeine deutsche Lehrerversammlung blieb, die lange Jahre die Lehrerschaft Deutschlands zusammenhielt und begeisterte. Zu ihr hielt auch treu die braunschweigische Lehrerschaft, und selten mag eine Versammlung dahingegangen sein, an der nicht einige Lehrer unseres Landes teilgenommen hätten. Der Vorstand unseres Landes-Lehrervereins war öfters durch ein Mitglied vertreten, und der Lehrerverein der Stadt Braunschweig schickte fast regelmäßig einen Vertreter dahin, der dann einen Bericht über die Verhandlungen und geselligen Veranstaltungen erstattete.

Da hielt anfangs der siebenziger Jahre ein Teil der deutschen Lehrerschaft — Mittelpunkt Berlin — die Zeit für gekommen, wieder einen allgemeinen deutschen Lehrerverein aufzurichten. Das Werk gelang (28. Dezember 1871), aber nur neben der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung, die weiter bestand, und in kleinem Anfange. 1876 konnte zu Erfurt der erste deutsche Lehrertag, d. h. eine Versammlung der Abgeordneten der zum allgemeinen deutschen Lehrervereine gehörenden Lehrer, abgehalten werden. Seitdem tagte jede der beiden Versammlungen alle zwei Jahre einmal, abwechselnd, so daß keine der andern ins Gehege kam. Das dauerte bis 1893, wo sich auf der XXX. allgemeinen deutschen Lehrerversammlung zu Leipzig am 23. Mai beide Versammlungen die Hände reichten und sich vereinigten. Von da ab giebt es nur noch den deutschen Lehrertag, als den Versammlungstag des großen „Deutschen Lehrervereins“, der heute über 80 000 Mitglieder zählt und nur noch die bayrische Lehrerschaft nicht einschließt.

Dem ersten Gedanken in unserm Lande, dem Deutschen Lehrerverein beizutreten, begegnen wir schon zu einer Zeit, wo kaum die Grundlagen für seine Ausführung vorhanden waren. (Vergl. I. Teil

§. 54 und 81.) Aber mit der Zeit kam Rat, und 1888 war's, als der bereits erwähnte Rektor Tiemann in Neu-Delzburg in einem Aufsatze: „Empfiehlst es sich für die Lehrer des Herzogtums Braunschweig, dem Deutschen Lehrerverein beizutreten?“ diesen Beitritt warm empfahl (§. Schulbl. I, 191) und den Satz aussprach, „daß sich die Lehrer des Herzogtums Braunschweig auf die Dauer nicht dem Eintritt in den Deutschen Lehrerverein würden entziehen können.“ Damals wurde ihm freilich noch entgegengehalten, daß es „erst nötig sei, im eigenen Hause Wandel zu schaffen, alsdann möge man prüfen, ob es nützlich sei, sich dem allgemeinen Deutschen Lehrerverein anzuschließen“ (A. Sattler im N. Br. Schulblatt I, 203), aber er hatte doch ein prophetisches Wort gesprochen, dessen Erfüllung auch nicht sehr lange auf sich warten ließ.

Als nämlich dieser Wandel im eigenen Hause geschaffen war durch die Neuordnung unseres Vereinswesens (Holzminden 1888), wurde in kurzer Zeit aufs neue nach dem Eintritt in den Deutschen Lehrerverein gefragt. Diesmal wurde aber gleich (1890 auf der Landes-Lehrerversammlung in Blankenburg) der Vorstand beauftragt, die Vorarbeiten zum Anschluß des Landes-Lehrervereins an den Deutschen Lehrerverein zu veranlassen. In Befolgung dieses Auftrages stellte der Vorstand die Anschlußfrage für die Einzelvereine zur Besprechung, damit auf der folgenden Hauptversammlung, die 1891 in Wolfenbüttel stattfinden sollte, die Sache entschieden werden könnte. Die Besprechungen fielen nun fast durchgehends im bejahenden Sinne aus, und es wäre wahrscheinlich schon damals in Wolfenbüttel zum Anschluß gekommen, wenn nicht wegen Mangel an Zeit der Gegenstand von der Tagesordnung gesetzt werden mußte. Darum konnte diese Angelegenheit erst 1893 in Seesen erledigt werden, da auch 1892 darin nichts geschehen konnte, weil, wie bereits bekannt, der geplante Lehrertag wegen Cholerafaher ausgesetzt wurde.

Das Referat über die Anschlußfrage hielt Kollege Frohne aus Engelade. Er begründete kurz folgende Sätze: „In Erwägung, daß der organische Zusammenschluß aller deutschen Volksschullehrer

1. die nationale Richtung der Völkerziehung unterstützt,
2. die Pädagogik als unabhängige Wissenschaft schützt und ausbaut und
3. das Wohl der Volksschule und des Lehrerstandes kräftig zu fördern das geeignetste Mittel ist,

beschließt der Braunschweigische Landes-Lehrerverein seine Vereinigung mit dem Deutschen Lehrerverein.

Ohne Debatte wurde dieser Antrag einstimmig von der Versammlung angenommen. Nach einigen Tagen zeigte der Vorstand des Landes-Lehrervereins diesen Beschluß dem geschäftsführenden Ausschusse des Deutschen Lehrervereins an und am 19. Oktober kam als Antwort auf diese Anzeige die Benachrichtigung von der Aufnahme, als am 1. Oktober 1893 geschehen. Von diesem Tage an gehört also

unser Landes-Lehrerverein als Teilverband dem großen Deutschen Lehrervereine an, der damals schon etwa 60 000 Mitglieder zählte.

Dies neue Verhältnis brachte unserem Vereine nun mancherlei Aufgaben, Rechte wie Verpflichtungen. Einige davon ergeben sich sofort aus den Satzungen des Deutschen Lehrervereins, für die auf das Neue Braunschweigische Schulblatt VI, 321 f. verwiesen sein mag. Darnach gehörten gleich, zur Zeit des Eintritts, dem Gesamtvorstande des Deutschen Lehrervereins vom Vorstande unseres Vereins zwei Mitglieder an (auf 500 Vereinsmitglieder jedesmal ein Vorstandsmitglied!). Als 1897 unser Verein über 1000 Mitglieder zählte, gehörten von da ab alle drei Vorstandsmitglieder dem Gesamtvorstande an, denn jede angefangenen 500 werden für voll gerechnet.

Zu den in § 6 der Satzungen verlangten Vertretern für die alle zwei Jahre stattfindende Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins (auf je 300 Vereinsmitglieder ein Vertreter!) hatte die Seefener Versammlung die drei Vorstandsmitglieder und den langjährigen früheren Vorsitzenden, Waisenhauslehrer a. D. Behrens aus Braunschweig gewählt.

Anderer Verpflichtungen sind außer der üblichen jährlichen Richterstattung durch den Vorstand noch die Zusendung des Vereinsorgans an den geschäftsführenden Ausschuss und dann, wenigstens moralisch genommen, die Behandlung der kundgegebenen Verbandsthemen. Als jährlicher Geldbeitrag wird für jedes Vereinsmitglied 10 Pfennig erhoben. Eine wertvolle Einrichtung im Deutschen Lehrerverein ist der Rechtsschutz, für dessen Satzungen wir gleichfalls auf unser Schulblatt VI, 324 f. verweisen. Mit dem Beitrag für ihn stellt sich die Gesamtleistung des einzelnen Mitgliedes auf jährlich 15 Pfennig. Es mag gleich hier bemerkt werden, daß im Laufe der letzten Jahre aus unserem Vereine heraus bereits öfters von dieser Einrichtung Gebrauch gemacht wurde. 1895 zahlte z. B. die Rechtsschutzkasse an ein Mitglied unseres Vereins, das um Unterstützung nachgesucht hatte, die Summe von 135 Mark 35 Pfennig, ein Jahr später an ein anderes 65 Mark.

Bald zeigte auch das Leben und Wirken unseres Vereins den Einfluß, den die Zugehörigkeit zum Deutschen Lehrerverein ausübte. Es betrifft das hauptsächlich drei Stücke: 1. Teilnahme am Deutschen Lehrertage, 2. Behandlung der Verbandsthemen und 3. Beteiligung an sonstigen Unternehmungen des Deutschen Lehrervereins (Reiseerleichterungen, Verein „Lehrerheim“ u. a.)

Schon vor 1893, dem Jahre des Anschlusses, nahm unser Landes-Lehrerverein Anteil am Deutschen Lehrerverein und seinen Arbeiten. In den Einzelvereinen wurde bereits verhandelt über Vereinigung der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung und des Deutschen Lehrertages, und Anfang des Jahres 1893 bittet bereits der Vorstand, ihn von dem Ausfall der Beratungen Kenntnis zu geben, damit er auf der Hauptversammlung zu Leipzig, wo die

Einigungsfrage erledigt werden sollte, im Sinne unserer Vereinigungen seine Stimme abzugeben vermöge. Damals kam zwar die veranlassende Kraft aus dem Interesse an der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung. Doch schon 1890 war zum ersten Male der Braunschweigische Landes-Lehrerverein offiziell auf dem Deutschen Lehrertage, dem 8., in Berlin, vertreten. Er hatte seinen Vorsitzenden damit beauftragt.

1891 war Kollege Horn auf der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung in Mannheim. 1893 wurde der zweite Vorsitzende, C. Littmann, beauftragt, die 30. allgemeine deutsche Lehrerversammlung in Leipzig zu besuchen, was auch geschah. Durch ihn hat also unser Verein an der lange ersehnten und lange erstrebten Vereinigung der beiden großen deutschen Lehrerversammlungen thätigen Anteil genommen. In den erweiterten Ausschuß dieser neuen Vereinigung wurde für unser Herzogtum von der früheren allgemeinen deutschen Lehrerversammlung der alte verdiente Kollege Behrens aus Braunschweig, und vom früheren Deutschen Lehrertage der Vorsitzende unseres Vereins berufen.

Als nun am 1. Oktober 1893 unser Landes-Lehrerverein dem Deutschen Lehrerverein als Zweigverein beigetreten war, wurde sein Verhältnis dazu satzungsgemäß geregelt (s. oben). 1894 fand der deutsche Lehrertag in Stuttgart statt. Zu diesem waren vom Landes-Lehrerverein Waisenhauslehrer a. D. Behrens und die drei Vorstandsmitglieder als Vertreter gewählt worden. Die gleichen Herren wurden für den Lehrertag in Hamburg 1896 gewählt. Ebenso geschah es für 1898 zum Lehrertage in Breslau und auch leßthin wieder für den Lehrertag in Köln 1900.

Stets war denn auch unser Verein bei diesen großen Deutschen Lehrertagen angemessen vertreten, wenn auch zuweilen für den schon hochbejahrten Kollegen Behrens ein vertretendes Mitglied die Reise machte, z. B. Kollege Heege 1898 nach Breslau, ebenso 1900 nach Köln.

Dazwischen fiel freilich noch die Jubelfeier des 25-jährigen Bestehens des Deutschen Lehrervereins (1871—1896) am 28. Dezember 1896 (im großen Saale bei Buggenhagen am Moritzplake) in Berlin. 1000 Teilnehmer etwa waren zugegen, und unseren Landes-Lehrerverein vertrat dabei der Vorsitzende A. Fricke (S. Schulblatt X, 32).

Was nun die Behandlung gleicher Gegenstände anbelangt, so zeigt die Geschichte unserer Beratungen (s. später!) schon in früheren Jahren manche Uebereinstimmung nach Themen und Meinungen. Kann's doch nicht fehlen, daß bedeutungsvolle Strömungen und Ideen hier wie dort die Geister anregen, daß im Süden und Norden zu gleichen Forderungen und oft in übereinstimmender Weise Stellung genommen wird. Denn was die ganze deutsche Lehrerschaft bewegt, spiegelt sich auch in den Kreisen wieder, die nicht im Verbands-



zusammenhänge stehen. „Soziale Frage“ und „Lehrerbildung“ be-  
weisen das.

Weit mehr Gleichheit der Arbeit gab es natürlich, als die Beziehung beider Vereine enger ward, denn gewissenhaft wurden von da ab die Verbandsthemen des Deutschen Lehrervereins beraten. Für 1894 war es freilich nicht mehr möglich, alles in dieser Hinsicht zu erledigen, dafür wurde aber für den Lehrertag in Hamburg 1896 nichts veräußert, und die Einzelvereine wie die Landes-Lehrerver-  
sammlung bei uns ließen es sich angelegen sein, daß die drei Ver-  
bandsthemen des Deutschen Lehrervereins: „Schulbibelfrage“, „Die Teilnahme des Lehrers an der Schulverwaltung“ und „Welche Stoffe sind nach den Forderungen der Gegenwart dem Lehrplane der Volksschule entweder hinzuzufügen oder daraus zu entfernen?“ zu ihrem Rechte kamen (Vergl. II. Abschn. S. 192 f.). Mit gleichem Eifer wurden die Verbandsthemen für 1898 in Breslau vorberaten: „In welcher Richtung und in welchem Umfange wird die Jugendziehung durch gewerbliche und landwirtschaftliche Kinderarbeit geschädigt?“ und „Welche Forderungen stellt die Gegenwart an ein deutsches Lehrerseminar?“ (Vergl. ebenfalls Abschn. II S. 193). Für den Lehrertag 1900 in Köln sind zu gemeinsamer Vorberatung ausgeschrieben: „Die Bedeutung einer gesteigerten Volksbildung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Volkes“, „Wie stellen wir uns zur Einfügung des Haushaltungsunterrichts in den Lehrplan der Mädchenschulen?“ und „Wie stellen wir uns zur Einfügung des Handfertigkeitsunterrichts in den Lehrplan der Knabenschulen?“

Auch hier hat es unser Verein nicht an Bemühungen fehlen lassen, seiner Verbandspflicht nachzukommen (Blankenburger Versammlung 1899).

Neben diesen beiden Beziehungsstücken — Teilnahme am Lehrertage und Vorberatungen der Verbandsthemen — giebt es noch einige andere Dinge, die den Deutschen Lehrerverein und den unseren verknüpfen. Das erste dieser Art ist, daß auch unser Verein als korporatives Mitglied dem Verein „Deutsches Lehrerheim“ angehört. Es hat sich nämlich unter diesem Namen ein Verein gebildet mit der Aufgabe, durch Sammlungen in der Lehrerschaft und unter Freunden und Wohlthätern der Schule Lehrerheime zu gründen, d. h. Anstalten, die unbemittelten deutschen Volksschullehrern und ihren Angehörigen einen längeren Aufenthalt zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit ermöglichen, möglicherweise auch Lehrern und Lehrerinnen, die in den Ruhestand getreten sind, dauernd Unterkunft gewähren können.

Durch den geschäftsführenden Ausschuß des Deutschen Lehrervereins hat die Sache dieses Vereins besondere Förderung erfahren und durch ihn ist auch unser Verein gebeten worden, als korporatives Mitglied beizutreten. Solche Mitgliedschaft von Körperschaften kann durch einen jährlichen Beitrag von mindestens 5 Mark erlangt werden. Die Delegiertenversammlung unseres Vereins hat darauf (1895) be-

schlossen, mit einem Jahresbeitrage von 10 Mark diese Bitte zu erfüllen.

Der Verein „Deutsches Lehrerheim“ hat seinen Sitz zu Schreiberhau im Riesengebirge, und es war beschlossen worden, dort die erste Anstalt einzurichten. Als darauf 1896 der Verein die Rechte einer juristischen Person und eine staatliche Beihilfe von 10 000 Mark erhielt, konnte schon am 19. Juli desselben Jahres unter Beteiligung des preussischen Kultusministers Dr. Boffe der Grundstein gelegt werden. Am 4. Juli des folgenden Jahres geschah die Einweihung. Wiederum war Kultusminister Dr. Boffe erschienen. Die Begrüßungsansprache hielt Kollege Winkler, der geistige Vater des Heims, Dr. Boffe nahm darnach namens der preussischen Unterrichtsverwaltung die Schlüssel entgegen, und Lehrer Clausnitzer, der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, hielt die Fest- und Weihrede (Vergl. Schulblatt X, 317). Als dann 1898 in Breslau der Deutsche Lehrertag abgehalten wurde, machten auf der Rückreise von dort die Vertreter unseres Vereins in Schreiberhau einen Besuch, und sie rühmten von der Anstalt, daß sie „ein wahrhaft großartiger Bau sei, der bei seiner herrlichen Lage und seiner guten Verwaltung vortrefflich geeignet erscheine, erholungsbedürftigen Kollegen alles das zu bieten, was ihnen not thäte, gute Pflege, reine, würzige Luft, erquickende Ruhe und daneben die Aussicht auf eine erhabene und erhebende Gebirgslandschaft.“

Für später ist die Gründung eines zweiten Lehrerheims im westlichen Deutschland ins Auge gefaßt worden.

Noch an einer anderen Arbeit des geschäftsführenden Ausschusses, begonnen 1891 und seitdem jedes Jahr weitergeführt, beteiligte sich unser Landes-Lehrerverein: an dem Verzeichnis von Reiseerleichterungen, in dem sämtliche Vergünstigungen, die Kurorte, Gasthöfe, wichtige Dampferlinien und bekannte Alpenbergbahnen den Mitgliedern des Deutschen Lehrervereins gewähren, zusammengestellt werden. Die Verlagsbuchhandlung von Julius Klinckschardt in Berlin liefert es gegen Einsendung der Mitgliedskarte des Deutschen Lehrervereins und des Betrages, gewöhnlich 40 Pfennig, portofrei. Besonders Kollegen aus dem Harze, aus der Wesergegend und aus Braunschweig haben sich an der Zusammenstellung des Verzeichnisses mit beteiligt.

Daneben nahm eine fernere Angelegenheit des Deutschen Lehrervereins das Interesse und die Mitwirkung unseres Vereins in Anspruch: der einjährige Militärdienst der Volksschullehrer. Gleich nach der großen deutschen Lehrerversammlung in Stuttgart 1894 richtete der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Lehrervereins unter Zustimmung aller Zweigvereine Petitionen an den Reichstag und an den Kriegsminister, den Volksschullehrern auf Grund ihres Seminarabgangszeugnisses die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst zu verleihen. Diese Gesuche hatten Erfolg.

Zu Anfang 1896 erklärte Staatsminister von Bötticher im Reichstage, daß der Reichskanzler den Lehrerseminaren auf Vorschlag der Reichsschulkommission die Berechtigung zur Ausstellung des wissenschaftlichen Befähigungszeugnisses für den einjährig-freiwilligen Dienst verleihen wolle.

Unseren beiden Seminaren ist diese Berechtigung durch ein Schreiben des Reichskanzlers vom 2. August 1896 zuerkannt worden. Doch war die Angelegenheit so geordnet, daß bis 1900 den jungen dienstpflichtigen Lehrern die Wahl gelassen wurde, ob sie einjährig dienen wollten oder noch nach alter Art. Von 1900 ab muß dann jeder militärpflichtige Lehrer ein Jahr dienen, nötigenfalls ohne die Schnüre und ohne die Aussicht auf Verwendung als Reserveoffizier.

Im engsten Zusammenhange mit dieser ganzen Angelegenheit stehen zwei Beschlüsse der Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins in Breslau 1898: 1. Bildung einer Militärkommission, 2. Gründung einer Militärhilfskasse in jedem Zweigverbände. Bei Ausführung beziehungsweise Besprechung dieser Beschlüsse in unserem Landes-Lehrerverein verlief die erste Angelegenheit glatt und günstig: eine Militärkommission wurde in aller Bereitwilligkeit gutgeheißen. Sie wurde 1898 in der Vertreterversammlung unseres Vereins zu Braunschweig ernannt, hat ihren Sitz in Braunschweig und wird jedesmal von der Vertreterversammlung auf drei Jahre gewählt. Augenblicklich gehören der Kommission an: Lehrer Kunkel (Vorsitzender), Lehrer Behme II, Lehrer Böttche, Seminarlehrer Hämerling, sämtlich in Braunschweig, und Seminarlehrer Dr. Kehlsh in Wolfenbüttel. Aufgabe dieser Kommission ist, auf die mannigfache Weise in Wort und That die neue Einrichtung des einjährig-freiwilligen Militärdienstes unter den jungen Lehrern zu fördern und zu pflegen. Sie hat sich in dieser Richtung auch bereits thätig erwiesen und ihre Gründung ist von Nutzen (Vergl. Schulbl. XI, 526 und XII, 389. 392).

Ungünstig in Rücksicht ihrer selbst verlief die Verhandlung über Errichtung einer Militärhilfskasse. Die Ansichten darüber waren einmal sehr geteilt, sowohl was die Beschaffenheit im einzelnen als auch ihren Zweck im ganzen anging, sodann schien die Kasse selber aber auch stellenweis ausgesprochene Gegner zu haben, sodaß der Vorstand seinen Antrag ganz zurückzog, die Angelegenheit also ergebnislos verlief.

Ähnlich ging es einem anderen Vorschlage des geschäftsführenden Ausschusses des Deutschen Lehrervereins: Gründung einer Krankenkasse für die Mitglieder des Vereins. Auch hierüber wurde in unserem Verein beraten. Dabei stellte sich heraus, daß etwa die Hälfte der Mitglieder für, die Hälfte gegen eine solche Gründung war. Darum stimmten auch bei der Generalversammlung über diesen Gegenstand auf dem Lehrertage in Hamburg 1896 zwei

unserer Vertreter dafür, zwei dagegen. Damit ist die ganze Angelegenheit vorläufig wenigstens abgethan.

Eine andere Sache hängt noch in der Schwebe: „mit dem Vorstande des Anhaltiner Lehrervereins hat nämlich der unsere bei dem geschäftsführenden Ausschusse des Deutschen Lehrervereins einen Antrag eingebracht, der die Errichtung einer Sammelstelle für statistisches Material betreffs der verschiedensten Lehrer- und Schulfragen bezweckt. Es würde dadurch allen denen, die eine solche Frage, z. B. die Gehaltsfrage, zu bearbeiten haben, eine bedeutende Erleichterung geschaffen. Denn bisher mußte man sich, um die betreffenden Verhältnisse in den anderen Staaten zu erfahren, an mehr denn zwanzig verschiedene Orte wenden; ist aber die gewünschte Zentralstelle geschaffen, so ist durch ein Schreiben an diese das gesamte gewünschte Material zu erhalten. Der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Lehrervereins hat sich für den Antrag erklärt und wird ihn auf der nächsten Delegiertenversammlung des Deutschen Lehrervereins in Köln 1900 zur Beratung stellen. (Anm.: Inzwischen erledigt, und zwar im Sinne der Antragsteller.)

Nicht unerwähnt bleiben soll schließlich in diesem Kapitel noch ein Vorgang, der zwar nur enges persönliches Interesse beanspruchen kann, aber doch der Lehrerschaft unseres Landes zur Ehre gereicht: Die Wahl des Seminarlehrers Regener in Braunschweig ins Preisrichterkollegium für den Entwurf von Lehrplänen auf Grund der Hamburger Beschlüsse, zu deren Ausarbeitung der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Lehrervereins in Verbindung mit der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung in einem Preis-ausschreiben aufgefordert hatte.

### 3. Nebenbildungen und Anlehnungen.

Wir denken bei dieser Ueberschrift an Bildungen wie Pestalozziverein, Sterbekasse, Vereinigung zur Erhaltung des Schulmuseums, Stenographieverband braunschweigischer Lehrer, Landesverein für Naturkunde. Unter diesen Verbänden sind nun Pestalozziverein und Sterbekasse von solcher Bedeutung und Wichtigkeit, daß wir ihnen besondere Abschnitte widmen möchten, den III. und IV., und wir beschränken uns an dieser Stelle auf die Behandlung der drei letzten Bildungen. Sie sind sämtlich noch jungen Ursprungs und unterscheiden sich auch darin von den erstgenannten beiden alten Vereinigungen (S. I. Teil S. 40 u. 49 f.).

Was nun zunächst die „Vereinigung für Erhaltung und Förderung des Landes-Schulmuseums“ anbelangt, als der ersten unter jenen drei Bildungen, so fällt der Anlaß ihrer Entstehung in das Jahr 1891. Es war am 6. September dieses Jahres, als in Wolfenbüttel auf dem Rasseehause eine Versammlung zur

Vorberatung und Besprechung behufs Errichtung eines Landes-Schulmuseums für unser engeres Vaterland stattfand. Nach der Darlegung des Planes dieser Einrichtung durch den Seminarlehrer Breuer aus Wolfenbüttel und einiger Ergänzungen dazu, gegeben vom Schuldirektor Schaarschmidt aus Braunschweig und Seminardirektor Stöltzing aus Wolfenbüttel, wurde beschlossen, die Angelegenheit auf der bald folgenden Landes-Lehrerversammlung in Wolfenbüttel 1891 zur Sprache zu bringen und dazu sogleich einen Aufruf im Schulblatt zu veröffentlichen. Der Aufruf erschien (s. Schulblatt IV, 289), war unterzeichnet von den Seminarlehrern Breuer, Kirchberg, Kestub und Haberland, sämtlich in Wolfenbüttel, und forderte alle Lehrer und Freunde der Schule auf, nach Kräften mitzuwirken, sei es durch ständige oder einmalige Geldbeiträge, sei es durch Ueberweisung von geeigneten Büchern, Karten, Modellen usw., daß eine vollständige Sammlung an theoretischen und praktischen Hilfsmitteln auf dem Gebiete des Schulwesens und dessen Geschichte, namentlich unseres engeren Vaterlandes, zu stande käme.

Am 29. September sprach sodann der Seminarlehrer Breuer, wie beabsichtigt, in der Vorversammlung zum Landes-Lehrertage in Wolfenbüttel über die neue Gründung. Dabei wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Die Versammlung begrüßt das junge Unternehmen mit Freuden und erklärt sich gern bereit, dasselbe nach Kräften zu unterstützen.“

Nahezu ein Jahr verging, ehe, außer Zuwendungen und gelegentlichen Sammlungen für das Schulmuseum, etwas in der Angelegenheit geschah. Erst am 21. September 1892 fand wiederum in Wolfenbüttel eine Versammlung statt, deren Tagesordnung Bericht und Statuten umfaßte. Aus dem Berichte ging hervor, daß die Sammlung schon auf 376 Bücher und Schriften und 45 Stück andere Unterrichtsmittel angewachsen war. Aus der folgenden Besprechung über die Gestaltung und Einrichtung der Vereinigung selber sei erwähnt, daß diese „als freie Vereinigung im Anschluß an den Landes-Lehrerverein“ gebildet werden sollte. Es wurde weiter beschlossen, als Vorstand einen „weiteren“ Ausschuß von 21 Mitgliedern zu wählen und innerhalb dieses Vorstandes einen „engeren Ausschuß“ von fünf Mitgliedern mit dem Sitze in Wolfenbüttel als geschäftsführenden Vorstand. Der Mitgliederbeitrag wurde auf 1 Mark jährlich festgesetzt.

In der folgenden Sitzung vom 19. November 1892 sind alsdann für die „Vereinigung zur Erhaltung und Förderung des Landes-Schulmuseums“ die Wahlen vollzogen und die Statuten beraten und bestimmt. Hiernach „bezweckt das Landes-Schulmuseum in Wolfenbüttel eine möglichst vollständige Sammlung von Büchern, Unterrichtsmitteln und sonstigen auf das Schulwesen bezüglichen Gegenständen. Es will den Lehrern und Freunden des Schulwesens Gelegenheit geben, auf dem Gesamtgebiete des Schulwesens sich zu orientieren, die für bestimmte Zwecke brauchbarsten Bücher und Unterrichtsmittel

nachweisen, sowie die wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Pädagogik im Interesse der Wissenschaft sammeln und erhalten. Das Schulwesen unseres engeren Vaterlandes und seine geschichtliche Entwicklung wird hierbei besonders berücksichtigt."

Zum Vorsitzenden der Vereinigung wurde Herr Konsistorialrat Schütte aus Wolfenbüttel, zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr A. Fricke aus Braunschweig, der Vorsitzende des Landes-Lehrervereins, gewählt. Der geschäftsführende Ausschuss setzte sich zusammen aus den Herren Verlagsbuchhändler Zwißler, Lehrer Thiele, Dr. Kehlsh, Seminarlehrer Breuer und Haberland sämtlich aus Wolfenbüttel. Rechnungsführer des Vereins war Herr Dr. Kehlsh.

Am 3. Oktober 1893 hielt im Anschlusse an die Landes-Lehrerversammlung in Seesen die „Vereinigung für Erhaltung des Schulmuseums" ihre erste Hauptversammlung unter dem Voritze des stellvertretenden Vorstandsmitgliedes A. Fricke ab. Aus dem dabei erstatteten Berichte geht hervor, daß der Katalog der Sammlung 500 Nummern umfaßte, darunter 62 Schulwandarten, Anschauungsbilder und andere Lehrmittel. Da sich der anfänglich benutzte Raum im Herzogl. Lehrerseminar zu Wolfenbüttel bereits als zu klein erwies, alle Gegenstände zu bergen, wies das Herzogl. Staatsministerium der Sammlung zwei Zimmer in dem Hause an, in dem Vessing seinerzeit wohnte und dichtete. Alsdann wurde beschlossen, die Generalversammlung der Vereinigung alljährlich im Anschlusse an die Landes-Lehrerversammlung abzuhalten, was seitdem auch immer geschehen ist. Die Mitgliederzahl stieg infolge einer eindrucklichen Ermahnung zum Beitritt von 102 auf 130 (s. Schulblatt VII, 338).

Im folgenden Jahre betrug die Zahl der Bücher und Schriften 691, die Zahl der Lehrapparate (Karten, Bilderwerke, Vorlagen und u. dergl.) 193, hauptsächlich infolge von Schenkungen der Verleger der betreffenden Werke.

1895 war die Zahl der Mitglieder auf 171 gestiegen. Die Einnahme hatte betragen 136 Mk. 95 Pfg., die Ausgabe 98 Mk. 96 Pfg. Durch Herrn Kantor Schucht aus Oker ist dem Museum eine Sammlung von Gesteinen geschenkt worden (wohl gegen 8 Centner), die sämtliche Felsarten des Herzogtums enthält.

1896 weist die Sammlung 1300 Nummern auf.

1897 erfuhr sie einen Zuwachs von 200 Nummern, so daß sie im ganzen 1500 Nummern enthielt, darunter 1100 Bücher und Schriften, das Uebrige Lehr- und Anschauungsmittel, Karten, Anschauungsbilder für Geschichte, Geographie, Naturkunde, Präparate, Tafeln, Bänke, Maschinen.

In den folgenden Jahren erhielt das Schulmuseum, wenn auch nicht sehr umfangreiche, so doch einige wertvolle Zuwendungen, es bekam z. B. bildliche Darstellungen der neuen großen deutschen Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm d. Gr." und „Fürst Bismarck".

Ferner wurden 180 Mk. dazu verwandt, die Kartenammlung zu vervollständigen, die erste Anschaffung aus eigenen Mitteln.

Zum Schluß dürften wohl noch einige orientierende Bemerkungen angebracht sein: Das Landes-Schulmuseum befindet sich im Leßinghaufe. Sein Besuch steht zur bestimmten Zeit jedermann frei. Bücher und Lehrmittel werden, soweit es möglich ist, gegen Erstattung der Unkosten zur Ansicht versandt, auch wird auf Anfragen Auskunft erteilt. Auf besondere Anregung ist mit dem Schulmuseum eine naturwissenschaftliche Sammlung verbunden.

Als zweite Anlehnung an unsern Landes-Lehrerverein nannten wir den „Verband stenographiekundiger Lehrer im Herzogtum Braunschweig“. Es war am 2. Oktober 1895 auf der Landes-Lehrerversammlung in Harzburg, als auf Einladung der Herren Dr. Clemens und Dr. Rehtuh aus Wolfenbüttel, unterstützt vom Vorstande des Landes-Lehrervereins, die stenographiekundigen Lehrer aus Stadt und Land unseres Herzogtums zu einer Konferenz zusammentraten, um die stenographische Sache unter der Lehrerschaft fördern zu helfen. Eingeladen waren die Anhänger der verschiedensten Systeme, doch war die Gabelsbergersche Stenographie bei weitem am zahlreichsten vertreten. Die Anwesenden schlossen sich zum „Verbande stenographiekundiger Lehrer (System Gabelsberger)“ zusammen, der alljährlich in Verbindung mit der Landes-Lehrerversammlung tagen sollte. Es wurde ein Vorstand aus drei Mitgliedern gewählt, nämlich die Herren Dr. Rehtuh (Wolfenbüttel) als Vorsitzender, Lehrer Ed. Peters (Braunschweig) als Schriftführer und Lehrer Reinhardt (Braunschweig) als Kassenwart. Als Zweck des Vereins wurde angegeben:

1. Verbreitung der Kenntnis der Stenographie unter den Lehrern durch Erteilung von stenographischem Unterricht, durch Halten von Vorträgen und durch sonstige Anregung,
2. Hinwirkung darauf, daß die Stenographie als Lehrgegenstand in den Lehrplan der beiden Lehrerseminare des Herzogtums aufgenommen wird,
3. gegenseitige Anregung zur Fortbildung in der Gabelsbergerschen Stenographie.

Mitglied kann jeder Lehrer werden, der entweder die Gabelsbergersche Stenographie schreibt oder als Nichtstenograph die Bestrebungen des Vereins unterstützen will. Der Geldbeitrag für jedes Mitglied beträgt jährlich 50 Pfg.

Als der Verband im folgenden Jahre (1896) seine Jahresversammlung in Holzminden abhielt, zählte er 80 Mitglieder. Bürger-schullehrer Schwenzel aus Wolfenbüttel sprach bei dieser Gelegenheit gegen die Gründe, die gegen die Einführung der Stenographie in die Bürgerschulen geltend gemacht werden, beleuchtete den Nutzen

der Erlernung der Stenographie in den städtischen Schulen und legte den Vehrang dar.

Am 6. Oktober 1897 war die Jahresversammlung des Verbandes in Schöningen. Dem Vereine gehörten da schon 105 Mitglieder an. Aus seinem Berichte ging hervor, daß an den beiden Seminaren in Wolfenbüttel und Braunschweig in mehreren Kursen etwa 140 Zöglinge in der Gabelsberger'schen Stenographie unterrichtet wurden.

Gleichzeitig hielt der Braunschweigische Lehrerverband für Stolze'sche Stenographie, der sich inzwischen zusammengeschlossen hatte, seine erste Hauptversammlung ab, in der Oberlehrer Soff aus Braunschweig zum Vorsitzenden gewählt wurde. Nach einem Vortrage des Lehrers Stark aus Magdeburg wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, das neue Einheits-System Stolze-Schrey anzunehmen.

Im folgenden Jahre war dieser Stenographieverband auf 50 Mitglieder angewachsen. Er hielt seine Jahresversammlung am 5. Oktober in Braunschweig, im Anschluß an die 70. Landes-Lehrerversammlung daselbst. Aus dem Berichte darüber sehen wir, daß dem Verbande die Erlaubnis erteilt worden ist, an den Bürgerschulen der Stadt Braunschweig unentgeltlich Unterricht in Stenographie zu erteilen.

Der Stenographieverband System Gabelsberger zählte 1898 etwa 122 Mitglieder, die gleichfalls am 5. Oktober desselben Jahres in Braunschweig ihre Generalversammlung abhielten. In der hierbei vorgenommenen Vorstandswahl wurde Dr. Rehkuf (Wolfenbüttel) als Vorsitzender wiedergewählt, ebenso Lehrer Ed. Peters (Braunschweig) als Schriftführer, dagegen trat an Stelle des ausgeschiedenen Lehrers Reinhardt Lehrer Frede aus Braunschweig als Kassenvart. Lehrer Vollmer aus Braunschweig hielt einen Vortrag über das Königl. stenographische Institut in Dresden, als die einzige staatliche stenographische Anstalt in Deutschland und dazu das Gabelsberger'sche System vertretend.

Das Jahr 1899 sah die Stenographen unter Braunschweigs Lehrern in Blankenburg, und zwar hielt der Verband System Gabelsberg seine Sitzung am 5. Oktober ab, unter dem Voritze des Schriftführers Ed. Peters, der den verhinderten Dr. Rehkuf vertrat. Hierbei wurden einige praktische Neuerungen vorgeschlagen, z. B. öftere umfangreiche Kundgebungen, Zusendung guten Lehrstoffes u. dergl., die auch die Zustimmung der Versammlung fanden.

Die anberaumte Sitzung des Verbandes der Stolze-Schrey'schen Stenographie fand nicht statt.

Die dritte Anlehnung an unsern Landes-Lehrerverein ist der Braunschweigische Landesverein für Naturkunde als Zweigverein des Deutschen Lehrervereins für Naturkunde. Grundstock und Ausgangspunkt dieser Vereinigung ist die mathematisch-



naturwissenschaftliche Abteilung des Lehrervereins der Stadt Braunschweig. Darum zunächst ein Wort über diese (Bergl. Schulblatt VIII, 367 ff.).

Im Sommer 1885 regten einige Mitglieder des genannten Lehrervereins, z. B. die Herren Heege, Dr. Peters, Alb. Fricke, den Plan an, eine freie Vereinigung, ohne Statuten und ausgeprägte Selbstständigkeit, im engsten Zusammenhange mit dem Lehrervereine, zu gründen, eine mathematisch-naturwissenschaftliche Sektion dieses Vereins. Am 17. November 1885 wurde die Gründung dieser Abteilung vollzogen. Ihr Zweck war: 1. die Mitglieder tiefer in das Verständnis der Mathematik und Naturwissenschaften einzuführen; 2. die Grundsätze für den naturkundlichen und mathematischen Unterricht genauer festzusetzen; 3. die Praxis derselben genauer zu bearbeiten; 4. geeignete Unterrichtsmittel herzustellen und zu sammeln. Zum Vorsitzenden wurde Herr Heege gewählt. Die Abteilung versammelt sich monatlich zweimal. 1886 zählte sie 17 Mitglieder. 1895 hatte sie 37, jetzt 1900 ist sie über 100 Mann stark. Sie ist eine außerordentlich rührige Abteilung und hat bedeutende Anregung auf ihre Angehörigen ausgeübt. Von ihr geht also auch, wie bereits erwähnt, der Gedanke aus, einen Landesverein für Naturkunde zu gründen, als Zweigverein des Deutschen Lehrervereins für Naturkunde. Sie selbst schloß sich diesem, der damals etwa 5000 Mitglieder zählte, 1894 an. Man wolle sich nun an dieser Stelle auch einige Worte über den Deutschen Lehrerverein für Naturkunde gefallen lassen.

Grundlage dieses Vereins wurde der „Württembergische Lehrerverein für Naturkunde“, der auf Anregung des Lehrers K. G. Euz in Stuttgart am 4. August 1887 mit 110 Mitgliedern ins Leben getreten war. Nach Ablauf des ersten Vereinsjahres stieg die Zahl der Mitglieder auf 505, und man beschloß, ein Vereinsorgan zu gründen. So entstand die Zeitschrift „Aus der Heimat“, zu Ehren Rossmädlers so genannt, des hochverdienten Natur- und Schulfreundes, dessen Zeitschrift gleichen Namens leider 1866 hatte eingehen müssen. (Schön und angenehm bei der neuen Zeitschrift, die jetzt jährlich in sechs Hefen à 32 Seiten erscheint, ist die jährliche Zugabe eines Taschenbüchleins mit Abbildungen, z. B. 1894 Unsere Vögel mit 200 farbigen Abbildungen auf zwölf Tafeln, 1896 Winterbotanik mit schwarzen Abbildungen, 1897 Insektenbüchlein mit 32 farbigen Tafeln.) Der Verein wuchs rasch heran, Mitglieder aus allen Teilen des Deutschen Reiches, auch aus unserm Herzogtume, stellten sich ein, und 1894 bei Gelegenheit der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung in Stuttgart erweiterte er sich zum „Deutschen Lehrerverein für Naturkunde“. Er zählte etwa 5000 Mitglieder. Seine Aufgabe ist (S. Statuten Schulblatt XI, 529): „Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse und Beteiligung an der Erforschung der natürlichen Verhältnisse der Heimat“. — „Jeder Naturfreund, der den festgesetzten Jahresbeitrag rechtzeitig entrichtet, ist Mitglied“. — „Mittel: Vereins-

organ, regelmäßige Versammlungen, Exkursionen, Tauschverkehr". — „Jährlicher Mitgliedsbeitrag: für Einzelmitglieder 1,90 Mk., für Mitglieder von Bezirksvereinen (mindestens zehn Mitglieder) 1,60 Mk.". Vorsitzender ist Dr. R. G. Luz in Stuttgart, Vereinskassierer und Expedient der Zeitschrift ist Lehrer Stauf in Stuttgart, Schriftführer Mittelschullehrer Baß in Stuttgart.

Kehren wir nunmehr wieder zum eigenen Verein zurück. 1894 trat also die mathematisch-naturwissenschaftliche Abteilung des Lehrervereins in Braunschweig als Zweigverein dem Deutschen Vereine für Naturkunde bei. Von da ab bis zur Begründung eines Landesvereins verließen aber noch vier Jahre. Denn erst am 4. Oktober 1898, am ersten Versammlungsabend des 70. Lehrertages in Braunschweig, versammelte sich eine Reihe der im Herzogtume wohnenden Mitglieder des Deutschen Lehrervereins für Naturkunde, um einen Zusammenschluß zu einem Landesverein Braunschweig zu beraten. Waisenhauslehrer Heege, der langjährige verdienstvolle Vorsitzende der Braunschweigischen Sektion, hieß die Erschienenen willkommen und sprach die Hoffnung aus, daß alle mit Rat und That die Gründung eines solchen Vereins fördern würden. Darauf sprach Lehrer Wilhelm Müller aus Braunschweig über die Ziele der Naturforschung und die Bedeutung sinniger und eingehender Naturbetrachtung, wobei er vor allen Dingen die großen Erfolge industrieller wie auch kultureller Einrichtungen auf eine durch Naturstudium geläuterte Anschauungs- und Urteilsfähigkeit der Menschen zurückführte. In der nun folgenden Besprechung über die Gründung eines „Landesvereins Braunschweig" wurde diese einstimmig beschlossen, und die Versammlung beauftragte den Vorstand der naturwissenschaftlichen Abteilung des Braunschweiger Lehrervereins mit der Führung der Geschäfte. Alljährlich sollte gelegentlich der Landes-Lehrerversammlung eine Sitzung des Verbandes stattfinden, auch wurde angeregt, den Tauschverkehr mit Naturobjekten innerhalb des Vereins eifrig zu pflegen.

Infolge dieses Zusammenschlusses, der zugleich eine wirksame Anregung zu weiterer Ausgestaltung der naturkundlichen Angelegenheit war, kam es auch zu kleineren Verbänden im Lande, so daß sich eine ähnliche Gliederung anbahnte, wie im Lehrerverein selber. Am 14. Dezember 1898 fanden sich innerhalb des Bezirksvereins Schöppenstedt elf Mitglieder zusammen, die den „Naturkundlichen Bezirksverein Schöppenstedt" bildeten. Vorsitzender wurde Lehrer Heinecke in Gilzum.

Am 4. Februar 1899 kam es in Calvörde zu einer naturkundlichen Vereinigung als Unterabteilung des dortigen Lehrervereins. Vorsitzender wurde Kantor Gagelmann in Calvörde.

In Königslutter schloß sich nach mancherlei Vorberatungen am 31. Mai 1899 eine Abteilung zu gleichem Zwecke zusammen. Vorsitzender ist Kantor Beneke in Hornum bei Königslutter.

Die erste Hauptversammlung des neuen Landesvereins für Naturkunde fand am 5. Oktober 1899 in Blankenburg statt, im Anschluß an die 71. Landes-Lehrerversammlung. Der Vorsitzende von der Braunschweiger Sektion, Waisenhauslehrer Heege, eröffnete sie mit geschäftlichen Mitteilungen. Es wurde beschlossen, daß die Bezirksvereine ihre Beiträge an die Hauptkasse nach Stuttgart schicken, einzeln wohnende Mitglieder dagegen würden gut thun, sich an benachbarte Bezirksvereine anzuschließen oder mit den nächstwohnenden Kollegen neue Bezirksvereine (zehn Mitglieder!) zu bilden. In den Vorstand wurden gewählt Kollege Heege, Kollege Dr. phil. Peters, Kollege Jul. Ramke und Kollege Otto Meyer, sämtlich in Braunschweig, sowie Kollege Knoop aus Börßum. Dieser nahm alsdann das Wort zu einem Vortrage: Der Harz in geologischer Beziehung. Darnach sprach Kantor Hauer aus Schöppenstedt über Tauschverkehr unter Mitgliedern des Vereins. —

Mit den Ausführungen dieses Kapitels steht nunmehr die Formation und äußere Entwicklung unseres Landes-Lehrervereins, wie sie sich bis heute wenigstens gestaltet hat, vollständig vor unsern Augen. Es ist ein schöner, ganz stattlicher Bau, der uns da entgegentritt Möchte er ferner glückliche Zeiten sehen!

#### **4. Festlichkeiten und Teilnahme an solchen.**

Wir betreten mit diesem Kapitel einen etwas anderen Boden, als ihn die vorigen Abschnitte zeigten: könnte man den Inhalt dieser als die Anatomie des Vereins bezeichnen, so geraten wir jetzt an dessen Physiologie, an die Darstellung der Lebensäußerungen und Berrichtungen des Vereinskörpers. Da aber die Wirksamkeit nach Festlichkeiten und Teilnahme daran etwas Aeußerliches ist, Erscheinungsformen sind, unter denen eine Organisation an die Deffentlichkeit tritt, so reihen wir dies Kapitel in den ersten Abschnitt: von den äußeren Angelegenheiten des Vereins. Wir wollen also handeln von Tagen, an denen sich der Verein im Festgewande zeigt, oder auch wo er in seiner Spitze, dem Vorstande, zu Feierlichkeiten herangezogen wurde: Gedenkfeiern bedeutender und berühmter Männer, Jubiläen und Eröffnungsfeste, vor allem auch die festlichen Teile unserer Landes-Lehrerversammlung bilden die Gegenstände unserer Betrachtung. Reden wir von diesen letzteren zuerst!

Wie längst bekannt, zieren die Landes-Lehrerversammlung einzelne Stunden und Handlungen, die der Geselligkeit und Erholung geweiht sind: Begrüßungsabend, Konzert, Kommerz, Festessen, öfters auch ein Ausflug oder etwas Aehnliches: wer empfindet bei Nennung dieser Namen nicht das frohe Gefühl angenehmster Erinnerung und freudigen Gedenkens frischer und fröhlicher Geselligkeit? Wie manches Jahr hat nicht durch diese Veranstaltungen die Herzen er-

frischt, hohen Kunstgenuß gespendet, nach Stunden der Arbeit erquickende Unterhaltung gewährt, alte Freundschaftsbande neu belebt und neue Zusammenhließungen geschaffen. Ueber diese Stunden breitet die Poesie ihre leuchtenden Schwingen, sie schimmern vom Glanz, den die Sonne reiner Lust ausstrahlt: Heil allen denen darum, die sie herbeiführten, Heil den Künstlern!

Freilich diese Fülle künstlerischer und geselliger Gaben kennt unser Verein erst seit einem Jahrzehnt. Bescheiden war noch das Jahr 1888, das erste unseres Zeitraumes (Holzmindener Versammlung!). Ein Festmahl, das den zweiten Tag beschloß und eine Dampfschiffahrt nach Corvey und Fürstenberg, ist alles, was der Bericht meldet. (S. Schulblatt I, 223.)

Die Landes-Lehrerverversammlung in Helmstedt 1889 verschönte ein Kirchenkonzert zum Besten des Pestalozzivereins (ausgeführt vom dortigen Chorgesangverein unter freundlicher Unterstützung des Herrn Bürgermeisters Gercke, der ein trefflicher Orgelspieler war), ein Abendkommers und das Festessen.

In Blankenburg 1890 gab es einen Besuch der Hermannshöhle in Rübeland, Kommers, Festessen, Ausflug ins Bodethal.

Reichlich, ja zu reichlich war 1891 in Wolfenbüttel die Festordnung, nebenbei bemerkt, auch die Arbeitsaufgabe. Da gab es einen Kommersabend, wohl besetzt mit Musik- und Schaustücken („Streit der Stände“, Volksstück vom Kollege Schäfer in Wolfenbüttel, Keulenschwingen usw.), ein treffliches Kirchenkonzert zum Besten des Pestalozzivereins (Chorgesangverein in Wolfenbüttel, verschiedene Solisten), Besichtigungen der Bibliothek und der wiederhergestellten Hauptkirche, Festessen.

In Seesen stellte sich 1893 ebenfalls der dortige Chorgesangverein, außerdem die Gandersheimer Musikkapelle in den Dienst des Vereins und lieferten ein prächtiges Konzert (z. B. Tonstück „Kolumbus“, verbindender Text: Herr Superintendent Futterloh aus Seesen). Der Kommersabend im Schützenzelt war äußerst lebhaft, es wurde sogar lustig getanzt.

1894 trat auf der Landes-Lehrerverversammlung in Braunschweig zum ersten Male der dortige, ein Jahr zuvor neu gegründete Chorgesangverein vor unsern Verein und erfreute seine Hörerschaft durch ein prachtvolles Konzert in Brünings Saalbau. Seitdem hat dieser Verein alle Jahre in wirkungsvollster Weise unsern Landes-Lehrer- und den Pestalozzi-Verein unterstützt, und es mag ihm darum auch an dieser Stelle aufrichtige Anerkennung ausgesprochen werden. Reicher Genuß und hohe, weisevolle Stimmung geht aus von dem gottbegnadeten Sängertum dieser Schar, unter ihrem genialen Dirigenten, dem Kapellmeister Joseph Frischen aus Hannover. Möchten wir alle uns noch oft dem Zauber seiner Chöre hingeben dürfen, unter denen besonders die wunderbaren, gewaltigen Hegarschen Balladen zu rühmen sind.

Von 1894 ab ist das Festprogramm der Landes-Lehrerverammlung ständig geblieben: Begrüßungsabend (1. Tag), Konzert, Festkommers (2. Tag), Festessen (3. Tag). Schön sind diese Teile des Lehrertages, und es ist begreiflich, wenn manche ihrer Besucher auf sie ihr Hauptinteresse richten. Doch genug davon, sie sorgen selber für ihr Gedächtnis, und wir müssen uns anderen Festveranstaltungen zuwenden. Das soll zunächst die treffen, die unser Land und seine Leute selbst angehen, nämlich Staufebachfeier, Einweihung des Lehrerseminars in Braunschweig, Campefeier.

Am 30. Mai 1888 wurden es 25 Jahre, seitdem der damalige Abt D. Staufebach in Wolfenbüttel zum obersten Leiter unseres heimatischen Schulwesens berufen worden war. In ruhiger Weiterentwicklung für Schule und Lehrerstand waren diese Jahre dahingegangen, ohne Einengung und hemmende Uniformierung konnten manche Keime einer frischen Neuerung treiben und sprießen. Mit wachsamem Auge alle Vorgänge auf seinem Gebiete übersehend, hielt Abt Staufebach durch vornehme, würdige Haltung doch alle Ueber-eilung fern. So waren jene 25 Jahre eine Zeit segensreicher Wirksamkeit geworden und der Jubiläumstag in Wolfenbüttel an jenem 30. Mai gestaltete sich zu einer dankwürdigen, teilnahme-reichen Festlichkeit. Zwar nahm an dieser Feier der Landes-Lehrerverein als solcher keinen offiziellen Anteil, denn dazu war damals die ganze Gliederung und Haltung dieser Körperschaft noch nicht ange-  
than, aber es befand sich doch dessen Vorsitzender, Waisenhauslehrer Behrens aus Braunschweig in der Deputation der Seminare und Gemeindeschulen des Herzogtums, die dem gefeierten und beliebten Vorgesetzten eine Gedenktafel und ein wertvolles Silbergeschenk über-reichte. (Vergl. Schulblatt I, 148.)

Schon im folgenden Jahre (1889 den 1. April) trat Abt Staufebach in den Ruhestand und am 4. Mai 1892 ist er gestorben. An seinem Grabe trauerte auch der Braunschweigische Landes-Lehrerverein, ein von diesem gestifteter Vorbeerkranz gab Kunde davon. Aber noch mehr geschah: auf dem Grabe des Entschlafenen erhob sich im Jahre darauf ein Grabdenkmal, ein Obelisk aus schwärz-lichem, poliertem Syenit auf granitnem Sockel, der auf der Rückseite die Inschrift trägt: „Gewidmet vom Braunschweigischen Landes-Lehrerverein“ und am 17. Mai 1893 feierlich eingeweiht wurde. Dank-bare Herzen und willige Hände in der Lehrerschaft haben das Denk-mal errichtet.

Eingeleitet wurde diese Feier von dem Wolfenbüttler Seminar-chor unter Mitwirkung verschiedener Mitglieder des Braunschweiger Lehrergesangsvereins durch den Vortrag der vom Seminarlehrer F. Sasse in Wolfenbüttel komponierten Motette: Selig verkündet leuch-ten die Lehrer im Himmelsglanz. Darauf hielt der Vorsitzende des Landes-Lehrervereins, Lehrer A. Fricke aus Braunschweig, die Weih-rede. (S. Schulblatt VI, 162.) Im Namen der Familie drückte

nun ein Sohn des Entschlafenen, Herr Adolf Staufschach, dem Verein und allen denen, die sich an der Feier beteiligt, den wärmsten Dank aus. Daraufübernahm der Vertreter der zuständigen Kirchengemeinde, Herr Pastor Vagershausen, in deren und des Kirchenvorstandes Namen das Denkmal, und mit einem ergreifenden Gedächtnisliede, nach der Melodie des Schubertschen „Allerseelen“ gesungen, vom Kollegen Fr. Schäfer in Wolfenbüttel gedichtet, schloß die erste Feier.

Am 17. Oktober 1894 erfolgte die Einweihung des neu erbauten Lehrerseminars in Braunschweig. Treulich hatte unser Landes-Lehrerverein seiner Zeit, wenn auch in bescheidener Weise, mitgestrebt und mitgesorgt, daß diese Anstalt in der Hauptstadt blieb und ein neues Heim erhielt. Das war nicht ganz leicht gewesen, manches überredende Wort mußte erst fallen, manches Widerstreben hatte müssen erst gebrochen werden. Darum freute man sich nachher im Verein des Errungenen, und dessen Vorsitzender, Herr A. Fricke, verehrte bei der Einweihungsfeier im Namen des Landes-Lehrervereins der neuen Lehrerbildungsanstalt die Büste Adolfs Diesterwegs, „als eines der bedeutendsten Lehrerbildner, der auch bei der Gründung unseres Vereins mitgewirkt hätte“. Bei dem Festmahl gedachte darnach Herr Ober-Konsistorialrat Spieß in höchst ehrender Weise „des vielfach wichtige Anregungen gebenden Landes-Lehrervereins und seines verdienstvollen Vorsitzenden“. So wurde dieser festliche Tag zu einem kleinen Ehrentage des Vereins und seines Vorstandes. (Vergl. Schulblatt VII, 323.)

Als dritte Festlichkeit, die unser heimatliches Land anging, nannten wir die Campefeier. Am 29. Juni 1896 wurden es 150 Jahr, daß in dem braunschweigischen Dorfe Deensen im Kreise Holzminden Joachim Heinrich Campe, nebst Salzmann der bedeutendste unter den philanthropischen Pädagogen, geboren wurde. In fast allen Einzelvereinen unseres Landes wurde durch Vorträge oder wenigstens durch ehrende Erwähnung dieses Tages gedacht, der der Welt den Verfasser des deutschen Robinson schenkte. Aber in Deensen und in Braunschweig wurden ordentliche Gedächtnisfeiern veranstaltet. In Campe's Heimatsdorfe hatte der Gemeinderat die Festfeier beschlossen und zahlreiche Einladungen dazu ergehen lassen, darunter auch an den Vorstand des Landes-Lehrervereins. Ein Festzug durch den Ort eröffnete die Feier. Der Ortsgeistliche, Pastor Wigig, begrüßte die Versammelten, Gymnasialdirektor Dr. Venz aus Holzminden, als Vertreter der Anstalt, die den jungen Campe für die Universität vorbereitet hatte, hielt die Festrede und Lehrer Albert Behnert aus Deensen feierte Campen als Pädagogen. Daran schloß sich ein zwangloses Beisammensein der Festteilnehmer, das durch Vorträge des Deenser Posaunenchores und des Holzmindener Gymnasialgesangchores belebt wurde. (Vergl. Schulblatt IX, 277 ff.)

Am Grabe Campe's, im Biewegischen Garten in Braunschweig, veranstaltete der Braunschweiger Lehrerverein eine Feier.

Der Lehrergesangsverein sang unter Leitung seines zweiten Dirigenten, des Herrn Domkantors Wilms den Chor von Caffe: „Selig verklärt leuchten die Lehrer im Himmelsglanz“. Herr Schulinspektor Vinte hielt eine Ansprache und legte einen Lorbeerkranz am Grabe nieder. (Vergleiche Schulblatt IX, 283.) Der Lehrergesangsverein sang hierauf: „Friede, Friede dieser Stätte“ (Dichtung von Schäfer in Wolfenbüttel, Melodie von Fr. Schubert). Der erhebenden Feier wohnten die Mitglieder der Familie Vieweg bei, die alsdann die Festteilnehmer zu einem Glase Wein in ihre Villa einluden. Hier teilte Frau Vieweg mit, daß die Familie anläßlich der Jubelfeier eine Stiftung in der Höhe von 20 000 Mark errichtet habe, deren Zinsen zur Unterstützung strebsamer Zöglinge der beiden Seminare zu Braunschweig und Wolfenbüttel bestimmt sein sollten. (Statut der Stiftung s. Schulblatt X, 150.)

Außer diesen Feierlichkeiten, deren kurze Beschreibung also ihrer heimatlichen Beziehung wegen vorangestellt wurde, veranstaltete der Landes-Lehrerverein noch einige andere Festhandlungen, die teils nur von den Einzelvereinen in kleineren Kreisen, teils auch in größeren Formen vollzogen wurden. Es sind das Diesterwegfeier, Comeniusfeier, Pestalozzifeier, Melancthonfeier.

Das Jahr 1890 brachte mit dem 29. Oktober den 100. Geburtstag Diesterwegs, des unerschrockenen Vorkämpfers für Schule und Lehrerstand, des Meisters der Methode, unserem Vereine doppelt teuer, da er ja bei dessen Gründung mitwirkte (S. I. Teil S. 14). Auf der Versammlung in Blankenburg 1890 feierte unser Landes-Lehrerverein das Gedächtnis dieses großen Toten, im großen Saale des dortigen Fürstenhofes, vor einem stattlichen Hörerkreis von 600 Personen. Zeichenlehrer Hinge aus Blankenburg hatte zur Feier das Bildnis Diesterwegs in künstlerischer Weise angefertigt. Es stand vor der Bühne des Festsaales in einem wahren Haine schöner Blattpflanzen. Die vereinigten Gesangsvereine „Liedertafel“ und „Quartettverein“ stimmten das Lied an: „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre“, worauf der Turninspektor Hermann aus Braunschweig das Podium betrat und in poetischer, schwungvoller Rede das Leben und Wirken jenes unvergeßlichen Pädagogen schilderte (Vergl. Schulblatt III, 289, die Rede selbst 306). Wiederum ertönte ein schönes Lied: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern“. Sodann fand die Feier mit Dankesworten des Vorsitzenden an die Mitwirkenden, mit der Mahnung an die Lehrer, im Sinne Diesterwegs weiter zu arbeiten, und mit dem gemeinschaftlichen Gesange: „Brüder, reicht die Hand zum Bunde“ ihren Abschluß.

Am 28. März 1892 waren 300 Jahre verflossen, seit Amos Comenius das Licht der Welt erblickt hatte. Auch die Wiederkehr dieses Gedenktages feierte unser Landes-Lehrerverein, freilich nicht in großer Hauptversammlung, sondern in seinen Einzelvereinen, und es wird wohl kein Bezirksverein diesen Tag haben hingehen lassen, ohne

dem tiefsinnigen Seher unter den Pädagogen eine dankbare Erinnerung zu weihen. Die Feier bestand meist im Vortrage eines Prologs, verschiedener Gesangsstücke und einer Festrede. Einem dieser Prologe (siehe denselben Schulblatt V, 101), von unserem Kollegen Schäfer aus Wolfenbüttel verfaßt, ist von der Comenius-Gesellschaft in Leipzig als Anerkennung die silberne Comenius-Denk Münze zuerkannt worden. Dieselbe Auszeichnung erhielt später auch Herr Rektor Tiemann aus Oelsburg für sein vortreffliches, bald in zweiter Auflage erschienenenes Volksbuch über Amos Comenius. Das Schulblatt feierte A. Comenius durch einen längeren Aufsatz vom Lehrer Groß in Braunschweig (V, 69 f.).

Dann nahte der 12. Januar 1896: vor 150 Jahren wurde der größte aller Pädagogen geboren, das reichste, liebevollste Gemüth, das je vor Kindern stand, Joh. Heinr. Pestalozzi. Da wetteiferten Einzelvereine und Landesverein, ihren Meister zu ehren. Die Januarnummer des Schulblattes brachte ein sinniges Sonnet vom Seminarlehrer Hegener aus Braunschweig und ein Gedenkblatt vom Herausgeber. In zahlreichen Einzelvereinen wurden Festspiele, „Pestalozzi“ von Paul Risch oder „Pestalozzi in Stanz“ von F. Sommer, und lebende Bilder aufgeführt. Gesang und Musik verschönten die Feier. So verlief die Sache in Braunschweig, Helmstedt, Schöppenstedt, Königslutter und anderen Orten. Der Landes-Lehrerverein als Gesamtheit hielt seine Pestalozzi-Feier auf der Hauptversammlung in Holzminden am 30. September 1896. In drei vom Gymnasiallehrer Büttner gestellten Bildern wurden nach einander gezeigt: „Pestalozzi als Kinderfreund und Lehrer“, „Königin Luise liest Pestalozzis Schriften im Kreise ihrer Familie“, „Eine Huldigung des Volkes am Pestalozzi-Denkmal in Yfferten“. Diese Darstellungen übten in ihrer stummen und doch so beredten Form eine andachtsvolle, ergreifende Wirkung aus. Sie gaben einen schlichten, aber erhebenden Festakt.

Die Melanchthonfeier im folgenden Jahre (auf den 16. Februar 1897 fiel der 400. Geburtstag dieses zweiten Lehrers Deutschlands) vollzog sich ähnlich wie die Comeniusfeier. Im Schulblatt erschien vom Schulinspektor Heinemann in Wolfenbüttel ein Aufsatz, der die pädagogische Bedeutung des großen Freundes Luthers zu würdigen suchte. In den Einzelvereinen wurden zu angemessener Zeit Festvorträge oder Gedächtnisreden gehalten.

Hiermit dürfte erledigt sein, was über größere Festveranstaltungen oder Gedenkfeiertage unseres Landesvereins zu berichten wäre. Wohl dem, der seiner Väter gern gedenkt! — Wenn wir gleichwohl noch einiges anfügen, so betrifft das theils geringfügigere Festakte kleinerer Kreise, theils solche Kundgebungen, die sogar trotz etwas abweichender Färbung doch der Vollständigkeit wegen und zur Kennzeichnung des Vereinslebens nicht fehlen dürfen.

Als Beispiel jener kleineren Feierlichkeiten möchten wir ein Konzert zum Gedächtnisse Franz Schuberts anführen, das der Lehrer-



verein Königsutter am 2. Februar 1897 daselbst im Gasthose „Zur Brücke“ veranstaltete. Es war, dem Berichte nach (vergl. Schulblatt X, 110) eine schöne Gedenkfeier des am 31. Januar 1797 geborenen berühmten deutschen Viedemeisters, und der genannte Lehrerverein, der über tüchtige musikalische Kräfte verfügt, hat sich selber damit ein ehrenvolles Zeugnis ausgestellt. An Solis bot der Abend „Ungebuld“ (vorgetragen vom Kantor Kindervater), „Nachtstück“, „Doppelgänger“ (Lehrer Therig), „Auf dem Wasser zu fingen“, „Ständchen“ (Lehrer Ahrens). Großen Beifall fanden auch die mit Meistererschaft vorgetragenen Klavierstücke: Impromptu As-dur, Menuett, Moment musical (Lehrer Therig). Das Glanzstück des Abends war aber das liebliche „Forellenquintett“ in der Originalbesetzung (Geige, Bratsche, Cello, Contrabaß, Klavier). — Der Vortrag des Konzertes war für den Pestalozziverein bestimmt.

Eine andere Feier fand im Braunschweiger Lehrerverein am 14. März 1899 statt: zu Ehren Heinrich Schaumbergers, des so früh verstorbenen Lehrers und Schriftstellers (gestorben den 16. Januar 1874 an der Schwindsucht zu Davos in der Schweiz). Die Festrede hielt Lehrer Börker in Braunschweig (Vergl. Schulblatt XII, 142).

Auch Blankenburg feierte am 29. April 1899 in einer Versammlung das Andenken Schaumbergers. Lehrer Rikau, wohl der erste Kollege unseres Landes, der den verstorbenen Dichter recht würdigte und für dessen Bekanntwerden wirkte, hielt die Festrede. Der Witwe Schaumbergers, die in Dresden lebt, wurde ein Telegramm gesandt. (Bemerkung: Schaumbergers Werke erschienen bei Zwissler in Wolfenbüttel.)

Es mag bei dieser Gelegenheit noch erwähnt werden, daß dem verewigten Dichter von der deutschen Lehrerschaft in seinem Geburtsorte Neustadt bei Koburg ein Denkmal errichtet worden ist, das am 23. Mai 1899 eingeweiht wurde und wozu auch der Landes-Lehrerverein 124,20 Mark beigetragen hat (50 Mark vom Braunschweiger Lehrerverein, 74,20 Mark von andern Bezirksvereinen).

Zu der zweiten Art von Kundgebungen möchten wir zählen die Glückwunschadresse zur silbernen Hochzeit des Regenten unseres Landes, des Prinzen Albrecht, sowie die bald darauf nötig gewordene Trauerbezeugung bei dem Tode seiner Gemahlin, der Prinzessin Marie. Zur ersten Feier, die am 29. April 1898 stattfand, sandte der Vorstand unseres Vereins eine Glückwunschadresse nach San Remo in Italien, wo sich das hohe Paar damals aufhielt. Die Adresse war bei Joh. Heinr. Meyer in Braunschweig gedruckt und mit künstlerischer Umrahmung versehen worden und ruhte in einer vom Hofbuchbindermeister F. Baumbach angefertigten Mappe aus braunem Saffianleder mit Handvergoldung. Ein freundliches Dankschreiben Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Albrecht aus Bad Rissingen vom 2. Mai war die Antwort darauf. (Vergl. Schulblatt XI, 194. 205).

Doch nur zu bald folgte diesem freudigen Ereignis die Trauer nach: am 8. Oktober desselben Jahres starb in Camenz in Schlesien die hohe Frau, die erst vor wenigen Monaten das frohe Fest der silbernen Hochzeit gefeiert hatte. An den schwergeprüften hohen Gemahl sandte auch der Vorstand unseres Landesvereins ein Beileidschreiben nebst einem Palmenarrangement (Vergl. Schulblatt XI, 414). Auch hier wurde dem Vorstande eine Dankantwort zugesandt.

Wir müssen hiermit dieses Kapitel schließen. Es sollte uns den Verein im Festgewande zeigen, und wir möchten hoffen, daß die Begebenheiten, die es erzählt, Zeugnis ablegen, wie in unserem Landeslehrerverein ein Geist lebt, der sich an allem Schönen und Hohen in Geschichte und Gegenwart herzlich freut, der in Teilnahme herantritt an die großen Wechselfälle des Lebens und jederzeit bereit ist, alle idealen Güter der Kultur zu achten, zu schützen und zu pflegen.

## Zweiter Abschnitt.

### Die inneren Angelegenheiten des Vereins.

Alle Menschen sind Kinder ihrer Zeit, sie unterliegen bei ihren Bestrebungen und Leistungen den fördernden oder hemmenden Einflüssen ihres Zeitalters, werden von diesen getragen, getrieben oder zu Grunde gerichtet, wie sich eben der Einzelgeist zum Zeitgeiste stellt. Auch großen Gesamtheiten geht's nicht anders: setzt sich doch jeder Verband aus Einzelwesen zusammen, bekommt von diesen seinen Trieb und seine Arbeitsrichtung, wirkt freilich auch auf sie zurück. So ist's beiderorts, bei dem Einzelnen wie bei der Gesamtheit, zum Verständnis ihrer Thaten und ihrer Wirksamkeit nützlich und nötig, zu wissen: In welcher Zeit stehen sie? Was für Aufgaben steckt sich diese, welchen Zielen jagt sie nach? Von welchen Ideen wird sie erfüllt? Darum versuchen wir jetzt, vorerst einen kurzen Ueberblick zu geben über die pädagogischen Bewegungen und Strömungen am Ausgange dieses Jahrhunderts. Auf dem Boden dieser allgemeinen Zeitbetrachtung wird sich dann später das Einzelne an Thaten und Beschäftigungen des Vereins, die uns sein Innenleben, seine Seele gleichsam mit ihrem Dichten und Trachten, offenbaren sollen, besser abheben.

Seit Herbart und Beneke fehlt der deutschen Pädagogik der tiefe, befruchtende und beherrschende Geist, denn noch keiner hat die pädagogische Welt wieder so durchgreifend und anhaltend in Bewegung gesetzt wie sie. Zwar sind manche tüchtige Arbeiten seitdem erschienen, aber sie betreffen teils Einzelgebiete, wie manche sehr achtungswerte methodische Neuerungen, oder sie arbeiten mit den errungenen Schätzen der Vorzeit, sind epigonenhafte Leistungen, die mit dem Gute der Vor-

fahren wirtschaften. Darum pflegen noch alle Lehrbücher der geschichtlichen Pädagogik die Reihe der großen deutschen Pädagogen mit Herbart und Bencke abzuschließen. Sogar Diesterweg und Dittes zählen da nicht mit. Der erstere schrieb nicht geschlossen genug, gab kein System, Dittes war zu wenig selbständig, zu abhängig von Bencke. Man verkennt nun freilich nicht Ansätze zu neuen grundlegenden Arbeiten in der Pädagogik. Knoke in seinem Grundriß reiht z. B. an Herbart Döring, von dem er eine human-naturalistische Pädagogik skizziert (s. das.), und als letzte Erscheinung wäre vielleicht Professor Natorp zu nennen mit seiner sozialen Pädagogik. Aber die Leistungen sind teils noch herzlich wenig bekannt, haben also noch keinen Einfluß geübt, oder sie sind noch zu neu, was denn auf eins hinausläuft.

So trägt die Spanne Zeit, die wir besonders im Auge haben (1880—1900), wie anderwärts, auch in der Pädagogik den Charakter einer Uebergangszeit. Das Alte, Ueberlieferte befriedigt nicht mehr, ein kraftvoll aufstrebendes Neue ist noch nicht da, darum wird teils weiter gebaut auf alten Grundlagen mit manchen Aenderungen im einzelnen, teils sucht man neue Grundformen. Darum begegnet man auf dem Gebiete der Pädagogik so vielen kritischen Fragen, von Forderungen der Gegenwart ist die Rede, als Zeichen, wie man sich besinnt im Strome der Zeit und seine Arbeit und Anstrengung dem Fortschritt der Wissenschaft und dem Flusse der Dinge anpassen möchte.

Ein späteres Geschlecht mag freilich aus dem Reichtum an Gestaltungen und Strömungen auf pädagogischem Gebiete besonders charaktervolle Züge herausheben und dadurch unser Zeitalter kennzeichnen. Aber für uns selber liegt noch zu vieles miteinander im Streit, als daß man schon deutlich sehen könnte, welches die herrschenden Gedankenkreise sein werden, die für die Nachwelt der Gegenwart den Stempel aufdrücken. Wir suchen darum auch hier nicht nach Schlagwörtern, mit denen wir, prophetischen Geistes voll, verkünden wollten, wie wir unsere Zeit zu beurteilen und einzureihen hätten in den Kulturlauf der Jahrhunderte. Aber doch — eine Kennzeichnung dieser Zeit müssen auch wir versuchen. Wir nehmen dazu meist auf, was bereits an anderen Stellen über die Pädagogik der letzten Jahrzehnte geschrieben worden ist. Von sozialer Färbung lesen wir da, ja vom sozialen Zeitalter, und erinnert wird dabei an die soziale Frage, die mit ihrer, alle Kreise beherrschenden Gewalt, auch gewiß bezeichnend ist für unsere Zeit. Hat sie doch außerordentliche Wirkungen gehabt: Neubildung und Organisation eines ganzen Standes, großartige Maßnahmen der Regierungen wie die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung, Hunger und Durst nach Wissen und eine Ausbreitung von Kenntnissen (Bibliothekswesen, Bildungsvereine, Volkshochschulen), wie sie keine frühere Zeit kannte. Das sind Dinge, die auch die Pädagogik beeinflussen mußten, und sie haben es gethan, dermaßen, daß man in unsern Tagen gar

von einer sozialen Pädagogik hört, als der Pädagogik, wie sie sein müßte, außer der es keine andere geben dürfte. Ihr gegenüber stellt man die Individualpädagogik hin, als die Pädagogik früherer Zeiten mit Pestalozzi, Herbart, Rousseau, Locke als Hauptvertretern. Nun, die Zukunft wird lehren, wo das Recht ist, und wie die Forderungen der sozialen Pädagogik erfüllt oder — ermäßigt werden können, vorläufig ist noch viel Unklarheit und Wind dabei (vergl. hierzu überhaupt die „Deutsche Schule“, herausgegeben von Rißmann).

Doch die soziale Frage hat auch eine praktische Seite, und sieht man dahin, so erblickt man nicht minder bezeichnende Dinge in der Schulgeschichte unserer Zeit: beharrliche Arbeit der Lehrer, ihre Ausbildung zu vervollkommenen, gesellschaftlich höher zu rücken und wirtschaftlich ein angemessenes, sicheres Auskommen zu erlangen. Zugang zur Hochschule, Erlangung der Berechtigung des einjährig-freiwilligen Militärdienstes, Abtrennung der niederen Küsterdienste, bessere Bezahlung sind teils bereits Errungenschaften, teils noch Wünsche und Ziele, die überall Köpfe und Hände in Bewegung halten.

Ein anderes Merkzeichen ist die nationale Richtung der deutschen Pädagogik, seit der Errichtung des neuen Reiches. Sie zeigt sich (namentlich auf dem Gebiete des höhern Schulwesens) in der starken Betonung des deutschen Sprachunterrichts (Vergl. Hilkebrand, kaiserliche Erlasse!), der deutschen Geschichte, die man durch Kulturgeschichte und Staatslehre bereicherte, und der vaterländischen Erdkunde (Harms!). Auch Volkswirtschaftslehre und Gesetzkunde stehen in ihrem Dienst.

Andere Antriebe erhielt die Pädagogik von der hochentwickelten Technik und vom Verkehr — stehen wir doch nicht umsonst mit unserm Zeitalter unter diesen Zeichen — und von der Naturwissenschaft, namentlich von einigen ihrer jüngsten Zweige, von Biologie und Entwicklungslehre. Junges „Dorfteich“ und Seyferts „Arbeitskunde“ sind Zeugen dafür. Daneben stehen die Verhandlungen über Handfertigkeitsunterricht der Knaben und Haushaltungsschulen für Mädchen.

Ueberhaupt trägt die Ausbreitung der Wissenschaft mit ihrem Gefolge an kritischer Einsicht und methodischer Schulung auch für die Pädagogik, insonderheit für die Volksschulpädagogik ihre Früchte. Vor allen ist das zu rühmen von den grundlegenden Wissenschaften, von der pädagogischen Psychologie, der Logik und Ethik.

Hier zeigen die Methoden und Ergebnisse der modernen exakten Forschung, wie sie von Fechner, Wundt, Sigwart, Mill, Paulsen u. a. ausgebildet und angewandt wurden, nachhaltigen Einfluß. Ermüdungsmessungen und experimentell-statistische Bearbeitung einzelner Unterrichtsfächer (Burgerstein, Vay u. a.), ja die ganze großartige Erscheinung der neueren Kinderpsychologie überhaupt, liefern den Beweis. Uebrigens leih die gesamte neuere, vom vollen, breiten Erfahrungswissen der Neuzeit getragene Philosophie, als deren charaktervollster

Vertreter Wilhelm Wundt erscheint, der Pädagogik ihre Hilfe. Man sieht das nicht nur aus den weit und tief angelegten großen pädagogischen Werken (Döring, Natorp, Rein), sondern auch an der ganzen Art und Weise, wie die Pädagogik als Wissenschaft bearbeitet, gegliedert und dargestellt wird. Dabei soll allerdings nicht verkannt werden, daß an dieser Stelle schon Herbart's Verdienst groß ist: denn wissenschaftlich arbeiten haben die deutsche Lehrer vielfach gerade an Herbart gelernt. Aber Herbart war doch Philosoph, und so fällt denn ein gut Stück des Erfolges seiner Wissenschaft zu. Und noch in andern Hinsichten zeigt sich der Einfluß der Philosophie: unter den Forderungen, die die Lehrerschaft rücksichtlich ihrer Bildung erhebt, nehmen philosophische Disziplinen eine Hauptstelle ein. Ferner ist auch die Gründung der philosophischen Vereinigung deutscher Lehrer im Anschlusse an den deutschen Lehrertag ein nicht zu unterschätzendes Anzeichen für die nahe Beziehung zwischen Philosophie und Pädagogik.

Eine weitere Folge dieser kritisch-wissenschaftlichen Förderung, die die Pädagogik erfahren hat, sind auch die neuzeitlichen Bestrebungen auf dem Gebiete des religiösen Unterrichts. Das Zurückweichen des alten Testaments und des Dogmas, der ganze Leben-Jesu-Unterricht, die förmliche Erschließung einer richtigen Prophetenbehandlung in der Schule sind die Hauptergebnisse davon.

Von den vielen methodischen Neuerungen, die im Laufe der letzten Jahrzehnte in andern Gebieten des Unterrichts aufgetaucht sind, können wir hier nicht im einzelnen reden. Für sie mag genügen, was im Verlaufe unserer ferneren Darstellung noch hie und da zu Tage tritt.

Wir sehen also die letzten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts von einer reichen Fülle pädagogischer Ideen bewegt. Neben umfassenden Reformbestrebungen, die das ganze Unterrichtswesen auf andere Grundlagen stellen möchten (Rembrandt als Erzieher, Martin und Wigge, Verein für Schulreform u. a.), stehen Einzelpläne, die entweder bestimmte Seiten der Erziehung treffen (Konrad Lange, Lindes Persönlichkeitspädagogik) oder methodische Vorschläge enthalten, wie Steuers Rechenwerke, Kerns Saglehre, Biedermanns Geschichtsbuch u. a. m.

Wie steht nun unser Braunschweigischer Landes-Lehrerverein in dieser gedankenreichen Zeit? Sehen wir zu, und zwar zuerst in seinen Vorträgen und ähnlichen Arbeiten.

## 1. Vorträge und ähnliche Arbeiten.

Der erste Gegenstand, zu dem unser Verein Stellung nahm, waren die Volkswirtschaftlichen Belehrungen, die man vielerorts und seit 1880 etwa mit erneuter Dringlichkeit für die

Volksschule forderte. Hatte doch die, besonders in Deutschland sich ausbildende historisch-ethische Richtung der Volkswirtschaftslehre (als Wissenschaft) neue Regsamkeit in ihr Gebiet gebracht. Dazu kam die junge Wissenschaft der Soziologie, die, durch Comte und Spencer im Auslande begründet, seit den 80 er Jahren auch in Deutschland rührige Vertreter gefunden. Neue Strömungen in der Wissenschaft werfen aber ihren Wellenschlag auch regelmäßig in das Gebiet des Unterrichts, bis in die Volksschule hinein. So also auch hier: die deutschen Lehrer verhandelten über Volkswirtschaft und Bürgerkunde. Auf der Landes-Lehrerversammlung zu Holzwinden im Jahre 1888 that es unser Verein. Seminarlehrer Bosse aus Braunschweig hielt den Vortrag. Er erörterte die Berechtigung der betr. Forderungen, führte diese auf ihr rechtes Maß zurück und zeigte, wie und welche volkswirtschaftlichen Stoffe in der Volksschule verwandt werden können. Die Leitsätze, die dem Vortrage zu Grunde lagen, lauteten:

I. Die Volkswirtschaftslehre kann weder in Form eines zusammenhängenden Systems noch als besonderer Unterrichtsgegenstand in besonderen Stunden in der Volksschule gelehrt werden. Dagegen hat die Volksschule die Pflicht, in ihrem Unterrichte auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und Zustände des Volkslebens Bezug zu nehmen und geeignete volkswirtschaftliche Belehrungen, welche der geistigen Reife und Einsicht der Kinder angemessen sind, in zweckmäßiger Verknüpfung mit den Lehrstoffen der übrigen Unterrichtsgegenstände mitzuteilen, damit die Jugend zum Verständnis der einfachsten und wichtigsten Vorgänge auf dem Gebiete der Volkswirtschaft angeleitet und für die Aufgaben des praktischen Lebens dadurch vorbereitet werde.

II. Derartige Belehrungen, welche die Volksschule auch bisher schon nicht ganz außer acht gelassen hat, wofern sie der Forderung der gleichschwebenden Vielseitigkeit des Interesses gerecht zu werden bestrebt war, können sich, unter Ausschluß volkswirtschaftlicher Streitfragen, aber unter Betonung der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der bestehenden staatlichen Ordnung, auf folgende Punkte beziehen: 1. die menschlichen Bedürfnisse; 2. die Naturgaben; 3. die Arbeit; 4. das Kapital; 5. wirtschaftliche Unternehmungen (Handwerk und Fabrikwesen, Pflichten der Arbeitgeber und der Arbeiter; 6. das Eigentum; 7. Handel und Verkehr, Warenpreise, Angebot und Nachfrage; 8. Geld und Kredit; 9. das Einkommen nach seinen verschiedenen Arten und Verhältnissen; 10. der Güterverbrauch im Familien-, Gemeinde- und Staatshaushalte (Versicherungsweisen und Steuern).

III. Die Unterrichtsgegenstände, mit welchen derartige Belehrungen unter Hinweis auf die Vorkommnisse und Erfahrungen des praktischen Lebens und der Geschichte verknüpft werden können, sind hauptsächlich: Religion, deutsche Sprache (Lesebuch, Aufsatz), Geschichte, Geographie, Naturkunde und Rechnen. Die auf dem Wege anschaulicher Entwicklung gewonnenen Wahrheiten werden am Schlusse des Schuljahres in den letzten Geschichtsstunden im Anschluß an die Besprechung der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 sowie der entsprechenden Kundgebungen Kaiser Friedrichs III. und Wilhelms II. in übersichtlicher Weise zu einem einheitlichen Ganzen zusammengefaßt.

IV. Die Schule unterstützt die Volkswirtschaft und die Volkswirtschaftslehre praktisch dadurch, daß sie die Kinder zur Aufmerksamkeit, zum ausdauernden Fleiße und zur zielbewußten Selbstthätigkeit, zur Pünktlich-

keit, Ordnung und Sauberkeit, zur Wahrheitsliebe, Ehrlichkeit und Pflichttreue, zur Gemüthsamkeit, Dankbarkeit und Sparsamkeit, sowie zum Gemeinfinn, zum Gehorsam und zur Ehrerbietung gegen die Obrigkeit, zur Vaterlands- und Frömmigkeit erzieht, und ihnen diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten gründlich und sicher aneignet, deren sie im späteren Leben zur Begründung ihrer wirtschaftlichen Erwerbsthätigkeit bedürfen.

V. Die Fortbildungsschule hat die von den Kindern in der Volksschule gewonnenen volkswirtschaftlichen Anschauungen und Kenntnisse in geeigneter Weise zu ergänzen und zu vertiefen.

Diese Sätze fanden die allseitige Zustimmung der Versammlung; von einer Besprechung im einzelnen nahm man jedoch Abstand. Der Vortrag wurde im Schulblatte veröffentlicht (S. I. Band Seite 285 f.).

Außer diesem Thema, das der Landes-Lehrerverein als Gesamtkörper behandelte, nach vorangegangener Vorberatung in den Einzelvereinen, wurden in diesen für sich noch manch andere Gegenstände besprochen, namentlich in den spätern Jahren (nach 1888 also), wo die Organisation des Vereins vollendet war. Es mag jedoch gleich hier ein für allemal gesagt werden, daß Mangel an Raum uns verbietet, diese Dinge hier alle oder auch nur in Auswahl namhaft zu machen, so wichtig oder bezeichnend sie auch oftmals sind. Wer ihnen nachgehen möchte, kann sie in den betreffenden Jahrgängen des Schulblattes nachsuchen. Eine kurze Aufzählung der wichtigsten davon giebt der jedesmalige Jahresbericht des Vorsitzenden unseres Vereins, der bekanntlich stets im Schulblatte abgedruckt wird.

Im Jahre 1889 war es die naturkundliche Reformbestrebung, hervorgerufen namentlich durch Junges „Dorsteich“ (erschienen Kiel 1885), die den Landes-Lehrerverein auf seiner Hauptversammlung zu Helmstedt beschäftigte. Rektor Regener aus Calvörde behandelte das Thema: „Ueber den naturkundlichen Unterricht im Anschluß an Junges „Dorsteich“. Seinem Vortrage lagen diese Sätze zu Grunde:

1. Ein klares, gemüthvolles Verständniß des einheitlichen Lebens der Natur anzustreben, ist das Ziel des naturwissenschaftlichen Unterrichts.
2. Auch übten erstrebte dieses Ziel. Es ist sein Verdienst, zuerst alle Grundsätze und Verbesserungen, welche die Methodik bis dahin erarbeitet hatte, auf den naturwissenschaftlichen Unterricht angewandt zu haben. Daß das System bei ihm zu sehr in den Vordergrund tritt, daß er zuviel Gewicht auf die Formenbeschreibung legt, findet seinen Grund in dem Stande der Naturwissenschaft seiner Zeit. Wenn nun auch die Kenntnis des Systems nicht Zweck des Unterrichts ist, so kann doch keine Schule der systematischen Uebersichten ganz entbehren.
3. Den Stoff nach Lebensgemeinschaften im Sinne Junges zu geben, ist nicht durchführbar; denn
  - a) es giebt nur wenige wie der Dorsteich abgeschlossene Lebensgemeinschaften;
  - b) Kulturpflanzen und Haustiere finden in der Lebensgemeinschaft keinen Platz;

- c) es unterliegt zu großen Schwierigkeiten, die Lebensgemeinschaften mit- und durcheinander zu behandeln;
- d) es läßt sich kaum ein Lehrplan aufstellen, der den gesamten Stoff auf Lebensgemeinschaften verteile;
- e) die äußeren Verhältnisse legen den meisten Schulen zu große Hindernisse in den Weg, als daß sie einem solchen Lehrplane gerecht werden könnten.

Es ist aber auch nicht notwendig in Rücksicht auf die organischen Gesetze, welche auf das Einzelwesen Bezug haben; diese müssen auch im einzelnen gezeigt werden, die übrigen können durch Vergleichung solcher Wesen gewonnen werden, die nicht in einer Lebensgemeinschaft stehen. Dennoch verdient die Behandlung natürlicher Gruppen vor der der Einzelwesen häufig den Vorzug.

- 4. Die Anwendung der organischen Gesetze, die jedoch noch zu sichten sind, auf den Unterricht, wird zur besseren und tieferen Erkenntnis des Einzelnen und der gegenseitigen Abhängigkeit der Naturkörper voneinander helfen und uns so dem angestrebten Ziele näher bringen. Alles übrige sind übertriebene Erwartungen.

Die Versammlung erklärte sich mit diesen Sätzen einverstanden und sah von einer Besprechung im einzelnen ab. Der Vortrag ist im Schulblatte abgedruckt worden, und kann im III. Bande Seite 34 ff. nachgelesen werden.

1890 war es der grammatische Unterricht, dem die Aufmerksamkeit des Landes-Lehrervereins galt. Seit Jahren schon waren Streitfragen über Wert und Betrieb der Grammatik im Gange. Franz Kern hatte mit einer vereinfachten Satzlehre die Sache in Bewegung gebracht. Viele Methodiker arbeiteten ihm nach und suchten seine Bestrebungen (der höheren Schule zugewandt!) auch der Volksschule dienstbar zu machen. Der grammatische Unterricht sollte mehr Sprach- das heißt Sprechunterricht sein, die theoretische Seite an ihm sollte gekürzt werden. In der Reihe dieser Schulmänner standen auch die Braunschweigischen Inspektoren Rahnmeyer und Schulze. Sie hatten sich durch Sprachhefte und Broschüren um die neue Richtung damals schon verdient gemacht. Darum ersuchte der Vorstand unseres Vereins den Schulinspektor Schulze, das in Rede stehende Thema auf der Versammlung in Blankenburg zu behandeln. Das geschah, indem zur Verhandlung kam: Warum verfehlt der grammatische Unterricht in der Volksschule oft seinen Zweck, und wie hat er sich zu gestalten, damit er sein Ziel erreiche? Schulinspektor Schulze hatte seiner Arbeit folgende Grundsätze untergelegt:

- 1. Der Hauptzweck des grammatischen Unterrichts in der Volksschule ist: Förderung der Kinder im richtigen (mündlichen und schriftlichen) Gebrauche der Muttersprache.
- 2. Gefährdet wird die Erreichung dieses Zweckes besonders da, wo eine mehr theoretisierende Lehrweise die Übung in der praktischen Anwendung verdrängt.
- 3. Gefördert dagegen wird die Erreichung des Zweckes besonders dadurch, daß der Unterricht seinen Schwerpunkt darauf verlegt, überall da ein-



zusehen und nachhaltigst zu üben, wo es wirklich gilt, den Sprachfehlern der Kinder entgegenzuarbeiten.

An den Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Debatte, in der schließlich die Veißsäge angenommen wurden. Der Vortrag selber wurde, in verkürzter Form zwar, abgedruckt im Schulblatt, siehe Band III, 291 ff.

Neben dieser Arbeit war noch ein Vortrag des Schulinspektors Oppermann aus Braunschweig über „Die Sachgebiete des Rechnunterrichts“ in Aussicht genommen worden, da diese Angelegenheit, seit Steuers Auftreten namentlich, ebenfalls die Schulmänner beschäftigte. Doch war die Zeit zu weit vorgeschritten, als daß der Vortrag noch gehört werden konnte. Zur Kennzeichnung der Lage können die aufgestellten Veißsäge Schulblatt 1890 Seite 254 nachgeschlagen werden.

Das Jahr 1891 sah unsern Verein beschäftigt, sich mit der sozialen Frage auseinander zu setzen. Die hochwichtigen kaiserlichen Erlasse vom 1. Mai 1889 über die Mitarbeit der Schule zur Bekämpfung sozialdemokratischer und kommunistischer Ideen (Siehe Schulblatt III, 335) hatte die Schulmänner aller Gattungen in lebhafteste Bewegung gesetzt. Auch die Volksschule wurde davon berührt und die braunschweigische Lehrerschaft erörterte die Angelegenheit nach eingehenden Vorbereitungen in den Einzelvereinen auf der Landeslehrerversammlung in Wolfenbüttel 1891. Hier hielt Rektor Tie mann aus Neu-Deßburg einen Vortrag über „Die Volksschule und die sozialen Schäden der Gegenwart“. Der Vortrag führte zu einer lebhaften Besprechung, als deren Ergebnis die aufgestellten Veißsäge in dieser Form angenommen wurden:

1. Unsere jetzige Gesellschaft krankt vorzüglich an wirtschaftlichen und sittlichen Schäden.
2. Die Schäden auf wirtschaftlichem Gebiete sind wesentlich folgende:
  - a) Der Mangel einer ausreichenden Sonntagsruhe, welche den Arbeiter in den Stand setzt, sich auch seiner Familie zu widmen, an dem gottesdienstlichen Leben teilzunehmen und seine durch die Wochenarbeit erschöpften geistigen und physischen Kräfte zu ersehen.
  - b) Die vielfach zu niedrigen Arbeitslöhne und Gehälter, welche dem Arbeiter oder dem kleinen Beamten mit zahlreicher Familie kaum so viel bieten, sich und die Seinen vor Mangel zu schützen.
  - c) Die Abnahme des Einkommens mit zunehmendem Alter.
  - d) Die unzureichenden Wohnungen.
3. Bei den Schäden auf sittlichem Gebiete ist besonders hervorzuheben, daß solche niemals von unten nach oben, sondern stets von oben nach unten dringen. Dieselben sind im wesentlichen folgende:
  - a) Die wachsende Unsitlichkeit, die Ueberschätzung irdischer Güter und das Streben nach Genuß.
  - b) Die Verschwendungssucht.
  - c) Die Gottlosigkeit, die Abwendung von den Grundwahrheiten des Christentums und das Ueberhandnehmen materialistischer Welt- und Lebensanschauung.

- d) Der Mangel an Vaterlandsiebe.
  - e) Die von manchen Seiten zur Schau getragene Geringschätzung der Arbeit und des Arbeiters.
4. Fällt dem Staate die Aufgabe zu, die wirtschaftlichen Notstände zu beseitigen, so haben Kirche und Schule hauptsächlich die sittlichen, bezw. intellektuellen Schäden zu bekämpfen.
  5. Die Volksschule hat diesen Schäden entgegenzutreten, indem sie die ihr anvertraute Jugend noch mehr als bisher erzieht zu klarem Denken, wahrer Herzensfrömmigkeit und hingebender Vaterlandsiebe.
  6. Sie hat diese Aufgabe besonders zu lösen:
    - a) Durch den Religionsunterricht. In demselben ist vorzüglich das Lebensbild Christi zur Anschauung zu bringen. Der religiöse Memorierstoff ist zu beschränken, dagegen aber eine liebevolle Vertiefung in den Stoff immer mehr zu erstreben.
    - b) Durch den Geschichtsunterricht. Treue Liebe zu Kaiser und Reich soll durch denselben in die Herzen der Kinder gepflanzt werden; daher ist auf die vaterländische und heimatlische Geschichte das Hauptgewicht zu legen und es sind insbesondere auch zu bieten die Lebensbilder von Herrschern, welche die Treue, die Thätigkeit, die Weisheit und auch die Erfolge erkennen lassen, mit welchen sie die Wohlfahrt ihrer Unterthanen, vorzugsweise der Geringeren im Volke gefördert haben.
    - c) Durch den Geographieunterricht. Die Vorzüge des Vaterlandes sind den Kindern zum klaren Bewußtsein zu bringen, damit sie dasselbe als das beste Land der Erde ansehen und lieben lernen.
    - d) Durch den deutschen Sprachunterricht. Ein gutes Lesebuch soll die Kenntnis der den Kindern verständlichen Berlen der deutschen Litteratur vermitteln, sowie auch durch geeignete Lesestücke die Grundsätze, von deren Beobachtung das Volkswohl abhängt, das Leben in der Familie, in der Gemeinde und im Staate, insbesondere auch das Wesen, die Ehre und den Segen der Arbeit zur Anschauung bringen.
    - e) Durch den Gesangunterricht. Derselbe soll hauptsächlich das Kirchen- und Volkslied pflegen.
    - f) Durch Belehrung über sozialpolitische bezw. volkswirtschaftliche Gegenstände, wenn auch nur in Anlehnung an geeignete Hauptfächer des Volksschulunterrichts.
  7. Aber auch außerhalb der Schularbeit muß der Lehrer auf dem Posten sein im Kampfe gegen soziale Schäden. Soweit in seinen Kräften steht, erstrebe er:
    - a) Die Einrichtung von Knaben- und Mädchenhorten.
    - b) Die Einrichtung der Fortbildungsschule.
    - c) Die Einrichtung guter Schul- und Volksbibliotheken.
    - d) Die Einrichtung von Volksunterhaltungssabenden.
    - e) Die Einrichtung von Konfirmandenparfassen.

In der Debatte über diese Thesen wurde von einigen Rednern auch die Frage der allgemeinen Volksschule berührt und als zum Thema gehörig bezeichnet. Doch konnte darüber nicht genügend verhandelt werden, um sie zur Abstimmung reif erscheinen zu lassen. Den Vortrag selbst findet man abgedruckt im Schulblatt IV. Band, Seite 321 ff.

Noch ein Gegenstand sollte auf der Versammlung in Wolsenbüttel erledigt werden, ebenfalls im Anschlusse an die oben erwähnten

Erlasse: der Katechismusunterricht in der Volksschule. Schuldirektor Schaarschmidt aus Braunschweig hatte das Referat dazu übernommen, doch kam er nach dem langen Vortrage des Rektors Tiemann und der anhaltenden Besprechung über dessen ziemlich breit ausgespinnene Thesen nicht mehr an die Reihe. Nur einige erläuternde Worte über die wichtigsten Stücke seiner Arbeit gab er in freier Rede, anknüpfend an die sechste These zum Tiemannschen Vortrage. Gefennzeichnet wird seine Anschauung durch eine Reihe Veijsäße, die man im Schulblatte IV, 259 nachlesen kann. Vortrag und Thesen waren auf dieser Versammlung zu ausgedehnt, und es ist begreiflich, wie der Verein für die Folge wünschte, vor allen Dingen kürzere Vorträge und wenn sonst möglich, auch kürzere Thesen anzutreffen.

Für 1892 hatte der Vorstand die Fortbildungsschul- und die Lehrerbildungsfrage auf die Tagesordnung seiner Hauptversammlung gesetzt, zwei Themen, davon erstes durch manche einschlägige Erscheinungen der letzten Jahre erhöhte Aufmerksamkeit beanspruchte (in Dänemark, Schweden, Frankreich), deren anderes durch unerfüllte Wünsche und stetige Mängel hinsichtlich seines Gegenstandes immer wieder aufs Neue in den Streit geworfen wurde. Die Einzelvereine hatten sich allerorts fleißig mit diesen Dingen beschäftigt, da mußte, in letzter Stunde fast, drohende Cholera-gefahr die Gesamtbesprechung verhindern: der geplante Lehrertag in Seesen konnte nicht abgehalten werden. Da wurden die in Aussicht genommenen Vorträge auf das folgende Jahr verschoben.

Das Jahr 1893 holte nach, was 1892 zurückgestellt werden mußte: der in Seesen stattfindende Lehrertag brachte die Verhandlungen über die Fortbildungsschule und die Lehrerbildung. Ueber den ersten Gegenstand sprach Rektor Wienbreyer aus Schöppenstedt, über den zweiten Schulinspektor Vinte aus Braunschweig. Dem ersten Vortrage lagen die folgenden Sätze als Hauptgedanken zu Grunde:

1. Die Fortbildungsschule für die männliche Jugend ist notwendig zur Gewinnung eines größeren Einflusses auf das sittliche Verhalten derselben, zur Befestigung und Vertiefung des in der Volksschule Erlernten, zur weiteren Erwerbung von praktischen Kenntnissen und Fertigkeiten für den Kampf ums Dasein und zur Pflege gesunder Lebensanschauungen.
2. Zum Besuche derselben ist die aus der Volksschule entlassene männliche Jugend in Stadt und Land mindestens bis zum 16. Lebensjahre zu verpflichten, wenn nicht auf andere Weise für ihre Fortbildung gesorgt ist (allgemeine Fortbildungsschule).

Um weitergehenden Bedürfnissen zu genügen, sind erweiterte Fortbildungsschulen und Fachschulen für einzelne oder mehrere verwandte Berufsarten zu errichten. Nähere Bestimmungen über die Einrichtung derselben und über die erweiterte Schulpflicht, welche zweckmäßig bis zum 18. Jahre auszudehnen ist, mögen durch ein Statut nach den örtlichen Verhältnissen getroffen werden.

3. Zur Aufrechterhaltung einer straffen Zucht sind dem Lehrer durch Gesetz oder Ortsstatut die nötigen Mittel in die Hand zu geben. Außerdem werde auf die Schüler eingewirkt
  - a) dadurch, daß in ihnen das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit von Kirche, Schule und Familie gestärkt werde (gemeinschaftliche Teilnahme am hl. Abendmahl, Ausflüge und Schulfeierlichkeiten unter Leitung der Lehrer und Teilnahme der Angehörigen);
  - b) durch den Einfluß der beteiligten Kreise, welche durch Anregung in Gewerbe- und anderen Vereinen und durch öffentliche Schulprüfungen von dem Nutzen der Fortbildungsschule zu überzeugen sind, und
  - c) dadurch, daß dem Besuche der Fortbildungsschule auch seitens der Behörden größere Bedeutung, etwa durch Forderung eines Zeugnisses im Arbeitsbuche, beigelegt werde.
4. Die Unterrichtsfächer der allgemeinen Fortbildungsschule seien:
  - a) Deutsch (Geschäftsaufsätze und Lesen), verbunden mit Belehrungen aus dem Gebiete der Volkswirtschaftslehre, Gesetzeskunde und der Gewerbe- event. Landwirtschaftskunde, sowie der Besprechung wichtiger Ereignisse und der Vorführung von Charakterbildern bedeutender Männer;
  - b) Rechnen, verbunden mit Raumlehre.
5. Der Unterricht der allgemeinen Fortbildungsschule werde mindestens das Winterhalbjahr hindurch an zwei Wochentagen mit je zwei Stunden zu einer Zeit erteilt, in der die Schüler noch geistig frisch sind.
6. Der Volksschullehrer ist in erster Linie zum Lehrer an der Fortbildungsschule berufen. Es ist förderlich, wenn im Seminarunterrichte darauf Rücksicht genommen wird, und wenn etwaige Fachkenntnisse in besonderen Unterrichtskursen erworben werden können.
7. Der Unterricht sei mindestens in der obligatorischen Fortbildungsschule unentgeltlich; die Kosten werden vom Staat und der Gemeinde, event. mit Hinzuziehung von Vereinen getragen. In allen Fortbildungsschulen möge von den Schülern im voraus ein Beitrag für die Lieferung von Schulutensilien und als Kaution für etwaige Beschädigungen des Schulinventars erhoben werden, dessen nicht verbrauchter Teil am Ende des Schuljahres zurückgegeben wird.
8. Die allgemeine Fortbildungsschule stehe unter denselben Organen wie die Volksschule. Die Aufsicht über die erweiterten Fortbildungsschulen und die Fachschulen werde besonderen, den Verwaltungsbehörden untergeordneten Organen übertragen.
9. Der Staat möge seine Fürsorge zunächst den Fortbildungsschulen für die männliche Jugend zuwenden, sodann aber darauf bedacht sein, daß der sozialen Not auch durch Errichtung von Mädchen-Fortbildungsschulen, und zwar vor allem von hauswirtschaftlichen für die unteren Schichten der Bevölkerung, abgeholfen werde. Bis dahin aber mögen Volksfreunde, Vereine und Behörden für die Verwirklichung dieser Idee mit Wort und That eintreten.

Der Vortrag selbst ist abgedruckt im Schulblatte von 1893 Seite 338 ff. Aus der Besprechung der Thesen ist von Interesse, was der anwesende Leiter unserer Volksschulen, Herr Konsistorialrat Schütte, über den Gegenstand äußerte: „daß für ihn namentlich die allgemeine Fortbildungsschule von Interesse sei, besonders auf dem Lande; aber gerade hier seien große Schwierigkeiten zu überwinden,

eine wirkliche Beteiligung könne nur durch Gesetz erreicht werden. Die Lehrer auf dem Lande seien dazu berufen, die Leitung zu übernehmen, aber sie wären mit Arbeit überbürdet. Für die Notwendigkeit der Fortbildungsschule spreche, daß, obgleich in den Volksschulen ganz ausgezeichnete Unterricht erteilt werde und die Schulen nie so viel geleistet hätten wie jetzt, doch die Verrohung der Jugend zunehme. Die Regierung stehe der Fortbildungsschulfrage sehr sympathisch gegenüber". (Schulblatt 1893 Seite 309.)

Ueber den weiteren Verlauf der Fortbildungsschulangelegenheit mag hier noch bemerkt werden, daß auf Anregung des Braunschweigischen Landes-Predigervereins dieser und der Landes-Lehrerverein gemeinschaftlich die Sache weiter verfolgten, daß beide Vereine sich mit einem gemeinsamen Gesuche an das Herzogliche Konsistorium wandten und um Einführung der allgemeinen obligatorischen und unentgeltlichen Fortbildungsschule in allen Orten unseres Herzogtums baten. Es ist bislang bei dieser Bitte geblieben: der freien Entwicklung der Fortbildungsschule ist völliger Spielraum gelassen und allerlei Förderung gewährt, aber eine zwingende Errichtung solcher Schulen ist noch nicht geschehen.

Schulinspektor Vinke hatte die Kerngedanken seiner Anschauung über Lehrerbildung in diese Sätze gefaßt:

1. Die Lehrerbildung ist zu gestalten entsprechend dem erziehlischen Zwecke des Unterrichts.
2. Darum muß ihr Ziel sein:
  - a) Die charaktervolle sittliche Persönlichkeit des Lehrers, deren Ausgestaltung zu fördern ist durch eine gründliche und vielseitige allgemeinmenschliche Bildung.
  - b) Sicherheit in der Methode des erziehlischen Unterrichts und als deren unerläßliche Bedingung eine gediegene wissenschaftliche und praktische Fachbildung.
3. Die sichere Grundlage zu seiner allgemeinmenschlichen Bildung erlangt der künftige Lehrer am zweckmäßigsten durch Absolvierung einer staatlich anerkannten lateinlosen höheren Schule, seine Berufsbildung sowie eine angemessene Vertiefung seiner allgemeinmenschlichen Bildung auf einer zweckentsprechenden Lehrerbildungsanstalt.

Während die ersten beiden Sätze Anerkennung fanden, wurde über den dritten, namentlich über die Frage, welches die beste Vorbildungsanstalt für das Seminar sei, lange verhandelt. Auf Vorschlag des Konsistorialrats Schütte enthielt man sich der Abstimmung über diesen Satz, weil in der That die Ansichten noch nicht so geklärt erschienen, daß man durch Abstimmung die feste Stellung des Lehrervereins in dieser vielumstrittenen Frage hätte bekunden können. Damit blieb eine Handhabe zur erneuten Behandlung des Themas, wenn die Zeit etwa bald die nötige Klarheit schaffen sollte. Der frei gehaltene, geistvolle Vortrag hatte jedoch auf die Versammlung einen tiefen Eindruck gemacht, er ist abgedruckt im Schulblatt Band VII

Seite 1 ff., auch als Sonderabdruck erschienen, unter dem Titel: „Ueber Lehrerbildung im Zusammenhange mit ihrem Endzwecke der Versittlichung des Menschengeschlechts“.

Das Jahr 1894 brachte zwei Aufgaben, von denen die eine wiederum dem kritischen Geiste entsprang, der dieser ganzen Zeit eigen ist, der alles prüft und das Beste behalten will, die andere mit dem Erlaß neuer Stundenpläne (Ostern 1893) für die Schulen des Herzogtums, der den Zeichenunterricht auch für alle Landschulen verbindlich machte, zusammenhing: 1. Welche Forderung stellt die Gegenwart an den Geschichtsunterricht der Volksschule? 2. Ueber den Zeichenunterricht in der Volksschule. Schuldirektor Schaarschmidt aus Braunschweig sprach über den ersten Gegenstand, Zeichenlehrer Bruns aus Wolfenbüttel über den zweiten. In Braunschweig auf der Landes-Lehrerversammlung wurden beide erledigt. Als Ergebnis der Debatte über den Geschichtsunterricht stellten sich folgende Sätze dar:

1. Der für die sittliche Charakterbildung hochbedeutsame Geschichtsunterricht gehört zu den Säulern des Gesinnungsunterrichts. Seine Hauptaufgabe besteht in Weckung und Pflege christlicher und vaterländischer Gesinnung.
2. Die Geschichte der bedeutsamsten Zustände und Verhältnisse unseres Volkes (Kulturgeschichte) hat für die Volksschule dieselbe Bedeutung, wie die der hervorragendsten Persönlichkeiten und Ereignisse.
3. Auf den heimatkundlichen Unterricht der Mittelstufe folgt außerdem im Geschichtsunterricht die Darbietung solcher heimatlicher Stoffe, welche sich der deutschen Geschichte eingliedern lassen. Die heimatliche Kultur der verschiedenen Zeitabschnitte bildet thünlichst die Unterlage zur Behandlung der Kulturgeschichte des gesamten deutschen Volkes. Ein gesonderter Kursus heimatlicher Geschichte und Kultur auf der Oberstufe ist zu verwerfen.
4. Die Volksschule betreibt nur deutsche Geschichte. Die alte Geschichte kommt nur soweit in Betracht, wie sie sich mit der biblischen und vaterländischen Geschichte berührt; von der außerdeutschen Geschichte werden nur solche Stoffe herangezogen, deren Kenntnis zum Verständnis der deutschen Geschichte erforderlich ist.
5. Sämtliche Stoffe dürfen nicht in übersichtlicher Vollständigkeit, sondern nur in ausgeführten Einzelbildern gegeben werden. Kriegs- und Schlachtengemälde sind thünlichst, unnötige Namen und Jahreszahlen gänzlich zu vermeiden. Die bedeutsamsten Ereignisse dagegen, die charakteristischsten, für erziehlische Zwecke förderlichen Lebenszüge bedeutender Persönlichkeiten, die Fürsorge der Reichs- und Landes-Regierung für die gesamte, insbesondere für die arbeitende Bevölkerung, die auf Vindernng und Befestigung der leiblichen und geistigen Not gerichteten Bestrebungen unserer Zeit, die wichtigsten staatlichen Einrichtungen des deutschen Reiches in den einfachsten Grundzügen verdienen ausführliche Behandlung.
6. Die Aneignung seitens der Schulkinder geschieht nicht nur auf dem Wege des Vor- und Nacherzählens, sondern auch auf dem des darstellenden und entwickelnden Unterrichts. Auf die Vertiefung und Beurteilung der Stoffe Beweggründe, Entwicklung einer Gesinnung, Zweckmäßigkeit und sittlicher Wert einer Handlung — unter Vermeidung

bung jedweder Unwahrheit) wird ebensoviel Wert gelegt wie auf mannigfache Verknüpfungen und Vergleiche.

7. Geeignete Quellenstoffe, gute Abbildungen, geschichtliche Gedichte, passende Lesestücke und andere Anschauungsmittel sind ausgiebig zu verwerten.

Ein stark umstrittenen Stück dieser Thesen war Satz 4: „Die Volksschule betreibt nur deutsche Geschichte“, indem eine Minderheit der Versammlung nicht zulassen wollte, daß die alte Geschichte so gänzlich beiseite gesetzt werden sollte. Doch es blieb bei dem Satze.

Der Vortrag des Kollegen Bruns über den Zeichenunterricht wurde durch etwa 70 ausgehängte Zeichen-Wandtafeln wirksam unterstützt, die den Lehrgang für den Zeichenunterricht zur Anschauung brachten. Die Debatte erzielte eine Einigung über folgende Hauptsätze:

1. Der Zeichenunterricht soll die Schüler in dem richtigen Auffassen und Darstellen von Form und Maß der Dinge üben, den Sinn für schöne Gebilde wecken und elementare Kenntnisse über Kunst und Kunstgewerbe vermitteln.
2. Der Zeichenunterricht darf erst nach vollendetem vierten (dritten) Schuljahre beginnen.
3. Den Lehrstoff bildet das Ornament und der Körper.
4. Der Zeichenunterricht ist in erster Linie Massenunterricht (Klassen- und Gruppenunterricht).
5. Als Unterrichtsmittel sind erforderlich:
  - a) für das Ornamentzeichen ein Tafelwert,
  - b) für das Körperzeichnen größere Draht- und Vollmodelle.

Bei der Besprechung dieser Leitsätze wurde der Vorstand des Vereins von der Versammlung beauftragt, Herzogl. Konsistorium zu ersuchen, es wolle anordnen, daß die vorstehenden, hinsichtlich des Geschichts- und Zeichenunterrichts angenommenen Grundsätze in sämtlichen Gemeindeschulen des Herzogtums Berücksichtigung finden möchten. Der Vorstand hat diesen Auftrag erfüllt und hat von Herrn Konsistorialrat Schütte die Zusicherung erhalten, daß bei der bevorstehenden Bearbeitung eines Lehrplanes für Landschulen die Wünsche des Vereins beachtet werden sollten. Dieser angekündigte Lehrplan erschien im September 1896, der sogenannte „Minimallehrplan“, und er beweist, daß Herzogliches Konsistorium seine Zusage nicht vergesen hat.

Im Jahre 1895 nahm der Verein abermals Veranlassung, sich mit zwei Fragen zu beschäftigen, die damals im Vordergrund des pädagogischen Interesses standen. Die eine, die Schulbibelfrage, hat schon zu wiederholten Malen die Lehrerwelt beschäftigt, die andere war ein kühnes Kind ihrer Zeit: „Die Umgestaltung der Bildungsziele nach den Forderungen der Gegenwart“. Auf dem Lehrertage zu Harzburg wurden beide Fragen erörtert, die erste an der Hand des Themas: Soll in der Schule die Vollbibel oder ein biblisches Lesebuch gebraucht werden? nach Anleitung eines Vortrages von Dr. Koldewey, Dirigenten der Bürger-

schule in Harzburg, die zweite von Seminarlehrer Regener aus Braunschweig. Die Thesen zum ersten Vortrage, die beiläufig bemerkt, mit großer Mehrheit angenommen wurden, lauteten:

Dem Schulunterrichte muß anstatt der Vollbibel ein biblisches Lesebuch zu Grunde gelegt werden:

1. Schon seit Luthers Zeiten ist die Forderung nach einem biblischen Lesebuche immer wieder erhoben worden.
2. Die Gründe, die von pädagogischer Seite in unseren Tagen für die Einführung eines biblischen Lesebuches geltend gemacht werden, sind
  - a) Gründe der Handlichkeit, des besseren Druckes, der neueren Rechtschreibung;
  - b) Gründe der Klarheit in der Anordnung und der Uebersichtlichkeit der einzelnen Teile und Abschnitte;
  - c) Gründe der größeren Klarheit und Deutlichkeit in inhaltlich-sachlicher Beziehung.
  - d) Grund der auf das Geschlechtsleben sich beziehenden Stellen.
3. Auf die Bedenken vieler ernster Christen
  - a) das biblische Lesebuch verdränge die Vollbibel aus Haus und Familie;
  - b) es sei ein Bruch mit dem Formalprinzip der Reformation, ein Triumph des Katholizismus;
  - c) es widerspräche einzelnen Stellen der Bibel selber, wie 5. Mos. 4, 2; Off. 22, 18, 19 u. a.;
  - d) es zeuge von einer falschen Brüderie, man wolle die Sünde nicht mehr mit dem richtigen Namen nennen;

ist zu erwidern:

- a) man führe Konfirmations- oder Traubibeln ein;
  - b) die Bibel ist nicht als Schulbuch geschrieben. Die dogmatische Stellung der Bibel bleibt unangetastet;
  - c) an den betreffenden Stellen ist das Gesetz gemeint;
  - d) für die Gefährdung der Seelenreinheit der Kinder durch den Gebrauch der Vollbibel spricht die Erfahrung von Eltern und Erziehern.
4. Unter den bisherigen vier Bearbeitungen des biblischen Lesebuches (Hoffmannsche Schulbibel, Glarner Familienbibel, Bremer Schulbibel, Bibl. Lesebuch von Völker und Starke) erscheinen besonders die beiden letzteren empfehlenswert.

Im Anschluß an die Debatte über diese Thesen, an der sich namentlich in bestreitendem Sinne Herr Konsistorialrat Schütte beteiligte, wurde der Vorstand ermächtigt, mit dem Landes-Predigerverein (auf dessen Anerbieten) die Angelegenheit weiter zu verfolgen, das heißt bei Herzogl. Konsistorium event. vorstellig zu werden, in den Schulen des Landes ein biblisches Lesebuch einzuführen. Doch haben sich diese Verhandlungen bei der voraussiehenden Erfolglosigkeit der Bemühungen zerschlagen. (Vergl. Schulblatt Band IX, 378 und 385.)

Seminarlehrer Regener begründete in seinem Vortrage folgende Thesen (in der angenommenen Fassung):

1. Die Volksschule erkennt es nach wie vor als ihre Aufgabe, die ideale Welt des Glaubens und der Sittlichkeit in der Seele des Kindes aufzubauen und die Kenntnis der realen Welt ihm zu vermitteln, um ihm damit diejenige allgemeine Bildung anzuzeigen, deren es bedarf, dereinst an der Kulturarbeit seines Volkes teilnehmen zu können.



2. In der Ueberzeugung, daß mit der einseitigen Pflege der Erkenntnis und der Erkenntniskräfte der Kultur nicht gedient ist, fordert die Gegenwart von der Schule besonders
  - a) daß die Lehrpläne nur soviel Stoff vorschreiben, als behufs Erzeugung eines lebendigen Interesses gründlich durchgearbeitet werden kann;
  - b) eine wesentliche Vertiefung des Religionsunterrichts besonders dadurch, daß das Lebensbild Christi und seine Predigt vom Himmelreiche in den Mittelpunkt des Unterrichts tritt;
  - c) daß die Auswahl des Lehrstoffes die Bedürfnisse des praktischen Lebens möglichst berücksichtige. Diese dritte Forderung schließt ein, daß die Gesundheitslehre aufgenommen und den körperlichen Übungen erhöhte Aufmerksamkeit zu teil werde, sowie daß Knaben und Mädchen eine einfache Haus- und Wirtschaftsrechnung führen lernen. Der Handfertigkeitsunterricht für Knaben und der Hauswirtschafts- und Kochunterricht für Mädchen liegen dagegen nicht in dem Rahmen der Volksschule.
3. In der Ueberzeugung, daß der Fortschritt der Kultur auf der Thätigkeit der Gesamtheit beruht, erachtet die Volksschule es als ihre Aufgabe, die Zöglinge durch Pflege der Nächstenliebe und des Gemeinnes hineinzubilden in die gesellschaftlichen Verbände. Zur Erreichung dieses Zweckes legt sie für eine gesunde Auffassung und Wertschätzung der staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse den Grund und macht die Kinder mit den bedeutsamsten Zuständen und Verhältnissen des deutschen Volkes und der Heimat bekannt.
4. Wenn die Volksschule auch den Anforderungen, welche die Gegenwart an sie stellt, gerecht zu werden sucht, so verkennt sie doch die Schranken nicht, die ihr dadurch gesetzt sind, daß ihre Zöglinge Kinder sind, daß sie unter mancherlei schwierigen Verhältnissen arbeitet, und daß sie immer nur einer unter vielen Erziehungsfaktoren ist.

Im Jahre 1896 wurden als Hauptvorträge behandelt: 1. Die Teilnahme des Lehrers an der Schulverwaltung und 2. Welche Stoffe sind nach den Forderungen der Gegenwart dem Lehrplane der Volksschule entweder hinzuzufügen oder daraus zu entfernen? Zu beiden Verhandlungen, auf dem Lehrertage zu Holzminden, lagen mannigfache Anlässe vor. In einigen deutschen Ländern entbehrte noch immer der Lehrerstand jeglicher Vertretung in den Kreisen der Schulverwaltung. Bei uns im Lande war unlängst (1892) das Gesetz erlassen, dem ersten oder alleinigen Lehrer einer Schule vom 30. Lebensjahre ab Stimmberechtigung im Schulvorstande zu gewähren. Das schien im allgemeinen ein wenig befriedigender Zustand, und so lag denn eine Besprechung der Angelegenheit nahe. Das andere Thema drängte sich auf als notwendige Fortsetzung der Verhandlungen vom vorigen Jahre über die „Umgestaltung der Bildungsziele nach den Forderungen der Gegenwart“. Ueber die Teilnahme des Lehrers an der Schulverwaltung berichtete Waisenhauslehrer Heege aus Braunschweig, über das zweite Thema: „Welche Stoffe usw.“ sprach Kollege Bebenroth aus Warle. Die Verhandlungen über die erste Frage gipfelten in den Thesen:

1. Eine gute Verwaltung ist für die Wirksamkeit der Volksschule sehr wichtig.
2. In der geschichtlichen Entwicklung der Volksschule ist es begründet, daß in früheren Zeiten die Lehrer fast gänzlich von der Verwaltung der Schule ausgeschlossen waren.
3. Jetzt ist es zur besseren pädagogischen und sozialen Wirksamkeit der Volksschule zu wünschen und der Vorbildung und Stellung der Volksschullehrer angemessen, ihnen neben den anderen bestimmenden Faktoren eine entsprechende Teilnahme an der Verwaltung der Volksschule einzuräumen. Keiner anderer kennt die Verhältnisse der Volksschule so genau wie der Lehrer. Niemand anders als der Lehrer hat die volle Erfahrung in der Schularbeit. Keinem kann das Wohl der Schule mehr am Herzen liegen, als dem Lehrer.
4. Die Teilnahme an der Verwaltung der Volksschule erhöht die Verantwortlichkeit der Lehrer, dient aber auch zur Erhaltung und Vermehrung eines regen Pflichteifers und zur Belebung eines ernst und rüstigen Weiterstrebens.
5. In unseren Landgemeinden ist der Lehrer von seinem 30. Jahre an stimmberechtigtes Mitglied des Schulvorstandes. Wir erkennen diese Einrichtung als eine teilweise Erfüllung unserer Wünsche dankbar an, sind aber der Ansicht, daß dem Lehrer das bezeichnete Recht von seiner definitiven Anstellung an einzuräumen ist.
6. Es ist dementsprechend zu erstreben, daß auch in jeder Stadt außer dem Leiter der Schule einer oder mehrere Lehrer vollberechtigt dem Schulvorstande der Bürgerschule angehören, und daß sie von der Lehrerschaft zu diesem Amte gewählt werden.
7. Der Lehrerstand hat ferner dahin zu wirken, daß höhere Instanzen der Schulverwaltung mit kollegialischer Verfassung (Schulkommissionen) gebildet und Schulynoden eingerichtet werden, und daß auch in diesen der Stand der Volksschullehrer in entsprechender Weise vertreten sei.

Der zweite Vortrag gründete sich auf Leitsätze, die in folgender Form angenommen wurden:

1. Die Gegenwart fordert:
  - a) eine religiös gegründete, geschlossene und lebendig-wirksame Welt- und Lebensanschauung;
  - b) eine praktische Ausbildung, die vor allem wirtschaftliche Selbständigkeit des Einzelnen ins Auge faßt;
  - c) einige Kenntnisse des Staatswesens, der rechtlichen, bürgerlichen und wirtschaftlichen Zustände und Einrichtungen, auch nach ihrer historischen Seite und damit zusammenhängend Gemeinssinn und Hingebung an die Gesamtheit;
  - d) einfache naturkundliche Einsichten, namentlich in die Gesetzmäßigkeit der Natur und in die grundlegenden Erscheinungen für unsere hochentwickelte Technik und Landwirtschaft;
  - e) Freude an edlem Spiel und an den schönen Erzeugnissen der Kunst und der Natur als Gegengewicht gegen rohe Genüsse und öden Zeitvertreib.
2. Als Folgerungen hieraus hinsichtlich der Lehrstoffe unserer Volksschulen ergeben sich:
  - A. Es sind dem Lehrplan hinzuzufügen:
    - a) für einige Fächer eine breitere konkret-anschauliche Grundlage (für Religionsunterricht, Geschichte und Erdkunde);

- b) eine neue Gruppe praktisch-nützbarer Kenntnisse für das staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben, also Elemente aus der Staats-, Gesellschafts-, Volkswirtschafts- und Rechtslehre;
  - c) einfache Turnübungen und das Spiel (Spielplatz!);
  - d) eine Art künstlerischer Unterweisung im kleinen, die auch gelegentlich an einem großen Bilderwerke zu geschehen hat.
- B. Es sind aus dem Lehrplan zu entfernen:
- a) eine Reihe reiner Gedächtnisstoffe, die meist nur überflüssiges statistisches Material enthalten, besonders im Religionsunterricht und in der Erdkunde;
  - b) eine Anzahl abstrakter Gegenstände. In dieser Hinsicht ist wiederum der Religionsunterricht, dann noch Geschichte, Erdkunde, Sprachlehre, Naturkunde nachzusehen;
  - c) eine gewisse Klasse ablegener, fremder Stoffe, wie in bibl. Geschichte, Erdkunde, auch in der Weltgeschichte.
3. Dieser gewaltig angeschwollene Bildungstoff erfordert nun für die einzelnen Schulgattungen die schärfste Sichtung und die sorgsamste Auswahl, ganz besonders für die Landschulen mit ihrer geringen Unterrichtszeit und ihren abteilungsreichen Klassen. Dabei darf aber die Freiheit des Lehrers nicht zu sehr beschränkt werden.

Den Vortrag zu diesen Thesen findet man abgedruckt im Schulblatt von 1897 Seite 1 ff.

1897 lagen dem Vereine auf seiner Hauptversammlung zu Schöningen folgende Gegenstände zur Beratung vor: 1. In welcher Richtung und in welchem Umfange wird die Jugenderziehung durch gewerbliche und landwirtschaftliche Kinderarbeit geschädigt? 2. Ueber öffentliche Schulprüfungen, 3. Welche Anforderungen stellt die Gegenwart an ein deutsches Lehrerseminar?

Schutz der Kinder vor gewerblicher Ausbeutung war seit Jahren schon Gegenstand der Sorge vieler wohlwollender Kreise. Doch fehlte vielerorts, namentlich auch bei den Behörden, ausreichende Kenntnis der Notlage. Da war auch die Lehrerschaft an die Arbeit getreten (wohl besonders auf Anregung des Lehrers Agahd in Nixdorf, vergleiche dessen Aufsatz: Kleine Sklaven oder: Wer hilft? in der schlesischen Schulzeitung, hieraus abgedruckt im Schulblatt von 1896 Seite 293 ff.), um den betreffenden Kindern wie der Erziehung überhaupt einen Dienst zu erweisen. Deswegen das erste Thema. Zu dem zweiten kam man, weil das öffentliche Prüfungswesen, namentlich in den Städten, soviel Mängel aufwies, daß einmal ein offenes, ehrliches Wort in der Sache not that. Das dritte Thema erschien schon wieder (vergl. Lehrertag Seesen 1893), teils, weil eine Behandlung am konkreteren Fall, im engeren Anschluß an das Vorhandene eher Nutzen versprach, als die früheren Besprechungen von allgemeineren Voraussetzungen und größerer Höhe aus, teils auch, weil sich inzwischen schon einiges in der Sache geklärt hatte, was sonst noch zwiespältig war.

Der erste Gegenstand, die gewerbliche Kinderarbeit betreffend, wurde vom Schulinspektor Sattler aus Braunschweig erörtert. Die Versammlung kam auf Grund des Vortrages und der vorgelegten Thesen zu dieser Anschauung:

1. Die Kinderarbeit wirkt, wenn sie verständig geleitet und den kindlichen Kräften entsprechend bemessen wird, wie jede gesundheitlich geregelte körperliche Thätigkeit des Menschen günstig auf den Organismus und kann zu einem wertvollen Erziehungsmittel gestaltet werden. Es ist daher die Heranziehung der Schuljugend zur Arbeit nicht grundsätzlich zu verwerfen.
2. Auch die Beschäftigung der Kinder gegen Entgelt (die gewerbliche und die landwirtschaftliche Kinderarbeit) kann von vorteilhaftem Einfluß auf die körperliche und geistige Entwicklung der Jugend sein.
3. Nach vielfachen Beobachtungen wirkt aber die übermäßige und unpassende gewerbliche und landwirtschaftliche Kinderarbeit schädigend
  - a) auf die körperliche und geistige Entwicklung der Kinder durch die Dürftigkeit, wo sie stattfindet, durch ihre Eigenart und durch zu lange Dauer,
  - b) auf die Sittlichkeit der Kinder, vorzugsweise durch das Zusammenarbeiten der beiden Geschlechter und der Kinder mit den Erwachsenen.
4. Es ist darum unter allen Umständen nötig,
  - a) daß die Beschäftigung der Kinder in guter Luft erfolgt;
  - b) daß von den Kindern Arbeiten ferngehalten werden, die den jugendlichen Organismus übermäßig angreifen, weil sie den körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Kinder nicht entsprechen oder durch ihre Eintönigkeit abtumpfend auf den Geist einwirken;
  - c) daß die Arbeitszeit der Kinder gegen Entgelt, die Unterrichtszeit eingerechnet, täglich nicht über 9 Stunden währt, und daß sie weder morgens vor Beginn der Schule, noch abends nach 8 Uhr stattfindet, mittags aber durch eine etwa zweistündige Pause unterbrochen wird, so daß den Kindern im Laufe des Tages genügend Zeit für die Arbeiten der Schule, für Essen und Trinken, Erholung, Spiel und Ruhe verbleibt;
  - d) daß seitens der Arbeitgeber Maßnahmen getroffen werden, welche die Kinder während ihrer Thätigkeit vor sittlichen Schäden bewahren;
  - e) daß die Bezahlung der von den Kindern geleisteten Arbeit eine angemessene ist.
5. Es ist dringend zu wünschen, daß die Kinderarbeit nicht nur in den Fabriken, sondern auch in der Landwirtschaft und Hausindustrie staatlich beaufsichtigt wird. Insbesondere ist durch gesetzliche Bestimmungen dafür Sorge zu tragen,
  - a) daß Kinder zum Austragen von Zeitungen, Brot, Fleisch, Milch u. dergl. vor Beginn des Schulunterrichts nicht verwendet werden dürfen;
  - b) daß das Hausieren der Kinder auf Straßen und Plätzen, in den Häusern, Vergnügungsgärten und Restaurationslokalen streng verboten werde;
  - c) daß Kinder zum Spülen der Biergläser und Flaschen, zum Bierabziehen, Kegelaufsetzen und anderen derartigen Arbeiten in Restaurationslokalen überhaupt nicht verwandt werden dürfen;
  - d) daß Kinder bei Treibjagden keine Verwendung finden;

- e) daß Kinder in Theatern und bei anderen öffentlichen Schaustellungen nur mit Genehmigung der zuständigen Schulbehörde beschäftigt werden dürfen;
  - f) daß Kinder, von Erwachsenen und nach Geschlechtern getrennt, nur unter zuverlässiger Aufsicht beschäftigt werden dürfen.
6. Es ist Pflicht eines jeden Lehrers und Schulleiters, durch genaue Erhebungen den Umfang der Kinderarbeit seiner Klasse bzw. Schule von Zeit zu Zeit festzustellen, ihre Folgen fortgesetzt zu beobachten und die gesammelten Erfahrungen zweckdienlich zu verwerten.

Bei der Besprechung dieser Thesen wurde auf Antrag des Schuldirektors Schaarschmidt aus Braunschweig beschloffen, „den Vorstand zu beauftragen: 1. Die vorstehenden Thesen Herzoglichem Ministerium und Konsistorium zur Kenntnis zu bringen und 2. nach weiteren Beratungen mit städtischen und ländlichen Lehrern an Herzogliches Konsistorium das Ersuchen zu richten, hohe Behörde möge dahin wirken, daß vor allem folgende Punkte gesetzlich bestimmt werden:

- a) die Arbeitszeit der Kinder darf, die Unterrichtszeit eingeschlossen, täglich nicht über 9 Stunden währen;
- b) die Kinder dürfen morgens vor dem Unterrichte zum Austragen von Brot, Zeitungen u. dergl. nicht verwandt werden;
- c) jedwedes Hausieren der Kinder ist verboten;
- d) zum Regellaufgehen dürfen die Kinder nicht über abends 8 Uhr hinaus benutzt werden;
- e) Kinder dürfen nur, von den Erwachsenen nach Geschlechtern getrennt, unter zuverlässiger Aufsicht beschäftigt werden.

Des Zusammenhangs wegen berichten wir gleich hier in der Sache weiter: Der Vorstand kam diesem Auftrage nach und schickte das geforderte Gesuch an Herzogliches Konsistorium ab. Aber schon vorher war vom Reichsanzler in die Angelegenheit eingegriffen worden, der verlangt hatte, daß durch ausgesandte Fragebogen in den einzelnen Schulen festgestellt werden sollte, in welchem Umfange und in welcher Art Kinder durch gewerbliche Arbeit in Anspruch genommen würden. Hierbei war nun freilich die landwirtschaftliche Beschäftigung nicht berücksichtigt worden, so daß die Erhebung ungenügend blieb. Auch in unserem Lande wurden solche Fragebogen ausgegeben und die Lehrer haben sie ausgefüllt.

Eine Folge davon ist vielleicht die Bestimmung im neuen Polizeistrafgesetzbuch (das am 1. Juli 1899 in Kraft getreten ist und auch neue vortreffliche Feststellungen über Bestrafung der Schulverräumnisse enthält, vergl. Schulblatt Band XII, 385), die lautet: „Strafbar sind Gast- und Schenkwirte, welche schulpflichtige Kinder im Winter nach 8 Uhr, im Sommer nach 9 Uhr abends in ihrem Gewerbebetriebe beschäftigen.

Das zweite Thema: Ueber öffentliche Schulprüfungen behandelte Kollege Karries aus Helmstedt. Die Versammlung nahm die folgenden Veißsäze an:

1. Die öffentlichen Schulprüfungen sind zur Erreichung des Unterrichtszieles unnötig.
2. Die öffentlichen Schulprüfungen sind in manchen Beziehungen unzweckmäßig und schädlich.
3. Die öffentlichen Schulprüfungen sind daher abzuschaffen.

Ueber das dritte Thema, die Seminarfrage, sprach Lehrer Bebenroth aus Warle. Ergebnis der Thesenbesprechung ist dies:

I. Die Gegenwart verlangt Lehrer, die

1. unnachlässig alle Kennzeichen eines charaktervollen, wahrhaft gebildeten Mannes tragen. Dahin gehört vor allem
  - a) eine religiös-sittliche Bildung, die einestheils das eigene Leben fest und sicher gründet, andertheils aber auch an die moderne theologische Wissenschaft herangetreten ist;
  - b) eine gute sprachliche Bildung, die sich auf zwei fremde Sprachen stützt;
  - c) eine mathematisch-naturwissenschaftliche Bildung, die der herrschenden Stellung der modernen Naturwissenschaft entspricht und auch unserer hochentwickelten Industrie und Technik gerecht wird;
  - d) eine historisch-soziologische Bildung, die einerseits den sozialen und wirtschaftlichen Fragen Verständnis entgegenbringt und andererseits auch den geschichtlichen Strömungen im Kulturleben nicht fremd gegenübersteht;
  - e) eine philosophisch-ästhetische Bildung, die sowohl Bekanntschaft mit den philosophischen Problemen und ihren Lösungsversuchen verrät, wie auch im Reiche des Schönen heimisch machen kann.
2. eine tüchtige, dem heutigen Stande ihrer Wissenschaft entsprechende Fachbildung haben. Dahin gehören
  - a) alle Kenntnisse und Fertigkeiten, die sie lehren und ausüben sollen, also „für andere nötig haben“ (Herbart);
  - b) alle Kenntnisse und Fertigkeiten, die sie befähigen, zu lehren und zu erziehen, die sie also „für sich selber nötig haben“ (die Pädagogik und ihre Hilfswissenschaften).

II. Nach beiden Seiten hin hat das heutige Seminar noch mancherlei Mängel. Das sind namentlich:

1. Die sprachliche Ausbildung ist ungenügend: eine fremde Sprache ist zu wenig.
2. Die jungen Leute lernen vielfach zu wenig wissenschaftliches Denken und wissenschaftliche Arbeit kennen. Sie müssen zu viel Fern- und Gedächtniswerk treiben: dieselben Stoffe werden in endloser Wiederholung nach gleicher Methode weiter gewälzt (siehe Religionsunterricht und Realien!).
3. Der Musikunterricht nimmt zu viel Platz ein.
4. Der Religionsunterricht wird theils zu lange am Katechismus, theils in der Bibelfunde nach veralteter Methode erteilt.
5. Das eigentliche Fachstudium kommt nicht nur nach seiner theoretisch-wissenschaftlichen Seite hin viel zu kurz (die Kenntnisse werden rhapsodisch aufgerafft ohne hinreichende Gliederung und System), sondern es wird auch vielfach unterbrochen („Verfälschen“!).
6. Dem Seminare fehlen stellenweis geeignete Lehrkräfte.

### III. Darum ist von einem Seminar zu fordern:

1. Allgemeine und Berufsbildung seien getrennt. Jene umfasse fünf Jahre und bei ihr herrsche die induktiv-elementare Methode, diese umfasse zwei Jahre und verwende mehr die deduktiv-wissenschaftliche Methode.
2. Die fremdsprachliche Ausbildung geschehe an der Hand des Lateinischen und Französischen, für deren Ziele mindestens die Anforderungen an das Rektoratsexamen maßgebend sein sollen.
3. Der Religionsunterricht muß zuletzt ein wissenschaftliches Gepräge haben und darf nicht an den Arbeiten der neueren Bibelforschung vorbeigehen.
4. Das Seminar muß die Elemente der Philosophie aufnehmen, die durch Kulturgeschichte und Staatslehre vorzubereiten oder zu stützen sind.
5. Die pädagogischen Lehrfächer müssen alle gesondert in Jahreskursen behandelt werden, in reinlicher Scheidung und systematisch.
6. Vor allem sei die methodologische Schulung gründlicher (Forschungsmethoden, Logik!).
7. Die Seminaristen dürfen nicht vor Vollendung ihrer Ausbildung als Hilfslehrer verwandt werden.
8. Die Seminarlehrer sollen Männer sein, mit wissenschaftlichem Sinn, die mit der Volksschule und ihren Lehrern im Zusammenhange bleiben.

Der Vortrag zu diesen Thesen erschien im Neuen Schulblatte Band X, 465.

Das Jahr 1898 brachte abermals bedeutsame Verhandlungen auf der 70. Landes-Lehrerversammlung zu Braunschweig. Das Bestreben der Lehrer, mit Verständnis und Bewußtsein weiter zu arbeiten an den Aufgaben ihrer Zeit hatte schon seit längeren Jahren zu Revisions- und Orientierungsarbeiten auf den verschiedensten Gebieten der Pädagogik geführt. Das ebenbenannte Jahr lieferte weitere Beiträge: 1. „Der Religionsunterricht nach den Forderungen der Gegenwart“, behandelt vom Seminarlehrer Schomburg aus Braunschweig; 2. „Der gegenwärtige Stand der Pädagogik und ihrer Hilfswissenschaften. a) Ethik“, behandelt vom Seminarlehrer Regener aus Braunschweig; 3. „Ueber Elternabend“, behandelt vom Lehrer Siler aus Braunschweig. Die Hauptgedanken des ersten Vortrages waren in folgenden Thesen ausgedrückt:

Die Forderungen der Gegenwart erstrecken sich

#### I. auf den Lehrplan.

1. Der biblische Unterricht soll als seine Hauptaufgabe Einführung in das Leben und Wirken Jesu Christi ansehen. Deshalb ist zu fordern:
  - a) ein besonderer Leben-Jesu-Unterricht auf der Oberstufe, der ein zusammenhängendes Lebensbild Jesu Christi bietet;  
(Abzuweisen: ein „historisch-pragmatisches“ Lebensbild; eine bloße „Geschichten“-Behandlung.)

b) eine starke Beschränkung des alttestamentlichen Stoffes; Auswahl der Geschichten nach religiös-sittlichem und pädagogischem Maßstab.

(Abzuweisen: völlige Entfernung des Alten Testaments aus der Schule; Beibehaltung der bisher gebräuchlichen Geschichts-konstruktion.)

2. Der Katechismusunterricht soll sich beschränken auf eine Auslegung der drei ersten Hauptstücke von Luthers Kleinem Katechismus; er tritt erst auf der Oberstufe auf.

(Abzuweisen: völlige Entfernung des Katechismusunterrichts; systematischer Religionsunterricht nach einem „Schulkatechismus“; Kinderdogmatik nach einem „Landeskatechismus.“)

3. Verhältnis von biblischem und Katechismusunterricht.

Da der Katechismusunterricht die systematische Zusammenfassung des im Bibelunterricht verarbeiteten Lehrgehaltes sein soll, so kann er als gesondertes Fach erst nach der Darbietung des gesamten wesentlichen Bibelstoffes eintreten; er wird aber vorbereitet durch Beziehung des jedesmaligen biblischen Stoffes auf ein passendes Katechismusstück.

(Abzuweisen: das zusammenhanglose Nebeneinander; das aleinige Zueinander.)

Die Forderungen der Gegenwart erstrecken sich

## II. auf das Lehrverfahren.

1. Im biblischen Unterricht ist zu fordern:

- a) im allgemeinen Berücksichtigung der Resultate neuerer Bibelforschung;
- b) im Alten Testamente im besonderen Erklärung vom christlichen Standpunkte aus.

2. Im Katechismusunterricht ist zu fordern:

- a) Vermeidung des Dogmatismus durch möglichst eingeschränkte Benutzung von abstraktem Spruchmaterial, ausschließliches Ausgehen von biblischer Geschichte (Leben Jesu!) und wesentliche Beschränkung auf den in Luthers Erklärungen niedergelegten Lehrgehalt.
- b) Heranziehung von praktischem Gegenwartsstoff, nämlich von sozialem Gesinnungsstoff, Vergleichungsstoff gegenüber dem Katholizismus, von Stoffen, die geeignet sind in das Leben der evangelischen Kirche und Gemeinde einzuführen.

Zu der Debatte über diese Thesen sei bemerkt (vergl. Schulblatt XI, 437), daß die Versammlung größtenteils dem Referenten beistimmte. Von einigen Rednern wurde freilich Einsprache erhoben, auch wurde eine Abstimmung über die einzelnen Sätze nicht vorgenommen, doch wurde der Vortragende gebeten, seinen Vortrag im Schulblatte zu veröffentlichen. Das ist geschehen, und Band XI, 461 ff. kann er nachgelesen werden.

Seminarlehrer Regener hatte seinem Vortrage keine Zeitsätze untergelegt. Seine Ausführungen gaben eine Antwort auf die Frage: Wozu lebt der Mensch auf Erden? Zu dem Ende entrollte er der Versammlung verschiedene große Lebensauffassungen, geteilt von ganzen Völkern und Zeitaltern: Die der Griechen, die des Urchristentums und des Mittelalters, die der modernen Welt.



Als Ergebnis des Vortrages vom Kollegen Siler sprach die Versammlung folgende Resolution aus: „In Rücksicht darauf, daß die Mitarbeit des Hauses an der Schularbeit von hoher Wichtigkeit ist, empfiehlt es sich, mit der Veranstaltung von Elternabenden Versuche zu machen und über die Erfolge im Schulblatte oder in der politischen Presse zu berichten.“ (Vergl. Schulblatt XI, 445 f.)

Neben diesen Vorträgen darf aber gewiß eine Rede auf dem 70. braunschweigischen Lehrertage nicht unerwähnt bleiben, die Herr Schulrat Professor Dr. Koldewey am ersten Hauptversammlungstage hielt: „Ueber den Stand der Erforschung der Vergangenheit des deutschen Schulwesens sowie über den Verein für Erforschung der deutschen Erziehungs- und Schulgeschichte“ (gegründet am 14. Dezember 1890 in Berlin). Redner bat die Versammlung, „daß der Braunschweigische Landes-Lehrerverein an Herzogliche Landesregierung das Ersuchen richten möge, diese möge dahin wirken, daß die Zwecke des Vereins für Erforschung der deutschen Erziehungs- und Schulgeschichte vom Reiche in die Hand genommen werden!“

Diesem Antrage wurde entsprochen und der Vorstand beauftragt, die erforderlichen Schritte zu thun. (Es ist geschehen, und es sei dahingestellt, wie weit der Vorgang Erfolg hatte, aber aus den Reichstagsverhandlungen der folgenden Zeit ging hervor, daß dem genannten Verein für 1899 aus Reichsmitteln 30000 Mark bewilligt wurden.)

Im Jahre 1899 waren es folgende Themata, die unsere Hauptversammlung in Blankenburg beschäftigten: 1. Wie stellen wir uns zur Einfügung des Haushaltungsunterrichts in den Lehrplan der Mädchenschulen und zur Einführung des Handfertigkeitsunterrichts in den Lehrplan der Knabenschulen? 2. Der gegenwärtige Stand der Pädagogik und ihrer Hilfswissenschaften: b) Psychologie. Das erste, ein Doppelthema, war ein Verbandsthema des Deutschen Lehrervereins und wurde bei uns geteilt behandelt. Die erste Hälfte, über Haushaltungsunterricht, bearbeitete Kollege Priesterjahn aus Blankenburg, die andere Hälfte, über Knabenhandarbeit, Kollege Salomon aus Braunschweig. Den dritten Vortrag, über Psychologie hatte Seminarlehrer Hecke aus Braunschweig übernommen. Das Ergebnis der Verhandlungen über den ersten Vortrag waren folgende Sätze, die Thesen des Referenten:

1. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unserer Zeit machen für einen Teil der heranwachsenden Mädchen hauswirtschaftliche Unterweisungen seitens des Staates oder der Kommunen nötig.
2. Eine organische Eingliederung des Haushaltungsunterrichts in den Lehrplan der Mädchenschulen ist jedoch abzulehnen. Derselbe ist vielmehr in die Mädchenfortbildungsschule zu verweisen, deren gefühlige Einführung anzustreben ist.
3. Die Mädchenschulen haben in der üblichen Weise durch den Handarbeits-

unterricht und eine entsprechende Stoffauswahl, besonders im Rechnen und in der Naturkunde, auf den Haushaltungsunterricht vorzubereiten.

Hinsichtlich des Knabenhandfertigkeitsunterrichts wurde folgende Resolution, vom Referenten aufgestellt, angenommen:

Der 71. braunschweigische Lehrertag erkennt an, daß der Handfertigkeitsunterricht in mancher Beziehung von erziehlischer und sozialer Bedeutung ist. Diese Bedeutung erscheint aber nicht erheblich genug, die Einfügung des genannten Unterrichts in den Lehrplan der Volksschule und daher auch in den des Seminars zu rechtfertigen, zumal dadurch die nächsten Ziele dieser Anstalten beeinträchtigt würden. Dagegen ist die Pflege des Handfertigkeitsunterrichts in geschlossenen Erziehungsanstalten und besonders Schülerwerfstätten unter der Leitung geliebter Pädagogen der Beachtung wert. (Bergl. Schulbl. XII, 412 ff.).

Seminarlehrer Hecke aus Braunschweig hatte seinem Vortrage über Psychologie keine Leitsätze beigegeben. Die Arbeit war besonders anziehend durch zahlreiche Nachweisungen und Charakteristiken aus der psychologischen Literatur, namentlich aus der Literatur der modernen Psychologie mit ihren Arbeiten über Seelenlehre des Kindes. Sie findet sich abgedruckt im Schulblatt Band XIII, 1 ff.

Das wären die Vorträge und Abhandlungen, die unseren Verein in den letzten zwölf Jahren, auf seinen Hauptversammlungen wenigstens, beschäftigt haben. Wichtige Gegenstände waren darunter, die dem Hörer nicht nur theoretisches Interesse abnötigten oder ihm erfrischende Anregung für Herz und Gemüt boten, sondern ihn auch anspornten zu praktischer Bethätigung im Unterricht. Möchte manch belebender Gedanke, auf der Lehrerversammlung ausgesprochen und angehört, in der Schulkube später wieder geweckt und regsam geworden sein.

## 2. Eingaben und Denkschriften.

Wer nach greifbaren praktischen Erfolgen fragt, die der Arbeit des Landes-Lehrervereins in dem letzten Dutzend Jahren seines Bestehens zu teil geworden sind, für den dürfte dieses Kapitel das wichtigste in unserer Vereinsgeschichte werden. Manch andere Aufgabe, manch andere Leistung des Vereins lag auf idealem Gebiet: Klärung einer pädagogischen Sachlage, Einführung in neuzeitliche Errungenschaften der Methodik und Didaktik, Hebung der Berufsfreudigkeit, Förderung des Gemeinfinns und des Standesgefühls waren oft die einzigen Folgen der Zusammenkünfte und Beratungen. Wohl dem Vereine allerdings, der in dieser Hinsicht Tüchtiges leistet! Er streut reichen Segen aus, wenn schon in unsichtbare Räume und verborgene Ackerfurchen. Aber schön ist's auch, wenn von Thaten geredet werden kann, deren Frucht blank und rund vor aller Augen liegt. Nun, auch daran fehlt's bei uns nicht, und wir dürfen uns des gewiß freuen und können mit Lust an das vorstehende Kapitel heran-

treten, das davon erzählen soll. Sein Inhalt geht meist auf das Gebiet des heimatischen Schulwesens, naturgemäß, denn wer bessern will, soll bei sich anfangen.

Das Jahr 1888 weiß freilich noch nichts von solchen Dingen zu berichten, es war ja auch arm an Vorträgen und Abhandlungen: ist doch dies Jahr das neuorganisierende für unseren Verein gewesen, da nahmen Aufgaben der Neugestaltung und des Aufbaues die Thätigkeit in Anspruch. (Vergl. Schulblatt 1888.)

Unter den Verhandlungs- und Berathungsstoffen des Jahres 1889 dagegen waren mehrere, die zu direkten Versuchen, Schul- und Lehrerinteressen bei uns zu fördern, Anlaß gaben, außerdem drängten sich einige andere Ereignisse in den Vordergrund der Teilnahme und forderten den Verein zum Eingreifen auf. Wir nennen: einige Anträge des Landtagsabgeordneten Superintendenten von Schwarz an die Landesversammlung, nämlich über Einführung des Nadelarbeitsunterrichts in die Gemeindeschulen des Herzogtums, über Sitz und Stimme des Lehrers im Schulvorstande und über Gewährung höherer Konferenzdiäten, ferner wurde verhandelt über die Ablösung der sogenannten niederen Küsterdienste, Erlaß der Reliktenbeiträge, Neubau eines Lehrerseminars in der Stadt Braunschweig. Die Verhandlungen über einige dieser Dinge, wenn auch nicht im Landes-Lehrerverein, reichen durch viele Jahre. Am raschesten erledigten sich die Anträge des Herrn von Schwarz.

Am 29. März 1890 beantragte er in der Landes-Versammlung, „sie wolle beschließen, an Herzogliches Staatsministerium das Ersuchen zu richten, die den Landschullehrern bei den amtlichen Lehrerkonferenzen gezahlten Diäten in angemessener Weise zu erhöhen und denselben für die Reisen zu diesen Konferenzen eine Reisekostenvergütung zu bewilligen.“ In der Sitzung vom 28. Mai desselben Jahres wurden daraufhin die Tagegelder für die am Orte der Versammlung wohnenden Lehrer auf 3 Mark, für die übrigen auf 5 Mark festgesetzt. Auf den Herbstkonferenzen 1890 wurde zum ersten Male nach dieser neuen Bestimmung verfahren.

Die pflichtmäßige Einführung des Nadelarbeitsunterrichts in den Gemeindeschulen wurde erst vom Landtage 1892 beschlossen. Für den Landes-Lehrerverein lag bei der offenbaren Nothwendigkeit dieses Unterrichts kein Anlaß vor, in der Angelegenheit vorzugehen.

Anders lag die Sache bei der Frage nach Sitz und Stimme des Lehrers im Schulvorstande. Der Antrag des Herrn von Schwarz für den Landtag 1890 lautete: „Den Schullehrern (wo jedoch mehrere an einer Schule angestellt sind, nur dem ältesten) möge das Recht gegeben werden, den Sitzungen des Schulvorstandes beizuwohnen, und zwar, wenn der Lehrer dreißig Jahre alt ist, als stimmführendes, sonst als beratendes Mitglied“ (S. Schulblatt II, 76). Die Lehrerschaft war dem Herrn von Schwarz schon für Einbringung dieses Antrages dankbar, aber doch war es wünschenswert, zu ver-

suchen, mehr zu erlangen: Stimmrecht von der festen Anstellung ab. Der Vorstand des Landes-Lehrervereins bemühte sich in diesem Sinne. Aber 1890 wurde der Antrag vertagt, und erst 1892 erfolgte nach mancherlei Vorarbeiten und Erkundigungen der Behörden (vergl. Schulblatt III, 215) die endgiltige Regelung der Angelegenheit und zwar dem Antrage gemäß. Mehr war nicht zu erreichen gewesen.

Einen eigentümlichen Verlauf, zwischen wunderlichen Schwankungen hindurch, nahmen die Verhandlungen über den Neubau eines Lehrerseminars in der Stadt Braunschweig. Von Anfang an hatte das Herzogliche Konsistorium beabsichtigt, das Seminar in Braunschweig zu lassen; von Anfang an hatte auch die Lehrerschaft gewünscht, es möchte nicht von Braunschweig verlegt werden, weder nach Wolfenbüttel, um mit dem dortigen Seminar zu einem Doppelseminar vereinigt zu werden, noch nach einer anderen Kreisstadt; treffend und eindringlich hatte namentlich der Herausgeber des Neuen Schulblattes, Direktor Schaarschmidt, diese Meinung in mehreren Aufsätzen seines Blattes vertreten; ausgezeichnet begründet hatte schließlich die Regierung, die sich diesen Anschauungen angeschlossen hatte, ihre Vorlage beim Landtage eingebracht: dennoch lehnte dieser die Vorlage ab und schlug vor, das Seminar in Braunschweig aufzuheben und entweder das Wolfenbüttler zu einem Doppelseminar auszugestalten oder ein zweites in einer anderen Stadt des Herzogtums zu errichten. Das hatte niemand erwartet und auch einige der Abgeordneten waren über das Ergebnis sehr verwundert. Aber eine nochmalige Beratung der Vorlage, die sofort nach der ersten beantragt und genehmigt wurde, führte zu keinem anderen Ziele. Doch die Regierung blieb fest in ihrem Entschlusse und brachte dem folgenden Landtage, 1892, nochmals die Vorlage, da nahm die Sache einen günstigeren Verlauf: am 29. Februar 1892 wurde die Vorlage genehmigt, das Seminar wurde in Braunschweig neu erbaut, sechsstufig, mit einer Übungsschule, und am 17. Oktober 1894 eingeweiht (vergl. S. 173).

Recht langwierig waren die Verhandlungen über die Ablösung der niederen Küsterdienste vom Schulamte. Im Landes-Lehrerverein war dieser Gegenstand schon 1889 und 1890 nach allen Richtungen hin in den Einzelvereinen durchberaten. Es ging damals fast durch die gesamte deutsche Lehrerschaft das Bestreben, diese Dienste los zu werden, denn nur erst in einigen Ländern waren sie bereits abgetrennt (vergl. Schulblatt II, 238). Der Deutsche Lehrerverein verhandelte auf dem achten Deutschen Lehrertage in Berlin (1890) über diese Frage und faßte nach dem Vortrage des Kantors Kumm aus Steglitz diese Resolution: „Die Aufgaben, welche die Uebertragung der niederen Küsterdienste an den Lehrer stellt, stehen in keinem Zusammenhange mit dem Wesen seines Standes, sind entwürdigend für seine Stellung und erschweren ihm die Erfüllung seiner Pflicht. Der achte Deutsche Lehrertag zu Berlin erneuert daher die

Forderung: Die niederen Küsterdienste sind dem Lehrer nicht mehr zu übertragen.“ (Vergl. Schulblatt III, 180.)

Der Vorstand unseres Vereins hatte die Ergebnisse der Beratungen der Einzelvereine zusammengestellt, verarbeitet und eine Eingabe verfaßt, in der Herzogliches Konsistorium gebeten wurde, die namhaft gemachten Dienste den Lehrern unseres Landes abzunehmen (es waren das alle kirchlichen Dienstleistungen außer dem Organisten-, Kantoren- und Vektorendienste). Das Gesuch wurde im Herbst 1891 an Herzogliches Konsistorium abgeschickt. Es waren jedoch darin einige Dienste vergessen, und darum wurde noch einmal, auf Erinnerung des Herzoglichen Konsistoriums, eine Besprechung in der Sache nötig, damit auch den übersehenen Diensten gegenüber die Meinung klar würde. Auf eine Anfrage des Vorsitzenden erklärten die Kollegen in einmütiger Weise, daß sie von allen in Frage kommenden Diensten nur den Kantoren-, Vektoren- und Organistendienst, sowie die Beaufsichtigung eines anzustellenden unteren Kirchendieners beibehalten möchten. Der Vorstand ergänzte in diesem Sinne sein Gesuch.

Ehe jedoch in der Sache etwas geschah, trat die Landessynode zusammen, und am 16. November 1892 stellte Herr Pastor Schumann aus Besse (heute Superintendent in Zimmerlah) darin den Antrag, die Synode wolle an die Kirchenregierung das Ersuchen richten, die Opferleute von den sogenannten niederen Küsterdiensten zu befreien. Der Antrag wurde in genügender Weise unterstützt und einer Kommission zur Vorberatung überwiesen. Da gelangte die Küsterfrage in ein Stadium, das dem Vorstande die Verpflichtung auferlegte, das Material zu veröffentlichen, das durch die Beratungen der Einzelvereine über die Angelegenheit in seinen Besitz gekommen war. Er arbeitete eine kleine Denkschrift aus (s. Schulblatt II, 18 f.), überreichte diese den Mitgliedern der Synode und benachrichtigte zugleich die hohen Behörden von diesem Vorgehen.

Am 14. April 1893 wurde in der Landessynode über den Antrag des Abgeordneten Schumann verhandelt (vergl. Schulblatt II, 146). Er gelangte mit großer Stimmenmehrheit zur Annahme. Dabei hatte der Konsistorialpräsident von Schmidt-Whiseldack zugesagt, das Konsistorium wolle die Sache gern und wohlwollend prüfen, aber wahrscheinlich würde sie durch Gesetz geregelt werden müssen, denn im Verwaltungswege ginge das nicht, der Kosten wegen. Es kam auch so. Denn bald forderte das Herzogliche Staatsministerium kraft höchsten Auftrages vom Konsistorium ein Gutachten in der Angelegenheit ein. Das fiel zustimmend aus und empfahl, alle die Küsterdienste, von denen das in der Denkschrift gewünscht worden sei (deren Aufzählung wies 16 Nummern auf, darunter waren die am meisten störenden: Anschlagen der Betglocke, Wartung der Turmuhr, Versorgung von einigem bestimmten Geläut u. a.), vom Lehramt zu

trennen, allerdings unter Kürzung des kirchlichen Einkommens der Lehrer um ein Viertel, doch höchstens bis zum Betrage von 50 Mark,

Da diese letzte Bestimmung nun eine Aenderung des Besoldungs-gesetzes von 1873 mit sich brachte, mußte die Sache auch dem Landtage zu gesetzlicher Mitwirkung unterbreitet werden. Das geschah im Jahre 1896. Eine Vorlage erschien, in der Kirchen- und Schulkommission des Landtages wurde sie gutgeheißen und der damalige Superintendent Apfel in Vichtenberg zum Referenten bestimmt. Schon glaubte man das Gesetz in Sicherheit, da — lehnte es der Landtag am 24. März 1896 mit geringer Mehrheit ab, weil, kurz gesagt, „es schiene, als ob sich die Lehrer in Ueberhebung jener Dienste schämten und — gerne länger schlafen wollten.“ (Vergl. Schulblatt IX, 379 ff.) Namentlich wurde Anstoß daran genommen, daß viele Lehrer nach dem Erscheinen der Vorlage nicht mehr mit der Neu-e rung einverstanden wären, weil sie Opfer an Einkommen bedeute. Da wandte sich der Vorstand des Landes-Lehrervereins in einem Rundschreiben an die Einzelvereine, ob dem so wäre. Aber aus keinem Verein kam Antwort, daß die Lehrer anderen Sinnes ge worden seien, im Gegenteil, sie wünschten nach wie vor die Ab trennung und waren wohl bereit, die geforderten Opfer zu bringen.

So ließ man in der Lehrerschaft die Hoffnung nicht fallen, sondern erwartete eine nochmalige Verhandlung der Frage in der Synode von 1897, in etwas milderer Form. Unsere Kirchen-regierung brachte eine Vorlage vor die Landessynode, mit der Aende-rung, „daß alle auf die sakramentalen Handlungen und die Kanzel bezüglichen Dienste dem Lehrer verbleiben sollten.“ Diese Vorlage wurde in der Synode nach kleinen Aenderungen am 5. Mai 1897 mit Einmütigkeit angenommen (vergl. Schulblatt X, 217 und die Ex tra-Beilage zur Januar-Nummer 1897). Nun mußte auch diese Vorlage noch vor den Landtag gebracht werden, was 1898 geschah und wo selbst am 14. Dezember das Gesetz, betreffend die Vergütung für kirchliche Dienste der Lehrer mit großer Stimmenmehr-heit angenommen wurde.

Es hätte können nun sogleich die Befreiung der Lehrer von den niederen Küsterdiensten erfolgen, wenn die letzte Landessynode (1897) ihren Ausschuß beauftragt hätte, das betreffende Gesetz zu verab-schieden. Das war aber versäumt worden, und so kann die Ange-legenheit erst von der nächsten Synode, die in diesem Jahre (1900) zusammentritt, erledigt werden.

Dann ist endlich nach langem Harren und nach langen Ver-handlungen (zwölf Jahre sind seit der ersten Anregung bei uns zu Lande verfloßen!) die sogenannte Küsterfrage zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Zwar ist nicht alles erreicht, was die Lehrer wünschten, aber das Erreichte bedeutet doch einen Fortschritt gegen das Frühere, und auf einmal wird selten etwas erreicht, bei dem die Wünsche auf halbe Geneigtheit und halben Widerwillen stoßen.

Viel wichtiger und auch im Verlaufe erfreulicher war eine andere Angelegenheit, die Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer in unserem Herzogthume betreffend. Es sind die Verhandlungen, die zu der Gehaltsregulierung von 1892 führten. Die letzte Aufbesserung vor dieser war 1886 geschehen (vergl. Erster Teil S. 120). Sie ließ jedoch manche Uebelstände erheblicher Art bestehen (z. B. das Klassenystem der Stellen, eine zu große Ungleichheit zwischen Stadt und Land), schuf in Verbindung mit dem Schulanschlagsbuche (1888) sogar neue und machte so vielfach die ganze Aufbesserung hinfällig (vergl. Schulblatt I, 118).

Diese Mißstände drängten zu neuen Wünschen und Vorschlägen auf Abhilfe. Eine der ersten Aeußerungen dieser Art im Landeslehrerverein war der Plan einer Teuerungszulage, der aber noch im Entstehen zunichte wurde, da er völlig aussichtslos war. Ein anderer Gedanke, auf rasche, wenn auch noch unzulängliche Abhilfe gehend, war der sogenannte Antrag Abeken im Landtage vom Jahre 1892. Er hängt jedoch so eng mit der eigentlichen Verhandlung über die Gehaltsaufbesserung zusammen, daß wir ihn nicht besonders betrachten können, sondern im Zusammenhange mit der Darstellung der Gehaltsfrage behandeln müssen.

Diese Frage bildete den wichtigsten Beratungsgegenstand im Vereine für das Jahr 1891. Die Einzelvereine hatten sich sämtlich mit Eifer daranbegeben und die Ergebnisse ihrer Ueberlegungen dem Vorstande zugesandt. Aus diesem reichen Materiale stellte eine, auf Vorschlag des Vorstandes gewählte, Kommission, bestehend aus den Kollegen Horn (Vesse) als Vorsitzenden, Vormann (Vechelde), Alsmann (Broistedt), Blume (Wolfenbüttel), Böhmann (Wittmar), Hauer (Schöppenstedt), Kindervater (Königsutter), Bock (Rottorf) eine Reihe Grundsätze und Hauptsätze auf, die alsdann vom Kollegen Blume aus Wolfenbüttel und von dem Vorsitzenden des Vereins zu einer Denkschrift ausgearbeitet wurden, die anfangs 1892 fertig war. Sie gab zunächst eine Darstellung des damaligen Besoldungszustandes (nach dem Gesetz vom 29. März 1886), deckte dann dessen Mängel auf und machte schließlich Vorschläge zur Besserung.

Als Uebelstände empfand man folgendes:

1. Während das Gesetz von 1886 den Lehrern an den städtischen Gemeindeschulen eine wirkliche Aufbesserung ihres Gehaltes brachte, hat dasselbe infolge der Ausführungsbestimmungen vom Jahre 1888 die Einkünfte mancher Landschullehrer thatsächlich nicht nur nicht erhöht, sondern geradezu vermindert.
2. Das Anfangs- und Höchstgehalt der Landschullehrer ist geringer bemessen, als dasjenige der städtischen Lehrer.
3. Während die städtischen Lehrer in gesetzlich bestimmten Zeitabschnitten vom Anfangsgehalte bis zum Höchstgehalte durch

Dienstalterszulagen steigen, ist bei den ländlichen Lehrern infolge eines sehr ungünstigen Stellensystems an ein geordnetes Aufsteigen in höhere Gehaltsstufen nach dem zehnten Dienstjahre (also nachdem sie 1150 Mark erhalten haben) gar nicht zu denken, und eine große Zahl derselben erreicht zeitlebens nicht das Höchstgehalt.

4. Das Anfangs- und Endgehalt sind sowohl bei den städtischen wie bei den ländlichen Lehrern zu niedrig bemessen.
5. Die städtischen Lehrer erhalten zwar in gesetzlich bestimmten Zwischenräumen Gehaltszulagen, aber die Zeiträume, in welchen sie bis zum Maximalsatze steigen, sind zu lang.
6. Die Zulagen bei den städtischen Skalen erfolgen anfangs in zu langen Zeiträumen und zu geringen Summen.
7. Die den städtischen Lehrern zu zahlende Mietsentschädigung ist zu niedrig bemessen.

Die Besserungsvorschläge lauten so:

- a) Land- und Stadtlehrer sind in ihren Gehaltsbezügen gleich zu stellen.
- b) Das Gehalt betrage außer freier Wohnung oder Mietsentschädigung für die fest angestellten Lehrer 1200 bis 2400 Mk., für die provisorischen Lehrer 1000 Mk.
- c) Die definitive Anstellung erfolge mit dem 25. Lebensjahre und das Höchstgehalt werde im 25. Dienstjahre erreicht.

d) Die Stufenfolge der Gehaltsätze sei folgende:

Anfangsgehalt . . . . .	1200 Mk.
nach den ersten 3 Dienstjahren . . .	1500 "
" weiteren 3 " . . . . .	1800 "
" " 3 " . . . . .	2000 "
" " 3 " . . . . .	2100 "
" " 3 " . . . . .	2200 "
" " 5 " . . . . .	2300 "
" " 5 " . . . . .	2400 "

- e) Die Mietsentschädigung betrage in den kleineren Städten anfangs 200, später 300 Mk., in den mittleren anfangs 300 und später 400 Mk.

Die Denkschrift wurde mit einem Gesuche sowohl an Herzogl. Staatsministerium wie an Herzogl. Konsistorium und an den Landtag gesandt. Der Vorstand versahnte auch nicht, persönlich bei dem Herrn Kultusminister (damals Geheimrat Dr. Spieß), dem Herrn Konsistorialpräsidenten v. Schmidt-Phisfeld, Herrn Konsistorialrat Schütte und dem Herrn Abgeordneten v. Seelen, dem Vorsitzenden der Bittschriften-



kommission, um Berücksichtigung der Wünsche der Lehrerschaft zu bitten. Ueberall fand er geneigtes Gehör, und der Herr Minister erklärte die Wünsche der Denkschrift nicht nur für berechtigt, sondern auch für erfüllbar. Zugleich ging jedoch aus den Äußerungen des Herrn Ministers hervor, daß für den derzeitigen Landtag noch keine Vorlage ausgearbeitet werden könne, da für eine „gründliche Aufbesserung“, wie sie eintreten sollte, umfassende Erhebungen und Vorarbeiten nötig seien, die in so kurzer Zeit nicht mehr zu leisten wären.

So war denn für die nächsten zwei Jahre noch keine gesetzliche Gehaltsaufbesserung zu hoffen. Da aber die ungünstige Lage vieler Kollegen eine sofortige Erhöhung des Einkommens dringend nötig machte, so richtete der Vorstand des Vereins an die Herren Abgeordneten Abeken und v. Seelen das Ersuchen, sich im Landtage dafür verwenden zu wollen, daß allen Lehrern, denen seit 1886 nicht durch ihre Gemeinde eine Aufbesserung des Gehaltes zu teil geworden sei, jährlich eine Zulage von 100 Mk. aus Staatsmitteln gewährt werden möchte. Die Herren hielten zwar die Sache für sehr schwierig, doch versprachen sie zu thun, was möglich sei. Als nun bald nachher im Landtage die Denkschrift zur Besprechung kam (mit dem günstigen Erfolge einer Empfehlung an die Landesregierung zur Berücksichtigung), stellte gleichzeitig Herr Abeken den Antrag, jährlich 10000 Mk. in den Etat der laufenden Finanzperiode einzustellen zur Unterstützung der Lehrer, die in Beziehung auf ihr Dienstalter zu gering besoldet seien.

Dieser Antrag wurde am 11. Mai 1892 von der Landesversammlung angenommen. Die damit bewilligten 20000 Mk. sind alsdann in den Jahren 1893 und 94 in Summen von 100—300 Mk. verteilt und zwar der Bestimmung des Landtages gemäß nur an solche Lehrer, die bei hohem Dienstalter eine zu geringe Besoldung erhielten.

Dem folgenden Landtage, von 1894, ging sodann die Regierungsvorlage, „die anderweitige Regulierung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer an den evangelisch-lutherischen Gemeindefschulen betreffend“, zu. Sie enthielt, „was nach Ansicht der Herzogl. Landesregierung . . . gegenwärtig gewährt werden sollte und konnte“, wollte Stadt- und Vandlehrer im Gehalt wenigstens annähernd gleich stellen, beseitigte die Ortsklassen und führte die Alterszulagen durch.

Sie forderte für städtische Lehrer ein Anfangsgehalt von mindestens 1050 Mk. ohne Mietsentschädigung (die auf 120, 150, 180 Mk. festgesetzt wurde), ein Endgehalt von 2100 Mk., das mit 25 Dienstjahren erreicht werden sollte.

Für die Vandlehrer sollte das Anfangsgehalt mindestens 1000 Mk. betragen, außer freier Wohnung, es solle steigen bis auf 1800 Mk., die auch in 25 Dienstjahren erreicht würden. Kirchendienst

war nicht eingerechnet, dafür blieben die bisherigen 200 Mk. bestehen (Vergl. Beilage zum 15. Mai 1894 des Schulblattes).

Die Vorlage blieb also wesentlich hinter den Wünschen und Vorschlägen der Lehrerschaft zurück, namentlich in der Höhe der Gehaltsätze: ihr größter Mangel. Diese Meinung kam auch auf einer Abgeordnetenversammlung des Landes-Lehrervereins, die bald nach Bekanntwerden des Gesetzentwurfs zusammentrat, zum Ausdruck. Die Versammlung sprach sich über die Vorlage so aus:

„Wir erkennen dankbar an, daß der Gesetzentwurf vom 7. Mai dieses Jahres (1894), die anderweitige Regulierung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer an den evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen betreffend, Grundätzen folgt, deren Berücksichtigung die Lehrer schon seit Jahren gewünscht und in der Denkschrift vom Jahre 1892 erbeten haben. Wir bedauern indessen aufs schmerzlichste, daß sich nicht Mittel und Wege haben finden lassen, die Gehaltsätze der obersten Stufen so zu bemessen, wie sie für eine auch nur einigermaßen sorgenfreie Lebensführung durchaus erforderlich sind. Wir geben uns aber zuversichtlich der Hoffnung hin, daß vorläufig wenigstens die Vorlage zum Gesetz erhoben und daß, sobald die Finanzlage unseres Herzogtums es gestattet, die Besoldung der Volksschullehrer den Wünschen der erwähnten Denkschrift entsprechend werde normiert werden.“ (Vergl. Schulblatt VII, 298.)

Am 4. Mai 1895 wurde diese Vorlage mit einigen Aenderungen (deren wichtigste ein erhöhter Endsatz für Landlehrer, 1900 Mk., war) zum Gesetz erhoben. Darnach sieht die Gehaltsstaffel für fest angestellte Landschullehrer so aus (Wohnung und Kirchendienst ausgeschlossen):

für das	1.	2.	3.	Dienstjahr je	. .	1000	Mk.
	4.	5.	6.	"	"	1100	"
" "	7.	u.	8.	"	"	1200	"
" "	9.	u.	10.	"	"	1300	"
" "	11.	u.	12.	"	"	1400	"
" "	13.	14.	15.	"	"	1500	"
" "	16.	17.	18.	"	"	1600	"
" "	19.	20.	21.	"	"	1700	"
" "	22.	23.	24.	"	"	1800	"
" "	25.	u.	jedes folg.	"	"	1900	"

Die Abschätzung der Dotation der Landschulstellen muß alle Jahr erfolgen und die wirkliche Höhe derselben in Ansaß bringen; die Erträge der Dotation fließen in die Schulkasse.

Die Skala für ordentliche städtische Lehrer ist diese:

für das	1.	2.	3.	Dienstj.	je	1050	Mk.	+	120	Mk.	Mietsentsch.
" "	4.	5.	6.	"	"	1200	"	+	120	"	"
" "	7.	8.	9.	"	"	1350	"	+	150	"	"

für das 10. 11. 12.	Dienstj. je 1500 Mk. + 150 Mk. Mietsentsch.
" " 13. 14. 15. u. 16.	" " 1650 " + 180 " "
" " 17. 18. 19. u. 20.	" " 1800 " + 180 " "
" " 21. 22. 23. u. 24.	" " 1950 " + 180 " "
" " 25. u. jedes folg.	" " 2100 " + 180 " "

Bei allen Mängeln, die dieser Gehaltsregulierung auch anhaften mögen, bedeutet sie doch einen Markstein in der Geschichte unserer Volksschule: sie brach das Ortsklassensystem und führte überall die Alterszulagen durch. Sie wurde darum auch freudig begrüßt in der Lehrerschaft, und der Dank, den der Vorstand des Landes-Lehrervereins dem Landtage und den hohen Behörden darbrachte, wurde mit ehrlichem Herzen gegeben. Aber leider, völlig und bleibend konnte die Befriedigung nicht werden. Denn nur zu bald kam es zum Bewußtsein, wie sehr doch die Aufbesserung hinter den Bedürfnissen der Zeit zurückgeblieben war. Vor allem blieb von ihr die Empfindung einer erst halben Leistung: die Lehrer fühlten ihre materielle Lage wohl gebessert, aber nicht gesichert, Sorge und kleinliche Berechnung blieben noch heimisch im Lehrerhause. Nach den nötigsten Ausgaben war der Haushaltsaufwand in der Denkschrift angegeben, und zu sehr standen die ersten Gehaltsätze der neuen Scala dazu im Mißverhältnis. So konnten die ersten Jahre, in denen nach der neuen Norm gewirtschaftet wurde (und vielfach voll besten Vertrauens), doch kein fröhliches Aufatmen bringen, man spürte noch herben Druck im Hause. Dazu kamen die besseren Ausblicke auf verwandte Gebiete!

1896 ordnete die hessische Kammer die Gehaltsverhältnisse ihrer Volksschullehrer derart, daß jeder Lehrer nach bestandener Prüfung mit 1100 Mk. angestellt werden sollte, die Befoldung stieg in Absätzen von je 3 Jahren bis zu 2000 Mk. Außer diesem Gehalte hatte jeder fest angestellte Lehrer eine angemessene Wohnung, womöglich mit Garten oder eine Mietsentschädigung zu verlangen (bei Pensionierung mit 200 Mk. angerechnet). (Vergl. Schulblatt 1896, S. 317.)

1897 brachte Anhalt eine Regierungsvorlage ein, nach der die Gehalte der Volksschullehrer von 1100—2500 Mk. betragen sollten, das Höchstgehalt mit 26 Dienstjahren erreichbar.

Im gleichen Jahre bekamen die preussischen Lehrer ein neues Befoldungsgesetz, das als Mindestsatz ein sogenanntes Grundgehalt von zwar nur 900 Mk. ansetzte, dieses aber durch Alterszulagen auf 1800 Mk. steigen ließ, und zwar stellenweis durch so günstige Ausführbestimmungen, daß namentlich die uns umgebenden preussischen Landesteile zu Endgehalten kamen, die weit über 2000 Mk. reichen (vergl. Denkschrift von 1900 S. 20 ff.).

Schließlich kam im Jahre 1899 die Gehaltsaufbesserung der Bürgerschullehrer in der Stadt Braunschweig, die ein Anfangsgehalt von 1600 und ein Endgehalt von 3600 Mk. festsetzte.

Darum ist es nicht zum Verwundern, daß bei dieser Sachlage schon früh Stimmen laut wurden: die Regierung möchte ersucht werden, ihr Werk zu Ende zu führen, zumal vom derzeitigen (1892) Kultusminister das Versprechen dazu vorlag: es solle geschehen, sobald die Finanzlage des Landes es gestatte. Vom Vorstande wurden jedoch solche Äußerungen anfangs immer noch zurückgehalten, und erst 1899 schien es ihm angezeigt, ihnen Folge zu leisten. Die Beratungen in den Einzelvereinen darüber, ob man über die Forderungen der Denkschrift von 1892 hinausgehen müsse oder sie beibehalten könne, waren auf die Hauptversammlung in Blankenburg hin erledigt, und hier wurde beschlossen eine Kommission zu wählen, die wiederum eine Denkschrift ausarbeiten sollte, die dann die bekannten Wege gehen sollte.

Die Kommission wurde ernannt: Kantor Horn (Vesse), Vorsitzender, ferner Schulinspektor Oppermann (Braunschweig), Lehrer Thorhauer (Wolfenbüttel), Amelung (Helmstedt), Kantor Hauer (Schöppenstedt), Kindervater (Königsutter), Lüders (Velper), Ulsmann (Broistedt) und Lehrer Bebenroth (Warle). In mehreren Sitzungen im evangelischen Vereinshause in Braunschweig wurden die Grundsätze bestimmt, auf denen sich die Denkschrift aufbauen sollte. Diese selbst wurde vom Vorsitzenden des Landes-Lehrervereins abgefaßt. Ihre Vorschläge sind diese:

- a) Stadt- und Landlehrer sind in ihren Gehaltsbezügen vollständig gleich zu stellen.
- b) Das Gehalt betrage außer freier Wohnung oder voller Mietsentschädigung für die festangestellten Lehrer 1200—2500 Mk.
- c) Das Höchstgehalt werde nach wie vor mit dem 25. Dienstjahre erreicht.
- d) Die Stufenfolge der Gehaltsätze sei folgende:

Anfangsgehalt . . . . .	1200 Mk.
nach dem 3. Dienstjahre . . . .	1500 "
" " 6. " . . . .	1700 "
" " 9. " . . . .	1900 "
" " 12. " . . . .	2100 "
" " 15. " . . . .	2200 "
" " 18. " . . . .	2300 "
" " 21. " . . . .	2400 "
" " 24. " . . . .	2500 "

- e) Die Mietsentschädigung für die fest angestellten Lehrer sei eine ausreichende, den örtlichen Verhältnissen entsprechende Vergütung für die nicht gewährte Dienstwohnung; sie werde von den Ortsbehörden festgesetzt und erfahre nach dem sechsten und abermals nach dem zwölften Dienstjahre der Lehrer eine Erhöhung.

Sollte sich indessen aus irgend einem Grunde diese Regelung der Angelegenheit verbieten und den städtischen Lehrern nur ein Wohnungsgeldzuschuß gewährt werden können, so werde dieser bestimmt nach dem für die Staatsdiener geltenden Tarife und das Gehalt der Lehrer in den Flecken und billigeren Städten auf 1300 bis 2700 Mk., dasjenige der Lehrer in den teureren Städten aber auf 1300—2800 Mk festgesetzt.

- f) Die Dienstwohnung der Landlehrer werde bei Berechnung der Pension und des Wittwengehaltes mit 300 Mk. in Anschlag gebracht.

Die Motivierung dieser Vorschläge in der neuen Denkschrift erfolgt theilweis und hauptsächlich aus der Sache selbst heraus (z. B. durch Mittheilung eines sorgsam geführten Haushaltungsplanes einer Lehrerfamilie — des bescheidensten unter drei eingegangenen — in der Höhe von 1485 Mk., durch Nachweise zutreffender Umstände in Lebenslage und Zeitbedürfnisse der Lehrer überhaupt), theils durch Hinweis auf die Stellung der Lehrer in Nachbargebieten und anderen Staaten, theils durch Heranziehung der Gehaltsverhältnisse gleichstehender Beamtenklassen. — Ob das Vorgehen hilft? Noch ist's fraglich.

Eine Freude war inzwischen den Lehrern zu theil geworden: am 4. Februar 1899 hatte nämlich der Landtag das Gesetz über die Befreiung der Beamten, Geistlichen und Lehrer von den Reliktenbeiträgen angenommen. Was dabei die Lehrer angeht, so war die Sache so zugegangen: Für den 17. Mai 1898 stand auf der Tagesordnung der Landesversammlung der Antrag von Seelen, die Aufhebung der Reliktenbeiträge der Beamten betreffend. Das veranlaßte den Vorstand unseres Vereins, dem Abgeordneten Görlitz aus Hasselfelde (beiläufig bemerkt, der erste Lehrer seit Kantor Schmidts (aus Rucklum) Zeiten, der wieder in den Landtag gewählt worden war), die Bitte auszusprechen, er möchte beantragen, daß auch den Lehrern die Reliktenbeiträge erlassen würden. Der Kollege entsprach dem Wunsche; sein Antrag fand die nöthige Unterstützung und wurde der Justizkommission zur Vorprüfung und Berichterstattung überwiesen. Daraufhin erfolgte dann, wie bemerkt, im folgenden Jahre die Annahme des Gesetzes und bereits vom 1. April 1899 ab wurden keine Wittvenkassenbeiträge mehr erhoben.

Außer diesen großen Dingen, Gehaltsaufbesserung und Küsterfrage, ist noch eine Reihe kleinerer Gegenstände vorhanden, die unseren Verein ebenfalls zu Eingaben oder verwandten Aeußerungen führten, aber nicht soviel von sich reden machten, theils auch rasch erledigt waren.

Ostern 1893 erschienen z. B. für unsere Landschulen neue Stundenpläne, die einige eingreifende Aenderungen brachten: erhöhte Stundenzahl, eine andere Verteilung der Unterrichtszeit und für einfache Schulen neue Lehrfächer (Turnen und Zeichnen). Diese Neue-

zung war im ganzen durchaus notwendig, denn die letzten Lektionstabellen stammten her von 1840, in Einzelheiten war sie vielleicht unzuweckmäßig. Von etlichen Seiten aus landwirtschaftlichen Kreisen erfuhr sie deshalb in öffentlichen Blättern heftige Angriffe, die aber weit über das Ziel hinausgingen. Darum traten verschiedene Schulmänner warm für sie ein, und auch der Vorstand des Landeslehrervereins, als Vertreter der Lehrerschaft des Herzogtums erklärte öffentlich:

„Wenn auch die Lehrer unseres Landes den Wunsch hegen, daß einige unwesentliche Bestimmungen der neuen Stundenpläne geändert werden möchten, so erkennen sie doch das in diesen Plänen deutlich hervortretende Bestreben des Herzogl. Konsistoriums, die ländlichen Schulverhältnisse zu bessern und sie denen der übrigen deutschen Staaten entsprechend zu gestalten, dankbar an und werden selbstverständlich ihre ganze Kraft daransetzen, den Erwartungen der hohen Schulbehörden gerecht zu werden.“ (Vergl. Schulblatt 1893, 300.)

Auf dem Lehrertage in Seesen, am 4. Oktober 1893, beschäftigte sich der Verein mit dieser Angelegenheit. Kantor Wismann aus Broistedt gab eine Beurteilung der neuen Stundenpläne und forderte die Versammlung auf, folgender Erklärung zuzustimmen:

„Der Erlaß der Stundenpläne für die Landschulen unseres Herzogtums bedeutet eine dringend notwendig gewordene Weiterentwicklung unseres Landschulwesens. Durch die Aufnahme wichtiger Lehrgegenstände hat unsere oberste Schulbehörde den Lehrplan für Landschulen zeitgemäß erweitert und ausgestaltet, durch stärkere Betonung des Unterrichts — namentlich auf den Unter- und Mittelstufen — für die Bildung der Jugend einen sicheren Grund gelegt, durch Verteilung der Unterrichtszeit nach Maßgabe der Bedeutung der einzelnen Lehrgegenstände die Schularbeit zweckentsprechend geregelt und durch das alles den Lehrern ein freudigeres Arbeiten an der Jugendbildung ermöglicht und den Erfolg ihrer Wirksamkeit in bedeutendem Maße erhöht.“ (Vergl. Schulblatt 1893, Seite 309.)

Einmütig wurde diese Resolution angenommen.

Bei Erlaß der Stundenpläne war von Herzogl. Konsistorium als notwendige Ergänzung dieser ein Lehrplan in Aussicht gestellt worden. Dieser erschien nach mancherlei Vorberatungen, zu denen auch Vertreter der Lehrerschaft herangezogen worden waren, am 31. August 1896 als „Minimal-Lehrplan für die Braunschweigischen Volksschulen“. Der innere Zustand der heimatlichen Volksschule war damit zeitentsprechend geregelt, denn die einsichtsvollen, auf der Höhe der Zeit stehenden Anordnungen des Lehrplanes ließen keine Seite des Schulbetriebes unbeachtet.

Im Jahre 1895 hatte das Herzogl. Konsistorium eine Dienst-anweisung für erste Lehrer erlassen (abgedruckt im Schulblatt VIII. Band Seite 61), in der verschiedene Rechte und Pflichten, die nach dem Gesetze vom 8. Dezember 1851 den Predigern als

Ortschulinspektoren zustanden, den ersten Lehrern, allerdings unter Aufsicht der Geistlichen, übertragen wurden. Bei der Besprechung dieser Anweisung in den Vereinen des Landes trat der Wunsch zu Tage, daß wichtige Befugnisse des § 6 (Befugnisse des Klassenbesuchs, schriftliche Arbeiten der Kinder durchzusehen, das Rechenschaftsbuch zu besichtigen), die der erste Lehrer erst nach ausdrücklicher Erlaubnis des Ortspredigers ausüben darf, ohne weiteres allen ersten Lehrern eingeräumt werden möchten. Dieser Wunsch wurde auch in Harzburg auf der Abgeordnetenversammlung des Lehrertages (1895) ausgesprochen und der Vorstand beauftragt, an Herzogl. Konsistorium ein dahingehendes Gesuch zu richten. Das geschah, worauf der Bescheid kam, daß Herzogl. Konsistorium in der Angelegenheit nicht weiter gehen könne, als geschehen sei; mit der Zeit werde es jedoch ganz von selbst kommen, daß allen ersten Lehrern die Rechte des § 6 der Anweisung gegeben würden.

Neben diesen Angelegenheiten lief eine andere Verhandlung mehr privater Natur einher, sie betraf den Entwurf eines Seminarlehrplans für Wolfenbüttel. Dort hatte die Herzogl. Seminardirektion 1895 einen neuen Lehrplan entworfen und den Vorstand des Landes-Lehrervereins ersucht, diesen durchzusehen und ihr etwaige Verbesserungsvorschläge mitzuteilen. Der Lehrplan wurde einer Kommission überwiesen, die aus neun Mitgliedern bestand und in 16 mehrstündigen Sitzungen ihre Aufgabe zu lösen suchte. Dabei wurde namentlich betont, daß in beiden Seminarien des Herzogtums nach gleichen Plänen unterrichtet werden und die fremdsprachliche Ausbildung im Französischen gründlich und praktisch sein möchte.

Ein anderer Gegenstand, der zu Bitten und Vorschlägen an die Behörde führte, betraf die Wohnungen der Landlehrer. Diese befanden sich vielerorts in schlechtester Verfassung, und es hält oft schwer, daß von den Gemeinden oder Patronen die nötigen Verbesserungen bewilligt werden. Bittere Streitigkeiten und anhaltende Verstimmung sind oft die Folge, wenn solche Ausbesserungsvorschläge vom Lehrer gemacht werden. Darum zog der Landes-Lehrerverein auch diesen Gegenstand in den Kreis seiner Beratungen, und in der Delegiertenversammlung am 5. Oktober 1897 in Schöningen beschloß diese nach einer einleitenden Rede des Kantors Ulsmann aus Broistedt, die ganze „Frage dem Vorstande zur Vorberatung und Weiterbeförderung an die einzelnen Bezirksvereine zu überweisen“. Dabei wurde der Wunsch ausgedrückt, an die zuständigen Behörden möchte das Ersuchen gerichtet werden, die Wohnungen der Landlehrer alle zwei Jahre durch Fachmänner auf etwaige Schäden hin nachsehen zu lassen.

Nach wiederholten Ueberlegungen sah indes der Vorstand ein, es sei angebracht, die ganze Sache vorläufig fallen zu lassen. Er setzte darum die Wohnungsfrage von der Tagesordnung ab, beschränkte sich darauf, den vorhin erwähnten Wunsch nach Revision der Woh-

nungen dem Herrn Konsistorialrat Schütte zu unterbreiten und erhielt den Bescheid, die Regelung durch Gesetz oder Verordnung sei schwierig und aussichtslos, die Landlehrer müßten sich auf den üblichen Wegen zu helfen suchen.

In Schöningen wurde 1897 noch ein Beschluß gefaßt, ein wenig anderer Art, wie das bislang Erwähnte, den wir jedoch ebenfalls hier unterbringen möchten: er betraf die Neuauflage der Werke Pestalozzis durch den verdienten Pestalozziforscher, Pastor Seiffarth (Niegnitz) und lautete: „Der Verein begrüßt mit Freuden die geplante vollständige Herausgabe der Werke Pestalozzis durch den bekannten Pestalozziforscher Seiffarth (Niegnitz); er erkennt es dankbar an, daß der Lehrerverein Frankfurt a. M. die Initiative für ein Zusammenwirken der Lehrerschaft ergriffen hat, und wünscht als Abnehmer von sieben Exemplaren in der Sammelliste verzeichnet zu werden. Von diesen sieben Exemplaren soll je eins den Kreisvereinen überwiesen werden, und es hat jedes Mitglied für diesmal außer seinem Mitgliedsbeitrage noch 30 Pfg. zu entrichten“. 1899 konnte der Vorstand daraufhin mitteilen, daß die ersten drei Bände des Werkes in sieben Exemplaren eingegangen wären. Sie wurden den einzelnen Kreisen übergeben, und der Vorsitzende des Landes-Lehrervereins bemerkte dabei, es wäre schön, wenn diese Bände der Grundstock zu Lehrerbibliotheken für die Kreise des Herzogtums werden könnten, zu denen vielleicht unsere Regierung, wie es bereits anderwärts geschehe, einen jährlichen Zuschuß bewilligen dürfte. Für die Prediger des Landes beständen bereits in den sechs Generalinspektionen solche Bibliotheken.

Im Jahre 1898 lagen vier Gegenstände zur Beratung vor, deren Darstellung in dieses Kapitel fällt: 1. Anfang und Ende der Schulpflicht, 2. Züchtigungsrecht der Lehrer, 3. die Frage nach einem neuen Gesangbuche und 4. die im Landtage beantragte Aufhebung der Schuldotation für Landlehrer.

Ueber Schulpflichtigkeit gelten noch die Verfügungen des Gesetzes von 1840, wonach die Kinder mit dem Halbjahr zur Schule müssen, vor dessen Beginn sie das fünfte Lebensjahr vollendet haben. In den Städten des Landes ist diese Bestimmung meist schon lange beseitigt, z. B. in Braunschweig seit über 30 Jahren, die Kinder werden dort mit sechs Jahren und jährlich nur einmal aufgenommen. Eine einmalige Aufnahme wird wohl auch meistens auf dem Lande beobachtet, im übrigen kommen die Kleinen immer noch mit fünf Jahren zur Schule. Nun ist schon früher gewünscht worden, jene Abweichungen von der bestehenden Vorschrift möchten zum Gesetz gemacht werden. Beispielsweise sprach sich der „Braunschweigische Städtetag“ von 1890 in Schöningen, nach einem Vortrage des Prof. Dr. Clasen aus Holzminden (Vergl. Schulblatt 1890 Seite 198) in diesem Sinne aus. 1898 hatte auf dem Lehrertage in Braunschweig



der Schuldirektor Schaarschmidt von dort das Referat über diese Angelegenheit. Er schlug der Versammlung folgenden Beschluß vor:

Die Schulpflichtigkeit der Kinder beginnt Ostern nach vollendetem 6. Lebensjahre. Auf Wunsch der Eltern oder Erzieher dürfen auch solche Kinder aufgenommen werden, welche bis zum 30. September desselben Jahres das 6. Lebensjahr zurückgelegt haben. Die Entlassung aus der Schulpflichtigkeit erfolgt Ostern nach vollendetem 14. Lebensjahre und nach 8jährigem Schulbesuche. Nur in besonders dringenden Fällen kann nach 7jährigem Besuche der Schule die Entlassung aus der Volksschule nach Gutachten des Lehrers sowie des Schulvorstandes von der obersten Schulbehörde gestattet werden.

Diese Erklärung wurde von der Versammlung angenommen und der Vorstand übernahm es, bei der obersten Schulbehörde in ihrem Sinne vorstellig zu werden.

Hinsichtlich des Züchtigungsrechts ist zu bemerken, daß Mißstände auf diesem Gebiete schon seit Jahren empfunden waren. Die Lehrerschaft hatte in den Einzelvereinen bereits früher darüber verhandelt, und namentlich war es einmal eine große Ungleichheit in den Vorschriften über Züchtigung, sodann ein gewisser Mangel an Klarheit und Bestimmtheit bei deren Formulierung und schließlich die Leichtigkeit, mit der selbst geringfügiger Ursachen halber der Lehrer vor den Strafrichter gezogen werden konnte, die den Wunsch nach Neuregelung der Sache erzeugt hatten. Als darum auf dem 70. Lehrertage in Braunschweig 1898 darüber verhandelt wurde, nahm nach einem Vorberichte des Kollegen Frohme aus Engelage und nach einer kurzen Debatte, an der auch Herr Landgerichtsrat Kulemann aus Braunschweig teilnahm, die Versammlung diese Resolution an:

Zu Erwägung, daß auch beim besten Willen die Lehrer der Volksschule nicht vollständig ohne die körperliche Züchtigung auskommen können; in Erwägung ferner, daß in unserem Herzogtume außer der vom Herzogl. Konsistorium erlassenen allgemeinen Verordnung noch verschiedene Instruktionen einzelner Schulvorstände betreffs Ausführung des Züchtigungsrechtes bestehen und dadurch ein verschiedenes Recht für die Lehrer unseres Landes geschaffen ist: beauftragt die Versammlung den Vorstand, bei Herzogl. Konsistorium dahin vorstellig zu werden, Hohe Behörde wolle baldigst einheitliche, der pädagogischen Einsicht des Lehrers die nötige Freiheit gewährende Bestimmungen über das Züchtigungsrecht erlassen und dahin wirken, daß die Bestrafung des Lehrers wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes bei leichteren Fällen auf disziplinarischem Wege durch die oberste Schulbehörde erfolge.

Infolge dieses Auftrages setzte der Vorstand ein Gesuch auf und wandte sich damit an Herzogl. Konsistorium. Nach einiger Zeit wurde ihm mündlich der Ausschluß erteilt, daß Fürsorge getroffen sei, daß gegen die Lehrer künftig wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes ein Strafverfahren mittels öffentlicher Anklage (durch den Staatsanwalt) nur wegen wirklicher Schädigung der Gesundheit des Gezüchtigten eingeleitet werden würde; in allen Fällen, in denen die Gesundheit des betreffenden Kindes durch die Züchtigung nicht geschä-

digt, wohl aber eine besondere Anordnung der Schulbehörde unbeachtet geblieben sei, solle die Bestrafung auf disziplinarem Wege erfolgen. Weiter ist in der Angelegenheit noch nichts bekannt geworden.

Das Braunschweigische Gesangbuch hat bekanntlich schon seit vielen Jahren die Gemüther erregt, besonders in Kreisen der Geistlichkeit, aber auch bei Laien. 1887 war der Anhang zum Gesangbuche erschienen, der das deutsche Armeegesangbuch zum Vorbilde hat und die Gesänge in ursprünglicher Gestalt enthält, nicht umgedichtet und entstellt wie so viele im Gesangbuche selbst. Dann ruhte die Sache eine Weile, bis vor einigen Jahren wieder Stimmen laut wurden, die gründliche Arbeit forderten: ein ganz neues Gesangbuch. Die Landessynode von 1897 setzte die Frage auf ihre Tagesordnung und beschloß auch, es solle ein neues Gesangbuch herausgegeben werden. Am meisten hat für Lehrerkreise in dieser Richtung vielleicht gewirkt eine kleine Schrift und ein Vortrag des Pastors Stock aus Braunschweig (im Braunschweiger Lehrerverein) vom Jahre 1898, beide mit dem Titel: Brauchen wir ein neues Gesangbuch? Stock bejahte die Frage (Vergl. Schulblatt 1898 Seite 152). Da nahm auch der Landes-Lehrerverein die Angelegenheit auf und auf dem 70. Lehrertage in Braunschweig 1898 wurde folgende Erklärung ausgesprochen:

1. Der 70. braunschweigische Lehrertag spricht seine hohe Befriedigung aus über den Beschluß der Landessynode, die Bearbeitung eines neuen Gesangbuches betreffend.
2. Im Interesse der Schule wünscht er für das Gesangbuch,
  - a) daß es möglichst klein sei,
  - b) daß es nur das Beste enthalte,
  - c) daß die Gestalt der Pieder derartig sei, daß sie unserem ästhetischen Empfinden entspreche,
  - d) daß die Ordnung nicht nach dogmatischen Rücksichten, sondern nach religiös-praktischen Gesichtspunkten geschehe.
3. Der 70. braunschweigische Lehrertag spricht die Erwartung aus, daß in der etwa zu ernennenden Gesangbuchkommission auch die braunschweigische Volksschule vertreten sei.

Als darauf im folgenden Jahre der Regent eine Kommission ernannte, die die Gesangbuchsfrage bearbeiten und ihre Regelung vorbereiten sollte, hatte der Verein die Freude, auch aus seiner Mitte ein Mitglied darin zu finden, den Lehrer Alb. Friede aus Braunschweig, den Verfasser der bekannten Handbücher für Katechismus- und Bibelunterricht. Diesem hat der Vorstand unseres Vereins alles Material, das ihm aus den Beratungen der Einzelvereine über die Gesangbuchsangelegenheit eingesandt worden ist, übergeben.

Die Stellungnahme des Vereins in Sachen der Schuldotation hatte ihren Grund in einem Antrage des Abgeordneten Lambricht (aus Reinsdorf) an den Landtag vom Jahre 1898, der an die

Regierung das Ersuchen richtete, die Dotation der Schulstellen solle aufgehoben und den Gemeinden als Eigentum zu freier Verfügung gestellt werden. Kollege Bock aus Rottdorf begründete daraufhin auf dem Lehrertage in Braunschweig 1898 eine Erklärung, die von der Versammlung angenommen wurde und diesen Wortlaut hat (Vergl. auch Bocks Aufsatz im Schulblatt 1898 Seite 390):

In Erwägung, daß bei der jetzigen vortrefflichen Verwaltung der Schuldotation das Interesse der Gemeinde und des Lehrers vollständig gewahrt ist; in Erwägung, daß das Bestehen der Dotation das Zustandekommen einer Landeschkulkaſſe nicht hindert; in Erwägung, daß aber bei Einziehung der Dotation leicht die Interessen des Lehrersstandes geschädigt werden können: erklärt sich der 70. braunschweigische Lehrertag gegen eine Aufhebung der Dotation und spricht die Hoffnung aus, daß die Landesregierung den darauf abzulehnenden Antrag Lambrecht ablehnen werde.

Zum Schluß möchten wir noch eine Eingabe des Vereins erwähnen, die zwar mit seinen eigensten Aufgaben kaum zusammenhängt, aber doch wert ist, gesagt zu werden. Im Jahre 1895 wandte sich nämlich der Braunschweigische Geschichtsverein an Herzogl. Staatsministerium mit der Bitte, das seit Ende 1868 eingegangene „Braunschweigische Magazin“, eine Beilage zu den Anzeigen, wieder einzurichten. Auch der Vorstand des Landes-Lehrervereins war gebeten worden, dies Gesuch zu unterstützen, was geschah. Das Gesuch wurde genehmigt, und seit September 1895 erscheint das „Braunschweigische Magazin“ wieder.

### Dritter Abschnitt.

#### Die Sterbekasse.

Für Sterbekasse und Pestalozziverein haben wir je einen besonderen Abschnitt beansprucht, ihrer Wichtigkeit und ihres Alters wegen. Sie sind beide eine Vereinigung festerer Form (die Sterbekasse sogar mit Beitrittszwang für jeden fest angestellten Lehrer), haben die Rechte einer juristischen Person und bezwecken zum Besten ihrer Angehörigen eine Unterstützung notwendigster, greifbarster Art. Zeiten der Not und Sorge haben sie entstehen lassen (vergl. Teil I S. 40), und eine spätere, günstigere Zeit hat sie erhalten und gefördert. Sie sind gewachsen und vervollkommenet, aus kleinen Anfängen und Teilbildungen haben sich stattliche Formen entwickelt, die fast die ganze Lehrerschaft des Herzogtums umspannen.

Was nun zunächst die Sterbekasse anbelangt, so bestand sie, wie aus der ersten Abteilung dieser Schrift noch erinnerlich sein wird, zu Beginn unseres Zeitraumes (1888) aus sechs getrennten Kassen. Ihrer Entstehungszeit nach waren dies die Kassen: Helmstedt (gegr. 1823), Blankenburg (1837), Gandersheim (die besondere, 1842),

Braunschweig-Wolfenbüttel-Gandersheim (die gemeinsame, 1847), Holzminden (1848), Braunschweig (Stadt, 1868).

Es wurde bereits erzählt, wie dies zerplütterte Sterbekassenwesen unseres Herzogtums schon früh zu Versuchen einer allgemeinen Vereinigung Anlaß gegeben hat, wie aber stets diese Versuche an vorhandenen Hindernissen gescheitert sind. Der letzte Versuch dieser Art vor unserem Zeitabschnitt geschah 1884. Aus Mangel an Interesse bei der Sache überhaupt, durch grundsätzliches Widerstreben einzelner Mitglieder im besondern, ferner durch die Ausnahmestellung der braunschweigischen Kasse (Stadt), die eine sehr hohe Sterbesumme auszahlte und durch die Gandersheimer Sondernummerklasse verlief auch diese Verhandlung erfolglos. (S. I. Teil S. 118.)

Da regte 1893 der Bezirksverein Langelshausen mit einem Vortrage des Kollegen Gropp aus Oker, der umfassendes Material in der Angelegenheit gesammelt hatte, die Vereinigungsfrage aufs neue an, und diesmal bekam die Unternehmung Erfolg. Zeit und Umstände waren günstiger wie sonst: der festgegliederte Landes-Lehrerverein, in dessen Verbänden diesmal die Sache besprochen und betrieben wurde, bot an sich schon die Möglichkeit, ja eine gewisse Bürgschaft eines straffen, nicht stockenden Geschäftsverlaufes; die Mitglieder hatten für gemeinsame Angelegenheiten eher Sinn und Verständnis bekommen, und auf Gemeinschaftsgefühl und Willigkeit zu handeln, war eher zu rechnen wie früher. Die Jahre eines festeren Zusammenschlusses hatten auch für diese Angelegenheit Gutes gewirkt.

Als darum der Vorstand des Landes-Lehrervereins, als das vermittelnde Band bei dieser ganzen Geschäftserledigung, die Einigungsfrage vor die Bezirksvereine zur Besprechung brachte, fand er willige Ohren, und im Jahre 1894 wurde in sämtlichen Einzelvereinen gründlich und mit Eifer darüber beraten. Der Kollege Gropp in Oker hatte ermittelt, daß sich der durchschnittliche Jahresbeitrag eines Mitgliedes in den letzten zehn Jahren auf 4 Mk. für 150 Mk. Unterstützungsgeld belaufen hatte. Da nun die meisten festangestellten Lehrer an zwei Kassen beteiligt seien, so schlug er vor, bei der Vereinigung diese Summe auf 8 Mk. zu erhöhen und dafür bei jedem Todesfalle 300 Mk. als Unterstützung auszusahlen. Ferner meinte er, die Mitglieder, die bis dahin drei oder vier Kassen angehört, könnten sich durch jährliche Beiträge von 12 bzw. 16 Mk. für ihre Hinterbliebenen ein Sterbekassengeld von 450 bzw. 600 Mk. sichern. Der langjährige Rechnungsführer der gemeinsamen Sterbekasse Braunschweig-Wolfenbüttel-Gandersheim, Kantor Hauer in Schöppenstedt lieferte in einem Aufsatze „Ueber die Lehrersterbekassen im Herzogtum und das Bestreben nach Vereinigung derselben“ weitere Fingerzeige und Richtlinien für das Unternehmen (S. Schulbl. VII 35 f.).

Auf diese Anregungen und Grundlagen hin wurde also die Angelegenheit beraten, und das Ergebnis war, daß sich fast sämtliche Vereine unumwunden für die Einigung aussprachen. Da aber

die Anschauungen über die Art und Weise der Ausführung sehr auseinander gingen, so wurde die Sache in einer Versammlung der Abgeordneten der Kreisvereine, der Vorsitzenden der Bezirksvereine und der Rechnungsführer der einzelnen Sterbekassen noch einmal gründlich besprochen. Dabei wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Vereinigung sämtlicher Lehrersterbekassen des Herzogtums zu einer Landes-Lehrersterbekasse ist wünschenswert.

2. Bei der Ausführung der Vereinigung sind folgende Punkte zu beachten:

- a) Die durch die Satzungen festzustellende an die Hinterbliebenen zu zahlende Unterstützungssumme ist für alle Mitglieder die gleiche. Es ist unzulässig, daß einzelne Mitglieder sich durch Zahlung erhöhter Beiträge eine erhöhte Unterstützungssumme sichern.
- b) Die Unterstützungssumme betrage fortan 300 Mk.
- c) Die Verwaltung der Kasse soll erst später geregelt werden.
- d) Die Beiträge der Mitglieder sind wie bisher von dem Rechnungsführer für jeden einzelnen Sterbefall zu berechnen. Die Erhebung bestimmter Jahresbeiträge durch den Rechnungsführer würde sich nicht bewähren.
- e) Da in der Kasse stets eine noch näher zu bestimmende Anzahl von Unterstützungssummen vorhanden sein muß, so hat jedes eintretende Mitglied diejenigen Einzelbeiträge, welche zur Bildung dieser Summe nötig waren, nachzuzahlen.
- f) Die Vereinigung hat mit einem Male, also nicht allmählich zu geschehen.
- g) Die Rechte der Mitglieder, welche im Augenblicke der Vereinigung mehreren Einzelkassen angehören, dürfen nicht angetastet werden, selbst wenn der Kasse Nachteil daraus erwächst. Diejenigen Mitglieder, welche zwei Kassen angehören, erhalten ihr Recht durch die erhöhte Unterstützungssumme von 300 Mk. Diejenigen, welche drei oder mehreren Kassen angehören, zahlen für jede Kompetenz von 150 Mk., welche die Summe von 300 Mk. übersteigt, den darauf entfallenden Teilbetrag bis zu ihrem Tode mehr. (S. Schulblatt VII, 297).

Diese Beschlüsse wurden vom Vorstande des Landes-Lehrervereins in ausreichend viel Exemplaren den Rechnungsführern und Erhebern der einzelnen Sterbekassen zugesandt, mit der Bitte, sie jedem einzelnen Sterbekassenmitgliede zur Abstimmung vorzulegen, damit dieses durch ein abzugebendes „Einverstanden“ oder „Nicht einverstanden“ seiner Meinung Ausdruck gäbe. Dieser Bitte wurde im Verlaufe des Jahres (1895) allenthalben entsprochen, und die Abstimmung im einzelnen ergab, daß die erdrückende Mehrzahl der

Mitglieder die Vereinigung aller Lehrersterbekassen im Herzogtum auf Grund jener Festsetzungen wünschte. Der Vorstand hat sofort nach Ermittlung dieses Ergebnisses den Rechnungsführer der gemeinsamen Sterbekasse Braunschweig-Wolfenbüttel-Gandersheim, den Kantor Hauer in Schöppenstedt, einen Satzungsentwurf für die neue Sterbekasse auszuarbeiten. Dieser wurde nach Prüfung durch den Vorstand in einer Beilage zum Schulblatt bekannt gegeben, in der Delegiertenversammlung zu Harzburg am 1. Oktober 1895 beraten und nach einigen Aenderungen gutgeheißen. Die so entstandenen Satzungen sollten einer im nächsten Jahre (1896) in Braunschweig stattfindenden Generalversammlung der Sterbekassenmitglieder zur Begutachtung und endgiltigen Abstimmung unterbreitet werden, damit dann die vorgesetzten Behörden gebeten werden könnten, ihre Genehmigung zu erteilen.

Leider ging es nicht an, auch die Stadt Braunschweig zum Beitritt zu der Vereinigung zu verpflichten, weil die dortige Sterbekasse eine so hohe Summe auszahlte, daß nicht allen Lehrern zugemutet werden konnte, einen Jahresbeitrag zu zahlen, der die gleiche Summe nach sich zöge. Umgekehrt war jedoch auch nicht zu erwarten, daß die Braunschweiger Kollegen damit zufrieden wären, wenn ihre Kompetenz auf die Hälfte herabgesetzt würde, zumal ein Begräbniß in der Stadt Braunschweig größere Kosten verursacht, als in den übrigen Orten des Herzogtums.

Die geplante Generalversammlung fand am 8. April 1896 in Braunschweig statt. Durch zwei Bekanntmachungen, im Schulblatt und in den „Anzeigen“, waren die Mitglieder aller Einzelkassen aufgefordert worden, sich dazu einzustellen oder schriftlich ihre Willensmeinung kundzugeben; die beides ließen, mußten es sich gefallen lassen, wenn angenommen würde, sie wären mit den Satzungen einverstanden. In dieser Generalversammlung wurden nun die Satzungen der geplanten Landes-Lehrersterbekasse mit ganz unwesentlichen Aenderungen einstimmig angenommen. „Zu gleicher Zeit wurde bestimmt, die Kasse zum 1. Januar 1897 in Wirksamkeit treten zu lassen, falls bis dahin die Genehmigung der zuständigen Behörde erfolgt sein sollte. Zum Rechnungsführer wurde Kollege Hauer (Schöppenstedt) gewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Horn (Lesse), Benze (Gramme) und Karries (Helmstedt) und zu Ersahrevisoren Winter (Gr. Winnigstedt), Vöhmann (Wittmar) und Ulsmann (Broistedt) bestimmt. Die Eingabe an Herzogliches Konsistorium wurde am 30. Juni 1896 abgeschickt. Bald darauf wurde der Vorstand des Landes-Lehrervereins zu einer Besprechung mit dem Herrn Konsistorialpräsidenten Spieß eingeladen, in der dieser mitteilte, daß Herzogliches Konsistorium zwar nichts gegen die Vereinigung der verschiedenen Lehrersterbekassen zu erinnern habe, daß aber, ehe diese nachgesucht werden könne, noch einigen Rechtsforderungen Genüge geleistet werden müsse. Die Vereinigung der

verschiedenen Sterbekassen sei nämlich einer Statutenveränderung jeder einzelnen Kasse gleich zu achten und müsse daher in der entsprechenden Weise behandelt werden.

Jeder Einzelverband habe also in der durch seine Satzungen vorgeschriebenen Art abzustimmen, nämlich entweder durch eine Generalversammlung oder durch Zirkular. Wenn diese Abstimmung statutengemäß erfolgt sei, könnte direkt von Herzoglichem Staatsministerium die Genehmigung der Satzungen eingeholt werden.

Gegen die Uebernahme der Aufsicht über die Kasse würde Herzogliches Konsistorium, soweit sich die Sache jetzt übersehen lasse, nichts zu erinnern haben, wenn sich die Geschäfte der Aufsichtsführung im wesentlichen wie seither in den Inspektionsklassen auf eine Superrevision der Rechnung und Vermittelung der Anliegen des künftigen Verbandes an Herzogliches Staatsministerium beschränke. (Vergl. Schulblatt IX. 381).

In Befolgung dieser Anregung ersuchte der Vorstand des Landes-Lehrervereins, um allen Rechtsforderungen zu genügen, die Rechnungsführer der Einzelklassen, in ihren Verbänden, genau den betreffenden Statuten gemäß, über die neuen Satzungen abstimmen zu lassen und das Ergebnis dieser an ihn einzusenden. Theils einstimmig, theils mit erdrückender Mehrheit wurde darauf das Statut der allgemeinen Kasse von den Einzelklassen angenommen und nach Ostern 1897 war der Vorstand im Besitz aller dieser Ergebnisse. Schon früher war er durch Unterschrift der Rechnungsführer der Einzelklassen bevollmächtigt worden, die weiteren Verhandlungen zu führen. Auf Grund dieser Vollmacht wandte er sich jetzt sofort an Herzogliches Staatsministerium mit dem Ersuchen, die geplante Einrichtung einer Landes-Lehrersterbekasse gutzuheißen und deren Statuten zu genehmigen. Dies geschah zu Anfang des Jahres 1898. Denn im Januar desselben Jahres bekam der Vorstand durch Herzogliches Konsistorium den Bescheid, die Korporationsrechte für die neue Kasse zu beantragen und zu dem Ende einige Aenderungen an den eingereichten Satzungen vorzunehmen. Diesen Aufträgen wurde Folge geleistet und so konnte bereits am 2. März durch ein Reskript Herzoglichen Konsistoriums mitgeteilt werden, daß Herzogliches Staatsministerium die neuen Satzungen der Landes-Lehrersterbekasse am 19. Februar genehmigt und daß der Regent dieser auf Grund jener Satzungen die Korporationsrechte verliehen habe. Herzogliches Konsistorium übernahm die Oberaufsicht. Damit konnte die Sterbekasse eingerichtet werden. Da das aber, nach den Uebergangsbestimmungen, erst ging am Anfange des zweiten Monats nach Bestätigung der Satzungen und Erteilungen der Korporationsrechte, so mußte als Termin der Vereinigung der 1. Mai 1898 angelegt werden. Darum lud der Vorstand des Landes-Lehrervereins, noch in seiner Eigenschaft als bevollmächtigter Geschäftsführer der Angelegenheit, zum 26. März alle stimmberechtigten Mitglieder der Einzelklassen,

mit Ausnahme derjenigen der Stadt Braunschweig, zur Besprechung in den Wilhelmsgarten nach Braunschweig. Ueber 50 berechnigte Lehrer aus allen Theilen des Herzogthums folgten dieser Einladung. In dieser Versammlung wurden die Beamten der Kasse, die bereits früher gewählt waren, bestätigt. Wir nannten sie schon, es waren die Herren Kantor Hauer aus Schöppenstedt als Obmann und Rechnungsführer, Kantor Horn aus Vesse, Kantor Benze aus Gramme und Lehrer Karries aus Helmstedt als Revisoren, ferner Kantor Winter aus Gr. Winnigstedt, Kantor Böhmman aus Wittmar und Kantor Ulsmann aus Broistedt als Ersahrevisoren. Neu gewählt werden mußte noch ein Stellvertreter des Obmanns: als solcher wurde einstimmig Kollege Rittmann aus Holzwinden ernannt. Damit war die Sterbekasse konstituiert. Es wurden noch verschiedene Beschlüsse über die Ausführung der Uebergangsbestimmungen gefaßt (S. Schulblatt XI, 172) und sodann der Vorstand beauftragt, dem Herzoglichen Konsistorium für seine große Mühewaltung im Interesse der Vereinigung und für die Uebernahme der Oberaufsicht über die Landes-Lehrersterbekasse den Dank der Lehrerschaft auszusprechen. Nachdem auch noch dem Vorstände des Landes-Lehrervereins für seine rastlose, nie ermüdete Thätigkeit Dank gebracht worden war, hatten die Vorarbeiten zur Vereinigung ihren Abschluß erlangt. Am 1. Mai 1898 geschah alsdann diese selbst. Der neuen Kasse gehörten etwa 800 Mitglieder an, die sich auf 35 Erhebezirke vertheilten.

Am Donnerstag, den 6. Oktober 1898, hielt der neue Sterbekassenverband seine erste ordentliche Generalversammlung ab, unter dem Vorsitze seines Obmannes, des Kantors Hauer in Schöppenstedt, im Anschluß an die 70. Landes-Lehrerversammlung in Braunschweig. Aus dem dabei erstatteten Jahresberichte sei erwähnt, daß der (freiwillige!) Bezirk der Stadt Braunschweig 144 Mitglieder zählt. Soviel Kollegen hatten also gleich von dem ihnen zustehenden Rechte, beizutreten, Gebrauch gemacht.

Im Laufe des Jahres erfolgten die Schlußabrechnungen der Einzelkassen, deren Abnahme durch das Herzogliche Konsistorium und der Verbrauch der Kassenbestände. Hierbei hatte z. B. die größte vormalige Einzelkasse, die der Generalinspektion Braunschweig-Wolfenbüttel-Gandersheim einen Ueberschuß von 1019,76 Mk. Dieser wurde größtenteils (außer Porto und ähnlichen Ausgaben) an die früheren Mitglieder verteilt. Auf den Einzelnen kamen durchschnittlich 2,82 Mk., der Pestalozzverein erhielt den letzten Rest, 15,60 Mk.

1899 hielt der Sterbekassenverband seine Generalversammlung im Anschluß an die 71. Landes-Lehrerversammlung in Blankenburg ab, am 4. Oktober, unter Leitung seines Rechnungsführers und Obmanns, des Kantors Hauer in Schöppenstedt. Aus dem dabei erstatteten Jahresberichte ging hervor, daß die Kasse derzeit 830 Mitglieder zählte. An Nachbezahlungen waren 2468 Mk. geleistet.



Auf Anregung des Kantors Fuhrmann (Bornhausen) wurde dem Rechnungsführer für seine Mühewaltung eine jährliche Vergütung von 100 Mk. bewilligt. — Heute gehören der Sterbekasse 878 Mitglieder an. Von diesen kamen ein im letzten Rechnungsjahre (1899) 4462 Mk. einschließlich 126 Mk. Eintrittsgeld von 42 neuen Mitgliedern. Es gab im genannten Jahre nur zehn Todesfälle, ausnahmsweise wenig.

#### Vierter Abschnitt.

### Der Pestalozziverein.

Die erste Abteilung dieser Schrift hat uns in der Geschichte des Pestalozzivereins bis zum Jahre 1887 gebracht. Wir sahen dort den Verband entstehen (1863), ihn wachsen und in steter Ausdehnung fortschreiten. Auf dieser Bahn eines erfreulichen Fortganges können wir ihm auch im vorliegenden Abschnitte folgen, und es ist eine Lust, zu sehen, wie immer aufs neue sowohl Einzelpersonen wie Gemeinschaften mit willigen Herzen und offenen Händen auftreten, um das edle Werk helfender Barmherzigkeit zu fördern. Ehe wir jedoch daran gehen, bemerkenswerte Vorgänge und Einzelheiten aus der Vereinsgeschichte dieses Zeitraumes darzustellen, wollen wir eine Art Uebersicht geben, eine Zusammenstellung wichtiger Zahlen und Leistungen des Vereins, die uns in rascher Folge das Ganze übersehen lassen.

1888 zählte der Verein in seinen 35 Agenturen 890 Mitglieder, darunter 781 Lehrer, 72 Geistliche und 37 Mitglieder aus anderen Ständen. Die Jahresbeiträge dieser Mitglieder beliefen sich auf 3615 Mk., die besonderen Gaben (Liebesgaben) betrugen 1049,44 Mk., Zinsen 2277,43 Mk., litterarische Unternehmungen brachten 369,70 Mk., das Herzogliche Staatsministerium gab aus den Ueberschüssen der Aachen-Münchener Feuerversicherungsanstalt 500 Mk., von der Berliner Lebensversicherung (laut Abkommens mit Herzogl. Konsistorium vom Jahre 1878) kamen 220,92 Mk.

Zur Verteilung gelangten 5600 Mk. und zwar an 181 berechnigte Witwen und Waisen 3620 Mk. (auf den Kopf 20 Mk.) regelmäßige, dazu 1350 Mk. besondere Unterstützungen. 200 Mk. fielen an Witwen aus dem laufenden Rechnungsjahre und 430 Mk. an Unberechnigte.

1889 hatte der Verein 931 Mitglieder, darunter 821 Lehrer, 72 Geistliche und 38 aus anderen Ständen. 79 Lehrer standen dem Verein noch fern. Die Jahresbeiträge beliefen sich auf 3864,50 Mk., die besonderen Gaben betrugen 904,05 Mk., Zinsen 2189,65 Mk., aus litterarischen Unternehmungen kamen 312,80 Mk., das Herzogl. Staatsministerium zahlte 500 Mk., die Berliner Lebensversicherung 288,12 Mk.

Verteilt wurden 6351 Mk., nämlich an 201 berechnigte Witwen und Waisen 4011 Mk. regelmäÙige (auf den Kopf 21 Mk.) und 1410 Mk. besondere Unterstüzungen. 330 Mk. fielen an Witwen aus dem laufenden Rechnungsjahre und 490 Mk. an Unberechnigte. — Das Vermögen des Vereins betrug etwa 55000 Mk.

1890 belief sich die Mitgliederzahl auf 957, darunter waren 828 Lehrer, 79 Geistliche und 50 aus anderen Ständen. 66 Lehrer im Lande waren nicht Mitglieder. Die Jahresbeiträge beliefen sich auf 3893,50 Mk., die besonderen Gaben betrugen 323,84 Mk., Zinsen 2233,60 Mk., aus litterarischen Unternehmungen kamen 516,92 Mk., vom Herzogl. Staatsministerium 500 Mk., von der Berliner Lebensversicherung 338 Mk.

Unterstützt wurden 201 berechnigte Witwen und Waisen mit 4221 Mk. regelmäÙigen (auf den Kopf 21 Mk.) und 1410 Mk. besonderen Beträgen. 230 Mk. bekamen die Witwen des laufenden Rechnungsjahres, und 490 Mk. Unberechnigte. Insgesamt wieder 6351 Mk.

1891 war der Verein 999 Mitglieder stark, darunter befanden sich 880 Lehrer, 66 Geistliche und 53 aus anderen Ständen. 63 Lehrer hielten sich noch fern. Die Beiträge beliefen sich auf 4162,50 Mk., die besonderen Gaben betrugen 1611,54 Mk., Zinsen 2260,70 Mk., aus litterarischen Unternehmungen kamen 540,52 Mk., vom Herzogl. Staatsministerium 500 Mk., von der Berliner Lebensversicherung 343,75 Mk.

An Unterstüzungen wurde insgesamt gezahlt 6966 Mk. Es erhielten 202 berechnigte Witwen und Waisen 4646 Mk. regelmäÙige (auf den Kopf 23 Mk.) und 1630 Mk. besondere (außerordentliche) Unterstüzungen. Die Witwen des laufenden Rechnungsjahres bekamen 180 Mk., Unberechnigte 550 Mk.

1892 zählte der Verein 1006 Mitglieder, darunter 890 Lehrer, 67 Geistliche und 50 aus anderen Ständen. 63 Lehrer des Landes fehlten noch. Die Jahresbeiträge beliefen sich auf 4050 Mk., die besonderen Gaben betrugen 182,70 Mk., Zinsen 2393,29 Mk., aus litterarischen Unternehmungen kamen 746,23 Mk., vom Herzogl. Staatsministerium 400 Mk., von der Berliner Lebensversicherung 377,32 Mk.

Verteilt wurden im ganzen 7512 Mk., nämlich an 192 berechnigte Witwen und Waisen 4992 Mk. regelmäÙige (auf den Kopf 26 Mk.) und 1690 Mk. außerordentliche Unterstüzungen. Viele Witwen erhielten über 100 Mk., einige 160 oder 186 Mk. An 18 Witwen und Waisen des laufenden Rechnungsjahres fielen 370 Mk., an Unberechnigte 460 Mk.

1893 bestand der Verein aus 987 Mitgliedern, darunter waren 872 Lehrer, 66 Geistliche und 49 aus anderen Ständen. Die Beiträge beliefen sich auf 3956 Mk., die besonderen Gaben betrugen 569,50 Mk., Zinsen 2397,82 Mk., aus litterarischen Unternehmungen kamen 803,98 Mk., vom Herzogl. Staatsministerium 400 Mk., von

der Berliner Lebensversicherung 399,60 Mk. Aus der Gesebuchkaffe, die neu erstanden und besonders geführt wird, konnten (zum ersten Male!) 465,61 Mk. entnommen werden.

Die Gesamtsumme der Unterstützungen betrug 8412 Mk., nämlich 199 berechnigte Wittwen und Waisen erhielten 5592 Mk. regelmäÙige (auf den Kopf 28 Mk.) und 1885 Mk. auÙerordentliche Unterstützungen. An Wittwen aus dem laufenden Rechnungsjahr wurden 440 Mk., an Unberechnigte 515 Mk. bezahlt.

1894 beÙaÙ der Verein 1028 Mitglieder, darunter 907 Lehrer, 70 Geistliche und 51 aus anderen Ständen. Die Jahresbeiträge beliefen sich auf 4112 Mk., die besonderen Gaben betrugen 1111,72 Mk., Zinsen 2316,76 Mk., von litterarischen Unternehmungen kamen 544,63 Mk., vom Herzogl. Staatsministerium 400 Mk., von der Berliner Lebensversicherung 422,94 Mk. Aus der Gesebuchkaffe konnten 1068,06 Mk. genommen werden.

An Unterstützungen wurden im ganzen 9355 Mk. gezahlt, nämlich an 207 berechnigte Wittwen und Waisen 6210 Mk. regelmäÙige (auf den Kopf 30 Mk.) und 1890 Mk. auÙerordentliche Zuwendungen. 12 Wittwen aus dem laufenden Rechnungsjahr erhielten 480 Mk., 30 Unberechnigte 775 Mk.

1895 hatte der Verein 1051 Mitglieder, darunter 939 Lehrer, 69 Geistliche und 43 aus anderen Ständen. Die Beiträge beliefen sich auf 4241 Mk., die besonderen Gaben betrugen 582,08 Mk., Zinsen 2215,04 Mk., aus litterarischen Unternehmungen kamen 849,31 Mk., vom Herzogl. Staatsministerium 400 Mk., von der Berliner Lebensversicherung 458,47 Mk. Aus der Gesebuchkaffe konnten 1213,85 Mk. genommen werden.

Verteilt wurden im ganzen 9260 Mk., nämlich an 213 berechnigte Wittwen und Waisen 6390 Mk. regelmäÙige (auf den Kopf wieder 30 Mk.) und 1815 Mk. besondere Unterstützungen. 11 Wittwen aus dem laufenden Rechnungsjahre bekamen 320 Mk., 27 Unberechnigte 735 Mk.

1896 betrug die Mitgliederzahl 1116, darunter 1010 Lehrer, 64 Geistliche und 42 aus anderen Ständen. 36 Lehrer des Landes gehörten dem Vereine nicht an. Die Beiträge beliefen sich auf 4356 Mk., die besonderen Gaben betrugen 446,81 Mk., Zinsen 2172,07 Mk., von litterarischen Unternehmungen kamen 800,90 Mk., vom Herzogl. Staatsministerium 400 Mk., von der Berliner Lebensversicherung 564,45 Mk. Aus der Gesebuchkaffe wurden 671,40 Mk. genommen.

Unterstützungen wurden im ganzen 9075 Mk., gewährt, nämlich an 207 berechnigte Wittwen und Waisen 6210 Mk. regelmäÙige (auf den Kopf wieder 30 Mk.) und 1860 Mk. auÙerordentliche Unterstützungen. 280 Mk. wurden an Wittwen aus dem laufenden Rechnungsjahre und 725 Mk. an Unberechnigte gezahlt.

1897 belief sich die Mitgliederzahl auf 1150, darunter 1038 Lehrer, 71 Geistliche und 41 aus anderen Ständen. 36 Lehrer waren noch fern. Die Beiträge erreichten die Höhe von 4487,60 Mk., die besonderen Gaben betrugen 1492,33 Mk., Zinsen 2184,01 Mk., aus litterarischen Unternehmungen kamen 982,42 Mk., vom Herzogl. Staatsministerium 400 Mk., von der Berliner Lebensversicherung 534,26 Mk. Aus der Lesebuchkasse wurden 845,07 Mk. genommen.

An Unterstützungen wurden 9010 Mk. verausgabt, nämlich an 208 berechnigte Witwen und Waisen 6240 Mk. regelmäÙige (auf den Kopf wieder 30 Mk.) und 1800 Mk. auÙerordentliche Unterstützungen. 200 Mk. erhielten Witwen aus dem laufenden Rechnungsjahre, 770 Mk. bekamen Unberechnigte.

1898 zählte der Verein 1174 Mitglieder, darunter 1062 Lehrer, 69 Geistliche und 43 aus anderen Ständen. 34 Lehrer hielten sich noch fern. Die Jahresbeiträge beliefen sich auf 4549,50 Mk., die besonderen Gaben betrugen 961,13 Mk., Zinsen 2174,48 Mk., litterarische Unternehmungen brachten 756,11 Mk., vom Herzogl. Staatsministerium kamen 400 Mk., von der Berliner Lebensversicherung 587,41 Mk. Der Lesebuchkasse wurden 734,27 Mk. entnommen.

Auf Unterstützungen wurden 9594 Mk. verwandt, nämlich 207 berechnigte Witwen und Waisen erhielten 6624 Mk. regelmäÙige (auf den Kopf 32 Mk.) und 1950 Mk. auÙerordentliche Unterstützungen. 4 Witwen aus dem laufenden Rechnungsjahre bekamen 120 Mk., Unberechnigte erhielten 900 Mk.

1899 bestand der Verein aus 1166 Mitgliedern, darunter 63 Geistliche und 37 aus anderen Ständen. Die Jahresbeiträge erreichten die Höhe von 6495,47 Mk. (zum erstenmale 6 Mk. Beitrag für das Mitglied!), die besonderen Gaben betrugen 842,50 Mk., Zinsen 2173,60 Mk., aus litterarischen Unternehmungen kamen 1045,06 Mk., vom Herzogl. Staatsministerium 400 Mk., von der Berliner Lebensversicherung 624,90 Mk. Aus der Lesebuchkasse flossen 1696 Mk. Das Vermögen des Vereins beträgt 58 600,00 Mk.

Verteilt wurde im ganzen 10 678 Mk., nämlich an 197 berechnigte Witwen und Waisen 7092 Mk. regelmäÙige (auf den Kopf 36 Mk.) und 2425 Mk. auÙerordentliche Unterstützungen. 4 Witwen aus dem laufenden Rechnungsjahre bekamen 220 Mk., an Unberechnigte fielen 940 Mk.

Uebersieht man diese Zahlen, so wird man gern bekennen, daß unser Pestalozziverein auch in den letzten Jahren, ja gerade in ihnen, ein glückliches Vorwärtsschreiten aufweist. Zahlen beweisen! 1888 kamen auf den Kopf 20 Mk. regelmäÙige Unterstützungen, 1899 = 36 Mk. Der Ursachen dieses Wachstums sind mancherlei. Wir lernen sie kennen, wenn wir über Einzelheiten aus dem Vereinsleben berichten, über Ereignisse und Thaten des Vereins, denen wir uns nun zuwenden wollen. Was sich da zuerst zu erzählen aufdrängt, hängt mit den sogenannten litterarischen Unternehmungen

zusammen. Diese haben ja schon immer eine gute Einnahmequelle für den Verein abgegeben, aber es gab ihrer verschiedene Arten. Da waren solche, die gänzlich von ihm ausgingen und solche, von denen er willig überlassenen Anteil am Gewinne erhielt. In die erste Klasse gehörten die Schreibhefte.

Bekanntlich war die Herausgabe der sogenannten Bruhnschen Schreibhefte ein altes Werk des Pestalozzivereins und es hatte diesem guten Nutzen gebracht. Da ließen es jedoch Ausgang der 80er Jahre manche Neuerungen auf dem Gebiete des Schreibunterrichts (Steilschrift, einfachere Buchstabenformen u. a.) wünschenswert erscheinen, an den Hesten eine Reform vorzunehmen. Diese Gelegenheit beschäftigte den Verein auf der Versammlung in Blankenburg am 29. September 1890. Es wurde beschlossen, den Vorstand des Landes-Lehrervereins zu ersuchen, die Bezirksvereine zu veranlassen, über die Sache zu beraten und dem Hauptverein Bericht darüber einzusenden, damit eine Förderung bewirkt werden könnte. Diese Verhandlungen fanden statt und aus ihnen ging hervor, daß manche Vereine überhaupt gegen den Gebrauch derartiger Schreibhefte waren; andere sprachen sich dafür aus, alle aber waren der Meinung, daß die Bruhnschen Heste verbessert werden müßten. Man verlangte steilere Stellung und einfachere Formen der Buchstaben sowie eine vereinfachte Miniatur. (Vergl. Schulblatt IV, 303.)

Bei dieser Sachlage schien es zweckmäßig, eine Umarbeitung der Bruhnschen Schreibhefte vorläufig zu unterlassen, und man beschloß, zunächst durch eine zu wählende Kommission im Anschluß an das in der Stadt Braunschweig gebrauchte, dem Pestalozziverein bereits gehörige Alphabet, noch ein solches zu schaffen, das den Wünschen der großen Mehrzahl der Lehrer entspräche und auch die Billigung unserer vorgesetzten Behörde erhielt. Daran könnte sich dann die Herausgabe einer Schreibschule und verschiedener Schreibhefte mit einfacher Miniatur für alle Stufen anschließen.

Die Kommission wurde im Januar 1892 gewählt, sie bestand aus den Herren Schulinspektor Mühle, Haacker, Huxhagen, Hämerling (sämtlich aus Braunschweig), Bleßmann (Wolfenbüttel), Rektor Wienbreyer (Schöppenstedt), Schmidt (Helmstedt), Krüger (Delpert), Bock (Rottorf). Herrn Schulinspektor Mühle wurde der Vorsitz übertragen. Die sehr eingehenden Beratungen hatten das Ergebnis, daß an den im vorhandenen Alphabet (von Haacker und Huxhagen entworfen) festgehaltenen Größenverhältnissen der Buchstaben keine, an den Buchstabenformen nur unerhebliche Veränderungen vorzunehmen seien. Für die Schriftlage wurde aber einstimmig ein Winkel von  $65^{\circ}$  (statt  $75^{\circ}$ , sonst  $45^{\circ}$ ), angenommen (vergl. Schulblatt V, 283).

Nachdem das neue Alphabet von Kollege Huxhagen entworfen worden war, wurde es dem Leiter unseres Volksschulwesens, Herrn Konsistorialrat Schütte vorgelegt und dieser um sein Gutachten gebeten. Es fiel günstig aus und war mit dem Wunsche verknüpft, daß

sobald als möglich neben dem Alphabet eine Schreibschule herausgegeben werden möchte, die auch die nötigen methodischen Winke und Fingerzeige enthielte. — Mit dieser Aufgabe wurde nun eine engere Kommission betraut, die Herren Mühe, Huxhagen, Haacker und Hämerling.

Die Schreibschule wurde fertiggestellt, aber ihre Herausgabe erschien dem Vorstande des Pestalozzivereins nicht als ein ausreichend sicheres und gewinnbringendes Unternehmen, und so kam sie denn auf buchhändlerischem Wege heraus, bei Zwißler in Wolfenbüttel, doch mit der Aussicht, daß von einem etwaigen Ueberschusse auch dem Pestalozzverein ein Teilbetrag zufließen würde.

Was sodann die Schreibhefte anbelangt, so hatte der Verein nach mannigfachen Ueberlegungen beschlossen, fernerhin keine Schreibhefte mehr herzustellen und zu vertreiben, wegen Schwierigkeiten mancherlei Art. Trotzdem schien es vorteilhaft, Schreibhefte von gutem Papier, sowohl solche mit bestimmter Miniatur als auch solche mit einfachen Linien, übereinstimmend für das ganze Land zu haben. Der Vorstand trat daher mit der großen Papierhandlung in Braunschweig, „Bollmann Wittve und Sohn“, in Verbindung und traf damit eine bestimmte Abmachung: genannte Handlung liefert gutes Papier bestimmter Art mit verschiedener Miniatur zu mäßigen Preisen den übrigen Handlungen, Buchbindern usw. Als Kennzeichen trägt jeder Bogen unten die Worte „Braunschweiger Pestalozzverein“ nebst Handlungsmarke (springendes Pferd im Dreieck). Der Verein erhält von je 1000 verkauften Bogen eine bestimmte Summe, deren Höhe sich nach der Größe des Verbrauches richtet.

Diese Summe belief sich 1892 auf 119,40 Mk. 1893 auf 143,70 Mk. 1894 auf 107,40 Mk. 1895 auf 129,60 Mk. 1896 auf 221,20 Mk. 1897 auf 382,40 Mk. 1898 auf 288 Mk.

Einen ebenso schönen Erfolg hatte der Verein auch mit den Alphabeten erzielt, wovon hier noch bemerkt werden mag, daß sie einbrachten 1893 = 317,44 Mk. 1894 = 13,92 Mk. 1895 = 126 Mk. 1896 = 15,90 Mk. (5000 Stück mußten neu hergestellt werden!). 1897 = 114,12 Mk. 1898 = 142 Mk.

Am wertvollsten für unseren Pestalozzverein wurde jedoch eine litterarische Unternehmung, die die Herstellung eines Deutschen Lesebuches für unsere Volksschulen bezweckte.

Schon früh war von weitblickenden Kollegen an ein solches Unternehmen gedacht, aber greifbare Gestalt bekam der Plan erst am 2. Februar 1891. An diesem Tage versammelte sich in Braunschweig auf Grund einer Einladung der Vorstände des Pestalozzvereins und des Landes-Lehrervereins eine Reihe von Schulmännern, um über Herausgabe eines Deutschen Lesebuches zunächst für städtische Schulen zu beraten. Es waren u. a. erschienen die Herren Schuldirektor Schaarschmidt, Schulinspektor Vinke, Seminardirektor Stölting, im ganzen einige 20 Herren.

Aus dem Gedankenaustausch dieses Tages (Vergl. Schulblatt IV, 21) ging hervor, daß es der einstimmige Wunsch aller Anwesenden war, ein neues heimatliches Lesebuch, zunächst für die Stadtschulen, durch die gemeinsame Arbeit der Lehrer herzustellen. Es fehle ja nicht an guten Lesebüchern, aber die engere Heimat müsse doch mehr berücksichtigt werden, als es in ihnen geschähe oder geschehen könnte. Ebenso müsse mehr geboten werden an zeitgemäßen naturkundlichen, volkswirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Belehrungen. Daneben solle jedoch keineswegs der Hauptzweck eines jeden deutschen Lesebuches, die sittlich-religiöse und ästhetische Bildung, zurückgedrängt werden.

Es wurde darauf ein engerer Ausschuß gewählt, bestehend aus den Herren: Schuldirektor Schaarschmidt, Lehrer A. Fricke, Vorsitzender des Landes-Lehrervereins, Lehrer Behrens, Vorsitzender des Pestalozzivereins, Lehrer Heege, Inspektor Vinke, Lehrer Bähr, sämtlich aus Braunschweig, dirigierender Lehrer Heinemann und Lehrer Voges aus Wolfenbüttel, Lehrer Herzer aus Helmstedt und Rektor Wienbreyer aus Schöppenstedt. Direktor Schaarschmidt führte den Vorj. Dieser Ausschuß sollte zunächst den Plan zu dem ganzen Buche ausarbeiten und ihn der Lehrerschaft vorlegen, weiter aber auch für die fernere Arbeit den Mittel- und Einigungspunkt bilden. Von den Lehrern der Städte wurde gewünscht, sie möchten geeignet erscheinendes Material sammeln und dem Ausschusse zufenden, damit die ganze Leistung einen gemeinsamen, einigenden Charakter habe.

Bald entfaltete sich eine rege Thätigkeit des Sammelns, Ordnen und Sichtens in den betreffenden Kreisen, und Dank der unermüdllichen Sorgfalt des Vorsitzenden des engeren Ausschusses, des Herrn Direktors Schaarschmidt, lagen bereits Ostern 1892 der erste und zweite Teil (zweites und drittes Schuljahr) des neuen Lesebuches „Deutsche Jugend“ vollendet vor. Viele Bürgerschulen des Landes, allen voran Braunschweig, führten das neue Buch gleich ein. In rascher Folge erschienen die Fortsetzungen des Werkes, der letzte (6.) Band für die erste Klasse siebenstufiger Schulen Ostern 1895. Herr Direktor Schaarschmidt hat seine sorgende Hand nie von dem Buche gelassen, das im Laufe der letzten Jahre in rasch nötigen Neuauflagen noch manche Verbesserung erfahren hat, so daß es gegenwärtig gewiß ein Lesebuch ist, das allen Anforderungen der Neuzeit völlig entspricht (Vergl. Schulblatt VIII, 336 und IX, 400).

Es besteht, wie schon angedeutet, aus sechs Teilen und ist eingerichtet zum abschließenden Gebrauch in einer sechsstufigen (fünfter Teil mit Anhang) wie siebenstufigen Schule. Einen kurzen Ueberblick zu seiner Kennzeichnung findet man im Schulblatt von 1892 S. 363. Allmählich errang es sich Eingang in alle Bürgerschulen des Herzogtums, und heute dürfte vielleicht die zweite Bürgerschule in Wolfenbüttel die einzige sein, die es noch nicht gebraucht.

Das Lesebuch ist Eigentum unseres Pestalozzivereins, der es drucken läßt und der Hafferburgschen Buchhandlung zum Vertriebe übergeben hat. Die Kosten der Herstellung sind von den Lehrervereinen des Landes leihweise bestritten worden, so daß auch in diesem Stücke das Unternehmen eine gemeinsame, zusammenschließende Leistung ist (Vergl. Schulblatt IV, 129). Heute ist die Lesebuchkassse des Pestalozzivereins eine segensreiche Einrichtung und nur mit ihrer Hilfe ist es geschehen, daß die Unterstützungen, die der Verein in den letzten Jahren gewährt hat, nicht zurückgegangen, sondern noch gestiegen sind (S. Schulblatt VIII, 335).

Nach dem glücklichen Ausfall dieser Arbeit ging der Verein bald an die zweite Hälfte seines Vorhabens: Herstellung eines Lesebuches für die Landschulen (einfache Ausgabe der „Deutschen Jugend“.) Von den Vorständen des Landes-Lehrervereins und des Pestalozzivereins wurden die Herren Behrens und Heege und Schulinspektor Oppermann, sämtlich aus Braunschweig und mit ländlichen Verhältnissen vertraut, beauftragt, die Herausgabe vorzubereiten. Zu dem Ende wurde die Hilfe verschiedener Kollegen vom Lande erbeten und auch erlangt. Auch Herr Direktor Schaarschmidt versprach, das Werk mit zu fördern. Darauf wurden die ersten drei Bände des Stadtschullesebuches den Zweigvereinen zugestellt, mit der Bitte, daraus für ein Lesebuch der Mittelstufe in Landschulen eine Auswahl an Lesestücken zu treffen, aber auch geeignete neue Stücke, wo jemand solche wußte, anzugeben. Ländliches Leben und einfachere Verhältnisse sollten besonders berücksichtigt werden. (Vergl. Schulblatt VIII, 43). Als das Material eingegangen war, erfolgte die Zusammenstellung und Sichtung der Stoffe, und Ostern 1897 kam das kleine Lesebuch für Landschulen („Deutsche Jugend, einfache Ausgabe, Teil I) heraus. Es war 260 Seiten stark und kostete 1 Mk.

Im folgenden Jahre wurde auf gleiche Weise, unter Zugrundlegung der folgenden Bände des Stadtschullesebuches, der zweite größere Teil bearbeitet, der also Ostern 1898 erschien. Ihm wurde ein Anhang für Realien beigegeben, der sich die Befolgung der Aufgaben des Minimallehrplans zum Ziele steckte. Die Hauptlast der Arbeit bei diesen Büchern hatte der Rechnungsführer des Pestalozzivereins, der unermüdlche Kollege Heege, getragen. Ihm zur Seite standen ein paar Kollegen vom Lande, die Lehrer Bebenroth aus Warle und Bock aus Kottorf.

Damit war die Lesebucharbeit des Pestalozzivereins der Grundlage nach beendet, denn die folgenden Jahre brachten nur Fortführungen der Arbeit, neue Auflagen mit Zusätzen und Umtauschen. Denn die Bücher dürfen nicht stehen bleiben nach dem ersten Wurf, sie sollen fortschreiten bis zur möglichsten Vollendung, damit sie neben dem Nutzen für unsern Pestalozziverein noch mehr der Schule dienen, durch sachliche Vorzüge und schönen Inhalt.



In die andere Klasse litterarischer Unternehmungen (die dem Vereine freundlichen Anteil am Gewinn überließen) gehörten um 1888 folgende Werke: die altbekannten Bruhnschen Schreibhefte, die jedoch um 1892 herum eingingen, die Sölterischen Viederhefte, die ebenfalls allmählich verdrängt wurden, die Heinemannschen Lesebücher, die Viederbücher von Kindervater, die Rechenhefte von Heinemann (erschieneu 1889) und von Töpke und Oppermann (1889), die Fibel von Kindervater (1890) und die Fibel von Dietrich (1890). Es sind besonders die Verlagshandlungen von Appelhaus & Comp., Wollermann (beide in Braunschweig), Zwiffler (Wolfenbüttel), seit einigen Jahren auch Gattermann (Langelsheim), die dem Pestalozziverein manch schönen Beitrag zuwandten.

So zahlte z. B. die Firma Appelhaus & Comp. 1888 = 165 Mk. 1889 = 180 Mk. 1890 = 270 Mk. 1891 = 185 Mk. 1892 = 184,75 Mk. 1893 = 188 Mk. 1894 = 156,20 Mk. 1895 = 0 Mk. 1896 = 110,20 Mk. 1898 = 123,35 Mk. 1899 = 117,10 Mk.

Die Firma Wollermann gab 1889 von dem Viederbuche des Kantors Kindervater und den Sprachbüchern von Rahnmeyer und Schulze 50 Mk. 1890 = 50 Mk. ebenso 1891. Kantor Kindervater überwies von seiner Fibel 1892 dem Verein 100 Mk. desgl. 1893, 1894 = 120 Mk. 1895 = 135 Mk. 1896 = 150 Mk. 1897 = 160 Mk. 1898 = 180 Mk.

Zwiffler in Wolfenbüttel ließ dem Verein von den Heinemannschen Rechenheften zukommen 1891 = 205 Mk. 1892 = 124,64 Mk. 1893 = 234,93 Mk. 1894 = 133,11 Mk. 1895 = 130 Mk. 1896 = 151,35 Mk. 1897 = 134,15 Mk. 1898 = 112 Mk.

Die Gattermannsche Buchhandlung in Langelsheim übergab dem Pestalozziverein 1895 = 134,50 Mk. 1897 = 129,30 Mk.

Neben diesen mehr regelmäßigen Zuwendungen sind noch einige besondere Beihilfen ähnlicher Art zu nennen: 1888 brachten die Schmidt'sche Broschüre: „Das Fürstliche Schuldirektorium“, die vom Vorsitzenden des Pestalozzivereins, Herrn Behrens auf eigene Kosten herausgegeben wurde, und der Vortrag des Herrn Bosse (Seminarlehrer in Braunschweig): Volkswirtschaftliche Belehrungen in der Volksschule zusammen 85,10 Mk.

1891 trug die Dichtung des Kollegen Schäfer in Wolfenbüttel: „Im Ahnenhause der Lehrer“ dem Verein 45,60 Mk. ein.

1889 überwies Herr Direktor Schaar Schmidt den Ueberschuß aus dem Ertrage des Schulblattes mit 63 Mk. Im selben Jahre kamen durch die Heinemannsche Broschüre: Ueber Herbart 5,95 Mk.

1890 brachte der Verkauf von Diesterwegs Himmelskunde 15,64 Mk. und 1894 bedachte Herr Buchbindermeister Siebers in Braunschweig den Verein mit 11 Mk., 1896 mit 17,60 Mk., 1897 mit 24,60 Mk.

1896 gab Kollege Wagner in Destedt von seinem Niederbuche 20 Mk. an den Pestalozziverein. — Noch andere, kleinere, Gaben wären zu nennen, doch fehlt an dieser Stelle der Raum dazu. In den betreffenden Jahresberichten des Vereins findet man alles von dem sorgsamten Rechnungsführer getreulich gebucht, und kein freundlicher Geber ist dort übersehen. Weiß doch der Verein jede, auch die kleinste, Gabe dankbar zu würdigen.

Außer diesen Einnahmen aus litterarischen Unternehmungen, wovon wir bisher redeten, sind sodann solche von Bedeutung, die unter dem Namen besondere Gaben, früher auch Liebesgaben genannt, durch die Rechnung des Pestalozzivereins gehen. Auch aus dieser Rubrik läßt sich manches Erfreuliche berichten. Man wird es jedoch auch hier billigen müssen, wenn wir uns auf größere Summen beschränken, so gern wir sonst jedes Gebers gedächten, sei seine Gabe auch klein.

Vorweggehen mag dabei eine Erinnerung an die Statuten des Vereins, wo es § 7 heißt: „Vermächtnisse und größere außerordentliche Zuwendungen werden kapitalisiert“. Ferner sei bemerkt, daß erst mit dem Rechnungsjahre 1892/93 diese Einschränkung der Kapitalisierung in Kraft getreten ist, denn bis dahin wurde auch ein Teil der Mitgliederbeiträge zinstragend festgelegt. (Vergl. Uebergangsbestimmungen der Statuten von 1888).

Die Reihe der besonderen größeren Gaben aus den einzelnen Rechnungsjahren unseres Zeitraumes gestaltet sich nun so:

**1888:** Ein Legat des verstorbenen Rentners Ad. Schwerin in Braunschweig nach Abzug der Erbschaftsteuer 480 Mk. Ein Legat des zu Helmstedt verstorbenen Lehrers Voigt 100 Mk. Reinertrag eines Konzertes des Dilettantenvereins zu Vesse 141,24 Mk. Von Mitgliedern des Kreislehrervereins Holzminde 46,92 Mk.

**1889:** Ueberschuß des Vesevereins des Kreises Braunschweig 30,61 Mk. Reinertrag des Kirchenkonzertes in Helmstedt bei Gelegenheit der Landes-Lehrerversammlung 212,32 Mk. Von einem Konzert der Schüler der Jakobson-Schule in Seesen 36 Mk. Reinertrag eines Kirchenkonzertes in Schöppenstedt 155 Mk. Geschenk der Papierhandlung R. Fischer in Braunschweig 100 Mk.

**1890:** Ueberschuß aus den Einnahmen der Lehrerversammlung zu Blankenburg 51,60 Mk. Reinertrag eines Kirchenkonzertes in Königslutter 30 Mk. Ertrag des Konzertes des Dilettantenvereins in Vesse 113,70 Mk. Von einem Konzert der Schüler der Jakobson-Schule in Seesen 45 Mk.

**1891:** Von den Lehrern der vierten unteren Bürgerschule in Braunschweig 45 Mk. Von einem Konzert der Schüler der Jakobson-Schule in Seesen 60 Mk. Ueberschuß der Lehrerversammlung in Wolfenbüttel 320,77 Mk. Sammlung auf dem Kaffeehause daselbst 38 Mk. Aus dem Vermächtnisse des Schriftstellers, früheren Lehrers

A. W. Grube 500 Mk. Aus dem Nachlasse des verstorbenen Kollegen Benecke in Herrhausen 500 Mk.

1892: Von einem Konzert der Schüler der Jakobson-Schule in Seesen 43,50 Mk.

1893: Ueberschuß des Lutherfestspiels in Gandersheim 175 Mk. Aus der Sammelbüchse zu Langelsheim 34,77 Mk. Ueberschuß der Sammlung zum Staufebachdenkmal 138,87 Mk. Reinertrag des Konzerts in Seesen bei Gelegenheit der Landes-Lehrerversammlung 150 Mk.

1894: Reinertrag des Konzertes des Lehrergesangsvereins Braunschweig) zu Braunschweig bei der Lehrerversammlung 605,69 Mk. vom Kirchenkonzert der Lehrer zu Helmstedt 228,85 Mk., von den Gustav-Adolf-Festspielen zu Immendorf (durch P. Schneider zu Adersheim), 75 Mk. von einem Konzert zu Süplingen durch Kollege Ahrens 50 Mk., von einem Kirchenkonzert des Chorgesangsvereins zu Stadtoldendorf 43,11 Mk.

1895: Reinertrag des Konzertes des Lehrergesangsvereins (Braunschweig) zu Harzburg beim Lehrertage 250 Mk., von einem Konzert des Schraderischen a capella Chors zu Königslutter 30,86 Mk. von Sammlungen bei der Pestalozzifeier: Verein Stadtoldendorf 50 Mk., Greene 37 Mk., Braunschweig (Kreis) 31 Mk.

1896: Von einem Ungenannten (S. 66) 100 Mk., von dem Konzert des Braunschm. Lehrergesangsvereins in Holzminden (Landes-Lehrerversammlung) 146,58 Mk. Ueberschuß bei der Schubertfeier in Königslutter 30 Mk. Aus der Sammelbüchse in Langelsheim 51,29 Mk.

1897: Geschenk von N. N. in Blankenburg 50,05 Mk. Vermächtnis von Frl. Leibrock in Braunschweig 500 Mk. dergl. von einer ungen. Dame 300 Mk. Reinertrag vom Konzert des Braunschweigischen Lehrergesangsvereins in Schöningen (Landes-Lehrerversammlung) 390 Mk. Aus der Sammelbüchse des Lehrervereins Vorsfelde 37 Mk.

1898: Ertrag des Konzertes des Lehrergesangsvereins in Braunschweig (Landes-Lehrerversammlung) 615,03 Mk. Vermächtnis von Frl. Böttcher 100 Mk.

Wenn wir uns in diesem Kapitel bisher viel mit Zahlen und Geldsummen beschäftigt haben und dies vielleicht manchem Leser zu dürr und trocken vorkommen sollte, so wolle er freundlich gedenken, daß allen Unterstützungsvereinen die Hauptsache eine gute Einnahme ist, weil sich eben, je mehr Geld einkommt, je besser der Zweck des Vereins erfüllen läßt. Es soll jedoch manch wünschenswerte Kenntnis über andere Dinge nun auch noch gebracht werden, z. B. über Leitung und Satzungen des Vereins.

Der Vorstand setzte sich 1887 zusammen aus den Herren Waisenhauslehrer Behrens als Vorsitzenden, Domkantor Grube als Rechnungsführer, Inspektor C. Baake, Waisenhauslehrer Fr. Heege (sämtlich

aus Braunschweig) und Kantor Bormann aus Bechelde. Auf der Pestalozziversammlung zu Holzminden im Jahre 1888 wurde für den ausgeschiedenen Domkantor Grube Lehrer C. Schrader (Braunschweig) in den Vorstand gewählt. Ebenso trat der dirig. Lehrer Heinemann aus Wolfenbüttel neu in diesen ein. Rechnungsführer des Vereins war Herr Heege geworden.

1890 schied auf der Blankenburger Versammlung Inspektor Baake nach langer Zugehörigkeit zum Vorstande aus diesem aus. An seine Stelle wurde A. Fricke, der Vorsitzende des Landes-Lehrervereins gewählt, um eine Verbindung zwischen den Vorständen dieses Vereins und des Pestalozzivereins herzustellen.

1893 starb Kantor Bormann in Bechelde und schied damit aus dem Vorstande aus, dem er seit 1886 angehört hatte. An seine Stelle wurde Kantor Ulsmann aus Broistedt gewählt.

1897 trat der betagte Vorsitzende des Vereins, Lehrer Behrens, von der Leitung des Vereins wegen hohen Alters zurück. Seit 1887 hatte er den Verein in Hingebung und Treue geleitet. An seine Stelle wurde A. Fricke, Vorsitzender des Landes-Lehrervereins, gewählt. Seitdem besteht nun der Vorstand aus den Herren A. Fricke, Vorsitzender, Fr. Heege, Rechnungsführer, F. Behrens, C. Schrader (sämtlich aus Braunschweig), E. Heinemann aus Wolfenbüttel und Kantor Ulsmann aus Broistedt.

Was die Statuten des Vereins betrifft, so ist seit 1887, wo die Erhöhung der Mitgliederbeiträge von 3 Mk. auf 4 Mk. beschlossen wurde, erst wieder 1899 auf der Blankenburger Versammlung eine wesentliche Aenderung erfolgt: Die Beiträge wurden auf 6 Mk für das Mitglied erhöht.

Es ist ein freundliches Bild, das uns die Geschichte unseres Pestalozzivereins in den letzten Jahren entrollt hat. Es zeigt, daß Gemeinn und warmherzige Fürsorge für Arme und Verlassene noch bei uns vorhanden sind. Möchten diese schönen Eigenschaften auch in der Zukunft ihre Kraft zeigen, ja sich noch mehr herausbilden und bethätigen. Es ist ja so schön Not zu stillen und Elend zu mildern. Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!

---

Wir stehen am Schlusse des Buches. Da wollen wir nicht unterlassen, noch einmal mit einem Blick den ganzen durchwanderten Zeitraum zu überschauen.

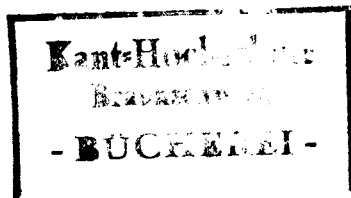
Vor 1850 war die pädagogische Ausbildung der Lehrer noch recht dürftig, die theoretische Seite des Unterrichtes war mangelhaft, ordentliche Übungsschulen waren nicht vorhanden. Ein Besuch der Präparandenanstalt in Wolfenbüttel ein paar Jahre hindurch genügte. Viele Lehrer im Amte wußten wenig mehr wie ihre Kinder. Nebenbei bewirtschaftete der Landlehrer seine Dienstländerei selbst, denn daraus

zog er seine beste, notwendigste Einnahme. Heute lernt der junge Lehrer auf einem sechsklassigen Seminar, mit dem eine Übungsschule verbunden ist, erwirbt das Einjährigengeugnis, dient sein Jahr und lebt ausschließlich seinem Amte. Die Gehalte der Lehrer betrugen 1850 auf dem Lande 80 bis 200 Thlr., heute 1200 bis 2100 Mk. Vor 1850 war Ständesgefühl und Zusammenschluß der Lehrer im Entstehen. Es gab nur lose, vereinzelt stehende Verbände: Gesangsvereine, Sterbekassen, Vesperegesellschaften. Auch die Organisation des 1850 gestifteten und 1875 erneuten Landes-Lehrervereins war anfangs eine sehr lose. Heute haben wir einen umfassenden Landes-Lehrerverein mit guter, tüchtiger Organisation, sowohl für sich, wie im Anschlusse an den „Deutschen Lehrerverein“. 1850 war es anmaßend, ja gefährlich, frei und offen seine Meinung zu sagen, die Pädagogik stand schweigend oder vorlaut und mißachtet bei Seite; heute dürfen die Sprecher auf den Versammlungen frisch und ehrlich reden, und die Pädagogik fängt an, ein wenig beachtet zu werden.

Erfreulich und erquickend ist dem Zuschauer der Gang der letzten 50 Jahre, doch wo Licht ist, fehlt nicht der Schatten. Darum darf sich die Lehrerschaft unseres Landes niemals einwiegen auf den Errungenschaften, die sie selbst oder ihre Vorfahren das Glück hatten, zu erreichen. Andere Zeiten, neue Ziele, und „Nur die Aufgabe erhält am Leben“, sagt der geistvolle Paul de Lagarde, und unser Landespruch mahnt: „Nunquam retrorsum: Niemals rückwärts!“ Seid dessen eingedenk, braunschweigische Lehrer!

Warke, den 23. August 1900.

H. Bebenroth.



# Lehrmittel

aus nur bestem Material und in solider Ausführung

## Wandtafeln

aus  
bestem Holz  
mit  
*schieferartigem Ueberstrich*  
werden  
in kurzer Zeit  
in  
jeder gewünschten Grösse  
geliefert

Vor der Burg 18

## Erd-Globen

in  $23\frac{1}{2}^{\circ}$  Neigung zur

Ekliptik

auf

*cuivre-Band*

und

*schönem polierten Holz fuss*

Durchmesser:

10 Centimeter	1.—	Mk.
15	"	3.— "
19	"	5.50 "
25	"	10.— "
32	"	16.— "
37	"	18.— "

# Schulbuchhandlung

## Wandkarten

Lesemaschinen  
Rechenmaschinen  
Zeichenvorlagen  
Lineale, Winkel  
Kreidezirkel  
Transporteure  
Tafelschwämme  
Geometr. Koerper  
Physikal. Apparate  
Anschauungsbilder  
Tafelgestelle  
Buchstaben

Braunschweig

Für

## Schul-

und

## Volksbibliotheken

halten wir

*grosses Lager*

in

## Jugend- u. Volksschriften

Kataloge  
über  
alle Zweige  
der  
Literatur  
gratis

Kataloge  
über  
*Lehrmittel*  
und  
*Erd-Globen*  
gratis

# Lehrmittel

aus nur bestem Material und in solider Ausführung

# Neue Erscheinungen

aus dem Verlage von Hellmuth Wollermann in Braunschweig.

Im November 1900 werden erscheinen:

## Schulatlas

in Uebereinstimmung mit der Vaterländischen Erdkunde und der Schulwandkarte von Deutschland

von H. Harms.

— 2. Auflage. Preis etwa 1 Mk. —

Die 1. Auflage, die als „Stummer Atlas“ erschien, ist seit Jahren vergriffen. Bei der neuen Auflage, die vollständig umgestaltet werden mußte, ist mit größter Sorgfalt verfahren worden. Galt es doch, tatsächlich etwas Neues, Gebiegenes zu schaffen, das den bisher bestehenden, vorzüglichen Schulatlanten würdig zur Seite treten könnte. Es wurden zu diesem Zweck keine Kosten und Anstrengungen gescheut. Verfasser und Verleger sind nun bei Vollendung des Werkes auch der Ueberzeugung, daß der neue Atlas einen Vergleich wohl aushalten kann.

Exemplare stehen zur Ansicht nach Erscheinen gern zu Diensten.

J. Kindervater, Kantor,

### Fibel.

Auf Grund des vereinigten Anschauungs-, Sprach-, Schreib- und Leseunterrichts nach den Grundsätzen der Phonetik bearbeitet.

Ausgabe B. Gemischte Schreiblesemethode.

9. umgearbeitete und vermehrte Auflage. Mit vielen Abbildungen.

Preis gebd. 60 Pf.

Nachdem diese Fibel seit nunmehr 10 Jahren in den meisten Land- und vielen Stadtschulen des Braunschweigischen Landes in Gebrauch genommen ist, schien es nötig, dieselbe einer Umarbeitung zu unterziehen. Das Prinzip ist daselbe geblieben, nur der Stoff ist durchgesehen und vielfach vermehrt, so daß die Fibel nunmehr vollauf Stoff für zwei Schuljahre bietet.

### Liederbuch.

Eine Sammlung der beliebtesten Lieder und Gesänge für Schulen, nach Jahrestufen in 3 Stufen geordnet.

Heft I. Unterstufe. 104 Lieder und Spiellieder. 4. Aufl. 1900. 30 Pf.

Heft II. Mittelstufe. 172 Lieder u. method. Uebungen. 8. Aufl. 1899. 50 Pf.

Heft III. Oberstufe. 120 2- und 3-stimmige Lieder und methodische Uebungen. 4. vermehrte Aufl. 1900. 50 Pf.

### Geistliche Lieder, Hymnen und Motetten für Kirchenchöre.

Heft I. 151 Lieder für kleinere Chöre, 2- oder 3-stimmig, nebst einem Anhang: Christvesper und Weihnachtsgedichte. 2. Aufl. 1899. 50 Pf.

Heft II. 108 3-stimmige Chöre nebst Anhang: Christvesper und Weihnachtsgedichte. 2. Aufl. 1899. 50 Pf.

### Befehlsbüchlein für den Turnunterricht an Volksschulen.

— Preis 15 Pf. —

Das Büchlein ist bearbeitet von einer in der Inspektion Langelshelm eingesetzten Kommission, bestehend aus 2 Schulinpektoren und 3 Lehrern und dürfte den Turnlehrern wegen seiner präzisen Fassung willkommen sein.

- Berkhan, San.-Rat, Dr. O.**, Ueber den angeborenen und früh erworbenen Schwachsinn. 1.60 Mk.
- Eydam, Dr. med.**, Gesundheitslehre für Haus und Schule. Allgemein verständlich ausgearbeitet. Mit 7 Abbildungen 90 Pfg.; geb. 1 Mk.
- Herrmann, August**, Die Schulspele der deutschen Jugend. Herausgegeben im Auftrage des Central-Ausschusses zur Förderung der Jugend- und Volksspele in Deutschland. Zweite Auflage. 40 Pfg.
- Leyser, Dr. J.**, Joachim Heinrich Campe. Ein Lebensbild aus dem Zeitalter der Aufklärung. Mit einem Porträt. Zweite Ausgabe. 2 Bde. geb. 6 Mk.
- Oels, Dr. Walter**, Pflanzenphysiologische Versuche, für die Schule zusammengestellt. Mit 77 Abbildungen. geh. 4 Mk., geb. 4.50 Mk.
- Riemann, Ludwig**, Populäre Darstellung der Akustik in Beziehung zur Musik. Mit Holzstichen. 3 Mk.
- Sattler, A.**, Kleine Naturlehre und Chemie mit Berücksichtigung der Mineralogie und der Lehre vom Menschen. Für einfache Schulverhältnisse bearbeitet. Mit zahlreichen Holzstichen. 50 Pfg.
- Schoedler, Dr. Friedr.**, Das Buch der Natur, die Lehren der Botanik, Zoologie und Physiologie, Paläontologie, Astronomie, Mineralogie, Geologie, Physik und Chemie umfassend. 23. Aufl. In drei Teilen.  
Erster Teil. Botanik, Zoologie. Physiologie und Paläontologie von Prof. Dr. O. W. Thomé. Mit 894 Abbildungen 3.60 Mk.; geb. 4 Mk.  
Zweiter Teil. I. Abt. Chemie von Prof. Dr. H. Böttger. Mit 85 Abbildungen und 1 Tafel 6 Mk.; geb. 6.50 Mk. II. Abt. Mineralogie und Geologie von Prof. Dr. B. Schwalbe u. d. Presse.
- Sigismund's, Berthold**, Kind und Welt. Für Eltern und Lehrer, sowie für Freunde der Psychologie mit Einleitung und Anmerkungen neu herausgegeben von Rektor Chr. Ufer. 2. Auflage. Geb. 2 Mk.
- Waitz', Theodor**, Allgemeine Pädagogik u. kleinere pädagogische Schriften. Vierte durch Beigaben vermehrte Auflage, herausgegeben von Prof. Dr. O. Willmann. 5 Mk.; geb. 6 Mk.
- Wiedemann, Franz**, Leitlinien für die Unterrichtspraxis an höheren Volks-, Bürger- und Lehrerbildungsschulen. Aus Otto Willmanns „Didaktik“ zusammengestellt. Geh. 2.50 Mk.; geb. 3 Mk.
- Willmann, Prof. Dr. O.**, Didaktik als Bildungslehre nach ihren Beziehungen zur Sozialforschung und zur Geschichte der Bildung dargestellt. 2. Aufl.  
Erster Band: Einleitung. — Die geschichtlichen Typen des Bildungswesens. 6.50 Mk.; geb. 8.50 Mk.  
Zweiter Band: Die Bildungszwecke. — Der Bildungsinhalt. — Die Bildungsarbeit. — Das Bildungswesen. 7.50 Mk.; geb. 9.50 Mk.
- **Geschichte des Idealismus**. In 3 Bänden.  
Erster Band: Vorgeschichte und Geschichte des antiken Idealismus. 10 Mk.; geb. 12 Mk.  
Zweiter Band: Der Idealismus der Kirchenväter und der Realismus der Scholastiker. 9 Mk.; geb. 11 Mk.  
Dritter Band: Der Idealismus der Neuzeit. 13 Mk.; geb. 15 Mk.



# Zeitter & Winkelmann

älteste Pianofortefabrik des Herzogtums

gegr. 1837 ✕ Braunschweig ✕ gegr. 1837

empfehlen ihre

erstklassigen Pianinos und Flügel.

## Muster-Ausstellung

während des 72. Lehrertages in Wolfenbüttel

I. Bürgerschule. Zimmer Nr. 7a.

Fabrik: Rosstrasse 55


Magazin: Poststrasse 6.

# „Antoinettenruh“

Fernspr. Nr. 57. am Lechlumerholze. Fernspr. No. 57.

—✕ Haltestelle ✕—

d. elektr. Strassenbahnstrecke Braunschweig-Wolfenbüttel.

——

Schönstes Wald-Restaurant im Hochwalde.

—✕ Lieblings-Aufenthalt Lessings. ✕—

*Täglich warme u. kalte Restauration*

— Table d'hôte von 1—3 Uhr nachmittags. —

Diner und Souper von Mk. 1,50 aufwärts.

Saal und separierte Zimmer

✎ für Vereine und Gesellschaften zur Verfügung. ✎

*Stallungen und Fahrradgelass vorhanden.*

**Gustav Lutz.**

27. 8. 75

Steinweg Nachr.



Flügel-Pianos.



Braunschweig.

# IBACH-PIANOS



. IBACH SOHN

kant Seiner Majestät des Königs und Kaisers.

\* Bremen \* Hamburg \* Köln \* London.